

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 13. und Donnerstag, 14. Dezember 1972

Tagesordnung

1. Grüner Plan 1973
2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973
 - Spezialdebatte
 - Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5113)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 5118)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 5114)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-59): Grüner Plan 1973 (534 d. B.)

Berichterstatter: Kurt Maier (S. 5114)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Spezialberichterstatter: Kurt Maier (S. 5115)

Redner: Minkowitsch (S. 5118), Meißl (S. 5123), Pfeifer (S. 5132), Dipl.-Ing. Tschida (S. 5140), Dr. Scrinzi (S. 5145),

Pansi (S. 5152), Huber (S. 5158), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 5159), Steiner (S. 5162), Stögner (S. 5166), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 5168), Kinzl (S. 5172), Ing. Schmitzer (S. 5174), Brunner (S. 5181), Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (S. 5183 und S. 5193), Dr. Lanner (S. 5188 und S. 5193), Anton Schlager (S. 5194), Dkfm. Gorton (S. 5195), Frodl (S. 5197), Deutschmann (S. 5198), Robak (S. 5201) und Hietl (S. 5204)

Entschließungsanträge Meißl betreffend Neuregelung der Treibstoffverbilligung (S. 5130), Dipl.-Ing. Tschida betreffend Dieselölpreis für Landwirtschaft (S. 5145), Brunner betreffend widmungsgemäße Verwendung der Milchabsatzförderungsmittel (S. 5183) und Hietl betreffend Erhaltung der Kulturlandschaft (S. 5206)

Kenntnisnahme des Grünen Planes (S. 5208)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 5208)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

590: Handels- und Zahlungsabkommen mit der Volksrepublik China (S. 5114)

591: Bundesgesetz betreffend das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (S. 5114)

Anfragen der Abgeordneten

Pichler und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Abverkauf von Grundstücken (1006/J)

Kinzl, Marwan-Schlosser und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Öffnungszeiten der Kasernkantine Salzburg/Siezenheim (1007/J)

Kinzl, Kraft, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Anton Schlager, Breiteneder und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Neubau des Bahnhofes Scharding (1008/J)

Beginn der Sitzung: 19 Uhr 10 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident Dr. **Maleta**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 54. Sitzung des Nationalrates vom 7. und 11. Dezember 1972 ist in der Kanzlei aufgelegt und unbeantwortet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Horr, Dr. Gruber, Staudinger, Dr. Schleinzner, Brandstätter, Nittel, Fachleitner und Doktor Blenk.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Dr. **Maleta**: Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlagen

Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China (590 der Beilagen) und

Bundesgesetz betreffend das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (591 der Beilagen)

eingelangt sind.

Ich werde diese Regierungsvorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

501 der Beilagen: Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, dem Justizausschuß und

536 der Beilagen: Protokoll über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, unterzeichnet in New York am 12. März 1971, dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft.

Im Einvernehmen mit den Klubs schlage ich vor, die Debatte über die beiden auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte unter einem abzuführen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine zwei Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Punkte gemeinsam abgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in diesen Fällen — getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-59 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1973) (534 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe VIII**

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die die Debatte unter einem abgeführt wird.

Es sind dies:

Grüner Plan 1973 und

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Kurt Maier. Ich ersuche ihn um die beiden Berichte.

Spezialberichterstatter Kurt **Maier**: Herr Präsident! Hohes Haus! Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1973) (534 der Beilagen).

Gemäß den Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes vom 13. Juli 1960, BGBl. Nr. 155, in der geltenden Fassung, hat die Bundesregierung am 11. Oktober 1972 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Kalenderjahr 1971“ (Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes — Grüner Plan 1973) termingerecht vorgelegt.

Der Bericht der Bundesregierung ist von den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten ausgegangen. Aus den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft, die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft im Jahr 1971 sowie ein Überblick über die Verwendung der Mittel des Grünen Planes 1971 hervorzuheben. Besondere Abschnitte sind den Änderungen der Agrarstruktur sowie erstmals den Empfehlungen für Förderungsschwerpunkte der Kommission gemäß § 7 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes gewidmet.

Wie der Grüne Plan 1971 zeigt, ist der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttonationalprodukt und Volkseinkommen 1971 im Vergleich zum Rekordergebnis 1970 zurückgegangen. Die Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft erreichte wie 1970 rund 36 Milliarden Schilling, wobei sich der Wert der Endproduktion der Landwirtschaft erhöhte und jener für die Forstwirtschaft geringer als im Jahr zuvor war. Die Zahl der in der Land- und

Kurt Maier

Forstwirtschaft Tätigen verminderte sich mit 30.100 stärker als 1970.

Bei den buchführenden Testbetrieben, die den Kern der Landwirtschaft, nämlich die Voll- und Zuerwerbsbetriebe repräsentieren, erfuhr der Rohertrag im Mittel der Betriebe eine Steigerung um 7 Prozent, der Aufwand (einschließlich des Lohnansatzes für die mitarbeitenden Familienmitglieder) eine solche von 9 Prozent. Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft, das sich in den einzelnen Betriebsgruppen unterschiedlich entwickelte, erhöhte sich im Durchschnitt um 10 Prozent auf rund 37.300 S. Auch das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft und das Gesamteinkommen je Betrieb (landwirtschaftliches Einkommen und Nebeneinkommen) waren im Durchschnitt der Testbetriebe im Vergleich zu 1970 um 9 beziehungsweise 10 Prozent höher. In den Weinbauspezialbetrieben ergab sich dagegen auf Grund einer geringeren Ernte eine ungünstigere Entwicklung. Die Einkommenssituation der Testbetriebe des Gartenbaues erfuhr eine weitere Verbesserung. Die wirtschaftliche Lage der Bergbauernbetriebe gestaltete sich im Berichtsjahr im allgemeinen günstig. Mit Ausnahme der Betriebe mit einem Katasterkennwert von 150 und mehr im Alpengebiet vermochte die Mehrzahl der Bergbauernbetriebe der allgemeinen Einkommensentwicklung der Voll- und Zuerwerbsbetriebe zu folgen. Diese globalen Tendenzen weisen darauf hin, daß 1971 ein Jahr mit einer besonders stark differenzierten landwirtschaftlichen Einkommensentwicklung war. Für die bäuerlichen Voll- und Zuerwerbsbetriebe, vor allem ohne stärkeren Weinbau- oder Waldanteil, entwickelte sich das Einkommen besonders positiv.

Die Bestrebungen der bäuerlichen Betriebe nach einer besseren Ausstattung mit Boden und Kapital, nach einer Steigerung der Produktivität und des Einkommens sowie einer rationelleren Vermarktung sollen im Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und unter Anpassung der Produktion an die Möglichkeiten des Absatzes auch weiterhin gefördert werden.

Im Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes wird deshalb vorgeschlagen, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahr 1973 Bundesmittel in der Höhe von 1080 Millionen Schilling einzusetzen, hiervon 300 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1973 sind 699 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 1/602 und 1/603 (ordentliche Gebarung) und 381 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 5/603 (außerordentliche Gebarung) veranschlagt.

Bezüglich der Aufteilung der Mittel auf die Schwerpunktmaßnahmen und die einzelnen Förderungssparten wird auf den Bericht der Bundesregierung hingewiesen. Hervorzuheben ist, daß die Zinsenzuschüsse wieder die Vergabe eines zinsverbilligten Kreditvolumens von 1,5 Milliarden Schilling ermöglichen werden.

Der Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1973) wurde vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in seiner Sitzung am 10. November 1972 in Verhandlung gezogen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida, Pfeifer, Meißl, Koller, Dipl.-Ing. Doktor Leitner, Robak, Pansi und Breiteneder sowie Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1973) (III-59 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973: Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 10. November 1972 die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 der Vorberatung unterzogen.

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Im Bundesvoranschlag 1973 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 2618,912 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 381 Millionen Schilling, insgesamt daher 2999,912 Millionen Schilling, veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich in:

413,678 Millionen Schilling für den Personalaufwand,

416,714 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 605, 606 und 609) sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607),

Kurt Maier

443,636 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Titel 601),

300 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm (Titel 602),

780 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603), und zwar 399 Millionen Schilling in der ordentlichen Gebarung und 381 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung,

35,820 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds (Titel 604) und

610,064 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Im Titel 600 mit einem Kredit von 166,1 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen Organisationen ein Betrag von 20,2 Millionen Schilling als Beitrag zu den Aufgaben der Entwicklungshilfe vorgesehen.

Der Titel 601 wurde mit 443,6 Millionen Schilling dotiert, wovon ein Betrag von 307 Millionen Schilling für die Treibstoffverbilligung vorgesehen ist. Es ist für das Jahr 1973 für die Treibstoffverbilligung die Auszahlung eines Punktwertes von 105 S vorgesehen.

Für die Durchführung des Bergbauern-Sonderprogramms sind, so wie im Vorjahr, unter dem Titel 602 300 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel sollen im Rahmen des vorerst auf fünf Jahre abgestellten Bergbauern-Sonderprogramms dazu dienen, in den Berggebieten und den übrigen entsiedlungsgefährdeten Gebieten wirtschaftlich gesunde Betriebe sowie Betriebsformen zu sichern und dadurch den Kultur- und Lebensraum zu erhalten.

Für den Grünen Plan (Titel 603), dem wichtigsten Investitionsinstrument der Land- und Forstwirtschaft, sind 780 Millionen Schilling präliminiert, die den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960, in der geltenden Fassung, zu dienen haben.

Unter dem Titel 604 sind Zuschüsse an den Weinwirtschaftsfonds in der Höhe von 35,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der Lehr- und Versuchsanstalten, der den Lehranstalten angeschlossenen Institute, der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens sowie der sonstigen nachgeordneten Dienststellen sind unter den

Titeln 605, 606, 607 und 609 insgesamt 626,1 Millionen Schilling veranschlagt. Der verminderte Aufwand gegenüber dem Vorjahr ist auf die geänderte Veranschlagung des Personalaufwandes und der Reisekosten der Lehrkräfte an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen zurückzuführen. Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1967 wurde dieser Aufwand bei Kapitel 60 veranschlagt und von den Ländern 50 vom Hundert rückersetzt. Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1973 soll hingegen die Veranschlagung bei den Ländern erfolgen und der Bund 50 vom Hundert der Kosten ersetzen.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 648,3 Millionen Schilling präliminiert. Darin enthalten sind 441,2 Millionen Schilling aus dem Katastrophenfonds zur Weiterführung vorbeugender Maßnahmen in den besonders hochwassergefährdeten Gebieten. In diesem Kredit sind außerdem die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand der einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 744,8 Millionen Schilling entfallen, wie bereits unter Titel 608 ausgewiesen, 441,2 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel. 30,7 Millionen Schilling sind Interessentenbeiträge zu Maßnahmen an Bundesflüssen. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus Mietgebühren und Amortisationsquoten im Rahmen der Bauhofgebarung sowie aus dem Verkauf von Anstaltserzeugnissen und der Einhebung von Gebühren bei der Qualitätskontrolle.

Kapitel 62: Preisausgleiche

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1973 sind für Preisausgleiche 2408,647 Millionen Schilling veranschlagt, denen 519,215 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Ausgabenkredite verteilen sich auf:

350,236 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich (Titel 620),

1741,510 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich (Titel 621),

122,001 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten (Titel 622),

41,300 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich (Titel 623),

Kurt Maier

74,400 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich (Titel 625),

79,200 Millionen Schilling für den Düngemittelpreisausgleich (Titel 626).

Mit den beim Titel 620 „Brotgetreidepreisausgleich“ vorgesehenen Mitteln können die Kosten für Lagerung und Verwertung von Brotgetreide der Ernte 1972 sowie die im Jahre 1973 anfallenden Stützungen für Brotgetreide bedeckt werden.

Unter dem Titel 621 „Milchpreisausgleich“ ist stützungsmäßig vorgesorgt, daß die ordnungsgemäße Inlandversorgung mit Milch und Erzeugnissen aus Milch gesichert ist.

Unter dem Titel 622 „Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten“ sind Einlagerungskosten sowie Beihilfen zur Produktivitätsverbesserung in der Rindermast und für den Export von Schlachttieren und Fleisch veranschlagt. Die Ausgaben entsprechen den jeweiligen Einnahmen aus dem Importausgleich gemäß Marktordnungsgesetz sowie Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1969.

Der für den „Zuckerpreisausgleich“ unter Titel 623 vorgesehene Betrag wird durch zweckgebundene Einnahmen aus der gesetzlichen Preisregelung für Zucker gedeckt.

Die geringere Veranschlagung für den „Futtermittelpreisausgleich“ Titel 625 ist dadurch begründet, daß infolge der guten Ernte an inländischen Futtermitteln — Gerste und Mais — nur geringe Importe zu erwarten sind und dadurch im kommenden Jahr weniger zweckgebundene Einnahmen aus dem Importausgleich zur Verfügung stehen werden.

Mit dem unter Titel 626 „Düngemittelpreisausgleich“ präliminierten Jahreskredit von 79,2 Millionen Schilling kann auch im Jahre 1973 durch die Gewährung eines Transportkostenzuschusses ein einheitlicher Verbraucherpreis für den importierten Kunstdünger im gesamten Bundesgebiet gesichert werden.

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Im Voranschlag 1973 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind die mit der Betreuung beziehungsweise Bewirtschaftung des 825.375 Hektar großen Bundesforstbesitzes (hievon 485.740 Hektar Wald) unumgänglich verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1,793.000 Festmeter Holz, vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 898,4 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von 927,7 Millionen Schilling gegenüber, was einen Betriebsüberschuß von 29,3 Millionen Schilling erwarten läßt.

Dieses positive Ergebnis ist nicht nur als Erfolg der in den letzten Jahren im vermehrten Umfange getätigten Investitionen und sonstigen Rationalisierungsmaßnahmen zu betrachten, sondern setzt auch voraus, daß die derzeitige günstige Lage auf dem Holzmarkt auch weiterhin anhält. Damit der Betrieb die für seinen wirtschaftlichen Erfolg wichtige Investitionstätigkeit fortsetzen kann, die wegen des starken Abganges an qualifizierten Facharbeitern besonders notwendig ist, wurden im Budget 1973 die Investitionsmittel mit einem Betrag von 85,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Im einzelnen entfallen von den für 1973 vorgesehenen Betriebsausgaben 579,5 Millionen Schilling auf den Personalaufwand (hievon 512,1 Millionen Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 67,4 Millionen Schilling auf den Pensionsaufwand). Der Personalaufwand ist damit um 32,0 Millionen Schilling höher als 1972. 318,9 Millionen Schilling entfallen auf den Sachaufwand.

Im Rahmen der Einnahmen entfallen 818,5 Millionen Schilling auf Erlöse aus dem Holzverkauf und 109,2 Millionen Schilling auf sonstige Einnahmen.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von mehr als 50 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einforstungsrechte zu Abgaben im Werte von mehr als 70 Millionen Schilling verpflichtet sind. Auch ist zu berücksichtigen, daß den Österreichischen Bundesforsten beträchtliche Kosten aus der im öffentlichen Interesse gelegenen Betreuung von Waldflächen erwachsen, die keinen Ertrag abwerfen. Auf die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes wird besonders Bedacht genommen.

Weiters wird auf die Wahrung des Landschaftsbildes Rücksicht genommen. Daraus entstehen allerdings oft Kostensteigerungen oder Erlöseinbußen, die sich auf Dauer auf den Betriebskostenerfolg ungünstig auswirken werden.

In der Debatte, die sich den Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen 15 Abgeordnete das Wort.

Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Weihs nahm zu den aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 16. November 1972 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der gegenständlichen Beratungsgruppe in der Fas-

5118

Nationalrat XIII. GP — 56. Sitzung — 13. und 14. Dezember 1972

Kurt Maier

sung der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Den Kapiteln 60, 62 und 77 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident Dr. **Maleta**: Ich gebe bekannt, daß die Parteien übereingekommen sind, die Verhandlungen bereits um 20 Uhr abubrechen, damit der Finanz- und Budgetausschuß anschließend seine heute vormittag unterbrochene Sitzung wiederaufnehmen kann.

Da die Zeit sehr weit fortgeschritten ist und ich den Hauptredner unterbrechen müßte, nehme ich an, daß er heute seine Rede nicht mehr beginnen möchte.

Ich unterbreche daher die Sitzung bis morgen Donnerstag, den 14. Dezember, 9 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die heutige Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Mitglieder des Finanz- und Budgetausschusses bitte ich in den Sitzungssaal.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 19 Uhr 40 Minuten unterbrochen und am Donnerstag, den 14. Dezember 1972, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 14. Dezember 1972

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht der Grüne Plan 1973 und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Minkowitsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Minkowitsch** (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Agrarpolitik der derzeitigen Bundesregierung analytisch betrachtet, stehe ich nicht an zu erklären, daß es manche Maßnahmen und Entscheidungen des jetzigen Ressortleiters gibt, zu denen man ohne weiteres ja sagen kann, manche Entscheidungen, die nur teilweise unsere Billigung finden — leider sind das ziemlich wenige —, und manche, zu denen man überhaupt nicht das Einverständnis erklären kann.

Wir stellen fest, daß der Ressortminister jeweils gut beraten ist, wenn er auf den hohen Erfahrungswert seiner qualitativ höchstwertigen Beamtenschaft hört, wenn er Vorschläge der gesetzlichen Interessenvertretungen in seine Entscheidungen mit einbezieht, und daß meistens dann, wenn er sich von außerhalb des Ressorts irgendwelche Entscheidungen aufnötigen läßt, Schäden entstehen, die er als Fachmann eigentlich schon vorher selbst hätte abschätzen können müssen. *(Beifall bei der OVP.)*

Ich betrachte es deshalb heuer als meine Aufgabe, über gewisse Voraussetzungen einer vernünftigen Agrarpolitik und überhaupt einer vernünftigen Politik in Österreich zu

sprechen, und möchte an die Spitze meiner Überlegungen ein erfundenes — ich sage ausdrücklich: ein erfundenes — Interview stellen.

Sprecher: Ist es nicht problematisch, wenn man eine Bevölkerungsgruppe, in diesem Fall die Rentner, durch eine andere Bevölkerungsgruppe, in diesem Fall die Eisenbahner, subventionieren läßt?

Befragter: Es ist überhaupt nicht problematisch, da eine Einkommensumverteilung stattfindet. Die Österreichischen Bundesbahnen bekommen ja aus Steuermitteln ungeheure Beträge. *(Abg. Kern: Milliardenbeträge!)* Ungeheure Beträge. *(Abg. Kern: Milliardenbeträge!)* Milliardenbeträge. Der Protest der Eisenbahnergewerkschaft über die Belastung der Österreichischen Bundesbahnen auf Kosten anderer — höchst merkwürdig, da ja schon aus Steuermitteln große Beträge, nämlich 5 Milliarden Schilling, zu den Österreichischen Bundesbahnen gehen.

Meine Damen und Herren! Wenn ein maßgeblicher OVP-Funktionär eine solche Aussage irgendwo oder gar vor den 2 Millionen Zusehern der „Zeit im Bild“ machte, könnte ich mir — ich sage das von Anfang an: mit Recht — den Entrüstungsturm der derartig Diskriminierten vorstellen. Ich könnte mir aber auch vorstellen, wie die öffentliche Meinung eine derartige Vorgangsweise als Wadelbeißerei der unteren Lade abqualifizieren würde.

Nun gestatten Sie, daß ich einmal die Adressen vertausche und Ihnen ein tatsächlich am 27. September 1972 ausgestrahltes Interview hier zur Kenntnis bringe.

Minkowitsch

Sprecher: Herr Bundeskanzler! Ist es nicht problematisch, wenn man eine Bevölkerungsgruppe — in diesem Fall die Rentner — durch andere Bevölkerungsgruppen subventionieren läßt?

Der Herr Bundeskanzler antwortet: Es ist überhaupt nicht problematisch, da eine Einkommensumverteilung stattfindet. Die Landwirtschaft bekommt ja aus Steuermitteln ungeheure Beträge. Ungeheure Beträge. Milliardenbeträge. Der Protest der ÖVP über die Belastung der Landwirtschaft auf Kosten anderer — höchst merkwürdig, da ja schon aus Steuermitteln große Beträge zur Landwirtschaft gehen.

Meine Damen und Herren! Wenn also hier ein höchstverantwortlicher Mann der Republik, der auch unser Bundeskanzler ist, in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob eine Berufsgruppe als zusätzlicher Almosenempfänger hier auftreten würde, dann hätte ich mir eigentlich auch eine andere Reaktion in der öffentlichen Meinung erwartet.

Es ist irgendwie eigenartig, daß wir hier im Parlament aus der Zeitung erfahren, daß der Herr Bundeskanzler wieder voll in Amt und Würden ist; aber daß er weder als Bundeskanzler noch als Abgeordneter bei Abstimmungen in diesem Parlament teilnimmt, ist eine Gangart, die wir nicht akzeptieren können! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte doch annehmen, daß es bei diesen veränderten Adressen, bei der richtigen Aussage, die ich gemacht habe, niemanden in diesem Land geben wird, der in seiner Moralität ein so doppeltes Maß anwenden würde, daß er das, was ihm zuerst bei den Eisenbahnern als absurd erschienen ist, nachher, nur weil es sich hier in diesem Fall um Bauern handelt, bereits akzeptieren würde! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein anderer Gesichtspunkt: Eine große Partei wie die Sozialistische Partei, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte bestimmt manches Unrecht hat erdulden müssen, und ein Mann wie der Bundeskanzler, der nach seinen eigenen Schilderungen in seinem Leben ebenfalls schon viel Unrecht hat erdulden müssen, müßten doch eigentlich wissen, wie Unrecht schmeckt und daß es eine Regel gibt, daß man einem anderen das nicht antun soll, was einem selbst nicht passen würde. Es müßte bekannt sein, daß der Fluch der bösen Tat des Unrechttuns der ist, daß immer weiter Unrecht fortzeugend geboren werden muß.

Meine Damen und Herren! Eine Politik für Volk und Staat kommt — verschuldet oder unverschuldet — immer wieder, oft schlag-

artig, in Situationen, die überhaupt nur in einem Miteinander noch vernünftig gelöst werden können.

Ich möchte hier nicht als schlagenden Beweis an die Tschechenkrise des Jahres 1968 erinnern. Wir selbst sind ja Zeugen geworden, wie gerade in den letzten Wochen, als die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen, mit ihrer Politik plötzlich nicht mehr weiterkam, der Ruf nach den Sozialpartnern sehr laut geworden ist und man diese Sozialpartner gerufen hat; und sie sind auch gekommen.

Nur möchte ich hier sehr eindeutig folgendes feststellen: Sozialpartner, meine Damen und Herren, ist nicht zum Beispiel der Herr Präsident Benya, Sozialpartner ist die Gemeinschaft aller Mitglieder des Österreichischen Gewerkschaftsbundes; Präsident Benya ist der verantwortungsbeladene Sprecher dieser Sozialpartnergruppe. Wenn nun eine Politik betrieben würde, die diesen Sozialpartner systematisch immer wieder tritt und die ihn in aller Öffentlichkeit verletzt, ihre Repräsentanten diskreditiert, dann könnte auch ein noch so guter und starker Mann in einer emotionell aufgeladenen Sozialpartnergruppe, selbst wenn die Staatsnotwendigkeiten noch so groß wären, eine Politik der Sozialpartnerschaft intern vielleicht nicht mehr durchsetzen.

Meine Damen und Herren! Haben Sie nicht das Gefühl, daß das, was hier für den Österreichischen Gewerkschaftsbund gilt, der erst in den letzten Tagen wieder innerhalb der Bundesregierung klargestellt hat, daß gewisse Sachen ohne oder gegen ihn ganz einfach nicht gehen, in ähnlicher Weise selbstverständlich auch für den Sozialpartner Land- und Forstwirtschaft gelten muß?

Ich sage es noch einmal: Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß man Dinge, die man für seinen eigenen Bereich als unzumutbar abtut, einem anderen ohne weiteres zumuten kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang kann ich nicht verschweigen, daß die gestrige Vorgangsweise — was die Entlastung auf dem Milchsektor anlangte — wieder etwas gewesen ist, was wir nicht zur Kenntnis nehmen können, nämlich daß entgegen allen Gutachten Entscheidungen getroffen worden sind, die allein von der österreichischen Bauernschaft getragen und finanziert werden müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gleiches Recht für alle! Ich glaube doch, daß gerade die Sozialisten diesen Satz, mit dem sie jahrzehntelang im politischen Kampf ge-

Minkowitsch

standen sind, noch nicht vergessen haben dürften, auch wenn jetzt die Mehrheitsverhältnisse in diesem Lande verändert sind.

Im Interesse einer vernünftigen Entwicklung in diesem Lande möchte ich darum ersuchen — ich wähle ausdrücklich diese Formulierung —, daß man endlich einmal Drohungen, Beleidigungen, Beschimpfungen und persönliche Verunglimpfungen einstellen möge. Ersparen Sie mir zu zitieren, was im Laufe der letzten zwei Jahre auf diesem Sektor ausgesprochen worden ist. Wenn es Einzelfälle sind, könnte man sie als bedauerliche Entgleisungen abtun. Ich bin zu lange Politiker, um hier vielleicht auf gewisse Sachen überempfindlich zu reagieren. Man sagt uns ja manchmal nach, daß man auf der einen Seite überempfindlich wäre; wenn man empfindlich reagiert, dann sagt man wieder, Politiker müßten eine dickere Haut haben. Wenn es einmal so weit kommt, daß man ein System zu erkennen glaubt, dann wird es notwendig sein, daß man das „Wehret den Anfängen“ eben in den Anfängen deutlich in den demokratischen Raum stellt, damit nachher niemand sagen kann, er hätte das nicht gewußt und dagegen hätte man sich auf unserer Seite früher verwahren müssen.

Ich möchte deshalb einen manchen belanglos erscheinenden Zwischenfall doch zur Sprache bringen, weil es im Erstfall sicher eine Belanglosigkeit gewesen ist. Nur wenn man dann eine Kette erkennt, die sich daran anknüpft, denkt man nach, wofür denn das um Gottes Willen gut sein soll. Ich denke hier an eine SPÖ-Belangsendung während des burgenländischen Wahlkampfes, die auch meine Person mit „Weinpatschern“ in Zusammenhang gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe das nicht überbewertet; ich habe nachher ein entsprechendes Schreiben aus dem SPÖ-Zentralsekretariat erhalten, man würde sich bemühen, solche Belangsendungen in Hinkunft so zu gestalten, daß ein solcher Eindruck nicht entsteht. Aber aus der Argumentation, die darinnen verwendet wurde, war eindeutig die geistige Urheberschaft einer kleinen bäuerlichen Splittergruppe erkennbar.

Ich muß mich fragen: Hat es denn eine große Partei wie die SPÖ nötig, daß sie geistige Anleihen aufnimmt, um einen Wahlkampf im Burgenland führen zu können? Wenn das Motiv hier mitspielen sollte: wenn man es öfters sagt, wird schon etwas hängen bleiben!, dann möchte ich das — auch wenn es sich zufällig um meine Person handelt — rechtzeitig zur Sprache bringen und sagen, daß diese Methode keine gute ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte sehr offen auf ein Problem eingehen, das vielleicht auch die Arbeitsbauernbündler in diesem Hause angehen dürfte: Der Sozialistischen Partei Österreichs ist es offensichtlich nicht unangenehm, daß es in Österreich eine sogenannte überparteiliche Bauernorganisation gibt, deren Aktivitäten so eindeutig nur gegen den Bauernbund und seine Funktionäre gerichtet sind, daß man sich eigentlich ausrechnen kann, wem das alles nützen soll.

Die Mitgliederzahlen und die Mitgliedsbeiträge dieser Organisation sind ziemlich genau kalkulierbar, der publizistische und sonstige Aufwand ebenfalls. Der große Differenzwert, der sich aus diesen beiden Summen ergibt, meine Damen und Herren, ist ebenfalls ziemlich eindeutig kalkulierbar. Glaubt man denn wirklich, daß niemand ahnt, von wem dieser Differenzwert finanziert wird? *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Methoden werden in der letzten Zeit unverblümt, meine Herren, und ich habe das eigentlich für eine Unvorsichtigkeit gehalten. Im letzten Budgetüberschreitungs-gesetz sind auf dem Agrarsektor plötzlich 5 Millionen Schilling für Aufklärungszwecke beinhaltet gewesen.

Wir haben als Österreichische Volkspartei eine Umwidmung dieses Betrages verlangt; das wurde niedergestimmt. Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft! Es ist Ihnen doch sicher bekannt, daß Frau Bundesminister Dr. Leodolter in ihrem Ressort eine Aufklärungsschrift verfassen ließ, die gut und teuer war, in der aber mangels Aktivitäten nur sehr viele Ankündigungen enthalten waren, die inhaltliche Leere konnte auch nicht durch ein noch so schönes Bild des Herrn Bundeskanzlers wettgemacht werden, aber sie war immerhin der Überzeugung, daß sie in der Lage wäre, eine solche Aufklärungsschrift in ihrem Ressort verfassen zu können.

Es ist Ihnen, Herr Bundesminister, sicher bekannt, daß auch der Herr Finanzminister in seinem Ressort Inserate und Broschüren zur Aufklärung gewisser Probleme, die sich aus seiner Ressortführung ergeben, selbst herstellen läßt.

Ich habe eine ganz konkrete Frage, Herr Bundesminister: Haben Sie das Gefühl, daß in Ihrem Ressort nicht genügend qualifizierte Mitarbeiter vorhanden wären, um etwas Derartiges auch herstellen zu können, wenn man glaubt, daß es gewisse Informationsmängel gibt? Glauben Sie nicht doch — selbst wenn Sie zur Ansicht kommen sollten, daß Sie nicht genügend publizistische Fachkräfte hätten —, daß man unter der Oberleitung Ihres Ressorts

Minkowitsch

unter Heranziehung ressortfremder Fachleute eine solche authentische sachliche Information auf Ressortebene hätte zu Wege bringen können?

Ich würde mich nun wirklich präzise dafür interessieren, Herr Bundesminister, warum eine Millionensubvention an den Allgemeinen Bauernverband aus Steuermitteln gegeben worden ist und wie es dazu kam. Genügt es schon in Österreich, daß man ein Gespräch in der Villa des Herrn Bundeskanzlers führt, um nachher eine solche Millionensubvention erhalten zu können? Oder gibt es hier irgendwelche schriftliche Ansuchen? Wenn ja, Herr Bundesminister — ich weiß es nicht —, würde es mich sehr interessieren, wann ein solches Ansuchen mit welchem Wortlaut an Sie oder Ihr Ressort ergangen ist.

Ich bin überzeugt davon, daß irgendwo ja darüber geredet worden sein muß, daß zur sachlichen und fachlichen Aufklärung, wie das so schön heißt, vier Bauernorganisationen Geld zugemittelt werden soll. Es wurde von einzelnen Mitgliedern des Kabinetts dabei auch nie vergessen, den Österreichischen Bauernbund zu erwähnen und so den Eindruck zu erwecken, daß man hier mit von der Partie ist.

Ich stelle hier folgendes fest: Auf Zeitungsmeldungen zu reagieren, wird man einem Verantwortungsträger einer großen Organisation doch wohl in diesem Lande noch nicht zumuten. Irgendein Schreiben, eine Aufforderung, daß eine solche Möglichkeit bestünde, ist bis zum heutigen Vormittag im Österreichischen Bauernbund nicht eingegangen. Selbst wenn etwas eingegangen wäre, muß ich folgendes festhalten: Ich glaube nicht, daß es ein guter Dienst an der Demokratie wäre, wenn man allgemein sagen würde: Summe x, da gibt es vier Bewerber, dividiert durch vier, alle die gleichen Aufgaben, jeder dasselbe Geld! Wozu wählt man denn dann noch in einer Demokratie?

Oder glauben Sie — ich bin sogar überzeugt, daß Sie persönlich nicht daran glauben —, daß dann, wenn man diesen Schlüssel einmal konsequent anwendet, der Herr Abgeordnete Peter eigentlich nicht irgendwie froh darüber wäre, wenn man sagen würde: Klubbeiträge hier im Hohen Haus Summe x, dividiert durch drei, jeder dasselbe. Ich könnte mir vorstellen, daß er nicht unglücklich wäre.

Oder: Beim Bundesjugendring Summe x, soviel Mitglieder, jeder dasselbe. — Ich könnte das Spiel fortsetzen, ich tue es nicht.

Aber wenn man nicht erkennt, meine Damen und Herren, daß wir uns hier auf einem gefährlichen Weg befinden, dann täte

es mir leid darum. Wenn es mir gelungen sein sollte, hier auch die Damen und Herren der Regierungspartei zum Nachdenken zu veranlassen, daß das nicht Pflege des Klimas ist, wo man Sozialpartner dann, wenn man sie braucht, einfach als Feuerwehr aus der Ecke herausholen kann, dann glaube ich, ist mein Ziel erreicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für ein demokratieempfindliches Gefühl — und nach vielen bitteren Erfahrungen meines Lebens habe ich ein solches — ist es auch sehr eigenartig, wenn man für die allgemeine Sanierung des Zeitungswesens in Österreich bisher überhaupt nichts getan hat, aber einem Zeitungssektor, der nur brav und konsequent gegen den Bauernbund und seine Funktionäre schreibt, sofort 1 Million Schilling aus Steuergeldern als Subvention zur Verfügung stellt.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich das zu überlegen. Das führt zu keinem guten Ende! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber das ist ja nur ein Aspekt, da gibt es eine gewisse Fortsetzung. Es ist nicht ein einzelnes Glied, sondern schön langsam beginnt sich eine Kette hier daraus zu bilden. Es dreht sich zufällig wieder um meine Person — und ich möchte es trotzdem nicht verschweigen —:

Unlängst hat ein maßgeblicher Funktionär dieses eben geschilderten subventionierten Verbandes in öffentlicher Sitzung der Landeslandwirtschaftskammer Niederösterreich doch glatt behauptet, ich würde mir Telegramme an Bauernbundfunktionäre von der Bezirksbauernkammer Gänserndorf bezahlen lassen.

Wer mich kennt, dem brauche ich keine Erklärung zu geben. Aber da es viele gibt, die mich nicht kennen, erkläre ich: Daß ich nicht alle Telegramme, die aufgegeben werden, selbst zur Post bringe, wird man mir vielleicht in meiner Position irgendwie doch konzedieren. Daß diese Telegramme selbstverständlich aus meiner eigenen Tasche — nachweisbar natürlich — bezahlt worden sind, stelle ich hier nochmals ausdrücklich fest.

Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Aber welches Gefühl hat man eigentlich, wenn man für diese Aktivitäten, die so reihum im Land am laufenden Band gesetzt werden, dann seinen Namen hergeben muß und daß in denselben Kanal Millionensubventionen fließen, nur damit diese Tätigkeit fortgesetzt werden kann? Etwas wird schon hängenbleiben! Meine Damen und Herren, heute bin ich es, ein anderes Mal kann es auch jemand von Ihnen sein.

Ich werde nicht vergessen, daß es in einer ähnlichen Situation damals ein junger Klubobmann Gratz gewesen ist, der, als ein Wald-

Minkowitsch

heim hier verleumdet wurde, an das Rednerpult gekommen ist und gesagt hat: Nein, das war ein Mißverständnis, so wird in Österreich nicht Politik gemacht! Haben sich die Verhältnisse nur deshalb geändert, weil sich auch die Mehrheitsverhältnisse in diesem Lande plötzlich geändert haben? Ich glaube nicht, daß das der gute Weg wäre. (*Abg. Sekanina: Wie man dem Kanzler Schiebung vorgeworfen hat, da waren Sie nicht so zart besaitet, Herr Minkowitsch!*)

Meine Damen und Herren! Ich bin aber als Abgeordneter hier noch in einer guten Position. Ich kann mich auch wehren und kann hier darüber sprechen. Aber stellen wir uns jetzt bitte die Position der vielen Beamten vor, denen pausenlos parteiische Handhabungen von Gutachtertätigkeit, parteiische Ausübung ihres Amtes im Rahmen der Interessenvertretungen vorgeworfen wird. Denken wir auch daran, daß man auch vor hohen Beamten des Ministeriums nicht haltgemacht hat und einfach Behauptungen in die Welt gesetzt hat nach dem Motto: Etwas wird schon hängenbleiben! Vielen verdienten Männern und ihren Familien hat man viel Kummer bereitet, denn die Rehabilitierung läßt lange auf sich warten und das alte Motto: Etwas wird schon hängen bleiben!, tut seine Wirkung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Der Chef Ihres Kabinetts und Sie alle sind mit der Ankündigung „Postenausschreibung“ seinerzeit an die Öffentlichkeit getreten. Wie wird nun die Personalpolitik in Ihrem Ressort gehandhabt? Welche Postenausschreibung hat es bei der Besetzung des kaufmännischen Direktors der Bundesforste gegeben?

Die Bundesforste haben immerhin eine Größenordnung im Umsatz — wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe — von etwas über 1,3 Milliarden Schilling. Im Jahr 1971 war der kaufmännische Gewinn dieser Bundesforste über 180 Millionen Schilling. Das kommt doch nicht von allein! Da müssen doch Leute höchster Qualifikation einsatzfreudigst am Werke sein, um diesen Status erhalten zu können.

Ich habe — selbst Politiker — schon ein Gefühl dafür, daß man treue Funktionärsdienste, die im Rahmen meiner Organisation oder einer Partei geleistet werden, irgendwie honoriert. Es ist selbstverständlich, wenn man zwei Gleichwertige an der Hand hat, daß man seinem Herzen nicht einen allzu großen Stoß geben muß, dann dem, den man länger kennt, der einem vielleicht auch befreundet ist, den Vorzug gibt. Aber wenn es so weit kommt, daß man — ohne einen Namen hier auszu-

sprechen — Qualifikationen zu ersetzen versucht durch Funktionärstätigkeit auf einer SPO-Ebene, dann, meine Damen und Herren, ist diese Sache — ich bitte Sie, das von dieser Seite zu sehen — tatsächlich höchst bedenklich! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ein weiteres Ei, das außerhalb Ihres Ressorts gelegt, aber in Ihrem Ressort dann ausgebrütet werden mußte, ist ja die Angelegenheit der sogenannten Bundesprüfungskommission, deren willkürliche Zusammensetzung eine echte Verfälschung gewählter Repräsentation ist, was ich auch hier feststellen möchte. Diese Bundesprüfungskommission hat sich bisher als Aktenverzögerer und Spesenträger bestimmt bewährt. Es ist aber als offiziell ausgedrücktes Mißtrauen gegen eine Interessenvertretung doch problematisch, etwas Derartiges in dieser Form einzurichten.

In der Geschäftsordnung, die ich dankenswerterweise zugesendet erhalten habe, ist enthalten, daß diese Kommission auch Vorschläge für Führungsrichtlinien zu erstellen habe. Mit Zweidrittelmehrheit haben wir im Parlament beschlossen — auch mit den Stimmen Ihrer Fraktion, Herr Bundesminister —, daß die im Landwirtschaftsgesetz vorgesehene § 7-Kommission neuerlich auch solche Führungsrichtlinien vorschlagen soll. Warum also diese Doppelgleisigkeit?

In der Geschäftsordnung ist weiter enthalten, daß die Bundesprüfungskommission für die Regelung von Härtefällen zuständig sei. Herr Bundesminister! Eine Kommission, die die Einhaltung von Richtlinien als ihr Ziel deklariert erhalten hat, kann doch nicht dazu bestimmt sein, dort, wo Härtefälle entstehen, diese Richtlinien von sich aus außer Kraft zu setzen. Es muß doch dann dazu führen, daß die Richtlinien geändert werden, nicht daß hier eine Kommission dann irgendwie persönlich als Härtefällebeseitiger außerhalb der Richtlinien zu fungieren beginnt. Das ist doch ein enormer Widerspruch in sich.

Noch etwas, Herr Bundesminister — ob das Ihre Idee war, möchte ich nicht untersuchen —: Sie haben jedenfalls mit Ihrer Unterschrift damit begonnen, daß die vielen, vielen -zig Tausende von Kreditwerbern jetzt von Ihnen einen persönlichen Brief erhalten. Das ist an sich Ihr gutes Recht. Über die Art der Formulierung könnte man bereits diskutieren. Diese Vorgangsweise zwingt geradezu die Präsidenten der Landes-Landwirtschaftskammern, nun ihrerseits auch Briefe zu schreiben. Wenn nämlich diese Akten wohl vorbereitet bearbeitet — da sind viele Arbeitsstunden drinnen — und befürwortend an Ihr Ressort geleitet werden, so erkennt man den enormen Differenz-

Minkowitsch

wert an Zeit, bis das Geld zur Verfügung steht und diese Akten auch positiv erledigt sind. Ob das im Sinne der SPÖ besonders schlaue ist, das möchte ich persönlich gar nicht beurteilen.

Aber eines, meine Damen und Herren, möchte ich mit allem Nachdruck feststellen: Kreditwerber haben eine Unterwerfungserklärung unter die Förderungsrichtlinien abzugeben; das wird überall so gehandhabt, das ist völlig in Ordnung. In diesen Förderungsrichtlinien steht, daß sie Kontrollorganen jederzeit Zutritt in ihre Höfe und Einsicht in ihre Aufzeichnungen zu gewähren haben. Das ist auch in Ordnung, Herr Bundesminister. Nur ist in Rechtsstaaten sehr präzise geregelt, was ein Organ ist. Die Mitglieder von Bundesprüfungskommissionen, die von keiner gesetzlichen Basis ihr Recht herleiten und Ihre persönlichen Berater sind, wie Sie es selbst gesagt haben, sind keine Organe und werden es auch in Zukunft nicht sein! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn ich nun höre, daß ausgerechnet in Niederösterreich diese Prüfungskommission tätig geworden ist, wenn ich noch dazu höre, in welcher Art einzelne Mitglieder dieser Prüfungskommission sich verhalten haben, interessiert es mich wirklich, Herr Bundesminister, ob das mit oder ohne Ihr Wissen geschehen ist. Wenn ich nämlich auf der einen Seite weiß, daß nicht einmal die Staatspolizei ohne richterlichen Befehl eine Hausdurchsuchung oder so etwas Ähnliches durchführen kann, und wenn wir von Fernmeldegeheimnis und Hausfriedensbruch und was es sonst noch alles gibt, wissen, und wenn dann jemand, von dem der, der besucht wird, annehmen muß, das wären Leute, die einen Amtseid abgelegt haben und die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, wo das Beamtenhaftungsgesetz gilt und ähnliche Dinge, ins Haus geschickt wird, so ist das eine Angelegenheit, über die wir rechtzeitig — bitte: alle miteinander auf allen Seiten dieses Hauses — nachdenken sollten, weil ich wieder glaube, daß wir uns hier nicht auf einem guten Weg befinden.

Meine Damen und Herren! Ich habe heuer bewußt nicht einzelne schwerwiegende Probleme aus dem spezifisch agrarischen Bereich angeschnitten, sondern ich glaubte, daß es notwendig wäre — leider notwendig wäre —, die Voraussetzungen einer vernünftigen Politik für die Zukunft und somit auch einer vernünftigen Agrarpolitik in Österreich besonders hier aufzuzeigen.

Ein Abbröckeln von Gesprächsbasen in diesem Parlament würde ich für sehr gefährlich halten. Meine Beispiele sollten nur zum Nach-

denken auf allen Seiten anregen. Ich bin ermutigt genug dazu, anzunehmen, daß es genügend positive Kräfte hier in allen Fraktionen gibt, denen diese Vorgangsweise, die ich hier aufgezeigt habe, selbst auch nicht gefällt.

Dieses Parlament, trotz seiner Differenziertheit der Parteien, trotz harter Auseinandersetzungen, muß ein Haus der Begegnung, ein Haus der Aussprache bleiben, wenn wir auf einem vernünftigen österreichischen Weg weiter fortfahren sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nur dann wird es nämlich den jungen Staatsbürgern, einschließlich unserer eigenen Kinder, eine Selbstverständlichkeit bleiben, daß die Demokratie in ihrer parlamentarischen Form eine erstrebenswerte Staatsform ist.

Ungerechtigkeit ist ein Übel mit der großen Gefahr, daß sie wie ein Bumerang wirkt, und das sollten alle die beachten, die erkennen, daß parlamentarische Mehrheiten sehr rasch wechseln können und daß etwas auf einen zurückfällt, was man erst vorgestern in die andere Richtung abgeschleudert hat.

Das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft sowie den Grünen Plan lehnt die Österreichische Volkspartei ab. Meine Klubkollegen, die eine präzise geraffte Agrardebatte und Argumentation liefern werden, werden die Begründungen im einzelnen dafür geben.

Ich möchte aber nicht schließen und von diesem Pult weggehen, ohne endlich einmal auch eine Pflicht zu erfüllen:

Den Gendarmen, den Eisenbahnern, den Beamten des Außenministeriums und, und, und wird mit Recht von diesem Pult aus für ihre Arbeit gedankt. Ich möchte den Bauern und den vielen Bäuerinnen ganz besonders dafür danken, daß sie so ihre Pflicht nicht nur für ihren Beruf, sondern für die Allgemeinheit in Österreich erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist üblich, daß man hier im Haus auch die Wechselrede pflegt, und es ist wohl selbstverständlich, daß ich auf die Ausführungen des Bauernbundespräsidenten Minkowitsch kurz eingehen muß, nachdem er verschiedene Aussagen getätigt hat, zu denen man Stellung nehmen soll.

Ich werde in meinen Ausführungen im Namen der freiheitlichen Bauernschaft genauso wie des Klubs unsere Stellungnahme zur Agrarpolitik dieser Bundesregierung und des Herrn Landwirtschaftsministers Weihs abgeben. Aber zuerst gestatten Sie mir einige Feststellungen.

Meißl

Herr Präsident Minkowitsch! Ihre sehr effektvollen und dramatischen Worte waren in manchen Dingen sicherlich berechtigt. Nur hätten wir eigentlich erwartet, daß Sie zu Fragen der Agrarpolitik Stellung nehmen (*Ruf bei der ÖVP: Das kommt schon noch!*) — sicherlich, ich nehme an, daß Sie noch etliche Redner schicken werden — und nicht so sehr auf Fragen der Tagespolitik eingehen. Ich werde auch kurz dazu Stellung nehmen.

Sie haben die Bundesprüfungskommission angeschnitten, Herr Präsident! Ich darf namens meiner Fraktion dazu erklären — Sie wissen das —, daß wir sehr wohl der Meinung waren und es auch sind, daß es notwendig ist, die Subventionsvergaben und Kreditvergaben in der Landwirtschaft einer bestimmten Kontrolle zu unterziehen, weil eben leider Gottes — das muß ich feststellen — die Erfahrungswerte, die wir gesammelt haben, dafür sprechen.

Sie wissen aber ebenso, daß wir nicht bereit sind, zurzeit in diese Kommission zu gehen, weil wir der Meinung sind, daß sie von der Konstruktion her und ebenso natürlich auch von der Geschäftsordnung her momentan nicht in der Lage ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir werden genau prüfen, ich darf aber hier erklären, daß wir grundsätzlich der Meinung sind: Wenn diese Kommission eine Arbeitspraxis nachweisen kann, die das gewährleistet, was wir Freiheitlichen uns vorstellen, dann werden wir uns daran beteiligen. Es wird sehr interessant sein, was der Herr Landwirtschaftsminister zu diesem Problem heute sagen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn auf weiten Strecken der österreichischen Agrarpolitik zweifelsohne parteiegoistische und parteipolitische Momente eine große Rolle gespielt haben, so waren wir der Meinung, daß mit dem Wechsel im Ressort, mit dem Amtsantritt des Ministers Weihs hier eine Änderung eintreten könnte.

Eine Zwischenbilanz ergibt heute — nach zweieinhalb Jahren, könnte man sagen, Agrarpolitik der Sozialisten —, daß Sie, wenn ich so sagen darf, diesen Vertrauensvorschuß, den auch wir Freiheitlichen dem Herrn Minister eingeräumt haben, nicht erfüllt haben. Das Ergebnis von zweieinhalb Jahren sozialistischer Agrarpolitik ist heute zweifelsohne so, daß wir enttäuscht sind, denn Sie haben nichts Neues gebracht, Herr Minister! Sie haben im Grunde genommen die Agrarpolitik Ihrer Vorgänger fortgesetzt mit weniger tauglichen oder manchmal vielleicht tauglicheren Mitteln. Aber eine Änderung? — Nichts. Von Ihrem Ressort könnte man sagen: Nichts Neues! Die Agrarpolitik wurde wie bisher

fortgesetzt. Herr Minister, es gibt ja Beispiele dafür, und auch der Herr Präsident Minkowitsch hat es ja indirekt bestätigt, daß Sie gar nicht die Absicht haben, eine Änderung in der Agrarpolitik herbeizuführen, denn Sie haben ja den bequemeren Weg gewählt.

Sie suchen die Verständigung — sicherlich Ihr gutes Recht, unbestritten — mit der Ständesvertretung, mit dem Bauernbund, man spricht ja in der Öffentlichkeit davon, die Achse Weihs—Lehner funktioniert bestens.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, Herr Minister, auch von Ihnen eine Aufklärung darüber, wie es eigentlich im Juli bei einer Sitzung des Viehverkehrsfonds gewesen ist, wo ein Beschluß über die völlige Freigabe der Schweineimporte zustandekam. Da wäre das auf Grund der Konstruktion von vier Fünfteln nicht so ohne weiters möglich gewesen. Aber wie ich höre, soll es trotzdem möglich gewesen sein. Herr Bundesminister, vielleicht können Sie darüber Aufklärung geben. Auch das würde wieder ein Beweis sein für das Funktionieren dieser von mir bereits angezogenen Achse.

Herr Bundesminister! Wir können also feststellen, daß Sie nichts Neues gebracht haben. Und wenn ich jetzt zum Ressort und vor allem zum Budgetansatz Stellung nehme, so ist es doch so, daß, wenn es einen echten Nichtschwerpunkt in diesem Budget gibt, es die Landwirtschaft ist, Herr Bundesminister! Sie haben — und das muß ich Ihnen zum Vorwurf machen — Minister Androsch ein echtes Bauernopfer gebracht. Denn das Ressort, das im Verhältnis am schlechtesten bedacht wurde, ist die Landwirtschaft und sind natürlich jetzt auch die Mittel für den Grünen Plan, über den wir ja heute auch die Verhandlungen führen.

Es ist doch so, Herr Bundesminister — es ist das kein Schlagwort —, daß die Landwirtschaft der Prügelknabe dieses Budgets ist. Oder könnten Sie sagen, die Dinge stehen zum besten? Ich weiß schon, Sie werden dann in Ihrer Antwort sagen: Schauen wir auf die Preissituation am Viehsektor, die ist ja eigentlich gar nicht so schlecht. So wird sicherlich Ihre Argumentation sein, Herr Bundesminister! Das kann sich sehr, sehr rasch wieder ändern, wir wissen das aus Erfahrungen. Nehmen wir nur den Schweinepreisskandal — wenn ich es so nennen darf — des vergangenen Sommers.

Daher darf ich namens der Freiheitlichen hier feststellen: Herr Bundesminister, wir haben im vorigen Jahr dem Grünen Plan zugestimmt, weil wir in Verfolgung unserer Politik der Sachlichkeit feststellen konnten, daß

Meißl

hier eine Verbesserung zu erkennen war. Aber die Politik, die Sie betrieben haben, jetzt natürlich materiell untermauert durch die Budgetansätze, verbietet es uns, Ihnen diesmal den Vertrauensvorschuß weiter zu geben. Daher werden wir sowohl den Grünen Plan wie auch das Kapitel Land- und Forstwirtschaft ablehnen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun doch aus Anlaß dieses dritten sozialistischen Agrarbudgets einige grundsätzliche Erklärungen abgeben. Dabei geht es mir nur darum, die Diskussion über einen Wirtschaftsbereich, der wie kein anderer — leider Gottes muß ich es sagen — von parteipolitischen Emotionen durchtränkt ist, zu versachlichen und zu objektivieren.

Die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, machte in den vergangenen Jahrzehnten eine umwälzende Entwicklung mit, welche durch soziale, ökonomische und soziologische Elemente charakterisiert war. Erlauben Sie mir, einige markante Zahlen aus jenem Veränderungsprozeß aufzuzeigen, der zur gesellschaftlichen Verunsicherung der bäuerlichen Bevölkerung in einer Zeit führte, die durch wachsende Ansprüche der Menschen an Staat und Umwelt charakterisiert ist.

Vielleicht kann ich das mit ein paar Daten untermauern. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verminderte sich seit 1961 um 34.330 auf insgesamt 367.900, während die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft von 768.000 auf etwa 523.000 Menschen abnahm. Sehen Sie die große Differenz? Gleichzeitig aber reduzierte sich der relative Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttonationalprodukt um 4,7 Prozent auf 6 Prozent, das waren im Jahre 1971 25 Milliarden Schilling.

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Volkseinkommen nahm im gleichen Zeitraum um 11 Prozent auf 5½ Prozent ab und betrug 1971 17 Milliarden Schilling. Als letztes — das ist sehr interessant — erhöhte sich gleichzeitig aber der Wert der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Endproduktion von rund 25 Milliarden Schilling auf 36 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Im Spiegelbild dieses umfassenden wirtschaftlichen Anpassungsprozesses vollzog sich in der Landwirtschaft ein Strukturwandel, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Hier wird es aller Anstrengungen aller Beteiligten bedürfen, um wirklich die Dinge so zu lenken, daß diese Landwirtschaft die Chance erhält, auch an der wachsenden Entwicklung unserer Industriegesellschaft mit teilzunehmen.

Ich darf dazu nur sagen, die Landwirtschaft ist infolge der Technisierung und Mechanisierung ein bedeutender Auftraggeber für die Industrie.

Nun ein anderes Beispiel, das auch zeigt, wie sich hier die Dinge geändert haben und weiter ändern: Wir haben 1947 280.000 Pferde gehabt, die, als Zugtiere eingesetzt, den Arbeitsprozeß auf dem Lande bewältigt haben. Wir haben heute 263.000 — es ist fast die gleiche Anzahl — Traktoren, die die Grundlage der ganzen Arbeitsorganisation auf dem Lande bilden.

Ein weiteres Beispiel: Das Aktivkapital pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft betrug 1961 rund 193.000 S, heute muß man 425.000 S einsetzen, um im Grunde genommen den gleichen Arbeitseffekt erreichen zu können.

Daraus mögen Sie schon ersehen, wie schwierig es vor allem für unsere kleinbäuerlichen Betriebe ist, die ja nicht die Chance haben, an der Technisierung und Modernisierung der Betriebe gleich mitzumachen. Es wird vielfach falsch investiert: Das Arbeitseinkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit, also des Nebenerwerbs, wird dazu verwendet, um beispielsweise einen Traktor anzuschaffen, der im Grunde genommen bei einer kleinen Wirtschaft gar nicht ausgelastet ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich unserer Meinung Ausdruck verleihen, daß gerade der Frage der überbetrieblichen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zukommt, dies gerade im Hinblick auf die vielfach falschen Investitionen in der Landwirtschaft.

Wir wissen ja selbst, daß vielfach immer wieder zurückgegriffen wurde auf — ich möchte fast sagen — die Sparkasse oder den Notgroschen, den Wald, um die notwendigen Investitionen anzuschaffen. Das geht aber nicht ununterbrochen so weiter, und vielfach ist es überhaupt nicht möglich, weil nicht eine entsprechende Reserve vorhanden ist.

Es vollzieht sich daher in der Landwirtschaft ein Prozeß, der im Gange ist und der noch immer nicht das gebracht hat, was wir ja — das ist, nehme ich an, unbestritten — alle erreichen wollen: die Integration der Landwirtschaft in die Gesellschaft beziehungsweise in die Industriegesellschaft von heute.

Aber wo ist hier Chancengleichheit? Und wo ist hier, meine Damen und Herren, der leistungsbezogene Arbeitslohn für die Bauern?

Ich muß in diesem Zusammenhang doch noch einen Vorwurf auch an die Adresse der ÖVP, des Bauernbundes, anbringen. Sie waren 25 Jahre lang für die Agrarpolitik verantwort-

Meißl

lich und haben es — meine Damen und Herren, diesen Vorwurf müssen wir Ihnen machen — vor allem aus parteiegoistischen Gründen verabsäumt, diesen Prozeß, der in der Landwirtschaft zwangsläufig in Gang gekommen ist, so zu lenken, daß wirklich die Voraussetzungen für die Anpassung, die Integration geschaffen werden konnten.

Wenn es beim Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie zwischen Minister Staribacher und Dr. Lanner eine Auseinandersetzung über das Urheberrecht dafür gab, wer nun die Proklamation des ländlichen Raumes für sich in Anspruch nehmen könnte, so möchte ich dazu nur sagen: Es kommt nicht auf das Schlagwort an, sondern darauf, was man getan hat, um wirklich den ganzen Raum zu sehen und nicht nur die Menschen, die seinerzeit in der Landwirtschaft tätig waren und dann eben leider Gottes gehen mußten. Hier liegt ja wahrscheinlich mit eine der Ursachen dafür, daß die Volkspartei die Mehrheit verloren hat, weil sie sich eben um diese Menschen nicht entsprechend gekümmert hat.

An die Sozialisten ist ein Vorwurf, die Frage zu richten — ich habe dies schon am Anfang gesagt —: Was haben Sie in Ihrer bisherigen Amtszeit gemacht? Wo unterscheiden Sie sich von der ÖVP-Agrarpolitik? Wo ist das Programm der Sozialisten? Es gibt hier nur Aussagen, vielleicht ist es das aus dem Jahr 1969: „Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“. Aber davon ist ja jetzt in der Agrarpolitik der Sozialisten nichts drin.

Es gibt — soweit mir bekannt ist — nur ein Agrarkonzept der Sozialisten. Aber dieses stammt aus dem Jahr 1925; Otto Bauer war damals der Verfasser. Ob das heute noch modern und zukunftsorientiert ist, weiß ich nicht. Ich kann es mir nicht gut vorstellen, wenn ich die Veränderungen in Betracht ziehe, die sich inzwischen in allen Bereichen vollzogen haben.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon den Streit über den ländlichen Raum erwähnt. Ich glaube, hier soll man nicht neue Diskussionen entfachen, da geht es vor allem darum, daß man jetzt endlich die Konsequenzen zieht. Herr Bundesminister! Wo ist nun wirklich das Konzept, das Sie dem Haus vorlegen sollten! Was wir bisher erlebten, war nur die Fortsetzung der bisherigen konservativen Agrarpolitik. Der Bauernstand ist auch heute ein Außenseiter. Das ist eine Tatsache und muß leider gesagt werden.

Nun konkret zur Förderungspolitik und zu den Maßnahmen, die immer im Streit stehen, weil die eine Seite sagt: Die Landwirtschaft

kriegt so viel, und die andere Seite erklärt: Das stimmt ja gar nicht. Auf der einen Seite verwehrt man der Landwirtschaft einfach notwendige Preise. Hier kennen wir die Problematik im Zusammenhang mit den europäischen Problemen. Auf der anderen Seite hat man bei den Preisstützungen natürlich vor allem auch den Konsumenten im Auge.

Ich möchte namens der Freiheitlichen sagen: Wir sind der Meinung, daß man grundsätzlich von dem Prinzip der Subvention abgehen — wir haben das immer gesagt — und die Förderungsmaßnahmen auf dem Kreditsektor abwickeln sollte, natürlich langfristig und niederverzinslich oder unverzinslich. Das wären die Maßnahmen, die wir uns zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur, der Verkehrserschließung, der Elektrifizierung, der agrarischen Operationen, der Geländekorrektur vorstellen. Ich denke auch an Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur, Initiativen auf dem Bildungs- und Forschungssektor sowie an die strukturellen Probleme und Projekte, von denen ich schon gesprochen habe.

Hier ist ja das Kernstück all dieser Förderungsmaßnahmen der Grüne Plan, der im Landwirtschaftsgesetz seine Grundlage hat. Wir sind froh darüber.

Ich darf auch bei dieser Gelegenheit wieder vermerken, daß wir schon sehr, sehr frühzeitig verlangt haben, daß ein Landwirtschaftsgesetz Wirklichkeit wird. Es wurde dann realisiert. Es hat Ergebnisse gebracht, die nunmehr dazu geführt haben, daß doch immerhin mehr als 1 Milliarde Schilling auf diesem Gebiet zur Verfügung gestellt wird.

Herr Bundesminister! Wir haben voriges Jahr dem Grünen Plan zugestimmt — Sie wissen es —, weil wir der Meinung waren, daß er eine echte Verbesserung bringt, und das Bergbauernsonderprogramm war die andere Motivation für unsere Zustimmung.

Wenn wir aber die Dinge heuer betrachten, sieht es natürlich ganz anders aus. Aber entscheidend, Herr Bundesminister, wäre ja, daß von Ihnen oder Ihrer Partei endlich ein Agrarkonzept vorgelegt wird, das wirklich zielführend ist und sich halt auch von den bisherigen Maßnahmen unterscheiden müßte.

Dazu möchte ich namens der Freiheitlichen fragen: Welche klare Aussagen über die zukünftige Preis- und Einkommenspolitik hat die Bundesregierung? Welche realisierbare Form der Agrarmarktordnung haben Sie vorgesehen? Ich darf dabei daran erinnern, Herr Bundesminister, daß ja schon seit langem eine Novellierung der Marktordnungsgesetze ge-

Meißl

plant ist. Wir erleben alle Jahre immer nur das Schauspiel der Verlängerung und der meistens damit verbundenen Junktimierungsfrage, aber da wirklich ein Konzept vorzulegen, das in der Marktordnung zielführend wäre, haben Sie verabsäumt. Sie haben auf eine Anfrage von mir geantwortet, daß das in der nächsten Zeit kommen werde. Hier heißt es:

„Bei den kommenden Beratungen über die Verbesserung des Marktordnungsgesetzes wird daher nach Wegen gesucht werden, auf denen man diesem Ziel möglichst nahek kommt.“

Es ging um die Fleischpreisfrage und überhaupt um die ganze Situation auf diesem Gebiet. Ferner lese ich da:

„Die Erarbeitung brauchbarer Lösungen wird jedoch zweifellos schwierig und daher nur bei konstruktiver Mitarbeit aller beteiligten Stellen optimal möglich sein.“

Herr Bundesminister! Die Mitarbeit aller Stellen, die dazu berufen sind oder glauben, dazu etwas sagen zu können, werden Sie sicherlich haben. Es geht nur darum, daß Sie selbst einmal etwas tun.

Wir müßten dann auch fragen, welche Aussagen über die Art der Einbeziehung der verschiedenen sozio-ökonomischen Betriebstypen in der Landwirtschaft es geben soll. Es braucht natürlich Begleitmaßnahmen zur Förderung dieses Strukturwandels. Und daß die sozialpolitischen Maßnahmen gerade im Hinblick auf die notwendige Umstrukturierung in der Landwirtschaft eine große Rolle spielen, wissen Sie selbst ebenso genau.

Herr Bundesminister! Ich darf bei dieser Gelegenheit an Sie eine Bitte richten: Ich weiß schon, Sie sind nicht der zuständige Ressortminister, aber vielleicht könnten Sie sich doch einmal mit dem Herrn Sozialminister etwas dringender oder konkreter, möchte ich sagen, unterhalten über die Frage, daß es höchst an der Zeit wäre, daß das zweierlei Recht bei den Pensionen in der Landwirtschaft, und zwar der Zuschußrentner und der Bauernpensionisten, raschest der Vergangenheit angehören sollte. Ich glaube, der Herr Sozialminister hat wiederholt geantwortet, Sie haben es vor. Aber vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn hier eine klare Aussage gemacht werden könnte. In einem Stufenplan könnte das ohne weiters sein, aber bis zu einem bestimmten Zeitpunkt müßte diese Gleichstellung erfolgen.

Herr Bundesminister! Es gibt ja noch ein Indiz für Ihre Tätigkeit oder auch Nichttätigkeit. Sie verwalten in der Landwirtschaft, ich habe das schon zum Ausdruck gebracht, aber

da ist ja auch die legislative Tätigkeit Ihres Ressorts. Ich muß feststellen, daß die Tätigkeit eigentlich überhaupt noch nichts gebracht hat, wenn ich von der Weingesetznovelle absehe. Die Ausschusssitzungen in der Landwirtschaft beweisen es ja. Wenn es einmal einen Landwirtschaftsausschuß gibt, steht auf der Tagesordnung: Verlängerung der Marktordnungsgesetze, Verlängerung des Landwirtschaftsgesetzes, und dann ist es meistens schon aus. Welche legislativen Maßnahmen haben Sie vorgesehen? Welche werden Sie noch in dieser Periode einbringen, um eine zielführende Agrarpolitik zu bewerkstelligen?

Herr Bundesminister! Ich darf nun konkret auf einige Ansätze eingehen, vor allem zum Grünen Plan. Wir haben es schon im Ausschuß gesagt: Sie haben die 300 Millionen als die zweite Rate des Bergbauernsonderprogramms wieder vorgesehen, nur wissen Sie ebenso gut wie wir, daß 300 Millionen Schilling von heute nicht mehr 300 Millionen Schilling des Vorjahres sind. Wenn man die Bindungen dazu berücksichtigt, Herr Bundesminister, verringert sich der Wert weiterhin. Und wenn man weiß, daß Umschichtungen erfolgt sind, vor allem für die regionalen Förderungen, die jetzt aus dem ordentlichen Budget zu einem Teil in den Grünen Plan verlagert wurden, dann ergibt sich, daß auch hier die Landwirtschaft wesentlich schlechter gestellt ist. Ich glaube es ja nicht, aber vielleicht geben Sie heute eine Erklärung ab, daß sich in der Landwirtschaft alles zum besten gewandelt hat, daß die Einkommensverhältnisse so sind, daß die Förderungen nicht mehr notwendig sind, daß wir also sagen können: stopp oder zurück, weil die Dinge sich geändert und vor allem gebessert haben. Ich glaube also nicht, daß Sie diese Erklärung abgeben können, auch wenn Sie die Viehpreise dann sicherlich als Alibimaßnahmen nennen werden.

Wie sieht es aus? 57 Millionen Schilling weniger bei der Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft im Grünen Plan. Beim Ansatz „Verwertungsmaßnahmen“ um 5 Millionen weniger, beim Ansatz „Forschungs- und Versuchswesen“ um 2 Millionen weniger.

Und darüber hinaus, Herr Bundesminister, natürlich auch die AIK-Mittel. Sie sagen, das gleiche Volumen ist vorgesehen. Das stimmt schon. Aber es hängen ja, wie wir wissen, noch Ansuchen auf rund 700 Millionen Schilling an. Das heißt, von Haus aus müssen die 700 Millionen Schilling zuerst einmal selbstverständlich nach entsprechender Prüfung verabschiedet werden, möglichst rasch, würde ich sagen. Dann bleiben eben nur mehr 800 Millionen für den Bedarf des nächsten Jahres.

Meißl

Und wenn man die preisliche Situation kennt, die ja gerade die Landwirtschaft sehr, sehr hart trifft — ich könnte Ihnen viele Vergleiche hier sagen, meine Damen und Herren, wie sich die Kostenschere weiter geändert hat, was an betrieblichen Einrichtungen teurer geworden ist, wesentlich teurer geworden ist, über die 7-Prozent-Rate wesentlich hinausgeht —, meine Damen und Herren, dann versteht man es einfach nicht.

Herr Bundesminister! Darf ich Ihnen auch sagen, daß wir natürlich auch der Meinung sind, daß die Mittel für die Verkehrserschließung — es wurde verschiedentlich im Haus dazu Stellung genommen — zuwenig sind. Nur darf ich namens meiner Fraktion etwas sagen: Wir haben trotzdem hier keine Forderungen in Antragsform gestellt, obwohl wir glauben, daß sie berechtigt wären, weil es einfach im Gegensatz zu unserer Budgetaussage wäre, die der Regierung immer vorwirft, daß sie im Grunde genommen kürzen hätte müssen, um eben den Stabilitätsbemühungen Rechnung zu tragen. Deshalb auch hier unsere Einstellung, daß wir wohl sagen, die Mittel sind grundsätzlich zu gering, aber keine zusätzliche Forderung stellen.

Bezüglich der AIK-Kredite, Herr Bundesminister, möchte ich schon sagen: Ich weiß nicht, vielleicht können Sie heute eine Zusage machen, wie weit die Bindungen hier auch wirksam werden. Aber wenn man hört, wie Minister — wir haben das schon im Haus gehört — bei einzelnen Kapiteln schon andeuten, sie werden es sich mit dem Finanzminister schon richten, bei ihnen werden die Bindungen schon aufgehoben werden: Wie steht es, Herr Landwirtschaftsminister, werden Sie das auch erreichen, werden Sie auch von Androsch diese Mittel noch freibekommen, um zumindest grundsätzlich den gleichen Rahmen zu erhalten?

Bergbauernsonderprogramm. Ich habe dazu schon Stellung genommen, meine Damen und Herren. Ich möchte nur zu einem spezifischen Problem noch Stellung nehmen. Sie wissen, daß das Problem der leistungsbezogenen Zuschüsse eine große Rolle spielt. In diesem Zusammenhang wird mein Parteifreund Doktor Scrinzi zu den Fragen des Umweltschutzes, die ja in engster Verbindung mit den landwirtschaftlichen Problemen heute stehen — und Gott sei Dank stehen —, noch Stellung nehmen.

Nur die Kriterien, Herr Bundesminister, wie diese leistungsgebundenen Zuschüsse ausbezahlt werden, gefallen uns Freiheitlichen nicht.

Denn im Grunde genommen sind sie die Fortsetzung der Subventionspolitik oder des Gießkannensystems von früher, daß man einfach an eine bestimmte Personengruppe ausbezahlt, ohne die Gewähr zu haben, daß diese Zuschüsse auch den Zweck erfüllen. Sie sollen ja eine Prämie sein, damit diese Gebiete weiterhin landwirtschaftlich bewirtschaftet, gepflegt werden. Aber sie werden ausbezahlt auf Grund einer Erhebung, die vielfach vor 15 Jahren stattgefunden hat. Sie wissen sehr genau, daß der Berghöfekataster und der Kennwert von 150, der hier als Maßstab dient, nicht mehr stimmt, denn inzwischen haben sich ja in der Landwirtschaft große Veränderungen vollzogen, inzwischen ist der eine Betrieb durch das Ausweichen auf den Zuerwerb Fremdenverkehr gar nicht mehr darauf angewiesen, daß er diese Subventionen erhält, und der andere müßte vielleicht mehr bekommen, weil er diese Möglichkeit nicht hat.

Herr Bundesminister! Da dürfte eben das Pferd nicht beim Schwanz aufgezäumt werden: zuerst auszahlen nach einem System und Kriterien, die heute nicht mehr stimmen, sondern zuerst ein Programm vorlegen und dann diese Mittel einsetzen! Sie haben ja voriges Jahr schon und heuer im Ausschuß darauf geantwortet, daß hier eine Art Überprüfung stattfinden wird. Ich darf Ihre Antwort aus dem Jahr 1971 zitieren: „Selbstverständlich wird an der Erstellung eines Entwicklungsplanes für Berggebiete gearbeitet, der insbesondere eine Institutionalisierung der Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften und Interessenvertretungen vorsieht.“

Heuer haben Sie, Herr Bundesminister, auch auf eine Frage von mir gesagt: „Bei der Zuteilung der Mittel aus dem Bergbauernsonderprogramm wird auch 1973 der Berghöfekataster die Abgrenzungsgrundlage bilden, doch ist das Ministerium gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen bemüht, zusätzliche Kriterien für eine gerechte Verteilung zu vereinbaren.“

Herr Bundesminister! Ist das noch möglich, oder ist das schon geschehen? Ich wäre sehr interessiert daran, ob Sie diesbezüglich dem Haus Aussagen machen könnten, wie heuer dieser leistungsgebundene Zuschuß ausbezahlt wird.

Wir wissen nämlich aus der Praxis alle, daß es zu großen Unstimmigkeiten, ja geradezu zu Feindschaften in der Bevölkerung kommt, wenn einer sieht: der kriegt diese 2000 S ausbezahlt, und dann sagt, der hat es gar nicht mehr notwendig, ich kriege auch nur die 2000 S, in Wirklichkeit hat sich meine Situation wesentlich verschlechtert! — Mit dieser

Meißl

Methode, Herr Bundesminister, sind wir deshalb nicht einverstanden! Wir wollen keinen „grünen Klassenkampf“ auf dem Lande, auf Grund dessen der eine dem anderen um etwas neidig ist. Wenn das so ist, dann sind Sie auf Grund dieses Systems mit schuld.

Ich möchte noch einmal sagen, daß das falsch aufgezo-gen ist. Zuerst muß das Programm da sein, und dann kann es zum Einsatz der Mittel kommen, aber zu einem gezielten Einsatz der Mittel, um eben eine vernünftige Förderung der Bergbauern betreiben zu können.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun auch namens der Freiheitlichen klar zum Ausdruck bringen, daß wir jederzeit bereit sind, an einer Neuorientierung und Modernisierung der österreichischen Agrarpolitik mitzuarbeiten, und daß wir auch jeden vernünftigen Reformvorschlag unterstützen. Aber für eine Politik, die mit parteipolitischen Argumenten und Zielsetzungen durchtränkt ist, haben wir eben kein Verständnis.

Ich muß es noch einmal sagen: Wir sprechen uns gegen eine negative agrarpolitische Argumentation der seinerzeitigen Agrarführung ebenso aus, wie auch die Schönfärberei der Regierungspartei — das ist so! — nicht unsere Zustimmung finden kann. Die Landwirte und die Bauernschaft haben ein Recht darauf, objektiv und auch rechtzeitig über alle diese Fragen informiert, aufgeklärt zu werden.

Wenn man die Dinge in der Landwirtschaft heute betrachtet, so muß man feststellen, daß alles in Fluß gekommen ist. Ich habe schon davon gesprochen, daß die Integration der Landwirtschaft in die Industriegesellschaft ein Prozeß ist, der im Grunde genommen im Gange ist, aber nicht in einer Form, daß die Unterstützung des Staates dort erfolgt, wo der Staat unterstützen mußte. Wir müssen daher feststellen, daß die Agrarpolitik dieser Bundesregierung die gleiche wie früher ist.

Herr Bundesminister! Nun auch noch zu ein paar einzelnen Problemen. Ich habe das aus praktischer Erfahrung gesehen. Es wäre vielleicht sehr, sehr angebracht, wenn Sie von Ihrem Ressort aus in der Problematik der Mehrwertsteuer für den ländlichen Bereich Aufklärung und Information betreiben würden, denn es ist so, daß man in weiten Kreisen vor allem der kleinen Betriebe — und das ist die überwiegende Mehrzahl —, der pauschalierten Betriebe noch keine Ahnung hat, wie diese Abrechnung mit der Mehrwertsteuer erfolgen wird. Die Leute draußen kommen zu einem und fragen: Wie ist das, wenn der

Viehhändler ein Stück Vieh von mir um 4000 oder um 5000 S kauft? Muß ich die Mehrwertsteuer dazurechnen? Muß ich sie dem Finanzamt abliefern? Muß ich eine Meldung machen?

Wir wissen es aus dem System der Steuer, daß durch den pauschalierten Vorsteuerabzug von Haus aus keine Steuer bezahlt wird, aber darüber, wie die Weiterverrechnung oder eine Nichtverrechnung etwa mit dem Viehhändler oder wer immer kaufen geht, erfolgt, hat man keine Ahnung, und es bestehen die widersprüchlichsten Meinungen. Auf der Grundlage von ein paar einfach ausgerechneten Beispielen könnte man auch im Bereich der Landwirtschaft die notwendige Aufklärung betreiben.

Herr Bundesminister! Etwas ist uns bei den Budgetberatungen auch aufgefallen, und das zeigt ja auch, daß man den Problemen der Landwirtschaft und vor allem den diesbezüglichen Schwierigkeiten wenig Bedeutung beimißt. Das geht nicht an Ihre Adresse, Herr Bundesminister, sondern es geht an die Adresse des Finanzministers: Der Landarbeiterfreibetrag wurde seit 1956 nie erhöht, das heißt, man ist gar nicht interessiert. Es gibt kaum noch solche Kräfte in der Landwirtschaft. Aber wenn es noch welche geben sollte, dann wird letzten Endes der Betriebsinhaber steuerlich noch bestraft dafür, daß dieser Betrag, der seinerzeit vorgesehen wurde, seit 1956 nie angehoben wurde.

Herr Bundesminister! Jetzt komme ich zu einem sehr, sehr kritischen Problem, und das ist die Treibstoffrückvergütung. Sie wissen, daß das ein sehr vieldiskutiertes Problem ist, und Sie wissen ebenso, daß wir Freiheitlichen uns immer bemüht haben, diese Belastung, die hier eingetreten ist, abzubauen.

Wir haben bei der Budgetvereinbarung im Jahre 1971 einen wesentlichen Teil der Erhöhung des Dieselpreises in Form der Erhöhung des Punktwertes von 75 auf 105 — es wurde heute durch den Berichterstatter schon gesagt — abfangen können. Wir haben nicht alles abfangen können; das wissen wir ebenso.

Aber wie ist es, Herr Bundesminister? Sie haben den gleichen Betrag von 307 Millionen Schilling eingesetzt. Sie wissen ebenso, daß jede Zählung einen zusätzlichen Bedarf bringt, jede Zählung der Traktoren, der in der Landwirtschaft eingesetzten Geräte, sodaß schon von Haus aus ein Mehrbetrag hätte eingesetzt werden müssen.

Darüber hinaus wissen Sie auch, daß eine neuerliche Erhöhung des Dieselpreises kommt. Was wird hier getan?

Meißl

Und darf ich noch etwas sagen: Wir haben immer schon gesagt, daß das bisherige System nicht den Kriterien in der Landwirtschaft entspricht, denn der Mischschlüssel aus Traktor-PS-Anzahl plus landwirtschaftliche Nutzfläche wird den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft nicht gerecht. Ich möchte daher namens meiner Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, der Sie auffordern soll, dem Hohen Haus eine Änderung dieses Systems vorzulegen, die eben den Gegebenheiten in der Landwirtschaft Rechnung trägt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Meißl, Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Scrinzi und Genossen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter der Federführung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und Finanzen für die Treibstoffverbilligung in der Landwirtschaft ehest ein neues System ausarbeiten zu lassen, durch welches die in bezug auf den Dieselpreis bestehende Benachteiligung der österreichischen Bauern gegenüber den Landwirten in den meisten EWG-Mitgliedstaaten noch im Jahre 1973 beseitigt wird.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag mit in die Beratung einzubeziehen.

Herr Bundesminister! Ich will nicht wiederholen, was die Landwirtschaft in den anderen europäischen Staaten für Dieselpreis bezahlt. Sie wissen es ebenso wie ich. Es wird notwendig sein, daß man sich in dieser Sache wirklich Gedanken macht. Das ist kein Alibi-Antrag!

Sie wissen, daß die Erhebungen erst stattfinden. Es ist durchaus möglich, im Rahmen eines Nachtragsbudgets diese Frage vorsorglich zu regeln. Und das ist jetzt meine Intervention an Sie, Herr Bundesminister, daß Sie wirklich daran gehen, im Sinne dieses Entschließungsantrages ein neues, gerechteres System ausarbeiten zu lassen und dann natürlich auch die neuerliche Belastung bei einer Erhöhung des Dieselpreises abzufangen. Denn das ist unserer Landwirtschaft einfach nicht mehr zumutbar!

Nun noch zu einer anderen Frage. Herr Bundesminister! Ich habe Sie wiederholt in der Fragestunde und im Ausschuß gefragt, wie es in der vieldiskutierten Frage des Weinskandals, oder wie immer man das nennen möge, steht. Ich möge nicht noch einmal auf alle Diskussionen in der Presse eingehen, die sehr, sehr umfangreich waren und ein ganzes Paket darstellen. Ich möchte nur ein paar konkrete Fragen stellen.

Es wird in einer Anfragebeantwortung — die Anfrage ging an den Bundeskanzler — davon gesprochen, daß Sie nun ... — Ich habe sie anscheinend doch nicht da. Spielt keine Rolle. Ich kenne den Inhalt.

Es wird also in einer Anfragebeantwortung davon gesprochen, daß Sie verantwortlich wären oder daß Sie die notwendigen Maßnahmen zu treffen haben. Es ging um die Frage, ob ein Komitee aus vier beteiligten Ministerien eingesetzt werden sollte, die in irgendeiner Form herangezogen werden sollten. Hier wurde festgestellt, daß das nicht notwendig sei, daß aber der Herr Landwirtschaftsminister die entsprechenden Maßnahmen treffen werde.

Meine Frage an Sie, Herr Landwirtschaftsminister: Sind diese Maßnahmen von Ihnen getroffen worden? — Ich weiß, Sie haben einmal in dieser Sache geantwortet, aber nur sehr unvollständig, denn Sie haben gesagt: Das kenne ich schon, was in der Presse steht!

Ich möchte jetzt wirklich eine konkrete Mitteilung über alles, was passiert ist.

Herr Bundesminister! Wenn in der Presse darüber so viel diskutiert wird und wenn durchaus konkrete Angaben gemacht werden, so wäre es Ihre Aufgabe gewesen, der Sache nachzugehen und die Dinge im Interesse unserer Weinwirtschaft — das ist ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Teil, daran ist gar kein Zweifel — zu klären.

Also: Wie sind die Dinge, was ist geschehen, welches Ergebnis liegt allenfalls vor?

Ich darf noch einmal sagen: Es liegt das im Interesse aller Beteiligten, auch der Beamten. Entweder wird ein Verdacht genommen oder es werden von Ihnen eben entsprechende Maßnahmen gesetzt.

Hier also die Frage an Sie: Was ist geschehen, was haben Sie inzwischen veranlaßt, und wie liegen die Dinge?

Bei der Gelegenheit — weil schon vom Wein die Rede ist — möchte ich auch kurz ein Problem anschnitten, das viel diskutiert wird. Sie wissen, Herr Bundesminister, daß man lange der Meinung war, die inländische Produktion dürfe man nicht ausdehnen. Es gab Gesetze — Niederösterreich, Burgenland — betreffend das Auspflanzungsverbot. Heute ist die Diskussion darüber im Gange, ob man nicht lockern soll, weil — wie sich herausgestellt hat — scheinbar doch Bedarf besteht. Nur — als Voraussetzung müßten wir das wohl sagen — muß natürlich die Weinwirtschaft absolut sauber und makellos dastehen, damit vor allem der Export dann auch die Chancen nützen kann, die er zwei-

Meißl

felsohne hat. Vielleicht könnten Sie auch zu dieser Frage Stellung nehmen.

Herr Bundesminister! Ich habe erfahren, daß in den Durchführungsbestimmungen zum § 33 der Weingesetznovelle, also der Kontrolleinrichtungen und so weiter, nun das gekommen ist, was vorgesehen war, aber dazu noch eine Verschärfung, wie mir gesagt wurde, durch ein Beiblatt, ein Anlageblatt 2 betreffend die tägliche Kontrolle des Verkehrs innerhalb der Betriebe. Das würde eine große Belastung bedeuten und würde unserer Meinung nach nichts bringen.

Herr Bundesminister! Was soll diese Anlage 2, die nun in der Durchführungsverordnung vorgesehen ist? Sie haben wiederholt die Erklärung hier abgegeben: Diese Kontrolle soll zweckmäßig sein, sie soll das erreichen, was wir alle wollen, daß es eben keine Manipulation gibt, aber in einem brauchbaren Rahmen, in einem einfachen Rahmen.

Das scheint mir nicht gewährleistet zu sein. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen.

Ein weiteres Problem, Herr Bundesminister, ist die Frage — ich habe es früher schon kurz erwähnt — dieses sogenannten Schweineskandals im heurigen Sommer. Ich muß das noch einmal erwähnen. Herr Bundesminister! Der Vorwurf bleibt Ihnen nicht erspart: Sie haben die Maßnahmen zu spät gesetzt, und Sie haben dann durch die völlige Liberalisierung zu einem verspäteten Zeitpunkt genau das Gegenteil erreicht. Im Grunde genommen waren die Nutznießer davon nur ein paar Importeure, die die Situation am Weltmarkt ausnützen konnten. Aber die Konsumenten haben nichts davon gespürt, es war nur der Schweinepreis vorübergehend ruiniert. Es ist natürlich die Frage, ob unsere Landwirte, die sich noch mit der Schweinemast befassen, dadurch nicht abgeschreckt werden, sich weiterhin diesem Erwerb zu widmen, sodaß wir dann wieder in diesen unheilvollen Zyklus hineinkommen, von dem ja immer die Rede ist.

Nun, Herr Bundesminister, noch kurz ein paar Fragen, die ich von meiner Seite anschneiden möchte. Wie liegen die Dinge mit den Europäischen Gemeinschaften? Können Sie dem Hohen Hause irgend etwas Konkretes sagen, vor allem — es wurde schon bei anderer Gelegenheit angeschnitten — bezüglich des Exportes nach England?

Damit sind wir schon bei dem Milchpreis. Wir wissen, Herr Bundesminister, daß nun endlich eine Erhöhung vorgenommen wurde, und zwar um 15 Groschen für Milch erster

Qualität. Wie man jetzt von den Genossenschaften hört, Herr Bundesminister, soll diese Erhöhung wieder weitestgehend zurückgenommen werden, indem man die Qualitätsbestimmungen wesentlich verschärft.

Herr Bundesminister! Stimmt das? Wir sind nicht gegen die Qualitätsmilch. Aber wenn man Kriterien hat, dann müssen sie eben auch jetzt gelten. Man kann nicht jetzt durch eine Verschärfung dieser Kriterien für die Qualitätsmilch diese Erhöhung um 15 Groschen wieder weitestgehend zurücknehmen.

Ähnlich war es beim Weizenpreis. Das wissen Sie genauso. Und daß der Maispreis um 5 Groschen unter dem des Vorjahres gelegen ist — bei einer Ernte, die schlechter war als im Vorjahr, zumindest in vielen Gebieten schlechter war —, ist Ihnen ebenfalls nicht unbekannt.

Herr Bundesminister! Das alles zusammen kann uns Freiheitlichen gar nicht die Möglichkeit geben, daß wir diesem Budgetkapitel die Zustimmung geben.

Ich darf zum Abschluß vielleicht noch etwas zitieren. Es ist wieder eine Aussage von Horst Knapp, der in seiner bekannten — sagen wir: immer etwas provozierenden, aber durchaus vernünftigen — Form die Dinge aufzeigt. Er sagt die Landwirtschaft betreffend — und mein Parteifreund Dr. Scrinzi wird dazu auch Stellung nehmen —:

„Das Land — Überlebenschance der Industriegesellschaft.“

Und er sagt dann:

„... der Landwirtschaft das bittere Schicksal des Fußmaroden im Wachstumsprozeß zu ersparen, die (bereits begonnene) Herausführung der Agrarpolitik aus ihrem selbstgewählten Ghetto:

Nicht eine antiquierte Schollen-Romantik bewahrt den Bauern davor, Stiefkind des Wirtschaftswachstums zu sein, sondern nur die Reintegration der Landwirtschaft — oder richtiger: des ländlichen Raumes — in die moderne Industriegesellschaft, die ihrerseits endlich zu erkennen beginnt, daß in der Bewahrung dieses ländlichen Raumes ihre — im ursprünglichsten und bittersten Sinn des Wortes — einzige Überlebenschance liegt.“

Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht noch sagen, daß zu aktuellen Dingen ebenfalls mein Parteifreund Dr. Scrinzi kurz Stellung nehmen wird. Er wird zur Frage betreffend die Bedrohung, die vor unseren Grenzen liegt — Maul- und Klauenseuche —, Stellung nehmen.

Meißl

Aus all diesen Gründen — wir waren immer für eine sachliche Diskussion; wir lieben keine polemische Auseinandersetzung, sondern die sachliche Diskussion — können wir diesem Budgetkapitel nicht die Zustimmung geben. Herr Bundesminister! Es liegt an Ihnen, uns zu überzeugen, daß Ihre Agrarpolitik besser ist als die vergangene. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Der vom Herrn Abgeordneten Meißl eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht somit mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte heute an die Spitze meiner Betrachtungen einen Dank stellen, einen Dank an alle Bäuerinnen und Bauern Österreichs, und ich möchte ihn erweitern, daß sie unter unserer sozialistischen Bundesregierung, wie bisher, bestens ihre Arbeit erfüllt haben. Ich möchte ihnen dafür garantieren, daß diese sozialistische Bundesregierung auf alle Fälle alles zu tun versuchen wird, um ihre Probleme zu lösen.

Ich bin der festen Überzeugung — und wenn das heute negativ dargelegt wurde, so möchte ich das korrigieren —, daß der sozialistische Landwirtschaftsminister, meine Fraktion und die Fachbeamten seines Ministeriums ein Team sind, ein Team, das für die österreichische Landwirtschaft, für die österreichischen Bäuerinnen und Bauern das Beste tun wird! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Präsident Minkowitsch hat es sich heute sehr leicht gemacht. Er hat auf die eleganteste Art und Weise den Ball weitergegeben: Es werden seine Freunde jetzt dann zum Budget Stellung nehmen. Er hat kein Wort — wohlweislich überlegt — über das gute Agrarbudget verloren; alle anderen werden kommen und werden die Kammerlieder zum Vortrag bringen. *(Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Mitterer: Das wäre wirklich ein verlorenes Wort!)* Ja, Herr Präsident Mitterer, von der Landwirtschaft verstehen Sie sicherlich nicht sehr viel, davon bin ich überzeugt. *(Ruf bei der ÖVP: Sie auch nicht!)* Ich bin immerhin sozialistischer Bauer und Arbeitsbauernbündler, wenn Sie wollen, ob Ihnen das recht ist oder nicht.

Ich bin eigentlich sehr froh, daß in diese Budgetdebatte immer dann, wenn ich zum Pult komme, ein wenig Leben, ein wenig Bewegung kommt. Wenn Sie jetzt wieder laut werden, meine Damen und Herren des Öster-

reichischen Bauernbundes und der ÖVP, dann heißt das, daß Sie ein schlechtes Gewissen haben. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Präsident Minkowitsch hat wieder das Gelöbnis zum vernünftigen Miteinander abgelegt. Selbstverständlich werden wir das vernünftige Miteinander überall in Österreich jederzeit brauchen. Er hat sich dann mit der Klimapflege befaßt. Er hat davon gesprochen, daß diese Regierung mit einem Wort die Sozialpartner ruft, und die Sozialpartner sind auch gekommen.

Meine Damen und Herren der ÖVP! Sollten sie nicht kommen, die Sozialpartner? *(Abg. Minkowitsch: Wenn man sie lange genug vor den Kopf stößt, könnten Sie einmal nicht so rasch reagieren!)* Sollten Sie nicht kommen? Wir glauben, daß es ganz einfach eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Sozialpartner in Österreich gemeinsam mit der Regierung alles tun, um hier eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu etablieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann war der Herr Präsident Minkowitsch ein wenig echauffiert darüber, daß der Herr Landwirtschaftsminister — man stelle sich das vor! — Briefe schreibt. Er schreibt Briefe an Kreditwerber, der Herr Landwirtschaftsminister. Nun, darf er denn das, Herr Präsident Minkowitsch? *(Abg. Minkowitsch: Ich habe ausdrücklich gesagt, er darf!)* Muß er da vielleicht vorher den Herrn Präsidenten Minkowitsch fragen, ob er das darf?

Dann sagen Sie außerdem, meine Damen und Herren der ÖVP: Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky spricht ja mit allen Bauern! Das stimmt. Wir sind sehr froh darüber, und das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Er verspricht! Wo ist er denn?)* Aber er spricht wahrscheinlich — das, glaube ich, wollten Sie damit ausdrücken — zuwenig mit den Bauernbündlern und zuviel mit anderen. Nehmen Sie zur Kenntnis: Der österreichische Bundeskanzler spricht mit allen, die das Gespräch suchen, zum Unterschied vom vorangegangenen Bundeskanzler. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kraft: Er sucht das Gespräch nur außerhalb des Parlaments!)*

Wenn ich vielleicht nur mit einem Satz auf die Ausschlußberatungen des Landwirtschaftsausschusses zurückkomme, dann möchte ich auch nicht übersehen, daß gerade die Österreichische Volkspartei bei diesen Ausschlußberatungen eine sehr merkwürdige Stellung bezogen hat.

Pfeifer

Meine Damen und Herren der ÖVP! Ihre Taktik zieht sich durch diese ganze Budgetdebatte. Ich habe schon unlängst davon gesprochen, als man — ich werde noch darauf zu reden kommen — bei dem Kapitel Oberste Organe über das Landwirtschaftsbudget von seiten der ÖVP gesprochen hat, daß es eigentlich doch ein eigenartiges Licht zeigt, wenn der Herr Parteibossmann Dr. Schleizer Sparappelle en masse an die Regierung richtet und auf der anderen Seite immer wieder Bauernbündler — wir werden es wahrscheinlich heute ja erleben — hier ans Pult herauskommen und gar nichts von diesem Sparappell wissen wollen und immer mehr von dieser Bundesregierung fordern.

Ein einziger Beweis: Meine Damen und Herren! Im Ausschuß brachten Sie einen Antrag ein, sie knallten uns diesen Antrag auf den Verhandlungstisch, der besagt: Sie fordern um 110 Millionen Schilling zusätzlich mehr für den Ausbau des Wegenetzes. Wir alle wissen, wie die Situation ist. (*Abg. Kern: Nur für Propagandamittel habt ihr Geld!*) Ich möchte jetzt fragen: Herr Kollege Kern! Ist dieser Antrag der Beitrag des ÖVP-Bauernbundes für die Stabilität gewesen? (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Für Propagandamittel habt ihr Geld, für die Bauern habt ihr kein Geld! 5 Millionen für Propagandazwecke!*) Was Sie hier spielen, meine Damen und Herren, wird man Ihnen nicht abkaufen. Das wird man Ihnen auch in der Öffentlichkeit nicht abkaufen. Das ist Lizitation reinsten Wassers, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Als Begründung meinten Sie — Sie machen es sich sehr einfach —: Der Finanzminister soll halt um 110 Millionen Schilling weniger Schulden zurückzahlen, und die Sache wäre wieder einmal erledigt!

So einfach, meine Damen und Herren, so leichtfertig werden Sozialisten nicht reagieren. Wir haben ein klares Programm, und wir werden nach diesem Programm für die Landwirtschaft — das haben wir bewiesen — mehr tun als die ÖVP 25 Jahre vorher. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich meine, daß es gerade auch notwendig ist, daß man auf die Argumentation der ÖVP — bevor ich mich dann mit dem Budget befasse — doch noch einmal eingeht. Ihre Argumentation ist widersprüchlich und doppelbödig. Ich bin sicher und möchte das gleich vorwegnehmen, daß Ihre Redner, die jetzt nach mir kommen werden, sich selbstverständlich mit vielen Problemen beschäftigen werden. Sie werden sehr unsachlich sein, davon bin ich überzeugt.

Aber ich möchte jetzt nur auf einen eingehen und damit den Beweis liefern, wie widersprüchlich Ihre Argumente sind, wie widersprüchlich Sie immer wieder zu Landwirtschaftsfragen Stellung nehmen. (*Abg. Kern: So widersprüchlich wie der Bundeskanzler kann niemand sein!*)

Ich möchte hier zum Beispiel aus den „Österreichischen Monatsheften“ zitieren. Da liest man folgendes — ich darf das mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier zitieren —: „Österreichische Monatshefte“, Nr. 10, vom November 1972, 28. Jahrgang.

Der Herr Präsident Minkowitsch nimmt hier klar Stellung und sagt unter anderem — und das ist richtig —:

„1951 gab es noch 1.012.000 Vollbeschäftigte in der Landwirtschaft.“ — das stimmt — „1961 gab es noch 800.000, 1971 nur noch 524.000.“

Ich nehme an, Herr Präsident, Sie wollten damit dokumentieren, wie gigantisch der Abwanderungsverlust aus der Landwirtschaft im Laufe von zwei Jahrzehnten ganz einfach de facto war und ist.

Und dann sagen Sie:

„Diese unschätzbare zusätzliche biologische Substanz wird für die volkswirtschaftliche Wertschöpfung dann nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn die Agrarstruktur sich eingependelt haben wird, was nach obigen Zahlen bald erreicht sein dürfte, und sollte jedenfalls nicht vorzeitig zum Versiegen gebracht werden.“

Auch ich und meine Partei sind dieser Meinung. Herr Präsident! Wir treffen uns hier sicherlich in dieser Angelegenheit. Aber ist es nicht sonderbar, und wirkt es nicht verwunderlich, wenn dann Ihre Leute kommen — ich bin sicher, sie werden heute kommen — und sagen: Ja, um Gottes willen, es sind ja wieder mehr als 30.000 abgewandert aus diesem Beruf, abgewandert deswegen, weil diese Regierungspolitik — so werden sie argumentieren — so schlecht ist. — Das ist doch ein Widerspruch.

Der gleiche Präsident Minkowitsch sagt unter anderem, ich zitiere das ebenfalls noch, „Auslieferung an den Weltmarkt?“ — ebenfalls in diesem Artikel der „Österreichischen Monatshefte“:

„Da Fehler in der Agrarpolitik meist irreversibel sind, ist Wohlüberlegtheit, Ausgeglichenheit und Bedachtnahme auf Folgemöglichkeiten für Lawinenschäden, Überschwemmungen, generellen Luft-, Wasser- und Energiehaushalt selbstverständliches Gebot.“

Pfeifer

Soweit das Zitat, die Meinung des Herrn Präsidenten Minkowitsch.

Ich zitiere hier noch einen Satz aus dem „Österreichischen Bauernbund“, ich zitiere hier zu dieser Aussage von Minkowitsch wieder den Widerspruch:

„Das Landwirtschaftsbudget, das ohnehin auch für nicht landwirtschaftliche Zwecke erhalten muß (Wildbachverbauung, Lawenverbauung etc.) soll nunmehr durch Maßnahmen weiter eingeeengt werden.“

Herr Präsident! Ich möchte fragen: Wer ist bei Ihnen wer — der Engländer sagt: Who is who? — in der Landwirtschaftspolitik? Kennen Sie sich überhaupt noch aus? (*Abg. Minkowitsch: Besser, als Ihnen lieb ist, kennen wir uns aus!*) Wie glauben Sie, sollen diese Widersprüche überhaupt verkauft werden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es wäre notwendig, daß Sie eine gemeinsame Sprachregelung finden sollten. (*Abg. Kern: Vielleicht fragen Sie Doktor Kreisky, ob er sich auskennt mit diesen Subventionen! Er zeigt nämlich die größten Widersprüche!*) Das österreichische Volk, Herr Kollege Kern, und gerade viele Tausende Bauern haben Sie in den Jahren 1970 sowie 1971 im Stich gelassen und haben Dr. Kreisky gewählt. Darüber ärgern Sie sich jetzt! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Leitner: Die Bauern ärgern sich jetzt!*)

Hohes Haus! Ich möchte mich jetzt mit dem Agrarbudget der Regierung beschäftigen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das ist das „beste“ aller Zeiten!*) Ich möchte sagen, daß die Debatte über das Staatsbudget Kapitel Land- und Forstwirtschaft immer wieder — wie ich meine — Gelegenheit gibt, zum Agrarbudget an sich Stellung zu beziehen und gleichzeitig auch die Agrarpolitik der Bundesregierung im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik eingehend zu durchleuchten.

Sachliche Kritik soll man auch hier prüfen, die Agrarpolitik womöglich noch flexibler gestalten und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten anpassen.

Das vorliegende Agrarbudget, dessen Grundlage der Grüne Plan ist — mit dem sich noch einige meiner Parteifreunde speziell befassen werden —, ist so erstellt, daß der österreichische Bauer und damit die österreichische Land- und Forstwirtschaft auch im kommenden Budgetjahr einer ruhigen und kontinuierlichen Entwicklung entgegensehen können.

Das Agrarbudget 1973 ist unter dem Gesichtswinkel des gesamten Staatsbudgets zu sehen. Jeder weiß, daß dieses Budget die von unserer Bundesregierung angekündigten und nun bereits beschlossenen Reformen zu verkraften hat.

Ich denke hier besonders an die Mehrwertsteuer, die Einkommensteuerreform sowie an den paktierten Finanzausgleich. Sie finden in diesem Budget ihren Niederschlag. Wir haben durch eine überlegte, kluge Verhandlungstaktik unserer Bundesregierung in kürzester Zeit ein Freihandelsabkommen mit der EWG hier im Hohen Haus gemeinsam beschlossen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Ohne Landwirtschaft!*) Wenn es auch nicht möglich war, die Landwirtschaft in das Freihandelsübereinkommen auf Grund des EWG-Vetos aufzunehmen — was wir auch nie behauptet haben —, war es trotzdem möglich, Erleichterungen für die Landwirtschaft zu erreichen.

Ich denke hier besonders an die Exportkontingenterhöhung für weibliche Zuchttrinder von 20.000 auf 30.000 Stück, an die Zollsenkung von 6 Prozent auf 4 Prozent sowie an die für Österreich vorteilhafte Berechnung des Abschöpfungsbetrages bei Schlachtrindern.

So gesehen ist zum Landwirtschaftsbudget festzustellen, daß im vorliegenden Grünen Plan die Landwirtschaftsförderung nach wie vor ausreichend sichergestellt ist. Der Grüne Plan weist wie im Vorjahr 780 Millionen Schilling auf dem Beihilfensektor aus. Dazu kommt wie im Vorjahr das Bergbauernsonderprogramm in der Höhe von 300 Millionen Schilling. Insgesamt beträgt also der Bundesbeitrag wie im Vorjahr 1080 Millionen Schilling. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber auf dem Papier!*) Nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ich werde es Ihnen sagen!*) Herr Kollege Tschida, Sie werden sich schwer tun.

Hohes Haus! Der Grüne Plan, der zu recht die Säule der österreichischen Agrarförderung darstellt, weist auch heuer wieder konzentrierte Schwerpunktmaßnahmen auf. Ich verweise hier auf die Schwerpunkte: Förderung der Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebs- und Produktionsstruktur, Förderung der baulichen Maßnahmen, Förderung der Maßnahmen zur Technisierung und Mechanisierung, Förderung der Maßnahmen zur Verbesserung der Hauswirtschaft einschließlich der Gästebeherbergung und Förderung der forstlichen Maßnahmen.

Ich möchte hier nur vermerken, daß eine Aufstockung der Mittel für die Zinszuschüsse um 46 Millionen auf 320 Millionen

Pfeifer

Schilling und damit eine Erhöhung des AI-Kreditvolumens möglich war.

Der vorliegende Grüne Plan sieht also die Weiterführung aller bewährten Förderungsmaßnahmen vor. Es ist für uns Sozialisten selbstverständlich, daß sich die Agrarförderung an den Grundsätzen der Effektivität und Sparsamkeit zu orientieren hat. Unserer Meinung nach besteht — und das möchte ich bei der Gelegenheit klar aussprechen — kein schicksalhafter Zusammenhang zwischen der Höhe der agrarischen Förderungsmittel und dem Fortschritt in der Land- und Forstwirtschaft.

Wenn man den Grünen Bericht 1971 aufmerksam studiert, erfährt man, daß die österreichische Land- und Forstwirtschaft auch im Jahr 1971 ein leistungsfähiger Teil der gesamten Wirtschaft war. Laut Grünem Bericht 1971 haben 30.100 Menschen ihren Landwirtschaftsberuf aufgegeben. Davon waren 26.200 Selbständige und 3900 Unselbständige.

Interessant ist, daß allein bei der Bauernpensionsversicherungsanstalt mehr als 30.000 Anträge auf Zuerkennung einer Bauernpension eingereicht wurden.

Trotz der Abwanderung aus der Landwirtschaft erhöhte sich der Wert der land- und forstwirtschaftlichen Endproduktion auf 29,7 Milliarden Schilling und lag damit um fast 3 Milliarden Schilling über dem Wert der Endproduktion des Jahres 1968. Der Hauptanteil entfiel wie in den Vorjahren auf die tierische Produktion mit 21,5 Milliarden Schilling. Die Einnahmen aus der Milchproduktion mit rund 6,8 Milliarden Schilling und der Rinder- und Kälberzucht mit 6,3 Milliarden Schilling konnten gegenüber 1970 beträchtlich erhöht werden.

Seit Bestehen des Grünen Berichts waren diese Aussagen maßgebend für jede Budgeterstellung. Er stellt somit seit 1961 ein objektives Dokument dar, dessen Aussagen in einer Zeit, als die ÖVP den Landwirtschaftsminister stellte, nie in Zweifel gezogen wurden. Der Grüne Bericht war zur Regierungszeit der ÖVP, meine Damen und Herren, Ihr liebstes Kind!

Wenn jetzt der Grüne Bericht 1971 sachlich feststellt, daß sich das Betriebseinkommen pro Arbeitskraft seit 1970 um rund 10 Prozent auf 37.304 S erhöhte, ohne dabei zu verschweigen, daß der Aufwand ebenfalls eine starke Zunahme erfuhr und die Verzinsung des Aktivkapitals nicht zufriedenstellend war, ist die ÖVP sofort dagegen und begeht meiner Meinung nach in Sachen Grüner Bericht wie im Vorjahr neuerlich Kindesweglegung. Sie

will vom ganzen Budget und schon gar nichts vom Grünen Bericht wissen und lehnt alles ab, obwohl sie weiß, daß die Zahlen für diese Berechnung von den 2000 buchführenden Testbetrieben Österreichs kommen.

Meine Damen und Herren des Bauernbundes! Wenn Sie nun hundertmal argumentieren, daß es hier unterschiedliche Berechnungen gibt (*Abg. Dr. Zittmayr: Bei euch ist es abwärts gegangen!*), steht doch genauso wie unter der ÖVP-Regierungszeit unverrückbar fest, daß das Testbetriebsnetz (*Abg. Doktor Zittmayr: Jedesmal abgelehnt!*) genauso wie zu Ihrer Zeit nur bäuerliche Voll- und Zuerwerbsbetriebe umfaßt. Sie wissen auch genauso gut wie wir, daß diese Betriebe den Kern der Landwirtschaft in Österreich darstellen, die Träger der landwirtschaftlichen Produktion sind und damit die ausschließliche oder fast ausschließliche Einkommensquelle der sie bewirtschaftenden bäuerlichen Familien. Das haben Sie zu Ihrer Regierungszeit nie bestritten. Nur jetzt verdammen Sie unsere Agrarpolitik in Bausch und Bogen einschließlich Ihrer ehemaligen Lieblingskinder.

Nachdem die Volkspartei mit niederösterreichischen Problemen hier im Parlament argumentiert hat — ich habe schon darauf Bezug genommen —, und zwar unter dem Titel Bundeskanzleramt eine Landwirtschaftsdebatte zur Sprache gebracht hat, möchte ich darauf verweisen, daß es, glaube ich, innerhalb der niederösterreichischen Volkspartei einmal überlegenswert wäre, über den Kammeraufwand in Niederösterreich nachzudenken.

Damit es hier keine Mißverständnisse und Unterstellungen gibt — (*Abg. Kern: Reden wir von etwas anderem!*) nein, nein, wir bleiben schon beim Budget —, möchte ich hier noch einmal sagen: Wenn es diese Kammer nicht gäbe, man hätte sie längst konstituieren müssen.

Aber, meine Damen und Herren der ÖVP, darf ich Ihnen ganz eindeutig und klar folgendes mitteilen: Sie wissen genauso gut wie ich, daß es in diesen 23 Bezirken von Niederösterreich 66 Bezirksbauernkammern mit einem Kammeraufwand von insgesamt 118 Millionen Schilling gibt. Davon kassieren Sie 87 Millionen von den Bauern als Kammerumlage. 31 Millionen Staatsgeld nehmen Sie den Bauern weg und stecken Sie in den Verwaltungsaufwand. Ich möchte Sie hier bitten, daß Sie einmal mit mir vollkommen sachlich überlegen, ob man hier nicht einmal die gesamte Situation durchdenken soll und vielleicht dann doch dort oder da ein wenig einsparen könnte. Interessant an dieser Ange-

Pfeifer

legenheit ist, daß erstmalig im Kammerbudget Niederösterreich auch die Treibstoffverbilligungsaktion hineingenommen wurde und dadurch, ich glaube, aus wohlüberlegten Gründen, weil der Personalaufwand so hoch ist, das Kammerbudget aufgebläht wurde.

Hohes Haus! Ich möchte zu diesem Problem einen sehr unverdächtigen Zeugen der ÖVP ebenfalls sehr sachlich zitieren. Ich habe hier das „Volksblatt“ Nr. 45 vom 24. Feber 1972. Hier gibt es nicht irgendein Interview, das der Herr Präsident Minkowitsch in seiner Rede unter anderem erwähnt hat, quasi als gestelltes oder überlegtes Interview, sondern hier gibt es ein tatsächliches Interview mit keinem Geringeren als dem niederösterreichischen Landesrat Präsident Bierbaum. Ich zitiere hier den gesamten Absatz — er ist sehr kurz —, ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß ich einige Sätze bewußt herausreiße.

Präsident Bierbaum sagt: „In den Jahren 1955 bis 1960 entfielen von den Ausgaben der Kammer 64 Prozent auf Förderungen sowie auf das Versuchswesen und die Schulen, auf die Organisation und Verwaltung 36 Prozent. Dieses Verhältnis“ — so Bierbaum — „hat sich inzwischen verschoben — und zwar 49 Prozent für die Förderung und 51 Prozent für die Organisation und Verwaltung —, aber nicht deshalb, weil der Verwaltungsapparat zuungunsten der Förderung aufgebläht worden wäre. Die Ursache“ — so sagt Bierbaum — „ist vielmehr darin zu suchen, daß, beginnend mit dem Jahre 1959, das Beihilfen- und Subventionswesen auf die Vergabe von Agrarinvestitionskrediten (AIK) und Agrarsonderkrediten“ — während Ihrer Regierungszeit — „umgestellt wurde.“

Dann sagt Bierbaum weiter: „Die Beihilfen wurden gekürzt, und damit wurde auch der im Budget der Kammer aufscheinende Förderungsaufwand kleiner, da ja das Volumen der Kredite in den Budgets und in den Rechnungsabschlüssen nicht aufscheint.“

Also halten wir fest: Während der ÖVP-Alleinregierung — und das sagt Ihr Präsident Bierbaum sehr klar — und auch schon vorher wurden unter der Ägide des Landwirtschaftsministers der ÖVP und des ÖVP-Bundeskanzlers Beihilfen gekürzt.

Hohes Haus! Wie lautet nun die Kritik der größten Oppositionspartei? Ich kann also hier nur die Kritik zitieren, wie sie im Landwirtschaftsausschuß laut wurde und wie sie heute sicherlich noch vielleicht mit doppelt unsachlichen Argumenten weiter vorgetragen werden wird.

Das Landwirtschaftsbudget, so hörte man, ist der Prügelknabe, das Verlustbudget ist praktisch in der Landwirtschaft ganz klar und eindeutig zu sehen: viel zu wenig Mittel, wesentliche Kürzungen, die Landwirtschaft ist im Budget zu kurz gekommen.

Daß man als Opposition, Hohes Haus, zu den einzelnen Budgetkapiteln immer wieder feststellt, daß zu wenig Mittel vorhanden sind (*Abg. Dr. Zittmayr: Bravo!*), das wird man als Opposition immer wieder sagen können, nur scheint es mir ein allgemeines schwaches Pauschalargument zu sein. Alles andere, was Sie hier als Ablehnungsargumente auf den Tisch legen, sind unsachliche, an den Haaren herbeigezogene, bewußt negative Auswüchse bauernbündlerischer Parteiprägung. (*Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Ungerechte Verteilung!*)

Die Frage, die wir uns heute nach mehr als zweieinhalb Jahren sozialistischer Alleinregierung zu stellen und zu beantworten haben, Hohes Haus, lautet meiner Meinung nach: Ist es, seitdem Sozialisten regieren, für den Bauern und damit für die österreichische Landwirtschaft besser geworden oder schlechter? (*Abg. Helga Wieser: Schlechter!*) Die Antwort der Konservativen kennen wir. Ich hätte keinen anderen Zwischenruf erwartet. Die „Katastrophe“ kommt laut Koren und Schleinzer spätestens auch in der Agrarpolitik 1973.

Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, begeben sich mit dieser Argumentation auf ein äußerst gefährliches, wie ich meine, glattes Parkett. Sie sollten selbst längst wissen, daß vorhergesagte Katastrophen nicht eintreten. Aber Herr Professor Koren wird dann wieder mitteilen, daß wir Glück gehabt haben und er sich geirrt hat. Ich meine, daß sich gerade Professor Klubobmann Koren erschreckend oft irrt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Er wird sicher mitteilen, daß sich der Wirtschaftsuntergang unter der sozialistischen Regierung neuerlich um ein Jahr verschiebt. Kommt der Wirtschaftsuntergang 1974 auch nicht, kommt diese Parole als unbrauchbarer Ladehüter in die Wahlkampfreliktenkammer der Volkspartei und wird mit den anderen ehemaligen Gruselparolen vorläufig eingemottet. Sie werden dann sicher rechtzeitig vor den Wahlen wieder fröhliche Urständ feiern. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Das sind sehr wesentliche Aussagen zum Agrarbudget!*) Sie werden es doch noch erwarten können, Herr Kollege Kern! Werden Sie doch nicht schon wieder nervös.

Hohes Haus! Wie ist denn die Situation aus der Sicht der Regierungspartei innerhalb der

Pfeifer

österreichischen Landwirtschaft oder über die österreichische Landwirtschaft wirklich?

Niemand von uns, von meiner Partei wird abstreiten, daß die weltweiten Probleme der Landwirtschaft, die Sorgen der österreichischen Landwirtschaft nicht auch uns entsprechend zu schaffen machen. Wir wissen aber, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieser Regierung attestiert, daß sie zum Unterschied von der ÖVP-Regierung alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Wirtschaftspolitik, besonders auch die Agrarpolitik und die damit verbundenen Probleme, nicht wie es früher der Fall war, vor sich herschiebt, sondern gemeinsame Lösungen sucht. Wo diese nicht möglich sind, haben wir die alleinige Verantwortung noch nie gescheut und werden sie auch in Zukunft nicht scheuen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Seitdem es die sozialistische Bundesregierung gibt — und jetzt werden Sie wieder aufschreiben — geht es den Bauern merklich besser. Dafür möchte ich eine Liste von klaren Beweisen anführen, und ich hoffe nur, daß Sie ebenfalls so klar Ihre negativen Beweise aufs Pult legen werden wie ich die positiven.

Erstens einmal möchte ich sagen — ich habe das schon in einer anderen Debatte betont, ich möchte es hier noch einmal kurz wiederholen —: Herr Präsident Minkowitsch darf, wenn er das gerade für politisch zweckmäßig hält, mit seinen Bauernbündlern demonstrieren. Niemand hindert ihn daran. Die Bauern werden bei Demonstrationen — und jetzt hören Sie genau zu — genau wie alle anderen Berufsgruppen behandelt, sie werden von unserem Bundeskanzler und der Regierung empfangen *(Abg. Kern: Mit Kommunisten verglichen!)*, was ja, wie Sie wissen, bei der Volkspartei-Regierung nicht so gewesen ist.

Erinnern Sie sich noch? — Der letzte Volkspartei-Kanzler Klaus verschwand, als er von demonstrierenden Bauern hörte, durch das Hintertürl. Der damalige Landwirtschaftsminister Schleinzer mußte damals dringend in die Schweiz, um die Molkereistruktur zu studieren. Und Präsident Minkowitsch war wegen der Bauerndemonstrationen aufs äußerste empört.

Nun, meine Damen und Herren, wie sieht die Preissituation in der Landwirtschaft wirklich aus? Ich möchte nicht sagen, daß wir gerade auch auf dem Preissektor keine Wünsche haben. Selbstverständlich, sicherlich, die wird es immer geben. Aber ich möchte hier den Versuch unternehmen, Ihnen doch einiges darzutun, was Sie sicherlich nicht gerne hören, was aber auf der anderen Seite doch eine klare Sache für jeden Bauernver-

treter sein soll. *(Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz. — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Tschida.)* Sehr objektiv, sehr objektiv, Herr Kollege Tschida! Ich zitiere hier den Agrarpreisspiegel für das Wirtschaftsjahr 1971/72.

Ich beginne hier mit einigen Produktionsparten: Bei Weizen liegen wir hinter Italien, der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden, jedoch vor Dänemark, Großbritannien und Frankreich. Bei der Gerste liegen wir knapp hinter Italien, jedoch vor der Bundesrepublik Deutschland, vor Frankreich, vor Belgien, vor den Niederlanden, vor Großbritannien, vor Dänemark. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Was ich rede, Herr Kollege, ist meine Sache. Ich hoffe nur, daß Sie in der Lage sind, hier überhaupt zu argumentieren und nicht unsachlich zu argumentieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei den Kartoffeln liegen wir hinter Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden, jedoch vor der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Belgien. *(Abg. Kern: Nennen Sie Dieselöl!)*

Bei den Schweinen liegen wir hinter Italien — hören Sie genau zu, Herr Kollege Kern, Sie dürften das nicht wissen; Sie werden es verschwitzen, wenn Sie nicht aufpassen —, aber vor der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Dänemark.

Hohes Haus! Ich meine also, daß diese Zahlen eigentlich für sich reden sollten, da diese sachliche Meinung im Agrarpreisspiegel der „Agrarischen Rundschau“ enthalten ist. Damit Sie auch wissen, von woher diese Angaben kommen. Sie werden ja sicherlich nicht behaupten, daß die „Agrarische Rundschau“ eine sozialistische Zeitung ist. Sie wissen selbst, daß sie ein Fachblatt darstellt.

Wenn wir uns also jetzt ein wenig mit der Situation auf dem Milchpreissektor befassen, so müssen wir ebenfalls, wenn wir die „Agrarische Rundschau“ zitieren, feststellen, daß wir bei Milch hinter der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden, jedoch vor Belgien, Großbritannien und Dänemark liegen.

Ich glaube also, daß man mit Fug und Recht, Hohes Haus, sagen kann, daß wir hier, wenn wir den Agrarpreissektor für das Wirtschaftsjahr 1971/72 der Oktobernummer der „Agrarischen Rundschau“ — ich habe schon betont: bekanntlich keine Zeitung, die meiner Partei nahesteht — betrachten, sehen, daß wir im guten Mittelfeld mit unseren österreichischen Agrarpreisen liegen.

Pfeifer

Nun, Hohes Haus, möchte ich doch auch einige Sätze zu der Milchpreisentwicklung sagen. Auch hier habe ich mir die genauen Ziffern geben lassen und habe sie genau studiert. Ich möchte Ihnen auch diese Ziffern nicht länger vorenthalten.

Gehen wir einmal vom Jahre 1965 aus. Der Produzentenpreis war damals bei 3,2 Prozent Fettgehalt pro Liter 2,30 S, der Verbraucherpreis, mit dem gleichen Fettgehalt, war damals bei 3 S.

1967, ebenfalls unter der ÖVP-Regierung, war der Produzentenpreis 2,30 S, aber interessanterweise der Konsumentenpreis nicht mehr 3 S, sondern 4 S.

1968 war der Produzentenpreis — wieder ÖVP-Regierung — genau wie 1965 2,30 S. Der Konsumentenpreis betrug 4,20 S.

Als Fazit möchte ich also sagen: Der Produzentenpreis blieb während der ÖVP-Regierung von 1965 bis 1970 bei 2,30 S unverändert, also eingefroren. Der Konsument zahlte in der gleichen Zeitspanne, also von 1965 bis 1970, um 1,20 S mehr. Dem Bauern — und das muß hier immer wieder festgestellt werden — gab die ÖVP-Regierung keinen Groschen drauf — trotzdem schöpfte sie den Konsumenten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie sieht denn die Situation jetzt während unserer sozialdemokratischen Regierung aus? (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ja, ich weiß, das ist unangenehm. Das rührt, das bohrt an Ihrem Nerv, meine Damen und Herren der Volkspartei! Aber ich kann Ihnen diese Dinge nicht ersparen. Sie haben ja seinerzeit diese Fakten gesetzt. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Pfeifer! Aber werden Sie doch nicht auch noch überheblich!*) Herr Kollege Tschida, Sie werden mich nicht stören, hier meine Meinung zu sagen. Ich möchte Ihnen doch auch ins Gedächtnis rufen: Solange ich hier am Pult vor den Mikrofonen stehe, bin ich Ihnen gegenüber auch der Stärkere. Das ist gar keine Frage. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steiner: Aber nur so lange! — Abg. Hahn: Überheblicher geht es nimmermehr!*)

Natürlich möchte ich auch darauf sagen, daß wir während der sozialistischen Regierung ... (*Unruhe. — Präsident Dr. Malleta gibt das Glockenzeichen.*) Darf ich wieder weiterreden? — Sehr schön, sehr schön.

Ich habe also jetzt einmal die Situation auf dem Milchsektor während der ÖVP-Regierung geschildert. Ich möchte jetzt die Situation auf dem Milchsektor während der sozialistischen Regierung darlegen. (*Abg. Hahn: Sie sind ein Schauspieler, aber kein Bauer!*) Über die

Zeit während der SPÖ-Regierung möchte ich Ihnen hier folgendes mitteilen: Die SPÖ-Regierung hat mit 1. 6. 1971 den Konsumenten-Milchpreis von 4,20 S auf 4,50 S, also um 30 Groschen, erhöht. Sie gibt dem Bauern davon bei erster Qualität 25 Groschen, bei zweiter Qualität 17 Groschen und bei dritter Qualität 5 Groschen. Merken S' was? Merken S' was?

Was hat denn die ÖVP-Regierung zu ihrer Zeit dem Bauern gegeben? — Sie werden das nie mitbekommen — oder wollen Sie es nicht mitbekommen? (*Abg. Steiner: Wollen Sie die Qualitätsförderung verschwinden lassen?*) Fest steht, daß Sie den Bauern keinen Groschen mehr gegeben haben. Das sage ich Ihnen noch hundertmal, weil es stimmt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber mehr kaufen konnte sich der Bauer! Das ist der Unterschied!*)

Die SPÖ-Regierung erhöhte mit 1. 12. 1972 den Konsumenten-Milchpreis neuerlich um 30 Groschen. Der Bauer bekommt bei dieser zweiten Milchpreiserhöhung, wenn er erste Qualität liefert, 15 Groschen darauf, bei zweiter Qualität 10 Groschen, bei dritter Qualität 5 Groschen.

Kurz zusammengefaßt: Die sozialistische Regierung erhöhte seit ihrer Amtszeit den Konsumenten-Milchpreis zweimal um insgesamt 60 Groschen und gibt davon den Milchbauern bei erster Qualität 40 Groschen, bei zweiter Qualität 27 Groschen und bei dritter Qualität 10 Groschen. Das ist sozialistische Agrar- und Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich Sie nur mit einem Satz auf dem Sektor der Weinpreise erinnern darf: Na, meine Damen und Herren, fest steht, daß der Faßweinpreis — das weiß der Kollege Minkowitsch genauso gut wie wir, er ist ja ebenfalls Weinbauer — sich um 100 Prozent — Gott sei Dank! — während der sozialistischen Regierung erhöht hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Damit ich Ihnen nicht allzulange auf die Nerven falle, möchte ich Ihnen doch sagen, daß wir auf dem Sektor des Weizenpreises ebenfalls eine klare Tatsachenfeststellung zugunsten der sozialistischen Regierung, zugunsten der sozialistischen Agrarpolitik und zugunsten, glaube ich, der österreichischen Land- und Forstwirtschaft machen können. Schauen Sie sich einmal die Weizenpreise an. Der Produzentenpreis bei Weizen betrug 1951 2,38 S, 1954 2,45 S und 1955 ebenfalls 2,45 S. Er war dann 1964 2,39 S und betrug 1967 noch 2,39 S. Jetzt passen Sie gut auf! (*Abg. Kern: Vielleicht war er viel zu hoch! — Abg. Dipl.-*

Pfeifer

Ing. Tschida: Wie war es im ersten Jahr der Regierung Kreisky?) Er war 1967 noch 2,39 S, und 1968 — Herr Kollege Kern! Wissen Sie, wer damals an der Regierung war? Herr Bundeskanzler Klaus! — betrug er plötzlich 2,30 S. (*Abg. Wodica:* Da hat der Kern applaudiert!) Und der Kern hat applaudiert; das sei eine staatspolitisch wichtige Maßnahme — so sagte er damals — und unbedingt richtig aufgezogen von seiten der Österreichischen Volkspartei. Sie haben damals applaudiert, meine Damen und Herren der ÖVP, und ich möchte auf alle Fälle sagen, daß die Österreichische Volkspartei-Regierung alles getan hat, um den Bauern zur damaligen Zeit weniger zu geben. Eine sozialistische Regierung hat den Weizenpreis um 10 Groschen wieder hinaufgesetzt! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern:* Der Dieselpreis wurde um 70 Groschen erhöht! Maschinen wurden um 30 Prozent erhöht!) Ich weiß, es tut weh, es rührt wieder am Nerv, und daher werden Sie unruhig, meine Damen und Herren! (*Abg. Kern:* Das ist die Wahrheit!) Wenn Sie soviel von Ihrer Wahrheit reden, ich habe ja vorhin den Herrn Klubobmann Koren zitiert.

Ich möchte also wieder einmal darauf zurückkommen: Als Sie die Bergbauernfragen im Rahmen der Präsidentenkonferenz behandelt haben, haben Sie sonderbarerweise folgenden Widerspruch entwickelt. Ich zitiere wieder — ich hoffe, daß ich Ihnen nicht allzu stark auf die Nerven gehe — aus dem Bücherl der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs. Ich glaube, es ist ein unmißverständlicher Zeuge von Ihnen. Zu den Bergbauernfragen meinte — ein Kollege von meiner Partei wird sich ja noch speziell mit diesen Fragen beschäftigen — die Präsidentenkonferenz:

„Der von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern im Forderungsprogramm vom Jänner 1970 verlangte Entwicklungsplan für die Berggebiete wurde nicht in Angriff genommen; erreicht wurde jedoch eine verstärkte Bergbauernförderung in Form eines Bergbauernsonderprogramms.“ Interessanterweise hat jetzt die ÖVP auch die Bergbauern entdeckt, nachdem es ein sozialdemokratisches Bergbauernsonderprogramm gibt, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, was noch dazukommt? Sie haben ja dieses Bergbauernsonderprogramm der Regierung, meiner Partei, bis ins letzte bekämpft, obwohl Sie wußten, daß Sie übrigbleiben werden, weil wir die Mehrheit sind. Aber Sie haben dieses Programm bekämpft, und wenn wir heute die Meinungen der internationalen Presse lesen,

dann muß doch eines festgestellt werden: Die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, ja viele Staaten sehen dieses Bergbauernsonderprogramm, das durch unseren Landwirtschaftsminister Weihs, durch unsere Regierung etabliert wurde, als mustergültig an. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr:* Geh einmal in eine Bauernversammlung! — *Abg. Dipl.-Ing. Tschida:* Sagen Sie ihnen nur, wie gut es ihnen geht!) Sind Sie vorsichtig, meine Damen und Herren! (*Abg. Dr. Zittmayr:* Das ist das traurigste Kapitel, das ihr habt!) Ja, ich war schon dort und gehe laufend hin. Sie brauchen keine Sorge zu haben. Ich mache das sehr regelmäßig, und ich bin sicher, daß gerade auf dem Bergbauernsektor mit diesen 300 Millionen Schilling, mit der zweiten Tranche, die wir jetzt an alle Bergbauernbetriebe in den Extremlagen auszahlen, den Bergbauern echt geholfen ist. (*Abg. Dr. Zittmayr:* Keine Kreditmittel sind vorhanden!)

Ich stehe nicht an, auch zu dem Bergbauernproblem doch noch eines zu sagen. Ich habe Ihnen jetzt die Meinung der Präsidentenkonferenz zitiert. Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß andere Staaten dieses Bergbauernsonderprogramm als mustergültig hinstellen und viele Dinge von diesem Bergbauernsonderprogramm übernehmen. Wissen Sie, wer als einziger — neben der ÖVP — gegen dieses Bergbauernsonderprogramm war? Ich bin ja immer davon ausgegangen, daß ich Sie des Widerspruchs in der Agrarpolitik zeihen werde. Ich habe Ihnen gesagt, ich werde Ihnen die Beweise liefern! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida:* Bisher ist es Ihnen noch nicht gelungen!) Warten Sie doch ein bißerl.

Wissen Sie, wer jetzt kommt? Der Herr Professor Koren. Der Herr Professor Koren sprach in der Budgetrede des vergangenen Jahres vom politischen Gag, als er vom Bergbauernprogramm redete. Also der Herr Klubobmann Koren spricht vom politischen Gag; die Präsidentenkonferenz sagt: Gott sei Dank, es ist gelungen, ein Bergbauernsonderprogramm — das Sie abgelehnt haben! — doch zu etablieren. Ja, meine Herren, wieder: Who is who? Wer ist wer? So wird es nicht gehen.

Ich komme allmählich zu meinen Schlußbetrachtungen: Fest steht, daß die Sozialisten in der Agrarpolitik alles, was die ÖVP bisher vor sich hergeschoben hat, in Angriff genommen haben beziehungsweise versucht haben, es besser zu machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Wir werden diese Politik fortsetzen, weil wir auch vom Ausland bestätigt bekommen haben, daß wir auf dem

Pfeifer

richtigen Weg sind. Wir werden Zug um Zug das Regierungsprogramm erfüllen, und wir werden diesem Budget gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Tschida. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pfeifer aufmerksam gefolgt ist, so müßte zumindest einer, der sich mit der Materie nicht beschäftigt, den Eindruck gewinnen, als ob für die Land- und Forstwirtschaft in Österreich das Goldene Zeitalter angebrochen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist ungefähr der Tenor Ihrer Ausführungen gewesen.

Sie haben hier hinausposaunt: Die Bundesregierung hat bis heute für die Land- und Forstwirtschaft das meiste getan. *(Abg. Pfeifer: Natürlich!)* Herr Kollege Pfeifer! Bester Beweis, daß das nicht stimmt, ist das heurige Budget für die Land- und Forstwirtschaft. Ich sage Ihnen gleich im vorhinein, ich werde nicht die zu niedrigen Ansätze kritisieren, sondern ich werde kritisieren, daß die Landwirtschaft stiefmütterlich behandelt wurde. Ich komme noch darauf zurück. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das zweite, was Sie immer hinausposaunen: Der Herr Bundeskanzler spricht auch mit den Bauern. *(Abg. Pfeifer: Zum Unterschied vom Klaus!)* Wissen Sie, was er macht? Er verspricht den Bauern sehr viel. Er hat den Bauern sehr viel versprochen, nur gehalten hat er nichts. Mit dem Parlament will er nicht sprechen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pfeifer: Das letzte Argument!)* Und mit Kommunisten vergleicht er uns womöglich. Das ist das zweite.

Herr Kollege Pfeifer! Ich hätte doch erwartet, daß Sie ihre Ausführungen hier wenigstens etwas objektiver vorbringen. Sie haben nur davon gesprochen, was zunächst einmal erhöht werden konnte. Ich bitte Sie doch, meine Damen und Herren von der Linken, wieviele SPÖ-Redner waren bei der Budgetdebatte jetzt schon heraußen und haben hier groß erklärt: Unserer Regierung ist es gelungen, das Einkommen der Arbeitnehmer um 13 Prozent zu erhöhen. *(Zwischenruf bei der SPÖ: Ist auch richtig!)* Ja, es ist richtig. Und wenn in der Landwirtschaft das Einkommen ein halbes Prozent erhöht wird, dann kommen die SPÖ-Bauernvertreter heraus und stellen das als Erfolg hin, wie er noch nie dagewesen wäre. *(Abg. Robak: Solange Sie sagen, der*

Esterházy ist ein Bauer!) Herr Kollege Robak, der Esterházy hat Ihnen ja so geholfen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Pfeifer, was ich Ihnen noch vorwerfen muß: Sie haben kein einziges Wort über die Preisentwicklung für Bedarfsartikel und Betriebsmittel in der Landwirtschaft gesprochen. Es werden ja noch etliche Redner kommen und Sie darüber aufklären. Sie tun so, als ob Sie als einziger praktizierender Bauer draußen mit den Bauern diskutieren würden. Eine geradezu lächerliche Behauptung, Herr Kollege Pfeifer!

Aber wenn Sie behaupten wollen, daß die Bauern Sie und die SPÖ-Agrarpolitik nur loben und über die Erhöhungen bei Milch- und Fleischpreisen sprechen und nichts über die horrenden Preissteigerungen wie zum Beispiel bei Handelsdünger und Treibstoff, dann sagen Sie nicht die Wahrheit. Das haben Sie sehr gut verstanden, daß Sie nur die halben Wahrheiten hier gebracht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich werde aber auf Sie noch zurückkommen und darf zunächst noch einige allgemeine Feststellungen treffen, die sich wie ein roter Faden auf Seite der Linken durch die Debatte gezogen haben.

Dazu darf ich mich eines Ausspruches des prominenten Sozialdemokraten Carlo Schmid bedienen. Er hat nämlich ein Wahrwort gesprochen, das ich vor allem der sozialistischen Regierung sehr ans Herz legen würde, es zu überdenken *(Abg. Dr. Tull: Nachzulesen in den „Finanznachrichten“ von Knappl!)* und dann auch danach zu handeln, Kollege Tull. Ich hoffe, daß Sie es so machen werden.

Der prominente Schmid sagt nämlich: „Demokratie steht und fällt mit dem Mut der Regierungen, dem Volke die Wahrheit zu sagen, vor allem aber sich der Kritik ihres eigenen Verhaltens zu stellen und rückhaltlos darzulegen, warum Sie so und nicht anders gehandelt haben.“ *(Abg. Pfeifer: Deswegen haben Sie 1970 verloren!)* Herr Kollege, bitte nicht den Rückwärtsgang wieder einschalten, ich komme auf das alles noch zurück.

Meine Damen und Herren von der Linken, Sie tragen nun eben seit zwei Jahren die Hauptverantwortung in diesem Staat, Sie haben eben zu regieren! Und mit den Versprechungen ist es ein für allemal vorbei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hoffentlich haben Sie inzwischen erfahren, daß das nicht so leicht ist, wie eben zu versprechen und auf der anderen Fehler hinzuweisen.

Dipl.-Ing. Tschida

Es ist doch einmal so — das konnten wir wieder bei der Budgetdebatte feststellen —: Wenn Sie keinen Ausweg mehr fanden und wenn Sie all die Wünsche, die Sie seinerzeit angemeldet haben und dem Volk erzählt haben, nicht richtig durchführen konnten, dann haben Sie den Rückwärtsgang eingeschaltet, sind wieder auf die böse ÖVP gekommen, daß bei ihr nach wie vor die Schuld zu suchen sei.

Ich bitte Sie doch, meine Damen und Herren, einmal freundlichst zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß Sie seit zwei Jahren regieren, daß Sie die Verantwortung zu tragen haben. Ich bitte Sie freundlichst zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie es waren, die zwei Jahre hindurch auf unser Volk eingetrommelt haben und gesagt haben: Wenn wir kommen, wir werden es viel, viel besser machen. (*Abg. Dr. Tull: Haben wir auch gemacht! — Abg. Dr. Withalm: 7,4 Prozent!*) Schauen Sie sich die Situation an. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Wenn wir aber heute über diese zweijährige Regierungszeit Bilanz ziehen, müssen wir zunächst feststellen, daß Sie dem Wahrwort eines Carlo Schmid absolut nicht gerecht geworden sind. Ich darf hier nur einige typische Beispiele anführen, und bitte, seien Sie mir nicht böse, wenn ich etwas zurückgreife auf die anderen Kapitel.

Der Herr Finanzminister kehrt zum Beispiel mit sichtbarem Stolz hervor, was alles im Jahre 1973 höher als bisher dotiert ist. Er verschweigt und verschleiert aber geflissentlich, welche gefährlichen Impulse dieses Budget auslösen kann und wird. Er verschweigt vor allem der Landwirtschaft, was durch die Mehrwertsteuer auf sie zukommt. Ich werde mir erlauben, darüber noch einige Worte zu verlieren.

Aber noch schöner: Für Dr. Kreisky und seine Genossen gab es bis vor kurzem keine Teuerung. Bitte, das können Sie doch nicht abstreiten, es wurde dezidiert behauptet, es gäbe keine Teuerung und es gäbe auch keine Inflation. Und alle diejenigen, die sich erlaubten, darauf hinzuweisen, die hat man dann Preishysteriker genannt, Kassandras, Panikmacher und so fort, wir kennen ja diese Ausdrücke alle.

Als aber die österreichische Bevölkerung und vor allem auch der Gewerkschaftsbund unruhig zu werden begannen, dann war die Zeit da, wo sich auch unser Regierungschef dazu durchringen mußte, die Wahrheit zu bekennen. Vorher wurde noch nach Ausflüchten und Schuldigen gesucht wie zum Beispiel, das Ausland hat die Schuld, die undisziplinierten Gewerbetreibenden seien schuld und die Land-

wirtschaft mit ihren unbotmäßigen Forderungen; das ist ja eine Selbstverständlichkeit. Jetzt ist es so weit, Farbe zu bekennen.

Was ich aber schlimm und unverantwortlich finde, das ist der Umstand, daß man sich mit der Wahrheit so lange Zeit ließ. Wenn ich den Kanzler zitieren darf, er war es, der zugeben mußte: „Ich leugne es gar nicht, die Teuerung ist das einzig wirklich große Problem, das wir haben.“ Oder: „Ich würde lügen, wenn ich sagen wollte, wir befänden uns in einer stürmischen Aufwärtsentwicklung.“

Meine Damen und Herren! Jetzt, wo das Haus überall brennt, jetzt schreit man natürlich nach allen Seiten um Hilfe. (*Abg. Robak: Wo brennts? Die Feuerwehr weiß nichts davon!*) Herr Kollege Robak! Ich kann Ihnen das eine versichern: Wir werden uns bemühen, wir werden helfen, hoffentlich ist es nicht zu spät, diesen Großbrand zu löschen.

Eine zweite Feststellung: Sie vertragen aber auch keine Kritik und wollen nicht einsehen, daß Sie Fehler gemacht haben. Das müssen Sie als verantwortliche Regierung. So eine ähnliche Taktik, nämlich nicht die volle Wahrheit, ein bißchen verschleiern, ein bißchen verstecken, das waren auch die Grundsätze bei der Erstellung des Budgets für Land- und Forstwirtschaft. (*Abg. Robak: Lug hin, Lug her! Der Landeshauptmann...*)

Präsident Dr. Maleta: Bitte werden wir vorsichtig mit den Zwischenrufen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Ich möchte wieder hier unseren Bundeskanzler Kreisky zitieren. Ich weiß nicht, wo er ist. Am Anfang stand wieder das große Versprechen auch der Landwirtschaft gegenüber, das Versprechen in seiner Regierungserklärung vom 5. November 1971, wo es ausdrücklich heißt: „Das Ziel der Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen. Hierzu wird sich die Regierung aller geeigneter Instrumente einschließlich der Sozialpolitik bedienen.“

Dr. Kreisky gibt also unumwunden zu, daß hier noch ein Abstand besteht zwischen der Landwirtschaft und den anderen Bevölkerungsgruppen. Diese Tatsache wird aber eindeutig untermauert durch das Institut für Wirtschaftsforschung, das erstmalig feststellen mußte, daß das Einkommen der Bauern 1971 rückläufig ist. Ich weiß schon, Herr Kollege Pfeifer, was Sie gesagt haben: im Grünen Plan steht eindeutig: 10 Prozent. Ich bitte, das

Dipl.-Ing. Tschida

auch genau zu analysieren, um der Wahrheit gerecht zu werden. Auch der Herr Landwirtschaftsminister hat uns dankenswerterweise zugesagt, daß diese Differenzen endlich einmal aus dem Weg geschafft werden müssen. Nach unserer Ansicht liegt eben der Unterschied darin, daß die landwirtschaftliche Buchführungsgesellschaft nur landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe erfaßt und außerdem die Spezialbetriebe ausschaltet. Und Sie wissen es genau so gut wie ich, daß zum Beispiel die Weinernte des Vorjahres sehr, sehr gering war.

Ein zweites Moment, das wir erst im Laufe der Debatte in den Ausschußsitzungen herauslösen konnten, war das des Mietwertes. Der Mietwert für die landwirtschaftlichen Wohnungen wurde plötzlich innerhalb eines Jahres um 3,8 Prozent angehoben, um 3,8 Prozent des Arbeitseinkommens! (*Bundesminister Dipl.-Ing. Wehls: 2,8!*) Wir werden es untersuchen, Herr Landwirtschaftsminister! Also, bitte, 10 minus 3,8, das sieht schon ganz anders aus.

Wir werden nun versuchen, Herr Landwirtschaftsminister — Sie haben es zugesagt — einvernehmlich Klarheit zu erhalten.

Ich darf weiters darauf hinweisen, daß das Durchschnittseinkommen pro Arbeitskraft in der Gesamtwirtschaft vom Jahre 1970 bis 1972 um 12,2 Prozent angestiegen ist — Ihre Redner haben sogar behauptet 13 Prozent —, das der in der Landwirtschaft Beschäftigten aber nur um 6 bis 7 Prozent angestiegen ist. Damit dürfte aber auch für die Bundesregierung klar gestellt sein, daß das Einkommen der Bauern 1971 erheblich zurückgeblieben ist, und nicht so, wie Sie es hier geschildert haben, daß das Goldene Zeitalter angebrochen sei.

Für alle anderen Berufsgruppen, meine Damen und Herren — ich will absolut keine Neidkomplexe hier hochspielen —, findet eine ständige Senkung der Arbeitsbelastung statt; das wurde doch einwandfrei festgestellt. Im Gegenteil: für Sonn- und Feiertags-, Nachtarbeit, schwere Arbeit, schmutzige Arbeit werden noch Zulagen gegeben. Das kennt man ganz einfach nicht in der Landwirtschaft. Die Arbeitsbelastung der bäuerlichen Bevölkerung wächst dagegen wegen des ständigen Rückganges der Beschäftigten in der Landwirtschaft von Tag zu Tag.

Und jetzt kommt wieder eine komische Situation. Der Herr Kollege Pfeifer hat gemeint, daß wir diejenigen wären, die ständig auf der Bremse stünden und unsere Leute hindern wollen, daß sie sich einen anderen Beruf suchen. Nein, Herr Kollege Pfeifer, das stimmt absolut nicht. Wir wehren uns nur dagegen,

daß man diesen Prozeß weiß Gott wie beschleunigt und zu schnell durchführen will. Denn schließlich und endlich geht es ja auch hiebei um die Erhaltung unserer Landschaft und unseres Kulturraumes. (*Zwischenruf des Abg. Robak.*) Ich weiß, Herr Kollege Robak, Sie sind ja auch ein Vertreter des: Möglichst-schnell-weg mit den Leuten, die sollen sich woanders eine Beschäftigung suchen! Gerade das Mehr an Arbeitsbelastung ist der Hauptgrund, warum die Abwanderung das normale Maß überschreitet. Umgekehrt bringt es natürlich ein gewisses Mehreinkommen für die Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Es ist heute Tatsache — und Sie, Herr Kollege Pfeifer, als Hauptsprecher müßten doch das wissen —, daß sich viele unserer jungen Bauern und Bäuerinnen direkt wehren, auch lebensfähige Betriebe zu übernehmen. Stimmt das oder stimmt das nicht? Sie geben es also zu, und ich kann es tagtäglich in meinem Bezirk, einem ausgesprochenen Agrarbezirk, feststellen. Ich betone nochmals: wegen der Arbeitsbelastung und wegen des zu geringen Einkommens! Die Landwirtschaft wird hier eindeutig benachteiligt.

Und nun zum Budget selbst. Ein richtig programmiertes und dotiertes Budget und Grüner Plan sind neben der Eigeninitiative, dem Wissen und Können des Landwirtes die wichtigsten Instrumente, um ein Regierungsprogramm und die darin aufgeworfenen Probleme verwirklichen zu können. Sie haben ja die Debattebeiträge im Ausschuß und hier im Hohen Haus gehört. Die SPÖ versucht heute wieder, zu beweisen, daß das ein sehr gutes Budget sei. Ich habe in diesem Haus schon betont: Was wir in diesem Budget als untragbar empfinden, sind nicht die zu niedrigen Ansätze, sondern die ungerechte Behandlung der Landwirtschaft gegenüber anderen Kapiteln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Während zum Beispiel das Gesamtbudget für die Land- und Forstwirtschaft, worin auch die Preisausgleiche enthalten sind und wovon ein guter Teil — ich weiß, das ist wieder eine strittige Frage — der Konsumentenschaft zugutekommt, also das Gesamtbudgetkapitel plus Preisausgleiche plus Bundesforste nur um 2 Prozent angehoben wurde, beträgt die Erhöhung bei allen anderen Kapiteln — bitte, das zur Kenntnis nehmen zu wollen — im Schnitt 13,2 Prozent. Löst man aber aus diesem Kapitel 60 noch das Ordinarium „Grüne Plan“-Mittel und den Bergbauern Sonderfonds heraus, in denen die für uns interessantesten Förderungsmittel drinnenstecken, dann können Sie feststellen, daß diese

Dipl.-Ing. Tschida

reinen Förderungsmittel lediglich um sage und schreibe 20 Millionen Schilling mehr betragen; das sind hundertstel Prozente im Vergleich zu den Gesamtausgaben.

Für den Grünen Plan und das Bergbauernsonderprogramm wurde nicht ein einziger Schilling mehr vorgesehen. Um wenigstens aber nach außen hin die gleichen Beträge wie im vorigen Jahr aufscheinen zu lassen, bediente man sich einer ausgesprochenen Verschleierungspolitik. So wurden zum Beispiel erstmalig Mittel aus dem Ordinarium in den Grünen Plan herübergezogen, um die Personalkosten im Förderungsdienst abdecken zu können.

Innerhalb des Grünen Planes — wenn Sie ihn genau studiert haben, wissen Sie es — wurden sogar wesentliche Kürzungen vorgenommen, um damit andere Löcher stopfen zu können.

Für die landwirtschaftliche Regionalförderung zum Beispiel 25 Millionen weniger, für Verkehrserschließung des ländlichen Raumes 26,5 Millionen weniger, für Elektrifizierung des ländlichen Raumes 2,5 Millionen weniger, um hier nur einige Beispiele anzuführen.

Und jetzt wird es interessant: Nur durch die Kürzung dieser wichtigen Positionen, vor allem was die Regionalförderung betrifft, was den ländlichen Raum betrifft, worüber heute die ganze Welt schreibt und spricht, war es möglich, den Zinsendienst für die AIK-Kredite aufzustocken. Aber das, Herr Landwirtschaftsminister, wurde heute schon einige Male festgestellt. Wir ziehen vom heurigen Jahr noch einen ganz schönen Stock von AIK-Krediten hinüber in das Jahr 1973. Über deren Höhe gehen auch hier die Meinungen auseinander. Im Ministerium werden andere Zahlen ausgewiesen als in den Landwirtschaftskammern. Tatsache ist, daß Kreditansuchen um 600 bis 700 Millionen noch vorliegen. Sie haben versprochen, diese positiv zu erledigen. Aber womit? Wahrscheinlich aus den Budgetmitteln 1973.

Für das Jahr 1973 wurde die Bindung des Kreditrahmens zu 20 Prozent angekündigt, das sind wieder rund 300 Millionen Schilling. 600 plus 300 sind 900. Wie soll das im nächsten Jahr weitergehen?

Und jetzt kommt vielleicht das Schönste: Es steht nämlich eindeutig fest, daß die reinen Förderungsmittel, worauf es ankommt, der Ansätze 601, 602, 603 des Kapitels 60 des Jahres — bitte, hören Sie jetzt zu — 1973 mit 1523,6 Millionen oder 1,1 Prozent der gesamten Budgetausgaben gegenüber dem Jahr 1972 mit 1530,8 Millionen Schilling oder

1,2 Prozent der Gesamtansätze eine Minderdotierung von 7,2 Millionen aufweisen, beziehungsweise wurden diese reinen Förderungsmittel im Budget 1973 um ein halbes Prozent gesenkt.

Meine Damen und Herren! Jetzt einige Worte zum Grünen Plan, wie ihn die Sozialistische Partei auslegt. Sie kennen sicher alle dieses berühmte Heftchen, genannt „Agrar-Journal“, wobei man nicht genau weiß, wer der Vater dieser Broschüre ist, es wird da sehr viel gemunkelt. Eines wissen wir: daß Budgetmittel in dieser sogenannten Aufklärungsschrift drinnen stecken, und zwar von den fünf Millionen, die heute schon x-mal angezogen wurden. Da heißt es so schön: „Das Agrar-Journal will Ihnen eine den Tatsachen entsprechende Berichterstattung über bäuerliche Belange bringen.“

Und nun blättern wir um. Da steht dann: „Ziehen wir Bilanz“. Es heißt hier unter Punkt 1, wo die Leistungen der SPO-Regierung aufgezählt werden: „Grüner Plan — Traummilliarde überschritten“ — gilt für das Jahr 1972.

Meine Damen und Herren! Ich darf folgendes dazu sagen: Ich habe mir die Geschichte genau angeschaut. Das mit der Traummilliarde stimmt ja gar nicht. Denn wenn Sie zurückdenken, fanden im 1. und 2. Budgetüberschreitungsgesetz zunächst einmal Kürzungen der Grünen Plan-Mittel zur Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft, zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen, für Forschungs- und Versuchswesen in einem Ausmaß von 15,6 Millionen Schilling statt, außerdem dürfen 7,5 Prozent dieser Mittel auf Weisung des Finanzministers nicht ausgegeben werden, das sind 81 Millionen Schilling, macht insgesamt 96,6 Millionen. Wenn man das von 1080 abzieht, kommen leider Gottes nur 983,4 heraus. Das will ich gar nicht so arg bemängeln. Kürzungen fanden schon immer statt. Aber hier steht doch, Sie wollen der bäuerlichen Bevölkerung die Wahrheit sagen. Da heißt es aber: 1. Grüner Plan-Traummilliarde überschritten; und dann: 2. Bergbauernsonderprogramm. Mit einem Wort, diese 300 Millionen werden hintereinander zweimal ausgewiesen, und das ist die Unwahrheit! Das nennen Sie alle eine den Tatsachen entsprechende Berichterstattung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich könnte natürlich, was die Milch betrifft und was das Getreide betrifft, noch fortfahren. Mit der Milch wird sich ja noch mein Kollege beschäftigen. Aber ich bitte Sie doch, meine Damen und Herren von der Linken, dieses ganze Problem von einer anderen Seite anzu-

Dipl.-Ing. Tschida

sehen. Ich möchte dazu nur folgendes sagen — der Herr Landwirtschaftsminister weiß das ganz genau —: Jeden Groschen, den Sie heute der Milchwirtschaft verweigern, werden die Konsumenten beim Rindfleisch in Zukunft doppelt oder dreifach bezahlen. Mehr möchte ich heute nicht zu dieser Frage sagen.

So ungefähr sieht nun das Budget beziehungsweise sehen die Grünen-Plan-Mittel aus. Und nun kommt noch die erhebliche Herabminderung der Effektivität dieser Budgetzahlen durch die Inflationsrate dazu, die Sie doch heute nicht mehr abstreiten können, die heute schon 7,4 Prozent beträgt und nach Einführung der Mehrwertsteuer, wenn es in diesem Tempo weitergeht, wahrscheinlich die 10-Prozent-Grenze erreichen wird. Davon hat man heute noch kein Wort gehört.

Von der Mehrwertsteuer verkündete der Herr Finanzminister landauf-landab, daß sie allen Landwirten, auch den pauschalierten Landwirten, Vorteile bringen werde. Meine Damen und Herren! Sind wir doch offen und ehrlich. Auch hierüber hat der Finanzminister nicht die volle Wahrheit gesagt. Es ist komisch: Gerade das Institut, das unserem Herrn Landwirtschaftsminister Dr. Weihs unterstellt ist, das Agrarwirtschaftliche Institut, hat errechnet, daß die Vorsteuer nicht 6 Prozent, sondern 9,1 Prozent beträgt.

Herr Minister! Ich darf Sie noch einmal konkret fragen: Was haben Sie zu dem gesagt, was Ihnen Ihre eigenen Dienststellen klar bewiesen haben? Daß diese 6 Prozent zu hoch oder zu niedrig sind? Oder waren Sie gar damit einverstanden? Das wäre natürlich dann ein bißchen schlimm für einen Landwirtschaftsminister!

Alle Vorstellungen, die die ÖVP auf Änderungen dieses Vorsteuersatzes eingebracht hat, alle Vorstellungen, unsere wichtigsten Betriebsmittel in den begünstigten Steuersatz einzubeziehen, wurden glattweg abgelehnt, und ich habe während dieser Verhandlungen sehr, sehr vermißt — Herr Landwirtschaftsminister, den Vorwurf kann ich Ihnen wieder nicht ersparen —, daß man von Ihrer Seite fast keine Stellungnahmen dazu gehört hat.

Welche Belastung diese Mehrwertsteuer gerade für die vielen Tausenden Landwirte — Sie wissen ja ganz genau, daß die pauschalierten Landwirte die große Mehrheit sind — bringen wird, das können wir heute schon zum Teil übersehen. Nur wollen Sie es wieder nicht zugeben.

Ich darf hier wieder eines Ihrer Aufklärungsblätter in die Hand nehmen, die „Neue Agrarzeitung“. Da finden wir einen Artikel

zunächst über die Mehrwertsteuer, und da steht dann abschließend in fetten Lettern: „Abschließend kann also gesagt werden, daß die Mehrwertsteuer nicht nur keinen Bauern umbringen wird, sondern ... für viele eine echte Entlastung bedeutet.“ Ja, aber jetzt drehn wir das Blattl um, was dort steht. Sehr interessant. Ein Fachartikel über Handelsdünger, vor allem über Kali und Phosphor. Hier heißt es: Wir haben noch sehr viele kalihungrige und phosphorhungrige Böden, daher die Aufforderung: „Bis Ende dieses Jahres hat also der kluge Landwirt noch nie Möglichkeit, auf legale Weise dem Finanzamt ein Schnippchen zu schlagen. Landwirt — nutze diese Chance!“ und kauf dir jetzt den Kunstdünger noch rasch — weil er ja ohnehin „nicht“ teurer wird! (Zustimmung bei der ÖVP.) Mit diesen Unwahrheiten müßte man sich doch endlich auseinandersetzen.

Es ist wirklich tragisch, wenn man heute immer wieder von seiten der sozialistischen Regierung versucht, auf Erfolge hinzuweisen, die ja da sind, das kann ich nicht ableugnen, auf die Landwirtschaft aber dabei vergißt. Aber, meine Herren, wie stellen Sie sich das vor? Darf die Landwirtschaft überhaupt keine Erhöhung der Preise beantragen oder darf es das überhaupt nicht geben? Das verstehe ich ganz einfach nicht!

Daher unsere besorgte Frage: Wie soll die Landwirtschaft nun diese Situation ohne neuerliche Einkommenseinbußen wirklich verkraften? Wie ist diese Situation in Einklang zu bringen mit den Versprechungen in der Regierungserklärung, wo doch Kreisky eindeutig zugibt, daß der bäuerliche Berufsstand ins Hintertreffen geraten ist. „Aber wir werden versuchen, diesen Abstand gegenüber anderen Berufsgruppen zu verringern!“ — Mit diesem Budget sicherlich nicht.

An Sie, verehrter Herr Bundesminister, möchte ich noch folgende konkrete Fragen richten: Finden Sie es als zuständiger Ressortminister richtig und können Sie es verantworten — verantworten, frage ich Sie —, daß die vorgesehenen reinen Förderungsmittel weniger geworden sind als im Vorjahr? Können Sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt das Gesamtvolumen der Förderung des Vorjahres aufrechterhalten? Können Sie das bei diesen Preissteigerungen? Ich glaube kaum.

Womit wollen Sie vor allem die angekündigten Schwerpunkte finanzieren? Ich bin heute schon überzeugt, daß wir das Förderungsprogramm in der Art und Weise, wie es war — und es war gut, denn die Sozialisten haben ja noch nichts Neues dazu erfunden, das

Dipl.-Ing. Tschida

steht heute auch fest —, im nächsten Jahr nicht durchsetzen werden können. Ich darf Ihnen sagen, Herr Bundesminister: Wir können uns des Eindruckes absolut nicht erwehren, daß Sie sich zum Unterschied von Ihren anderen Ministerkollegen anscheinend überhaupt nicht durchsetzen konnten und daß Sie es waren, der vom Finanzminister am schärfsten geschoren wurde.

Eine Frage noch, Herr Bundesminister! Es tauchen auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebskarte Fragen auf. Wir kennen die wichtige Funktion dieser Karte ganz genau. Sie dient dazu, um unsere Betriebe zu durchleuchten, um sie analysieren zu können, um auch die Strukturpolitik durchleuchten zu können. Meine Frage geht nun dahin: Sind für das nächste Jahr genügend Mittel vorhanden, um diese Betriebskarte weiterzuführen?

Nun darf ich abschließend zu diesem Budget vielleicht folgendes sagen: Dieses Agrarbudget wird wider aller guten Versprechungen, wider die Regierungserklärung eines Bundeskanzlers Kreisky, verglichen mit den anderen Kapiteln, krassest benachteiligt. Sie haben auch in der ganzen Angelegenheit des Landwirtschaftsbudgets, des Grünen Planes und aller übrigen Aktionen der Landwirtschaft nicht die volle Wahrheit gesagt. Gerade im Hinblick auf die Teuerungen und die bereits angekündigten Bindungen zwischen 15 und 20 Prozent, womit auch die wichtigen Investitionskredite für die Landwirtschaft völlig in der Luft hängen, kann dieses Budget von unserer Warte aus gesehen nur als schlecht bezeichnet werden.

Herr Minister! Sie werden dafür auch Verständnis aufbringen müssen, daß wir zu diesem Budget natürlich nur ein klares Nein sagen können.

Und noch ganz zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es werden ja heute noch etliche Worte über Treibstoff verloren werden. Der Abgeordnete Pfeifer als Hauptredner hat es wohlweislich vermieden, darüber nur ein Wort zu verlieren. Wir wissen, daß gerade dieses Betriebsmittel unserer Landwirtschaft sehr, sehr große Sorgen bereitet im Hinblick auf das, was uns alles bevorsteht. Auch in dieser Frage betreibt man eine Verschleierungstaktik, die noch völlig undurchsichtig ist. Eines wissen wir schon: daß das Dieselöl nächstes Jahr wahrscheinlich wieder bedeutend teurer werden wird, abgesehen davon, daß die Landwirtschaft am 1. 1. 1971 sowieso 70 Groschen aufgebrummt bekam. Außerdem müssen wir

feststellen, daß wir in Österreich nach wie vor das teuerste Dieselöl von sämtlichen westeuropäischen Staaten haben.

Ich darf daher den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida und Helga Wieser einbringen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, der österreichischen Land- und Forstwirtschaft das wichtige Betriebsmittel Dieselöl zu einem mit anderen europäischen Ländern vergleichbaren Preis sicherzustellen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag auch in Verhandlung zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida, Helga Wieser und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir fällt im Verlauf dieser Budgetdebatte auf, daß von sozialistischer Seite mit einer gewissen Beharrlichkeit zwei neue Vokabeln eingeführt werden. Die eine, offensichtlich gedacht als leichte politische Beschimpfung, heißt konservativ, und die andere, die mit zunehmender Vorliebe für die eigene Fraktion und die eigene Politik verwendet wird, heißt sozialdemokratisch.

Ich weiß nicht, welches die Gründe sind, ich könnte mir aber vorstellen, daß eine ganze Reihe von Entscheidungen in der letzten Zeit, die nicht gerade sehr ausgeprägt vom Geist der Demokratie getragen wurden, zur Einführung dieser Vokabeln geführt haben.

Wenn ich jetzt beim Konservativen bleibe, das ich persönlich etwas anders deute als die Sozialisten, dann würde ich meinen, der Herr Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Weihs ist der Typus eines konservierenden Ministers. Denn, ich gebe zu, Versuche — die Betonung liegt auf dem Wort „Versuch“ —, in der Landwirtschaft einiges besser zu machen, sind zweifellos in diesen zwei Jahren unternommen worden, aber meist, nach unserer Meinung, mit untauglichen Mitteln und mit nicht überzeugendem Erfolg.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Die Gesamtsituation der Landwirtschaft ist trotz aller Zahlenkünste, trotz aller statistischen Manipulationen nicht wesentlich, wenn überhaupt besser geworden. Im Gegenteil! Es ist der Nachweis zu führen, daß sich jeden-

Dr. Scrinzi

falls für große Gruppen der Landwirte die Situation weiter verschärft hat. Wenn wir einräumen, daß sie vielleicht in der Gesamtkalkulation statistisch etwas besser abschneiden, a) als sie auf Grund Ihrer Initiativen verdienen würden und b) als eine etwas differenzierte Analyse tatsächlich ergibt, so ist zu sagen, daß es überwiegend volkswirtschaftliche Faktoren waren, die nicht Sie durch eine aktive Landwirtschaftspolitik beeinflußt haben. Ich denke zum Beispiel nur an die zweifellos verbesserte Situation der Agrarwirtschaft in den Fremdenverkehrsgebieten.

Wir wollen dankbar begrüßen, daß durch eine Entwicklung dieses für die gesamte österreichische Volkswirtschaft, aber insbesondere für die Zahlungsbilanz sehr entscheidenden Erwerbszweiges die Landwirtschaft auch profitiert und daß das in manchen Gebieten ihre Situation verbessert hat. Aber Ihr eigener Beitrag dazu, Ihre eigenen Förderungsmaßnahmen haben an dieser Entwicklung nur einen sehr, sehr bescheidenen Anteil.

Herr Landwirtschaftsminister! Wenn man dieser früher angezielten Typisierung folgen und Sie als einen konservativen Landwirtschaftsminister bezeichnen wollte, dann müßte ich Sie eigentlich nach dem Brauch Ihres jetzigen Ministerkollegen Dr. Staribacher einen Ackerbauminister nennen. Wenn man das damit zum Ausdruck bringen wollte, dann sind Sie nicht mehr, aber auch sicherlich nicht weniger Ackerbauminister als manche Ihrer Vorgänger.

Aber Sie leiden an einem Verhängnis, und das ist ein Verhängnis Ihrer Partei. Nur sehr mühselig und sehr allmählich gelingt es dieser Partei — und das hat historische Gründe —, ihr Verhältnis zur Bauernschaft auf eine neue Basis zu stellen. Wir würden diesen Prozeß begrüßen, wie wir es auch begrüßen würden, wenn Sie gewisse historische Schlacken im Verhältnis zum Bundesheer endlich einmal abwerfen wollten, wenn diese neue Beziehungsetzung gelingen sollte.

Aber im Grunde sind es die feinen Unter- und Zwischentöne jener Passagen in der Regierungserklärung, die mir zu beweisen scheinen, daß dieser Prozeß noch nicht geglückt oder nicht überzeugend gelungen ist. Ich werde das dann zum Aufhänger nehmen, um ein paar kritische Bemerkungen zur Agrarpolitik der sozialistischen Regierung zu machen. Wenn man das gelesen hat, weiß man, Herr Bundesminister, daß Sie in einen Wagen gesetzt wurden, in dem von vornherein die Bundesregierung, der Herr Bundeskanzler oder wer immer hier entscheidend war, die Bremsen angezogen hatte. Das ist Ihr Verhängnis!

Das kommt letzten Endes auch in den Budgetentwicklungen seit der Alleinregierung der Sozialisten zum Ausdruck, ganz besonders deutlich, wie es schon eine Reihe von Vordnern vermerkt haben, im heurigen Budget, was uns genötigt hat, es abzulehnen. Mein Parteifreund Meißl hat in großen Zügen begründet, worauf diese Ablehnung beruht.

Ich stelle mir die Frage: Wie lauten die Akzente der Regierungserklärung vom 5. 11. 1971 im Hinblick auf die Agrarpolitik? Sie stehen ganz am Anfang, und ich muß doch aus der Reihenfolge der Aufzählung eine gewisse Priorität entnehmen.

Da steht ganz vorne: „Ausbau und die Entwicklung von Vollerwerbsbetrieben.“

Herr Bundesminister! Zu diesem Programm unsere uneingeschränkte Zustimmung.

Aber dann kommt der entscheidende Nachsatz, warum ich eben glaube, daß Sie von vornherein mit angezogenen Bremsen starten mußten: Also Entwicklung dieser Vollerwerbsbetriebe „im Interesse einer kostengünstigen Versorgung“.

Das sind eben kleine Unterschiede. Hier wird die Landwirtschaft in eine Sekundärrolle getrieben. Natürlich ist es die erklärte und angenommene Aufgabe der Landwirtschaft, für die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden und mit gesunden Nahrungsmitteln zu sorgen. Sie hat daneben eine Reihe von anderen Aufgaben, die zunehmend in den Vordergrund treten.

Wenn aber Agrarpolitik unter dem Titel, daß die kostengünstige Versorgung der Bevölkerung gewissermaßen ihr Maßstab ist, gestartet wird, dann muß das von der Landwirtschaft, die seit Jahren in bezug auf ihre Preiskalkulation und ihre Erträge zu den wirklichen Stiefkindern des österreichischen Wirtschaftswunders zählt, als eine Herausforderung empfunden werden. Dann werden eine ganze Reihe von Maßnahmen, auf die ich mich hier nicht im einzelnen einlassen will — ich bin auf diesem Gebiet kein Fachmann —, erklärlich. Maßnahmen, die getroffen wurden, die zwar, wenngleich meistens nur bedingt, das Ziel der kostengünstigen Versorgung der Bevölkerung erreicht haben, häufig aber Lasten und Rückschläge für die Landwirtschaft brachten.

Der nächste Hauptsatz im Regierungsprogramm: „Festigung von Betrieben, wo es zur Erhaltung der Kulturlandschaft notwendig ist.“

Herr Bundesminister! Auch zu dieser programmatischen Erklärung unser uneingeschränktes Ja. Hat man allerdings — darum

Dr. Scrinzi

werde ich Sie im weiteren Verlauf noch fragen — die Konsequenzen einer solchen an sich richtigen Programmatik überlegt, oder fährt man fort, diese Leistung der Landwirtschaft als einen kostenlosen Beitrag der österreichischen Bauernschaft einfach weiterhin als selbstverständlich hinzunehmen?

Wo sind — hier ist es tatsächlich zu einem Versuch gekommen; ich werde mich bemühen, ihn kritisch und objektiv zu werten — nun die entsprechenden Ansätze im Budget, um diese im gesamtösterreichischen Interesse, ja weit darüber hinausgehend — man kann ja ruhig sagen, daß Österreich das Erholungsland Europas ist —, im Interesse ganz Europas liegenden Aufgaben zu honorieren, um all das nur einigermaßen adäquat abzugelten?

Nun zum dritten Ansatz: Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, um Zu- oder Nebenerwerbsbetriebe zu erhalten.

Auch hier Zustimmung. Diese programmatische Aussage ist ja nicht gerade neu. Das Thema des Neben- und Zuerwerbsbetriebes wird ja seit, man kann sagen, dem zweiten Weltkrieg, wurde aber mindestens in den letzten 15 Jahren immer wieder diskutiert.

Ich frage nur: Wo sind jetzt wiederum im Budget die Konsequenzen? Vielleicht sind wir nicht ausreichend informiert, und wir wären sehr interessiert, von Ihnen, Herr Bundesminister, zu erfahren, wo denn die Bundesregierung zusätzlich solche Betriebe geschaffen hat, um der ortsgebundenen Bauernschaft Zu- und Nebenerwerb zu ermöglichen.

Wir wollen einräumen, daß im Rahmen verschiedener Landesregierungen — hier sollen auch die Bemühungen und Anstrengungen verschiedener Landwirtschaftskammern nicht bestritten werden — einiges geschehen ist. Nicht einsichtig ist mir, was die Regierung, außer daß sie diesen Grundsatz proklamiert hat, da wirklich entscheidend Neues unternommen hat.

Die Frage, ob die Lage der Landwirtschaft seit den zweieinhalb Jahren sozialistischer Agrarpolitik verbessert wurde, muß von unserem Standpunkt aus verneint werden. Es müßte mindestens gesagt werden: Eine entscheidende Verbesserung ist nicht eingetreten. Der Nachholbedarf, der sich in den letzten 20 Jahren von Jahr zu Jahr vergrößert hat, ist nicht wesentlich abgebaut worden. Und dort, wo — das möchte ich wiederholen — eine Verbesserung eingetreten ist, ist sie nicht, mindestens nicht in erster Linie ein Verdienst konsequenter sozialistischer oder gar von neuen Ideen, von neuen Methoden getragener Agrarpolitik. Denn daß die Produktionssteige-

rung zugenommen hat, ist ein vorwiegend autochthones Verdienst der Landwirtschaft wobei zweifellos die eingesetzten Förderungsmittel — sie wurden heuer leider empfindlich gekürzt — das Ihre dazu beigetragen haben.

Der Hauptfaktor, daß diese Produktionssteigerung möglich war, ist nach wie vor der Bauer, die Bäuerin selber mit einem Übermaß persönlichen Einsatzes unter Verzicht auf viele Dinge, die heute im gesamten übrigen Erwerbs- und Wirtschaftsbereich Selbstverständlichkeiten sind. Diese in Österreich in Frage zu stellen, würde wahrscheinlich eine Revolution auslösen.

Trotzdem nimmt man zur Kenntnis, daß der Freizeitverzicht, der Erholungsverzicht und die gesamte soziale Sicherheit der Landwirtschaft nach wie vor bedrückend sind. Auch da kann ich nicht sehen, daß sich etwas entschieden gebessert hätte.

Daß auch bei dem an sich notwendigen Stillhalteabkommen, bei den Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung die Landwirtschaft indirekt leidtragend wird, weil sie weiterhin mit ihrer Forderung nach kostendeckenden und bescheidenen Erträgen abwerfenden Preisen zurückbleiben muß, sei nur am Rande erwähnt, und das in einem Augenblick, zu dem — das haben mein Vorredner und auch andere Sprecher betont — die Preis-Kosten-Schere sich keineswegs zugunsten der Landwirtschaft verändert oder verkleinert hat.

Daß diese Landwirtschaft, der man Maßhalten auferlegt und die man in diesem Budget so stiefmütterlich behandelt, vor ganz entscheidenden und bedrohlichen Preiserhöhungen, die regional verschieden sein mögen, steht, ist unbestritten und unbestreitbar. Ich darf nur aus dem Bereich Kärnten einige Unterlagen zur Kenntnis bringen, wobei ich mich auf ein paar elementare Produktionsmittel und auf elementare Kostenfaktoren der Landwirtschaft beschränke.

Steigerung bei Stickstoffdünger von 1971 auf 1972 11,4 Prozent; ich will nicht alle verschiedenen Stickstoffdüngerformen aufzählen, aber im Schnitt sind es 11,4 Prozent; 9,1 Prozent, 11,7 Prozent, es sind also 11 Prozent. Bei Phosphordünger im Schnitt zwischen 11 Prozent und 12 Prozent gegenüber 1969 im Schnitt zwischen 25 Prozent und 32 Prozent. Dasselbe ließe sich für den Mischdünger und den Kalkdünger nachweisen. Das sind Zahlen, die diese Produkte, sozusagen frei Haus geliefert, in Kärnten betreffen.

Nicht anders ist die Situation auf dem Gebiete der Maschinen, und hier kann man nicht davon reden, daß das importierte Preissteige-

Dr. Scrinzi

rungen wären. Es sind im wesentlichen österreichische Firmen, die ich anziehe: Vogel und Noot, die Kärntner Maschinenfabrik und so weiter. Was weisen sie als Preissteigerungen aus? Auch hier erlassen Sie es mir, die einzelnen Geräte aufzuzählen. Im Schnitt bei der Firma Vogel und Noot 16 Prozent, bei der zweitgenannten Firma 15 Prozent; die Kärntner Maschinenfabrik mußte bei ihren Geräten ab Mitte des Jahres 1972 eine durchschnittliche Erhöhung von 10 bis 15 Prozent ankündigen.

Ich gebe zu, Herr Bundesminister, für diese Entwicklung kann man nicht Ihr Ressort verantwortlich machen, hier sind die Landwirte, die Sie zu vertreten haben, ein Opfer der gesamten verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geworden. Aber umso mehr hätten Sie sich anstrengen müssen, nunmehr die Bremsen zu lockern, die man von allem Anfang an bei Ihnen angezogen hat. Wir stellen an Hand des Budgets fest: Das Gegenteil ist der Fall; ganz besonders zu Lasten der Landwirtschaft ist man restriktiv im Budget vorgegangen; was wir bei anderen Ressorts sehr viel mehr begrüßen und was bei anderen Ressorts sehr viel leichter zu verantworten gewesen wäre.

Das Fazit ist, daß sich die Einkommensdisparität in der Landwirtschaft leider nicht verbessert hat. Auch, um dazu einen Satz zu sagen, die von uns im Grund begrüßte und unterstützte EWG-Regelung hat leider nicht die angestrebte Verbesserung der Situation der österreichischen Landwirtschaft insbesondere auf dem Exportsektor bringen können. Hier sind zweifellos weit zurückliegende Fehler verantwortlich zu machen und nicht Sie, Herr Bundesminister, allein, obwohl auch daran Kritik zu üben ist, daß man die Verhandlungen mit zu wenig Nachdruck und Ausdauer geführt hat.

Von der versprochenen und verkündeten sozialen Gleichstellung der bäuerlichen Bevölkerung mit anderen Bevölkerungsgruppen sind wir natürlich meilenweit entfernt. Es ist erstaunlich, daß die bäuerliche Bevölkerung sich diese soziale Diskriminierung bieten läßt.

Alles in allem würde also mein Urteil über zweieinhalb Jahre sozialistische Agrarpolitik lauten: Ungebrochene lineare Fortsetzung einer Agrarpolitik, die die österreichische Landwirtschaft nach wie vor in dem Feld zwischen einer der Vergangenheit zugehörigen Bedarfsdeckungspolitik und einer zwar versprochenen, aber nicht im entferntesten erreichten marktwirtschaftlichen Integrationspolitik verhungern oder mindestens weiter darben läßt.

Ich gehe nun auf das Thema Bergbauernhilfe ein, das eine zeitlang beachtliche publizistische und von seiten der Sozialistischen Partei propagandistische Wellen geschlagen hat. Natürlich wird man es bejahen, wenn bei dieser Gesamtsituation ein Teil — dazu wird auch noch einiges zu sagen sein — der Bergbauern eine direkte Hilfe in Form dieser Beträge erhalten hat. Wenn der erste Betrag natürlich mehr als bescheiden war und tatsächlich sich in Almosenhöhe bewegt hat, so muß man sagen, daß sich selbstverständlich jeder bergbäuerliche Betrieb gefreut hat, daß er wenigstens das gewissermaßen als einen ersten symbolischen Akt der Zuwendung der Allgemeinheit zu seinen Problemen empfunden hat.

Herr Bundesminister! Sosehr wir Ihr Bergbauernsonderprogramm begrüßen, sosehr wir es dem Grunde nach für notwendig halten und gar keine Frage besteht, daß hier grobe Versäumnisse Ihrer Vorgänger, der ÖVP-Agrarminister vorliegen, ist aber doch folgendes kritisch zu sagen: Sie haben nach einer — schon mein Parteifreund Meißl hat das betont — Art Gießkannensystem, nach einem nur etwas differenzierten System weihnachtsmännlicher Subventionspolitik Beträge ausgeschüttet, die dem einzelnen zwar sehr willkommen waren, aber nichts dazu beitragen können und konnten, um die Gesamtsituation, zielgerichtet nach einer bestimmten Richtung hin, zu verbessern.

Uns fehlt die theoretische Basis für dieses Programm. Uns fehlt der Kanon dieser Maßnahmen, aus dem zu ersehen wäre, daß es sich nicht darum handelt, gewissermaßen eine etwas verschleierte Fürsorgepolitik für eine Gruppe von Bauern zu betreiben, die es besonders schwer haben, an deren Erhaltung wir aber ein sehr großes öffentliches Interesse haben.

Mir — und das hat auch schon der Abgeordnete Meißl gesagt — ist nicht einsichtig, daß Sie aus den insgesamt unter den Begriff bergbäuerliche Betriebe fallenden 140.000 Betrieben diese 20.000 Betriebe nach den beiden genannten Kriterien ausgewählt haben. Denn hier kann man nicht so vereinfachend nach einem zwar sehr objektiv erscheinenden Schema vorgehen. Vor allem ist anzumerken, daß dieses Programm keineswegs der besonderen Situation, der besonders schwierigen Lage, die wir in den Grensräumen haben, Rechnung trägt. Hier wäre doch einer der wirklichen Schwerpunkte zu setzen gewesen.

In diesem gesamten Programm fehlt vor allem ein klares Grenzlandprogramm. Die Regierung Kreisky ist schon 1970 mit der

Dr. Scrinzi

großen Parole vom „Kampf gegen die Armut“ angetreten. Aber in den eigentlichen Armutszentren, und das sind diese Grenzgebiete, ist nicht der Versuch gemacht worden, ein solches Schwerpunktprogramm des Kampfes gegen die Armut zu entwickeln.

Das Resultat ist erschreckend. Wenn wir hören, daß etwa aus einem typischen derartigen Bezirk wie Poysdorf in den Jahren zwischen 1961 und 1971 30 Prozent der stark bäuerlich bestimmten Wohnbevölkerung abgewandert ist, so kann das nicht nur etwa aus dem Blickpunkt gesehen werden, daß dort die Landschaft verödet, daß Betriebe zugrunde gehen, daß sehr viel, was investiert wurde, einfach brach liegen bleibt, sondern das hat doch auch eine ganze Reihe von anderen Aspekten. Das wirft Fragen der Sicherheit in diesen Räumen auf und bringt auf der anderen Seite mit sich, daß die von Tag zu Tag größer werdenden Probleme in unseren Ballungsräumen sich verschärfen. Zwei Übel aus einer Wurzel entstehen hier.

Herr Bundesminister! Wir möchten Ihre besondere Aufmerksamkeit auf diese echten Notgebiete in den toten Grenzräumen lenken. Wir möchten sie auf diese Gebiete lenken, die so wenig Möglichkeit haben, durch kompensatorische Einnahmen ihre Situation zu verbessern, wie das ja Gott sei Dank im eigentlichen Alpinbereich — und dort ist der Bergbauer in erster Linie zu Hause — dank des schon genannten Fremdenverkehrs erfreulicherweise möglich ist. Darum, Herr Bundesminister, unsere Forderung, neue Schwerpunkte zu setzen und sich nicht nur sozusagen an den Höhenschichtlinien zu orientieren, wenn ein solches Bergbauernprogramm entwickelt wird.

Ich habe früher darauf hingewiesen, daß durch steigende Produktionskosten beim Landwirt ein Vielfaches von dem, was auf der anderen Seite durch Produktionserhöhung, durch Produktionsverbesserung, auch durch gewisse Maßnahmen auf dem Preissektor eingebracht wird, aufgezehrt wird. Nun darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf etwas lenken, was uns in den letzten Monaten immer häufiger zu Ohren kommt.

Wir haben seinerzeit — es war ganz entscheidend meine Partei — bei dem neuen Bewertungsgesetz durchgesetzt, daß die geplanten Sätze gesenkt wurden. Es war nicht sehr viel, aber wir konnten doch immerhin die Hektarsätze von 21.000 auf 20.000 herabdrücken.

Nun hätten wir erwartet, daß man im Zuge der Neubewertung, von dieser Tendenz des Gesetzgebers ausgehend, zu einer Gesamtent-

lastung kommt, wobei ich durchaus damit einverstanden bin, daß gewisse Einschätzungen, die nicht der Ertragsrealität der Betriebe entsprochen haben, wo also unterbewertet wurde, korrigiert wurden. Dagegen wird sich auch kein Betrieb mehr gewehrt haben als jeder andere Bürger dieses Landes. Niemand zahlt gern und begeistert mehr Steuern, auch dann nicht, wenn er gut verdient. Das ist das legitime Recht jedes einzelnen. Man nimmt es aber schließlich zur Kenntnis.

Aber wir stellen fest, daß die Praxis bei der Neubewertung in vielen Fällen statt zu der erhofften und im Zuge des Bewertungsgesetzes versprochenen Herabsetzung zu einer Steigerung der Lasten geführt hat. Uns sind aus Kärnten Fälle bekannt, in denen diese Steigerungen 5, 6, 8 und 10 Prozent betragen haben! (*Abg. Kern: Bis zu 30 Prozent haben wir!*) Das mag durchaus sein. Ich will es nicht behaupten, denn mir sind Fälle etwa in diesen von mir genannten Größenbereichen bekannt.

Wenn man also weiß — und, Herr Bundesminister, wer wüßte das besser als Sie? —, daß von diesem Meßbetrag ausgehend alle übrigen Umlagen, Beiträge und so weiter bemessen werden, so hat das in manchen Betrieben Mehrbelastungen gebracht, die in viele Tausende Schilling pro Jahr gehen.

Das mag heute vom Standpunkt meinerseits wegen eines Baggerführers, der — wir verzeihen es ihm — seine 10.000, 15.000 S im Monat netto verdienen kann, nicht aufregend erscheinen. Für einen Betrieb, dessen Bareinnahmen an sich nur wenig über der Grenze des Existenzminimums sich bewegen, sind das ins Gewicht fallende Beträge.

Herr Bundesminister! Es ist ja nicht Ihre unmittelbare Kompetenz, aber ermutigen Sie oder ermahnen Sie oder fordern Sie den Herrn Finanzminister auf — so würde ich Sie bitten —, die Bremsen hier nicht anzuziehen, die er leider in der Landwirtschaft nach unserer Meinung am falschen Ort angezogen hat.

Die Diskussion dieser mit dem Bergbauernprogramm zusammenhängenden Probleme führt mich zu einer kritischen Analyse der Gesamtsituation im ländlichen, im bäuerlichen Raum. Wie ist sie zu charakterisieren? — Unveränderte Abwanderung der ländlichen Bevölkerung! Sie hält an.

Wir wissen, daß wir zwar keine Mansholt-Politik in unseren Regionen machen können, daß aber gewisse soziologische Umschichtungen diese Abwanderung begünstigen, sie auch zum Teil im Interesse der Landwirtschaft not-

Dr. Scrinzi

wendig machen, weil natürlich, wenn sich das Gesamteinkommen auf weniger Köpfe verteilt, das Einkommen für den einzelnen relativ steigt.

Aber wenn ich Ihnen das früher genannte Beispiel in Erinnerung rufe — 30 Prozent Abwanderung von vorwiegend bäuerlicher Wohnbevölkerung aus einem einzigen ländlichen Bezirk! —, so ist das bedrohlich, und wenn man an Hand der bislang uns bekannten Ergebnisse der letzten Volkszählung das analysiert, so ist festzustellen, daß diese Abwanderungstendenz, dieses Leerwerden bäuerlich besiedelter Räume unvermindert anhält.

Das hat nicht nur einen Aspekt, der die Landwirtschaft berührt, sondern das geht uns alle an! Wer erlebt hat — ich habe schon vor Jahren einmal darauf hingewiesen —, wie eine ähnliche Entwicklung in hochkultivierten Ländern Europas, etwa in Südfrankreich, zu einer Devastation von ehemals blühenden, herrlichen Landstrichen geführt hat, der sollte warnende Stimmen nicht überhören, der sollte sie ernst nehmen, und die Regierung sollte Konsequenzen ziehen. Wir brauchen diesbezüglich viel mehr Aktivität.

Unverändert aufrecht ist ja zu Lasten oder zuungunsten des Bauern die Disparität zwischen dem bäuerlichen und dem industriell-gewerblichen Einkommen am Pro-Kopf-Einkommen gemessen. Gut: der Bauer hat ein gewisses Maß einer solchen Disparität immer zur Kenntnis genommen, und die Zeiten, in denen das anders war, kann man nur mehr in Jahrhunderten messen. Aber daß diese herausfordernde Disparität selbstverständlich den Abwanderungsprozeß auch vom rein Ökonomischen her verstärkt, steht außer Zweifel.

Abwanderungsverluste in einem Großteil der ländlichen Bezirke haben sich weiter in den letzten zehn Jahren im Schnitt zwischen 15 und 20 Prozent bewegt. Die Situation der verbliebenen Bevölkerung — und jetzt komme ich wiederum auf die einleitende dritte Hauptthese des agrarpolitischen Programms der Regierung zurück, nämlich: Wie ist die Situation mit den Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, und was hat die Regierung getan? — ist gleichfalls nicht befriedigend und hat sich nicht verbessert.

Wenn man das im gesamten analysiert, dann ergibt sich etwa für Bezirke mit einer über 20 Prozent liegenden Agrarquote folgendes Bild:

Von den dort verfügbaren rund 400.000 Arbeitskräften sind zwei Viertel in die gewerbliche und industrielle Wirtschaft abgewandert und aus den alten Wohngebieten

verzogen, ein Viertel sind Pendler, und nur ein Viertel hat Arbeitsplätze gefunden, die dem bäuerlichen Betrieb den notwendigen Zu- und Nebenerwerb sichern.

Das ist sicherlich eine sehr unbefriedigende Gesamtsituation, und das traurige Modellbeispiel für diese Situation ist auch ein Grenzland, nämlich das Burgenland.

Herr Bundesminister! Diese Fragen hängen sehr eng mit einem Thema zusammen, dem ich mich abschließend zuwenden möchte, und das ist die Funktion der Landwirtschaft, des Bauern, der bäuerlichen Bevölkerung im Rahmen der Raumordnungs- und Umweltschutzpolitik.

Ich glaube, wir stimmen darin überein:

Erstens, daß diese Politik ein vitales, ein erstrangiges Anliegen des gesamten Staates, der gesamten Öffentlichkeit, der gesamten Gesellschaft ist.

Wir stimmen auch darin überein, daß gerade eine zielführende Umweltschutzpolitik ohne oder gar gegen die bäuerliche Bevölkerung nicht erfolgreich durchgeführt werden kann.

Auch hinsichtlich des dritten Punktes, glaube ich, dürfte Übereinstimmung bestehen: daß die Abgeltung dieser von Tag zu Tag notwendiger und bedeutender werdenden Leistung nicht über den Preis, also allgemein gesagt, nicht bloß über eine Preis- und Marktpolitik erfolgen kann. Denn die bestehenden Möglichkeiten reichen keineswegs aus, diese beträchtliche — und sie ist es ihrem Grundcharakter nach — soziale Leistung des Bauernstandes etwa durch Produzentenpreiserhöhungen abzufangen.

Aber nun beginnen meine Fragen, Herr Bundesminister. Was ist von Ihrem Ressort aus geschehen, um raumpolitische und umweltschutzpolitische Erfordernisse einigermaßen, nun auch von der Seite ihrer Abgeltung her, zu koordinieren und im Rahmen der Gesamtbundesregierung oder des Parlamentes Vorschläge zu unterbreiten? Hier erwarten wir sehr dringlich konkrete Maßnahmen beziehungsweise Vorschläge dazu, denn es wird gesetzlicher und finanzieller Maßnahmen bedürfen.

Haben Sie sich Gedanken gemacht, ob etwa das System der Flächenprämien, wie es die Schweiz verwirklichen will, in Österreich gangbar ist, wie ein solches System in Österreich zu verwirklichen wäre, wie man es regional gliedern müßte, welcher Aufwand bei einer groben Kalkulation erforderlich wäre und wie man seitens des Finanzministeriums allenfalls die erforderlichen Mittel hiefür

Dr. Scrinzi

bereitstellen konnte? Wir sind uns darüber im klaren, daß das auch vom Finanziellen her langfristige Maßnahmen sein werden, daß man nicht ein einziges Budget, sondern daß man wahrscheinlich die Budgets der nächsten zehn und zwanzig Jahre dazu heranziehen müßte.

Daß aber jede Maßnahme, die insgesamt die Situation des bäuerlichen Produzenten verbessert, diesem Grundanliegen dienlich ist, ist ja unbestritten. Ich habe mir erlaubt, vor Jahren einem Ihrer Vorgänger schon einmal diese Frage vorzulegen. Es gehören Maßnahmen der Besitzfestigung, der Kommassierung, des Güterwegebaues, der Telephonanschlüsse, der Elektroanschlüsse und Maßnahmen von der rein technologischen Seite dazu. Man müßte sich doch Gedanken machen, ob man nicht neue Wege in der Produktion gehen müßte, ob man sich nicht dem Beispiel westlicher Länder — etwa Frankreichs — anschließen sollte und neben den Absatzverbänden, neben den Vermarktungsgenossenschaften echte Erzeugerverbände konstruieren müßte. Ich meine, daß auch die bäuerliche Jugend zu Recht bestimmte soziale Anliegen und Forderungen für sich geltend macht: Urlaub und geregelte Freizeit in irgendeinem Umfang. Das allein — und nicht nur eine noch so gute Preispolitik — wird die bäuerliche Jugend auf dem Lande halten.

Ich habe damals auf die gesetzgeberischen Maßnahmen in Frankreich hingewiesen. Ich erinnere mich, daß der seinerzeitige Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer das so ein bißchen abgetan hat. Er sagte, ja, das sei ihm bekannt, man habe sich solche Erzeugergenossenschaften in Frankreich und in Deutschland angesehen, aber der Gesamteindruck sei eher negativ, manches sei zugrunde gegangen und habe sich nicht als zielführend erwiesen.

Nun habe ich mich im Rahmen des Europarates einmal um diese Dinge gekümmert. Ich muß feststellen — ich hoffe, daß ich mir die Zahlen aufgeschrieben habe, aber ich habe sie auch ungefähr im Kopf —, daß diese Erzeugergenossenschaften in Frankreich im Vormarsch sind, und zwar sehr erfolgreich — bitte zu entschuldigen, wenn das nicht auf fünf genau stimmt, aber so etwa —: Die großen Erzeugerverbände, die ja nach oben und unten limitiert sind — wie Sie wissen — haben sich von 1964 bis 1971 von rund 160 auf 990 vermehrt. Das zeigt doch, daß das ein erfolgreicher Weg ist, der hier beschritten wird, ein Weg, der echt dazu beitragen kann, soziale Probleme am Land zu lösen.

Aber selbst wenn Sie mir erklären, Herr Bundesminister, in Österreich könne man aus diesen oder jenen Gründen den Weg nicht gehen oder noch nicht gehen oder man sei noch nicht vorbereitet, so sollte man eines tun: Man sollte vor allem die junge bäuerliche Generation psychologisch vorbereiten, weil das natürlich eine neue Grundhaltung und Einstellung zur Frage des eigenen Hofes und des bäuerlichen Eigentums erfordert. Und welcher Stand wäre mehr der Verfechter des möglichst uneingeschränkten Eigentums- und Verfügungsrechtes über Grund, Boden und Produktionsmittel als der Bauer?

Bei den Produktionsmitteln ist man solche Wege — hier können wir als Freiheitliche Partei auf unsere Verdienste verweisen — in den verschiedenen Genossenschaften schon gegangen. Damit ist eine gemeinsame Anschaffung und Verwertung von teuren Geräten und eine bessere Auslastung und Amortisation gewährleistet.

Ich frage Sie also, Herr Bundesminister: Was denken Sie über diese Dinge? Ich habe von Ihnen dazu in diesem Haus noch nichts gehört und frage Sie daher. — Ich finde jetzt gerade die richtigen Zahlen. Sie lauten 153 auf 990.

Herr Bundesminister! Auch über diese schon angeschnittenen Dinge hinaus müssen neuerlich die Forderungen nach sozialer Gleichstellung und nach einer überzeugenden und befriedigenden Sicherung des Lebensabends des Bauern und der Bäuerin angemeldet werden. Denn es ist ja — das wissen wir aus vergleichenden soziologischen Untersuchungen — der gesicherte Lebensabend, der aus der Riskengemeinschaft bezahlte und vom Staat erheblich subventionierte Pensionsanspruch, der nicht zuletzt für sehr viele Menschen das Hauptmotiv ist, aus selbständigen Berufen abzuwandern und in unselbständige zu gehen, auch wenn sie ihre aktuelle Einkommenssituation damit verschlechtern. Dieser ungesicherte, durch kümmerliche Zuschußrenten entwürdigte Lebensabend des Bauern ist für viele Junge der Grund, abzuwandern.

Treten Sie hier dem Herrn Sozialminister Häuser, der ein Sozialminister aller Österreicher sein will, es für die Bauern aber offensichtlich nicht ist — er macht hier nur Strukturverbesserungen bei Krankenkassen aus recht, wie wir meinen, durchsichtigen politischen Überlegungen —, gewaltig auf die Zehen und verweisen Sie auf die Situation des alten Menschen in der Landwirtschaft.

Ich glaube also, daß diese Bundesregierung und auch dieser Bundesminister nicht in Anspruch nehmen können, daß sie in diesen

Dr. Scrinzi

abgelaufenen zweieinhalb Jahren eine sehr revolutionäre Agrarpolitik gemacht haben.

Ich betone noch einmal: Wir müssen vielfach das Forttrotten im alten Geleise feststellen. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie sich natürlich dankbar in alte koalitionäre Regierungsmethoden gerettet haben, weil Sie offensichtlich im Schoß der sozialistischen Regierung trotz großer Proklamationen für die bäuerlichen Anliegen zu wenig Verständnis gefunden haben.

Herr Bundesminister! Es liegen sehr, sehr große Aufgaben noch vor Ihnen. Lassen Sie sich nicht entmutigen, daß Sie gerade in diesem Budget ein Opfer Ihres Kollegen, des Herrn Finanzministers, geworden sind. Aber lassen Sie sich auch nicht auf jenes Spiel mit Zahlen ein, wie es heute vom bisher einzigen Sprecher der sozialistischen Fraktion versucht wurde, das im Gegensatz zur bäuerlichen Wirklichkeit demonstrieren soll, wie gut oder zumindest um wieviel besser es den Bauern geht, seit sie eine sozialistische Regierung haben. Das ist — schlicht und einfach gesagt — nicht wahr! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pansi (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Redner des OVP-Bauernbundes, aber auch mein sehr verehrter Herr Vorredner versuchten krampfhaft den Eindruck zu erwecken, als ob es der Landwirtschaft unter der sozialistischen Regierung immer schlechter ginge. Sie tun das, meine Herren, zumindest teilweise gegen Ihr besseres Wissen! *(Abg. Meibl: Aha!)*

Unter der sozialistischen Regierung haben wir in Österreich eine wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen wie nie zuvor. An diesem wirtschaftlichen Aufschwung ist auch unsere Landwirtschaft durch die verschiedensten Förderungsmaßnahmen und durch die Preis- und Sozialpolitik voll beteiligt. Für eine sozialistische Politik gibt es keine Außenseiter!

Sie müßten froh darüber sein, daß es so ist. Aber aus rein politischen Gründen versuchen Sie immer wieder, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Sie wollen der Öffentlichkeit und besonders natürlich den Bauern glauben machen, daß für die Landwirtschaft die fetten Jahre unter der OVP-Alleinregierung zu Ende gegangen und nun die sieben mageren Jahre unter der sozialistischen Regierung angebrochen seien. *(Abg. Dr. Scrinzi: Seien Sie vorsichtig mit sieben Jahren!)*

Wie haben sich die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft in den letzten Jahren während der sozialistischen Regierung tat-

sächlich entwickelt? Laut Grünem Bericht sind in den Jahren 1970 und 1971 die Betriebs-einkommen je Vollarbeitskraft um 5452 S oder 17 Prozent gestiegen. Während der OVP-Alleinregierung in den Jahren von 1966 bis 1969 war nur eine Steigerung um 4554 S oder rund 16 Prozent zu verzeichnen.

Ich gebe zu, daß der Wert der Wohnung angehoben wurde, wie das vom Kollegen Minkowitsch festgestellt worden ist. Aber das war jetzt nicht das erste Mal. Auch in der Vergangenheit ist der Wert der Wohnung angehoben worden, weil sonst ein Vergleich mit den Einkommen der übrigen Bevölkerungsgruppen nicht möglich wäre. Niemand von Ihnen wird behaupten, daß die Mieten für die Arbeiter und Angestellten sowie für die übrigen Bevölkerungsschichten unverändert geblieben sind. Wenn wir feststellen, daß die Bewertung der Wohnung rund 200 S im Monat beträgt, so wird doch niemand behaupten können, daß das ein enorm hoher Wert ist, denn nirgends werden Sie ein ganzes Haus um eine Miete von 200 S bekommen.

Wenn wir darüber hinaus berücksichtigen — und ich zweifle das nicht an —, daß auch die Frau zum großen Teil im landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeitet und daß die Arbeitskraft der Frau mit ungefähr 80 Prozent im Durchschnitt bewertet wird, so erzielt die Frau im Durchschnitt ein Jahreseinkommen von 29.846 S. Und das Familieneinkommen von Mann und Frau, ohne mitarbeitende Kinder, beträgt dann immerhin jährlich 67.150 S oder monatlich 5600 S netto.

Jetzt wage ich zu behaupten, daß die Durchschnittseinkommen der übrigen Bevölkerungsgruppen, der Arbeiter, der kleinen Angestellten und auch der kleinen Gewerbetreibenden, diesen Durchschnitt nicht erreichen. *(Zustimmung bei der SPO. — Abg. Ing. Schmitzer: Herr Kollege Pansi! Sie müssen auch die Verzinsung des eingesetzten Betriebskapitals berücksichtigen!)* Der Arbeiter und Angestellte hat kein Kapital und keine Verzinsung. Auch bei diesen ist keine Verzinsung des Kapitals gegeben. Bei der von mir genannten Gruppe ist doch eine bescheidene Verzinsung gegeben. Das wissen Sie ja auch! *(Abg. Deutschmann: Kollege Pansi! Sie können doch das Einkommen des Bauern und der Bäuerin nicht in eine Summe zusammenlegen! Das ist doch falsch!)* Glauben Sie, das die anderen Familien dieses Einkommen haben? *(Abg. Deutschmann: Ich werde dazu noch Stellung nehmen!)* Glauben Sie, daß das der Fall ist? *(Abg. Deutschmann: Das kann man nicht tun: Zwei Arbeitskräfte in eine Summe zusammenfassen! — Präsident Dr. Maleta*

Pansi

gibt das Glockenzeichen.) Wenn Sie sich die Durchschnittslöhne der Arbeiter und kleinen Angestellten ansehen, dann können Sie feststellen, ob ein solches Ehepaar netto mehr verdient, als das bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Fall ist. (*Abg. Deutschmann: Das geht nicht!*)

Aber nun doch zur Frage, wie es denn zu dieser Einkommenssteigerung gekommen ist:

1. durch wesentlich bessere Preise, die natürlich jedem landwirtschaftlichen Betrieb zugute kommen,
2. durch verstärkte Förderung und
3. durch Verminderung der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft.

Dadurch ist eine Produktivitätssteigerung eingetreten, und der Produktionswert wird auf eine geringere Zahl von Berufstätigen aufgeteilt.

Ich möchte auch die Frage aufwerfen, wohin denn jene gegangen sind, um die sich die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft vermindert hat. Es wird hier allzu leicht die Behauptung aufgestellt: Wir haben sie an die anderen Wirtschaftszweige abgegeben. Sie sind uns daher etwas schuldig, weil wir ihnen die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt haben.

Abgesehen davon, daß das nicht richtig ist, weil heute jeder Arbeitsplatz einige 100.000 S kostet und nicht gratis zur Verfügung steht, ist es doch so, daß im vergangenen Jahr aus der Landwirtschaft kaum Arbeitskräfte in die übrigen Wirtschaftszweige abgewandert sind. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wo sind sie denn hingekommen?*) Sehen Sie sich die Ziffern im Grünen Bericht an. Es ist eine Verminderung von etwas über 30.000 festzustellen.

Sehen Sie sich bitte gleichzeitig auch die Pensionsanträge bei der Pensionsversicherungsanstalt der Bauern an. Bei der Pensionsversicherungsanstalt der Bauern sind im Vorjahr nicht weniger als 33.249 Anträge gestellt worden; davon 29.554 Anträge auf Invaliditäts- oder Alterspension. Bekanntlich müssen die Menschen, wenn sie die Pension in Anspruch nehmen, den Betrieb übergeben. Hier ist die große Zahl derjenigen, die aus der Landwirtschaft ausgeschieden sind, und nur eine verhältnismäßig geringe Zahl ist in andere Berufe abgewandert. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ich werde Ihnen eine Statistik bringen, Herr Kollege!*)

Jetzt zu der vom Herr Abgeordneten Scrinzi aufgeworfenen Frage — er ist leider

nicht da —: Wo sind denn die Arbeitsplätze für jene Menschen, die aus der Landwirtschaft abwandern? Ich möchte doch daran erinnern, daß die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren ganz gewaltig angestiegen ist und daß sehr viele Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Wenn sich Selbständige oder Familienangehörige in der Landwirtschaft nicht entschließen können, einen anderen Arbeitsplatz anzunehmen, so ist das ihre Angelegenheit, aber Arbeitsplätze würden zur Verfügung stehen.

Ich würde davor warnen — das geschieht leider ununterbrochen —, den Leuten einzureden, daß ihnen ein Arbeitsplatz vor die Haustür hingesetzt werden muß, denn das wird nie der Fall sein. Sie wissen doch genauso gut wie ich, daß das Gegenteil richtig ist. Die Industrie konzentriert sich immer mehr auf die größeren Orte, und es ist geradezu ausgeschlossen, Betriebe in entlegene Täler und in entlegene Gegenden hinauszubringen. Wir können Wirtschaftsförderung betreiben, soviel wir wollen — und wir tun es —, aber wir müssen es den Betrieben überlassen, wo sie sich niederlassen, um konkurrenzfähig zu sein, und können ihnen nicht vorschreiben, wohin sie gehen sollen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sprechen Sie vom Kohlenbergbau?*) Es ist nur in begrenztem Ausmaße möglich, kleinere Betriebe in entlegene Gebiete zu bringen.

Und nun zu der Entwicklung der Preise: Mein Kollege Pfeifer hat einige dieser Preise schon genannt, aber gestatten Sie mir, doch noch darauf zu sprechen zu kommen.

Der Weizenpreis ist während der ÖVP-Alleinregierung um 3,6 Prozent gesunken und während der SPÖ-Regierung um 4 Prozent beziehungsweise 6 Prozent gestiegen. Der Preis für Mais ist während der ÖVP-Regierung um 3 Prozent gestiegen, während der SPÖ-Regierung um 6,2 Prozent. Gemüse: Der Preis für Häuptelsalat ist während der ÖVP-Regierung um 10 Prozent, in letzter Zeit um 21 Prozent gestiegen, der Preis für Blätterspinat um 23 Prozent, in letzter Zeit um 40 Prozent. (*Abg. Meißl: Das klingt wie ein Marktbericht!*)

Die Preise der tierischen Produktion sind von ganz besonderer Bedeutung, weil ja 70 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion aus der tierischen Produktion kommen.

Zuchtrinder — sie spielen eine entscheidende Rolle, weil sie zum größten Teil exportiert werden — während der ÖVP-Regierung, also immer vier Jahre, um 11 Prozent, in

Pansi

letzter Zeit um 23 Prozent; Schlachtstiere um 14 Prozent, in letzter Zeit um 21 Prozent. Schlachtkühe um 18 Prozent, in einer viel kürzeren Zeit ebenfalls um 18 Prozent. Das gleiche gilt für Schlachtkälber.

Bei Milch ist während der OVP-Regierung eine Verminderung des Preises pro Liter wegen Anhebung des Krisengroschens um 10 Groschen oder um 4 Prozent eingetreten, während in der kurzen Zeit der sozialistischen Alleinregierung der Milchpreis um 25 Prozent angehoben worden ist. *(Abg. Dr. Zittmayr: Um 25 Prozent ist der Preis angehoben worden?)* Jawohl. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das stimmt aber wirklich nicht!)*

Ähnlich sind die Verhältnisse bei Schweinen. Der Preis ist während Ihrer Zeit um 3 Groschen gestiegen, in letzter Zeit ist der Preis um 10 Prozent angehoben worden.

Wenn Sie nun diese meine Ziffern bezweifeln wollen, so darf ich Sie auf folgendes verweisen: Ich habe diese Ziffern dem landwirtschaftlichen Paritätsspiegel entnommen. Daher nehme ich nicht an, daß Sie diese Ziffern bezweifeln wollen.

Ich gebe zu, daß auch die Betriebsmittel, nicht zur Gänze aber teilweise, im Preis gestiegen sind.

Ich verweise aber genauso darauf, daß auch während der OVP-Alleinregierung laut Paritätsspiegel eine wesentliche Veränderung der Betriebsmittelpreise eingetreten ist und nicht erst in letzter Zeit. Das wäre eine völlig falsche Darstellung.

Ich verweise aber auch darauf, daß die gestiegenen Betriebsmittelpreise bei den erwähnten Nettoeinkommen schon berücksichtigt sind und nicht etwa noch in Abzug gebracht werden müssen.

Wir sehen also, daß in der Zeit der SPÖ-Regierung eine gute Landwirtschaftspolitik zu verzeichnen ist.

Und nun einige Worte zu dem von Ihnen so sehr kritisierten Budget: Was sieht es vor? Der Grüne Plan ist unverändert hoch und sieht Förderungsmittel von 1080 Millionen Schilling vor. Die AI-Kredite werden ebenfalls wieder ein Ausmaß von 1,5 Milliarden Schilling erreichen.

Sie lehnen diesen Grünen Plan ab. Ich stelle an Sie nur die Frage, was Sie tun würden, würden auch wir diesen Grünen Plan ablehnen. *(Abg. Schrotter: Sie können es machen, wenn Sie wollen! Sie sind Regierungspartei! Sie sind verantwortlich und nicht wir!)* Könnten Sie es denn überhaupt ver-

antworten, daß der Landwirtschaft im nächsten Jahr keine Förderungsmittel zur Verfügung stehen? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf Ihnen auch die Ziffern sagen, was während der OVP-Alleinregierung geschehen ist. Im letzten Jahr der Koalitionsregierung, nämlich 1965, sind im Grünen Plan 667,6 Millionen Schilling vorgesehen gewesen. Im Jahre 1966 haben Sie diese Mittel um über 120 Millionen Schilling gesenkt, im Jahre 1967 haben Sie sie aufgestockt und im Jahre 1968 sind die Mittel unverändert geblieben.

Innerhalb von fünf Jahren haben Sie die Mittel des Grünen Planes um 112 Millionen Schilling erhöht. *(Abg. Schrotter: Damals hat das Geld noch einen Wert gehabt!)* Während der beiden Jahre sozialistischer Alleinregierung sind die Mittel des Grünen Planes um 200 Millionen Schilling aufgestockt worden, also wesentlich mehr als zu Ihrer Zeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Allerdings ist da ein Unterschied: Während Ihrer Zeit war die Kürzung der Mittel des Grünen Planes ein großer Erfolg, und heute ist die Aufstockung nichts. Das ist der Unterschied, und das ist die Aufrichtigkeit Ihrer Agrarpolitik. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Schrotter: Heute ist der Schilling nur mehr 50 Groschen wert!)*

Ich darf aber auch noch auf jene Mittel verweisen, die über den Grünen Plan hinaus der Landwirtschaft zufließen, was von Ihnen immer wieder verschwiegen wird.

Der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung fließen nächstes Jahr 100 Millionen Schilling zu. Die Allgemeine Unfallversicherung muß 50 Millionen Schilling abführen. Der Bauernkrankenkasse fließen 297,5 Millionen Schilling zu bei einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Versicherten. Die übrigen Krankenkassen, die mehr als 2½ Millionen Versicherte haben, bekommen insgesamt 50 Millionen Schilling. Für die Bauernpensionen stehen nächstes Jahr 2 Milliarden Schilling zur Verfügung, 1,3 Milliarden Schilling für die Pensionen und 700 Millionen Schilling für die Ausgleichszulagen. Im Jahre 1969 haben Sie für diesen Zweck 508 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die bäuerliche Pensionsversicherung bekommt im Jahre 1973 um 460 Millionen Schilling mehr als heuriges Jahr. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird von Ihnen abgetan, als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, und niemand anerkennt diese große Leistung der Gemeinschaft gegenüber der Landwirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Die Bauern kriegen auch das Gratisschulbuch! Das sagen Sie auch noch!)*

Pansi

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Scrinzi, möchte ich Sie jedoch darauf aufmerksam machen, daß die bäuerliche Pensionsversicherung nach den gleichen Grundsätzen aufgebaut ist wie die Pensionsversicherung der übrigen Berufsgruppen und daß eine Schlechterstellung — wenn man von den Zuschußrentnern absieht — überhaupt nicht mehr gegeben ist.

Aber, Herr Kollege Scrinzi, die jungen Menschen werden nicht von der Zuschußrente, sondern von der Bauernpension beeinflusst, denn sie haben die Bauernpension zu erwarten und nicht die Zuschußrente. Da liegen Sie daneben, wenn Sie glauben, daß das auf die jungen Bauern einen Einfluß haben könnte. (Abg. *Minkowitsch*: 80.000 leben derzeit im wesentlichen davon!) Ich werde bei einer anderen Gelegenheit noch darauf zu sprechen kommen, wie die Verhältnisse aussehen, und zwar beim Kapitel Soziales. Da paßt das besser dazu.

Aus dem Familienlastenausgleich werden ihnen nächstes Jahr 1,6 Milliarden Schilling zufließen. (Abg. *Anton Schlager*: Kriegen das nicht alle?) Ja, meine Herren, warum denn die Aufregung? Die Mittel werden ja zum weitaus größten Teil durch Lohnverzicht der Dienstnehmer aufgebracht. Denn Sie tragen zur Aufbringung dieser Mittel lediglich 68 Millionen oder 4 Prozent bei. Die 96 Prozent müssen von den anderen Berufsgruppen aufgebracht werden. (Beifall bei der SPÖ.) Das müssen Sie doch auch zur Kenntnis nehmen! (Abg. *Anton Schlager*: Durch Ihre Agrarpolitik den Bauern als Bettler hinzustellen, das können Sie!)

Außerdem spielen für die Landwirtschaft die Maßnahmen ... (Abg. *Schrotter*: Wissen Sie denn nicht, daß wir jährlich 20.000 bis 30.000 Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die übrigen Berufsgruppen abgeben?) Sie haben nicht zugehört, daß es im vergangenen Jahr 29.000 Pensionisten gewesen sind, und nur etwas über 30.000 sind weniger geworden. Wo sind denn dann die anderen 20.000? Wo nehmen Sie denn die noch her? (Abg. *Dr. Zittmayr*: Lesen Sie sich die Schrift vom Landwirtschaftsministerium durch!) Aber doch nicht voriges Jahr! (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident Dr. **Maleta** (das Glockenzeichen gebend): Aber, aber, meine Herren!

Abgeordneter **Pansi** (fortsetzend): Ich möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur eines feststellen: Wir können eine gewaltige Umschichtung von Mitteln zugunsten der Landwirtschaft feststellen, und zwar

eine so große Umschichtung, wie sie in der Vergangenheit nie gewesen ist. (Abg. *Anton Schlager*: Ihr werdet solange umschichten, bis nichts mehr da ist!) Es ist nur äußerst bedauerlich, daß Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß Sie das nicht schätzen, daß Sie das auch vor den Bauern verschweigen und daß Sie versuchen, durch unerfüllbare Forderungen alle diese großen Leistungen zugunsten der Landwirtschaft zu überspielen. (Präsident *Probst* übernimmt den Vorsitz.)

Es macht Ihnen dabei auch gar nichts aus, wenn Sie sich in Widerspruch zu Ihrem Klubobmann befinden. Denn Ihr Klubobmann kritisiert doch das hohe Budgetdefizit. Sie stellen Forderungen noch und noch, die Hunderte von Millionen, ja Milliarden Schilling ausmachen! (Ruf bei der ÖVP: Wo?) Die Umwandlung der Zuschußrente in die Bauernpension würde zum Beispiel mehr als 1 Milliarde Schilling kosten. (Ruf bei der ÖVP: Das hat mit dem Landwirtschaftsbudget nichts zu tun!) Ist die Milliarde nun etwas, oder ist sie nichts?

Präsident **Probst** (zu Abgeordnetem *Anton Schlager*, der seinen Platz verlassen hat): Aber Herr Kollege Schlager! Herr Kollege Schlager (Abg. *Anton Schlager*: Ab 1. 1. 1974 ist das verlangt!), bitte nehmen Sie Platz. (Abg. *Anton Schlager*: Sie sprechen bewußt die Unwahrheit, Herr Kollege Pansi!)

Abgeordneter **Pansi** (fortsetzend): Und nun, Herr Abgeordneter Minkowitsch, gestatten Sie, daß ich zu Ihren Äußerungen einige Worte verliere. Ich höre Ihnen gerne zu, denn Sie haben eine sehr gute Ausdrucksweise, aber Ihren Vergleich zwischen der Eisenbahn und der Landwirtschaft konnte ich mit bestem Willen nicht verstehen.

Die Eisenbahn ist ein Unternehmen, das dem Staate Österreich und damit der gesamten österreichischen Bevölkerung gehört und das ganz besonders auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung dient. Haben wir nun die Möglichkeit, die Eisenbahn stillzulegen, oder müssen wir die Eisenbahn im Interesse der österreichischen Wirtschaft aufrechterhalten? Müssen wir ihr daher die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen? Gibt es bei der Eisenbahn einen Nutznießer, der von den Mitteln, die der Eisenbahn zufließen, privat oder persönlich einen Vorteil hat? (Abg. *Schrotter*: Davon gehört uns auch ein bißchen!) Sehen Sie, hier ist der große Unterschied: Hier fließt es einem Unternehmen zu, das der Allgemeinheit gehört. (Abg. *Minkowitsch*: Auch der Landwirtschaft!) Auch Ihnen von der Landwirtschaft! Die Förderungsmittel der Landwirtschaft kommen schließlich und end-

Pansi

lich Ihnen zugute durch bessere Einnahmen. Das ist der große Unterschied! *(Beifall bei der SPÖ.)* Daher kann ich doch diese beiden Dinge nicht vergleichen.

Zum zweiten: Sie haben sich darüber beklagt, daß sich die Landwirtschaft durch verschiedene Äußerungen beschimpft und beleidigt fühlt. Ich würde Ihnen den guten Rat geben, das, was Sie den anderen vorwerfen, bei sich selbst einmal vorzunehmen: Ändern Sie endlich einmal den Ton der Sendungen, die morgens immer von der Landwirtschaft gebracht werden, denn diese Rundfunksendungen sind alles andere als anständig. Dort hagelt es Beleidigungen noch und noch. Dort sind Sie durchaus nicht so zimperlich, wie Sie es heute gewesen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eines, Herr Kollege Minkowitsch, war von Ihnen unanständig. Sie haben es für notwendig gehalten, den Kollegen Haiden vom Rednerpult aus zu qualifizieren. Ich spreche Ihnen rundweg das Recht ab, ihn qualifizieren zu können, weil Sie ihn wahrscheinlich nicht einmal vom Sehen her kennen *(Abg. Minkowitsch: Doch!)*, geschweige denn von seiner Tätigkeit her. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Minkowitsch! Haiden war zehn Jahre lang mein engster Mitarbeiter und sehr vielseitig beschäftigt. *(Ruf bei der ÖVP: Das spricht gegen ihn!)* Daher bin ich in der Lage, seine Fähigkeiten beurteilen zu können. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist aber keine Qualifikation! — Abg. Radinger: Horchen Sie doch zuerst zu!)* Er hat auch eine geeignete Ausbildung. Er ist Absolvent der Hochschule für Bodenkultur, und zwar der Studienrichtung Forstwirtschaft. Er hat viele Jahre lang einen Sägebetrieb selbständig geführt und natürlich auch den ganzen Verkauf durchgeführt. Kollege Haiden ist geeignet für den Posten, den er nunmehr bekleidet.

Ich darf Ihnen ein Schreiben des Bundesgremialvorsteher-Stellvertreters der Holzwirtschaft, Herrn Dr. Walter Allinger, vorlesen:

„Sehr geehrter Herr Ingenieur! Ihre Bestellung zum kommerziellen Direktor der OBF hat uns aufrichtig gefreut, besonders, daß ein erfahrener Holzfachmann an diese bedeutende und verantwortungsvolle Position berufen wurde“, und so weiter.

Dieses Fachurteil, muß ich Ihnen sagen, ist mir mehr wert als Ihr Urteil, weil Sie ihn, wie schon festgestellt, überhaupt nicht kennen.

Ich darf aber auch darauf verweisen, Herr Kollege Minkowitsch, daß einer der Direktorenposten der Österreichischen Bundesforste, und zwar der kaufmännische, seit der

Koalitionszeit von den Sozialisten auf Grund einer Vereinbarung besetzt wird. Wenn wir nicht in der Lage waren, aus dem Kreise der Angestellten einen Sozialisten vorschlagen zu können, dann klopfen Sie sich selber an die Brust. Denn Sie haben eine so erfolgreiche Personalpolitik betrieben, daß dort kein Sozialist unterkommen konnte.

Auch Kollege Haiden hat sich seinerzeit bei den Österreichischen Bundesforsten beworben. Wissen Sie, was die erste Frage war: Bei welcher Verbindung sind Sie? — Natürlich hat er sich dann nicht mehr weiter beworben, weil er ein Funktionär der sozialistischen Studenten gewesen ist und nicht bereit war, seine sozialistische Gesinnung zu ändern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf Sie aber auch fragen, wie Sie Personalpolitik machen. Wir alle kennen den Kollegen Machunze. Er ist Direktor-Stellvertreter der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter. Er steht vor der Pensionierung. Ich nehme an, Sie wissen, wen die ÖVP dafür vorgeschlagen hat: Leute, von denen einer kaum 30 Jahre alt ist, die keinen einzigen Tag in der Sozialversicherung Dienst gemacht haben. Aber diese Leute sind geeignet, dort Direktor-Stellvertreter zu sein, weil sie eben ÖVPlers sind. Gegen solche Vorschläge haben Sie keinerlei Bedenken!

Das ist der Unterschied: Dort ist der Fachmann kein Fachmann, weil er Sozialist ist, und hier ist jemand, der keinen einzigen Tag in dem betreffenden Institut Dienst gemacht hat — aber der ist natürlich für einen solchen bedeutungsvollen Posten geeignet.

Aber auch noch einiges zu Ihrer sonstigen Praxis. So liegt mir hier ein Schreiben vor, welches ein Abgeordneter des Hohen Hauses im Jahre 1971 an einen gewissen Herrn Gaupmann gerichtet hat. Er schreibt diesem Herrn Gaupmann:

„Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß auf Grund der vom sozialistischen Landwirtschaftsminister Weihs für das laufende Jahr verordneten Förderungsrichtlinien neben dem Einheitswert Ihres landwirtschaftlichen Betriebes auch das außerlandwirtschaftliche Einkommen mit zur Grundlage der Förderungsberücksichtigung genommen wird.“

Ich darf dazu feststellen: Zu diesem Zeitpunkt waren die Förderungsrichtlinien vollkommen unverändert, denn es waren die Förderungsrichtlinien des Herrn Landwirtschaftsministers Schleinzner. Der Abgeordnete, der diesen Brief geschrieben hat, hat das ganz genau gewußt. Er hat bewußt die Unwahrheit gesagt. Auch so kann man Politik machen!

Pansi

Ein weiterer Fall: Ein Sägewerksarbeiter aus Rindlberg, Großpertholz, Niederösterreich — ich kenne ihn zufällig persönlich — hat im Jahre 1959 mit dem Bau eines Eigenheimes begonnen. Er hatte eindeutig die Voraussetzungen für die Gewährung eines Zuschusses. Er hat von der Landarbeiterkammer am 3. März 1960 folgendes Schreiben bekommen:

„Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben teilt die ho. Kammer mit, daß Ihr Antrag auf Gewährung eines Baukostenzuschusses im Laufe des Jahres 1960 einer Erledigung zugeführt werden wird. Sie werden noch rechtzeitig verständigt.“

Was glauben Sie, was eingetreten ist? Dieser Mann, er heißt Franz Kitzler — Sie können das nachprüfen, wenn Sie wollen —, hat zehn Jahre lang nichts mehr davon gehört. Im Jahre 1972 hat er sich an den Herrn Landwirtschaftsminister gewendet, und nach zwölf Jahren hat dieser Sägewerksarbeiter endlich seine Beihilfe bekommen.

Er hat in seinem Schreiben ausgeführt, daß er beim Ansuchen gefragt worden ist, ob er bereit sei, der OVP beizutreten. Er hat erklärt, er sei Mitglied der SPÖ, und er könne seine Meinung nicht ändern. Das hat ausgereicht, daß der gute Mann zwölf Jahre hindurch überhaupt keine Antwort bekommen hat. Das ist OVP-Politik! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Herr Präsident Pansi! Hat dieser genannte Mann denn keinen Abgeordneten gehabt, an den er sich hätte wenden können, um dieses Unrecht aufzuzeigen? — Weitere Zwischenrufe bei der OVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.)* Herr Präsident Minkowitsch! Der Kollege Kitzler hat sich wiederholt an die Landarbeiterkammer gewendet, an die er seinen Antrag gestellt hat. Er ist ununterbrochen getröstet worden — bis zum Jahre 1972, als der Fall auf andere Art und Weise erledigt worden ist.

Er war im guten Glauben: Wenn alle Voraussetzungen gegeben sind, muß ich doch dort die Auskunft bekommen, wo ich den Antrag zu stellen haben und von wo ich mein Geld bekommen muß. Nehmen Sie das dem einfachen Mann nicht übel, wenn er einen solchen ehrlichen und aufrichtigen Weg beschritten hat, der ihm aber leider nichts geholfen hat.

Nun gestatten Sie mir noch einige Worte zum Grünen Bericht. Der Grüne Bericht gibt ein ungefähres Bild über die Lage der Landwirtschaft. Ich möchte sagen, er ist landwirtschaftsfreundlich, er stellt die tatsächlichen Verhältnisse eher ungünstiger dar, als sie wirklich sind. Keinesfalls könnte man das Gegenteil behaupten.

Dieser Grüne Bericht kommt durch viel, viel Kleinarbeit der Beamten im Landwirtschaftsministerium zustande. Es ist eine ausgezeichnete Arbeit, die geleistet wird. Diese Arbeit wird in vielen, vielen Sitzung von der §-7-Kommission beraten.

Sie waren seinerzeit stolz auf diesen Grünen Bericht, aber die Verhältnisse haben sich scheinbar im Laufe der Zeit geändert. *(Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben früher den Grünen Bericht immer bekämpft, Herr Pansi!)* Es ist nämlich eine äußerst interessante Wandlung eingetreten. Als am Anfang die Grünen Berichte erstellt worden sind, waren in der Grünen-Bericht-Kommission namhafte und angesehene Agrarpolitiker vertreten. Es waren das die Herren Abgeordneten Griesner, Gruber, Dibold und Eggendorfer. Diese Herren sind ausgeschieden, weil sie sich aus dem politischen Leben zurückgezogen haben. *(Abg. Dr. Tull: Sie sind auf dem totalen Rückzug!)* An ihrer Stelle wurden junge Abgeordnete und junge Agrarpolitiker in die §-7-Kommission entsendet. Aber diese jungen Abgeordneten und jungen Agrarpolitiker haben sich in kürzester Zeit wieder aus dieser §-7-Kommission zurückgezogen, und ich bin als einziger bis heute übriggeblieben. Ich mache die Arbeit dort gerne, weil sie äußerst interessant ist und weil man nirgends einen so guten Einblick in die Agrarpolitik bekommen kann wie in der §-7-Kommission.

Ich stelle nur die Frage: Warum ziehen sich die OVP-Agrarpolitiker zur Gänze zurück? Ich finde keine andere Erklärung, als daß ihnen die Arbeit zu nebensächlich ist, und zweitens, daß man den Grünen Bericht natürlich dann kritisieren kann, wenn man nicht dabei ist. Denn wäre man dabei, hätte man hinterher nicht die Möglichkeit, Kritik zu üben. Nur das sind die Gründe, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)* Und wenn Sie den Kopf schütteln, Herr Abgeordneter Minkowitsch, und andere Gründe dafür maßgebend sein sollen, dann ist es umso bedauerlicher, wenn es kein OVP-Abgeordneter für notwendig findet, bei diesen wichtigen Beratungen dabei zu sein. *(Erneuter Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich sagen: Die Landwirtschaft hat während der Zeit der sozialistischen Regierung mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung Schritt gehalten. Die Einkommen sind eher stärker gestiegen als bei anderen Berufsgruppen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Nein! Überhaupt nicht!)* Die soziale Sicherheit ist größer geworden. Das kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht anders sein, denn bei den Sozialisten gibt es keinen

Pansi

Gruppenegoismus. Für die Sozialisten gibt es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Stiefkinder. (*Abg. Dr. Zittmayr: Nur die Bauern!*) Das war seit 1970 so, und das wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch weiterhin so sein! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Huber. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Huber** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Generaldebatte zum Kapitel Landwirtschaft zieht sich schon eine Weile hin, und man mußte mehr oder weniger sachliche Feststellungen hören, mußte sich aber auch wundern, mit welchen Dingen man hier vor dem Hohen Hause auftritt.

Der Kollege Pansi beklagte sich bitterlich, daß in der Personalpolitik sein Parteifreund oder Parteigenosse Kitzler so schlecht behandelt worden ist, daß er irgendwo keinen Posten bekommen hat. Ich habe nicht recht folgen können, wo er hätte eingestellt werden sollen. Ich möchte ihm aber mitteilen, daß ich einen Schriftverkehr in Händen habe — und der Kollege Pansi stammt ja aus Kärnten —, wonach dort ein junger Mann zur Bundesbahn kommen wollte. Er hat sich bei der Generaldirektion beworben und dann ein Schreiben bekommen, das besagte, daß seine Anstellung abgelehnt wurde. Nachdem man der Sache nachgegangen war, konnte man feststellen, daß man kein Interesse an der Einstellung dieses jungen Mannes hatte, weil er aus einer der ÖVP nahestehenden Familie stammt. (*Abg. Hiebl: Was sagen Sie jetzt, Pansi?*)

Ich möchte aber meinen, daß wir heute nicht zum Kapitel Oberste Organe, Personalprobleme sprechen, sondern daß wir beim Kapitel 60 sind, nämlich beim Kapitel Landwirtschaft.

Das Hohe Haus behandelt dieses Kapitel heute, und ich möchte davon ein Problem noch herausnehmen. Es betrifft das Problem des Schutzwasserbaues in Österreich. Zum Schutzwasserbau gehört bekanntlich die Lawinverbauung, die Wildbachverbauung und der Flußbau.

In seiner Budgetrede hat der Herr Finanzminister Androsch unter anderem den Schutzwasserbau den Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zugeordnet. Weiter hat er ausgeführt, daß die Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vor dem Eintritt spürbarer und irreparabler Schäden gesetzt werden müßten. Schließlich hat er dann noch behauptet, daß für den Schutzwasserbau im Jahre 1973 um 46 Mil-

lionen Schilling mehr Bundesmittel zur Verfügung stehen werden. Hier scheint es mir notwendig zu sein, eine Richtigstellung anzubringen.

Der Herr Kollege Pfeifer hat heute darauf hingewiesen und einen Appell an das Hohe Haus gerichtet, man solle sachlich argumentieren. Ich werde mich in diesem Sinne bemühen, hier eine sachliche Argumentation zu führen.

Wenn man die Voranschlagsziffern der Jahre 1972 und 1973 einander gegenüberstellt, stimmt es selbstverständlich, daß 648 Millionen Schilling im Budget sind und 46 Millionen Schilling Bundesmittel rein rechnerisch mehr zur Verfügung stehen.

In dieser Summe für den Schutzwasserbau — das möchte ich dezidiert erklären — von 648 Millionen Schilling sind 30 Millionen Schilling Interessentenbeiträge — nach § 6 Wasserbautenförderungsgesetz kann man Interessentenbeiträge einheben — von Gemeinden — das finde ich ganz richtig — enthalten. Interessentenbeiträge stellen keine Bundesmittel dar und müssen deshalb füglicherweise von den 648 Millionen Schilling abgezogen werden; das wären dann 618 Millionen. Weiters müßte man die 43 Millionen Schilling für Personal- und Verwaltungskosten für die Wildbach- und Lawinverbauung abziehen, sodaß für reine Bauzwecke im Jahre 1973 nur mehr rund 575 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden.

Wenn weiters 15 Prozent, wie vom Finanzminister angekündigt, gebunden werden, so müssen weitere 85 Millionen Schilling von der Gesamtsumme abgezogen werden, sodaß an Bundesmitteln für das Rechnungsjahr 1973 nur mehr 490 Millionen Schilling für den Schutzwasserbau aufgewendet werden können.

Die gleiche Betrachtungsweise für 1972 ergibt folgendes: Von der Voranschlagssumme 1972, mit 602 Millionen Schilling präliminiert, zieht man für Interessentenbeiträge 28,7 Millionen Schilling ab, analog für Personal- und Verwaltungskosten für Wildbach- und Lawinverbauung 35,6 Millionen, so bleiben im Rechnungsjahr 1972 für reine Bauzwecke 538 Millionen Schilling.

Nur muß man in diese Betrachtung einbeziehen, daß wir vor kurzem im Hohen Hause eine Änderung des Katastrophenfondsgesetzes durchgeführt haben und daß für 1972 noch Mittel in Höhe von 60 Millionen zugeführt worden sind, sodaß letzten Endes 598 Millionen Schilling 1972 zur Verfügung stehen werden.

Huber

Nach dem Budget des Herrn Finanzministers — mit den Abrechnungen für die Interessentenbeiträge, Personalkosten und dergleichen — sind es nur mehr 490 Millionen, sodaß über 100 Millionen für den Schutzwasserbau im Jahre 1973 weniger zur Verfügung stehen. Das möchte ich klar herausgestellt haben.

Hohes Haus! Die Feststellung des Herrn Finanzministers — in dieser schönen Broschüre ist sie auch festgelegt —, daß die Maßnahmen des Schutzwasserbaues zu den Umweltschutzmaßnahmen zählen, leuchtet jedem vernünftigen Staatsbürger ein. Daß solche Maßnahmen vor Eintritt spürbarer Schäden gesetzt werden müssen, ist auch nichts Neues, sondern eine dem Schutzwasserbau schon längst bekannte Tatsache und ein Grundsatz, daß Vorbeugen besser und billiger ist, als nachträglich Schäden zu beheben.

Merkwürdig berührt mich aber, daß dieser Grundsatz zwar aufgestellt, aber nicht befolgt wird; daß den Worten nicht Taten folgen, sonst müßten für Verbauungsmaßnahmen an unseren Wildbächen und Flüssen im Jahr 1973 die Mittel erhöht und nicht reduziert werden.

Weiters habe ich den Eindruck, daß sich die Bundesregierung viel zuwenig Gedanken darüber macht, welche Bedeutung die Schutzwasserwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft besitzt. Der Schutz von Leben, Wohnstätten, Arbeitsplätzen und Kulturland hat absoluten Vorrang. Hätte die Bundesregierung, wie von der ÖVP immer gefordert, rechtzeitig Stabilisierungsmaßnahmen getroffen — wir haben einige solche Maßnahmen vorgeschlagen —, so wäre eine so empfindliche Bindung und Reduzierung der Mittel für den Schutzwasserbau nicht notwendig gewesen.

Es ist aber auch zu befürchten — ich komme aus einem Gebiet, wo so etwas unter die Haut geht —, daß eine derartige Kürzung die Arbeitsplätze in Gebieten gefährden würde, die an der Konjunkturentwicklung ohnedies nur sehr geringen Anteil haben und kaum über alternative Erwerbsmöglichkeiten verfügen. Wenn Sie sich vorstellen, daß 2200 Bedienstete bei der Wildbach- und Lawinenerverbauung Erwerb finden — in Tirol etwa 450 —, so muß ich sagen, daß es für diese Leute mit ihren Familien, die sonst schwer Erwerbsmöglichkeiten finden, eine Existenzfrage darstellt.

Solche Überlegungen aber wurden leider von der Bundesregierung nicht angestellt. Die Folge wird nun sein, daß auch der Schutzwasserbau im Jahr 1973 von einer 15prozentigen Bindung betroffen sein wird. Daher

stehen nicht 648 Millionen Schilling, sondern nur rund 490 Millionen an Bundesmitteln zur Verfügung. (*Abg. Wielandner: Wer sagt denn, daß die Bindungen nicht aufgehoben werden?*) Das kann man gleich beschließen, Kollege Wielandner. Festgelegt ist, daß diese Bindung mit 15 Prozent kommt. Wir hoffen, daß hier eine Korrektur erfolgen wird. Der Abgeordnete Scrinzi hat etwa auch in diesem Sinne gesprochen. Die vorgesehenen Bindungen sind deshalb bedauerlich, Herr Abgeordneter Wielandner, weil nunmehr die ärgsten Schäden — ich glaube, im Bundesland Salzburg ist es ebenso gewesen — der Katastrophenjahre 1965 und 1966 behoben sind. Es wäre gerade jetzt an der Zeit, daß mehr Gewicht auf die Vorbeugung gelegt würde und man nicht erst wartet, daß Sofortmaßnahmen gesetzt werden müssen.

Offensichtlich betreibt die Bundesregierung die Vorbeugung aber nur mit halbem Herzen und wartet auf die nächste Katastrophe. Ich warne vor einer solchen kurzsichtigen und leichtfertigen Einstellung und wünsche dem Herrn Landwirtschaftsminister, daß er bei der Erreichung von mehr Mitteln für den Schutzwasserbau recht viel Erfolg und Glück haben möge. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Regierung spricht in letzter Zeit immer wieder von der umfassenden Landesverteidigung. Das veranlaßt mich, den agrarischen Aspekt dieser umfassenden Landesverteidigung zur Diskussion zu stellen und den Herrn Bundesminister um seine Stellungnahme dazu zu ersuchen.

Es geht dabei sowohl um die Frage der Bevorratung in der Landwirtschaft als auch um die Frage der Information der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung für ihr Verhalten im Falle einer Krisensituation im Neutralitätsfalle oder im Kriegsfall, um auch die Extremsituation anzuführen.

Dazu möchte ich prüfen, wie die Situation im Augenblick aussieht, welche Entwicklungen sich in der Landwirtschaft ergeben haben, die für das Problem relevant sind. Ich möchte dann untersuchen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben, und zuletzt einige Anregungen bringen, was geschehen sollte.

Wie hat sich nun die Entwicklung in der Landwirtschaft in den letzten Jahren abgespielt? Für Brot- und Futtergetreide sind die Anbauflächen verglichen mit dem Jahre 1937 von 1,100.000 Hektar auf 420.000 Hektar zurückgegangen. Trotzdem ist im Vergleich

5160

Nationalrat XIII. GP — 56. Sitzung — 14. Dezember 1972

Dipl.-Ing. Hanreich

zum Jahre 1937 die Nettoernte, also abzüglich des Saatgutes, praktisch gleichgeblieben. Das heißt, die Erträge je Hektar haben sich von 13,4 Zentner auf 34 Zentner verbessert.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Kartoffeln festzustellen, die gerade in Krisenzeiten als Nahrungsmittel besondere Bedeutung haben. Auch hier ist die Fläche von 216.000 Hektar auf 105.000 Hektar zurückgegangen und der Ertrag in Zentner je Hektar von 143 auf 271 angestiegen.

Wenn man die Milchversorgung betrachtet, so ist es ähnlich. Auch hier ist die Zahl der Milchkühe zurückgegangen, wenn auch nicht in dem Ausmaß, Die Milchleistung je Kuh und Jahr aber — hier Vergleich 1938 und 1971 — ist von 1600 auf 3120 Liter angestiegen.

Diese Tatsache zeigt, daß sich in der Landwirtschaft die Spezialisierung und das verbesserte Tiermaterial, die verbesserte Produktionstechniken sehr deutlich niedergeschlagen haben und daß man daraus natürlich für die Krisenfälle auch entsprechende Schlüsse ziehen muß.

Dabei ist zur Frage der Milchkühe noch folgendes anzuführen. Bei den Kühen liegt heute noch eine Situation vor, die sich in den nächsten Jahren rapid verändern wird. Die Situation nämlich, daß viele Kühe bei Kleinbauern stehen und man diese Kühe fast als Generationskühe bezeichnen müßte, weil sie mit großer Sicherheit in den nächsten Jahren keine Produktion mehr erbringen werden. Die kleinen Landwirte werden die Milchkuhhaltung aufgeben. (*Abg. A. Schläger: Generationswechsel!*) Durch den Generationswechsel, der in diesen bäuerlichen Betrieben erfolgt, wo die jungen Leute, die ja schon verstärkt in die Industrie oder in andere Berufszweige tendieren, die zusätzliche Belastung des bäuerlichen Nebenerwerbs nicht mehr auf sich nehmen werden. Auch diese Entwicklung ist für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Situation im Krisenfall von großer Bedeutung.

Es ist natürlich eine Frage, die man sich auch in diesem Zusammenhang stellen könnte, ob sich nicht unter dem Gesichtspunkt des Fremdenverkehrs und der Landschaftspflege eine Umwandlung ergibt. Die Kühe, von denen ich jetzt als Generationskühen gesprochen habe, könnten zu Dekorationskühen werden. Man wird also Kuhhaltung betreiben, auch wenn es nicht mehr voll rentabel sein sollte, um den Almcharakter zu erhalten. (*Abg. Minkowitsch: Man merkt den Innenarchitekten!*) Die Dekoration meinen Sie.

Ich möchte noch die Entwicklung beleuchten, die sich seit der letzten großen Krisensituation des zweiten Weltkrieges beim Pro-Kopf-Ver-

brauch ergeben hat, und zuerst die Entwicklung, die sich bei den Betriebshilfsmitteln ergeben hat.

Wenn man das Jahr 1939 ins Auge faßt und dabei den Bestand an Pferden betrachtet — im Notfall auch eine sehr ernst zu nehmende Fleischquelle —, so zeigt sich, daß den damals rund 190.000 Stück heute nur mehr ungefähr 37.000 Stück gegenüberstehen.

Die zum Zeitpunkt des Jahres 1939 noch sehr bedeutenden Bestände an Zugtieren, Zugochsen von 196.000 Stück sind in der Zwischenzeit zu solcher Bedeutungslosigkeit abgesunken, daß sie gar nicht mehr ausgewiesen werden.

Diese Situation wird ergänzt durch die technische Entwicklung, die im Bereich der Zugmittel eingetreten ist, wo sich die Traktoren von rund 1800 Stück im Jahre 1939 auf fast 260.000 im Jahr 1971 vermehrt haben.

Die Problematik dieser Situation für Krisenzeiten ist evident, denn damit ergibt sich eine Verschiebung der notwendigen Betriebsmittel vom Futter zum Diesel. Dabei sind die notwendigen Ersatzteile und alle sonstigen Hilfsmaßnahmen zu berücksichtigen, die für die Aufrechterhaltung einer Produktion im Krisenfall durch die geänderte Ausstattung notwendig sind.

Es haben sich auch im Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung wesentliche Änderungen ergeben. Auch die muß man berücksichtigen, wenn man die Situation in einem Krisenfall in der Hand behalten will und nicht durch allzu radikale Umstellungen in den Verbrauchergewohnheiten eine Stimmung in der Bevölkerung aufkommen lassen will, die psychologisch von dem Gegner zuungunsten des österreichischen Staates ausgenützt werden könnte.

Hier ein Vergleich zwischen dem Pro-Kopf-Verbrauch von 1947/48 und 1970/71.

Der Brot- und Mehlkonsum ist von 126 auf knapp 86 kg zurückgegangen.

Der Verbrauch von Kartoffeln von 113 auf 67 kg.

Dagegen ist der Verbrauch von Fetten und Ölen, ein für die wirtschaftliche Vorsorge besonders wesentliches Nahrungsmittel, von 9 auf 25 kg angestiegen.

Wesentlich gravierender war der Anstieg des Fleischkonsums von 20 auf 70 kg und des Konsums an Milch von 78 auf 132 l.

Die anderen Nahrungsmittel spielen dabei eine geringere Rolle. Es müßte aber noch auf den Zucker hingewiesen werden, bei dem der

Dipl.-Ing. Hanreich

Konsum von 11,7 auf 37 kg angestiegen ist. Der Zucker ist deswegen ein besonders wichtiges Nahrungsmittel, weil es in Österreich regional sehr unterschiedlich produziert wird und hier die Frage der Verteilung des Zuckers im Krisenfall eine große Rolle spielt.

Bevor ich aber auf die Konsequenzen aus der Schilderung dieser Situation eingehe, noch ein Hinweis darauf, wie bedeutungsvoll für die landwirtschaftliche Produktion Chemikalien, Düngemittel und Biochemika geworden sind, die größtenteils importiert werden müssen. Bei den Düngemitteln gilt das vor allem für Phosphor und Kali, wobei eine gewisse Vorratsdüngung möglich ist, aber für eine länger dauernde Krise würde das als Vorsorge für die Absicherung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft im Krisenfall nicht ausreichend sein.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus dieser Entwicklung? Die zunehmende Spezialisierung der Betriebe in der Landwirtschaft führt dazu, daß die regionale Selbstversorgung ebenso wie die Selbstversorgung der einzelnen Betriebe wesentlich zurückgegangen ist. Es erfolgt ja nicht nur eine Aufteilung der Produktion von Betrieb zu Betrieb, sondern auch innerhalb Österreichs nach den Gegebenheiten der Witterung, nach der Bodenqualität, nach den sonstigen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Produktion. Am Beispiel des Zuckers gezeigt, in der Form, daß der Schwerpunkt im Osten liegt, währenddem im Westen, in Tirol und in Vorarlberg, so gut wie keine Produktion und daher auch keine Raffinerie festzustellen ist.

Daraus ist nun zu schließen, daß eine regionale Möglichkeit geboten werden muß, Vorräte anzulegen, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, bei der Verteilung von notwendigen Gütern im Krisenfall in Schwierigkeiten zu geraten und die Transportsysteme über Gebühr zu beanspruchen.

Es hat sich gezeigt, daß eine verstärkte Abhängigkeit von den Betriebsmitteln gegeben ist, und es hat sich auch gezeigt, daß schon in einer friedensmäßigen Produktion gewisse Engpässe in der Lagerhaltung bestehen.

Ich möchte da nur auf das Beispiel des Getreides hinweisen, wo im heurigen Jahr ein ganz krasser Fall vorliegt, der uns mit aller Deutlichkeit vor Augen führt, wie unzureichend unsere Lagerkapazitäten sind.

Der Herr Minister wird mir sicher genau beziffern können, wie hoch sich voraussichtlich der Schaden für die österreichische Wirtschaft stellen wird, der sich dadurch ergibt, daß zu Beginn des heurigen Sommers Brotgetreide

zu Futtergetreide vergällt wurde, als man noch annahm, daß die Ergebnisse der heurigen Ernte so günstig sein werden, daß man mit einem Engpaß im Bereich der Lagermöglichkeiten zu rechnen hätte. Doch hat sich dann nach erfolgter Ernte herausgestellt, daß diese Hoffnungen viel zu optimistisch waren und daß wir nun gezwungen sein werden, Brotgetreide, natürlich unter beträchtlichen Verlusten, zuzukaufen.

Allein dieser Fehler im heurigen Jahr zeigt, daß die österreichische Volkswirtschaft wegen fehlender Lagerkapazität einen Verlust hinnehmen muß. Das beantwortet auch die immer wieder gestellte Frage: Wer soll Lagerhaltungen überhaupt finanzieren? In der besonders witterungsabhängigen Landwirtschaft ist es wirtschaftlich erfolgreich für die gesamte Volkswirtschaft, wenn es gelingt, die Lagerhaltung dort, wo sie möglich ist, wesentlich zu verbessern.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß wir bei den pflanzlichen Fetten und Ölen ein großes Defizit haben, das wir durch den Import von rund 100.000 Tonnen pflanzlicher Fette und Öle im Jahr decken.

Die Gefahr, daß in Krisensituationen dieser Nachschub von außen zu wünschen übrigläßt und gefährdet ist, zwingt dazu, die Frage genau zu überprüfen, wo denn hier Ersatzmöglichkeiten im Inland gefunden werden können, beziehungsweise zu prüfen, wieweit eine Lagerung dieser Nahrungsmittel möglich ist.

Damit sind wir schon bei den Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die sich uns bei der Vorsorge für den Krisenfall in der Landwirtschaft bieten.

Hier gilt es vor allem sicherzustellen, daß bei einem längerdauernden Krisenfall die Landwirtschaft genaue Verhaltensregeln präsentiert bekommt. Ja sie soll schon im Vorhinein darüber informiert sein, wie sich eine Umstellung im Krisenfall abspielen würde.

Das gilt nicht nur für die aktiv tätigen Landwirte, das gilt natürlich auch für den Hobbylandwirt. Dieser hat heute sein Grundstück verpachtet und läßt es durch einen anderen bewirtschaften. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit wird er in volkswirtschaftlich falscher Weise sicherlich sofort versuchen, darauf überzugehen, eine Eigenproduktion aufzumachen. Wie gefährlich das ist, ergibt sich

Dipl.-Ing. Hanreich

daraus, daß heute die Produktivität bei der Verwertung der Futtermittel in den spezialisierten Betrieben wesentlich höher ist als in dem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb, insbesondere in einem solchen Notbetrieb.

Wenn man sich vorstellt, daß die Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Futtermittel dann durch den Versuch der Bevölkerung wesentlich verschlechtert werden würde, eigene Hühner zu halten, eigenes Geflügel zu halten, daß der Versuch, Kühe und Schweine einzustellen und selbst zu mästen — von besonders günstig gelagerten Fällen abgesehen — eine schlechtere Ausnutzung unserer Futtermittel bringen würde, dann wird klar, wie wichtig es ist, daß hier auch von seiten des Landwirtschaftsministeriums einmal Überlegungen angestellt werden, wie dem vorgebeugt werden kann.

Darüber hinaus müßte sich das Landwirtschaftsministerium eingehend und in Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen Landesverteidigung im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit der Frage befassen, inwieweit Biochemika, Düngemittel und Dieselöl dezentralisiert so gelagert werden könnten, daß Versorgungsschwierigkeiten in einer Krisensituation vorgebeugt werden kann.

Ich glaube auch, daß man sich darüber Gedanken machen müßte, wie denn in einer Krisensituation bei der Umstellung auf die Bewirtschaftung durch den Staat, auf die Rationierung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel vorgegangen werden soll.

Denn die Gefahr, daß von den verfügbaren Fleischmengen im Krisenfall nur Prozentsätze tatsächlich noch auf den Markt gelangen, weil der größte Teil von den ländlichen privaten Kühltruhen absorbiert wird, stellt eine ernsthafte Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung in einer Krisensituation dar. Es soll ja verhindert werden, daß es in einer Krisensituation zu den negativen Auswüchsen kommt, die wir noch aus der Nachkriegszeit kennen.

Ich glaube daher, daß das Landwirtschaftsministerium dieses Problem mit Ernst unter die Lupe nehmen sollte und daß ein Anstoß an das leider inaktive Handelsministerium auch von seiten der Landwirtschaft kommen muß. Ich möchte Sie, Herr Minister, daher ersuchen: Nehmen Sie sich dieses Problems an und geben Sie damit einen Anstoß zur Vorsorge für Österreichs Bevölkerung in einem Krisenfall, der hoffentlich nicht zu früh kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Als nächsten Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Steiner.

Abgeordneter Stelner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl wir von der Regierungserklärung und auch jüngst wieder bei der Budgetrede des Herrn Finanzministers erwarten durften, daß es die dort ausgedrückten Sorgen um die Landwirtschaft auf wirtschaftlichem und auch sozialem Gebiet eigentlich erwarten lassen müßten, daß sich diese Sorge, die man hier ausgedrückt hat, auch budgetär niederschlägt, müssen wir mit Bedauern feststellen, daß dem leider nicht so ist. Diese Sorge wurde finanziell nicht berücksichtigt, sondern nur als Propagandaaussage verwendet. Ich muß deshalb die Ausführungen des Herrn Dr. Leitner im Landwirtschaftsausschuß wiederholen, die darauf hinausliefen, daß der Herr Minister Weihs, unser Herr Landwirtschaftsminister, bei der heurigen Budgeterstellung für das kommende Jahr zweifellos zu kurz kam und — wie er sich ausdrückte — geschoren wurde.

Das Landwirtschaftsbudget, meine Damen und Herren, stagniert — das wurde heute wiederholt gesagt, das wird schlechthin auch von den sozialistischen Rednern zugegeben —, während der Gesamtrahmen des Budgets, wenn man das Budget 1972 mit dem Budget 1973 vergleicht, doch um über 13 Prozent steigt. Wir müssen also sagen, daß die Landwirtschaft praktisch schon bei der Budgeterstellung stabilisiert wurde, daß es einer weiteren Stabilisierung gar nicht bedurft hätte.

Der Herr Bautenminister Moser sagte gestern richtigerweise: Wenn es um die Stabilisierung geht, denkt jeder an den anderen, das soll im anderen Ressort geschehen. Diese Stabilisierung hat man beim Herrn Landwirtschaftsminister schon vorerst angebracht, und nun sollten wir zusätzlich zur Kenntnis nehmen, daß uns noch 15 Prozent Bindungen ins Haus stehen, das heißt also, daß wir ein zweites Mal stabilisiert werden sollen, denn die Minderdotierung gegenüber dem Gesamtbudget beträgt doch immerhin ... *(Abg. Doktor Tull: Die Bindungen erstrecken sich auf alle Ressorts!)* Ja natürlich, aber immerhin macht die Minderdotierung schon 11 Prozent aus, das wurde heute festgestellt. Um 13 Prozent steigt der Gesamtrahmen gegenüber den Vorjahrsansätzen, unser Landwirtschaftsbudget leider nur um 2 Prozent, also verbleibt eine um 11 Prozent schlechtere Dotierung, Herr Kollege Tull. Diese Rechnung ist leicht nachzuweisen. Der Kostenauftrieb, den die Landwirtschaft über sich ergehen lassen muß, bleibt überhaupt unberücksichtigt.

Steiner

Ich darf nur darauf hinweisen, wie es heute etwa am Bausektor ist. Bei uns in Salzburg haben die Wohnbaugesellschaften von sich aus festgestellt, daß in den letzten beiden Jahren Baukostensteigerungen von über 50 Prozent eingetreten sind, und auch unsere Landwirtschaft hat diese Kostenauftriebe in der Bautätigkeit über sich ergehen lassen müssen. Oder — wie heute schon verschiedentlich erwähnt —: die Preiserhöhung bei Kunstdüngermitteln, Maschinen und so weiter blieb unberücksichtigt.

Während sich der Herr Landesverteidigungsminister noch hier von der Regierungsbank aus verteidigen konnte, indem er sagte: Ich habe 600 Millionen Schilling mehr im Budget 1973 zu erwarten, um die gestiegenen Sachaufwände zu bedecken!, kann das wahrscheinlich der Landwirtschaftsminister nicht tun. Man sieht somit diese offensichtliche Vernachlässigung der Landwirtschaft.

Herr Minister, ich spreche Ihnen in keiner Weise die fachliche Qualifikation ab, jedoch muß ich Ihnen sagen: Sie haben sich nicht durchsetzen können! Sie haben es sicher nicht leicht; auch das sei zugegeben. Wir kennen ja die Vorstellungen der Sozialisten gegenüber der Landwirtschaft, und Ihre Fraktion und Ihre Ministerkollegen haben Sie zum Verlierer dieses Budgets gestempelt. (*Abg. Dr. Tull: Unterschätzen Sie den Landwirtschaftsminister nicht! Das ist auch ein Steher!*) Sie sind schließlich ein Minister für Land- und Forstwirtschaft, und den Schaden dieses Vorganges hat die Landwirtschaft zu tragen. (*Abg. Egg: 1968 haben Sie das Budget für die Landwirtschaft gekürzt!*)

Immer in der Vergangenheit herumzurühren ist, glaube ich, heute gar nicht notwendig. Bleiben wir bei den heutigen Tatsachen, Herr Abgeordnetenkollege. Sie geben aber auch damit zu, daß es gekürzt wurde. Für diese Feststellung bin ich Ihnen dankbar. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe auch den Herrn Finanzminister gefragt, wieso diese gravierende Schlechterstellung eingetreten ist und welches Motiv ihn dabei bewegt hat, nachdem er doch selbst in der Budgetrede von den wirtschaftlichen und sozialen Sorgen der Landwirtschaft gesprochen hat. Leider hat mir der Herr Finanzminister auf meine Frage eine eher verworrene Antwort gegeben und hat sich ungefähr auf die gleiche Argumentationsebene begeben wie vorher der Herr Abgeordnete Pansi. Er hat nämlich ... (*Abg. Dr. Tull: Was heißt verworren? Es ist ein Unterschied, ob Sie es verstehen oder ob es verworren ist!*) Ich sage Ihnen ja — Herr Tull, warten Sie das doch

ab! —, was er gesagt hat. Er hat das Agrarbudget — wie das heute schon von sozialistischer Seite versucht wurde — mit dem Sozialbudget in Verbindung gebracht und hat uns gesagt: Bedenken Sie die Steigerungen im Familienlastenausgleich, bedenken Sie die Schülerfreifahrten, die Schulbeihilfe und ähnliches mehr. Alle Sozialleistungen, die schlechthin jedem österreichischen Staatsbürger zustehen, hat man uns speziell als Landwirte hier vorgeworfen. Man hat das Agrarbudget mit diesen Sozialleistungen verbunden, und, meine Damen und Herren, dagegen wehre ich mich! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Tull: Relativ viel für die Landwirtschaft!*) Relativ ist ein relativer Begriff, Herr Tull. Wenn dem Herrn Minister das relativ viel erscheint, Herr Tull, mag es seine Sache sein. Uns erscheint es relativ wenig. (*Abg. Doktor Tull: Deswegen lizitieren Sie so!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch betonen, daß bei den Bindungen die Preisausgleiche und insbesondere alle Förderungsansätze, vor allem auch das Bergbauernsonderprogramm, betroffen sind, trotzdem im Vorjahr ein Riesenpropagandaaufwand für das Bergbauernsonderprogramm gemacht wurde (*Abg. Dr. Tull: Das Programm kommt gut an, Herr Kollege!*), ein Mords-Tamtam — wie man halt landläufig sagt. Die Bergbauern werden um 15 Prozent gekürzt, und das macht bei 300 Millionen Schilling, Herr Tull, immerhin um 45 Millionen Schilling weniger aus, für den Fall, daß diese Kürzung tatsächlich durchgeführt wird. Das nur zur Richtigstellung, damit Sie nicht wieder hinausgehen und propagandistisch sagen: Wir haben euch lieben Bergbauern, da wir eure Sorgen ja so besonders ernst nehmen, wieder 300 Millionen Schilling zu bieten. Davon kann keine Rede sein! (*Abg. Dr. Tull: Das Ausland hat es als vorbildlich betrachtet! — Abg. Egg: Früher hatte die ÖVP überhaupt kein Bergbauernprogramm!*)

Außerdem muß ich leider einen Vorwurf erheben, Herr Minister: Wir haben im Vorjahr — ungefähr zur gleichen Zeit — das Budget 1972 beschlossen und dort erstmalig diese Bergbauernzuschüsse, die sogenannten leistungsgebundenen Zuschüsse verankert. Wir haben dann erfahren, daß für Betriebe, die in der Extremlage mit über 150 Kataster-Kennwertpunkten liegen, 2000 S pro Betrieb zur Auszahlung kommen. Und siehe da, meine Damen und Herren, erst jetzt im November, also erst vor drei Wochen, ist dieses Geld angewiesen worden. Es bekommen das ohnedies nur ein Siebentel der Bergbauern (*Abg. Wielandner: Weil die Kataster erst umgerechnet werden mußten!*) — dies auch einmal

Steiner

zur allgemeinen Klarstellung —, denn es sind in ganz Österreich nur 16.000 Bergbauern. Herr Abgeordneter Wielandner! Der Herr Minister hat fast ein ganzes Jahr zugewartet. Er hat wohl die Kammern schwer bedrängt, daß sie bereits im Frühjahr die diesbezüglichen Eingaben machen, er hat aber erst im November ausbezahlt. Das nenne ich Zinsenschinden auf Kosten der Bergbauern! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das habe ich in der Kammer selbst erlebt. Wir wissen ja, wann das ausbezahlt wird. In Salzburg war es eben erst im November.

Das Modell Bergbauern verkauft der Herr Minister nach wie vor. Ich lese da eine Meldung vom 4. Dezember 1972: „Modell für Bergbauern.“ Hier verlautbarte wahrscheinlich sein Pressereferent seine Ansprache in der Zeitung. Da heißt es:

„Der Bergbauernzuschuß in Österreich habe sich als derartiger Erfolg erwiesen, daß man nun in der Schweiz, in Südtirol, in Bayern und in Frankreich darangeht, das österreichische System zu übernehmen, erklärte Landwirtschaftsminister Oskar Weihs am Samstag in einer Diskussion in Landeck.

Den Katasterkennwert bezeichnete Weihs als umstrittene Grundlage.“

Nun, meine sehr Geschätzten, muß ich Ihnen doch sagen: Da auch die Schweiz in dem Sinne anzuführen, daß es dort so weit kommen möge, daß man das österreichische Modell anwendet, ist doch ein bißchen weit über das Ziel geschossen. Wir wissen alle — der Herr Minister weiß es selbst —, daß uns die Schweiz auf dem Gebiet der Bergbauernförderung ja sehr, sehr weit voraus ist und daß dort wirklich erkleckliche und große Zuschüsse für die Bergbauern, die dort in Zonen eingeteilt sind, gegeben werden. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Dort heißt es anders! — Abg. Dr. Tull: Die ÖVP hat nicht einmal das zustande gebracht, was die Bergbauern jetzt bekommen! Das ist der Unterschied!)*

Wie man das Geld verwendet, ist eine andere Sache: Wir haben es halt beim Güterwegbau, bei Bergbauernarbeitsgemeinschaften und ähnlichen Dingen eingesetzt, Herr Tull, und zwar die genau gleiche Menge!

Und mit den damaligen 800 Millionen Schilling haben wir mehr getan, als heute mit der sogenannten Traummilliarde geschieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schauen Sie sich die inflationären Steigerungen auf dem Bausektor und beim Wegbau an, Herr Tull, dann werden Sie eines Besseren belehrt werden! *(Abg. Glaser: Tull, bleib bei deinen Leisten! — Heiterkeit.)*

Ich habe hier den Artikel des schweizerischen Chefs des Landwirtschaftsdepartements. In der Schweiz werden für die gleichen Extrembergbauern nach einer Rede des schweizerischen Sektionschefs Dr. Neuenschwander, und zwar für einen Betrieb mit 15 Großvieheinheiten, 4050 Schweizer Franken jährlich bezahlt; das hieße, auf österreichische Schilling umgerechnet, zumindest ungefähr das Zehnfache dessen, was bei uns ein Bergbauer in der gleichen Höhenlage erhalten würde.

Wie ich schon anzog, ergibt eine genaue Durchleuchtung der Ansätze im Kapitel Land- und Forstwirtschaft, daß der Anteil für diese Budgetgruppe neuerlich verringert wurde. Dies ist umso bedauerlicher, als es doch gerade im Laufe der letzten Jahre zur allgemeinen Erkenntnis wurde, daß die Aufgaben der Landwirtschaft von immenser und wichtiger Bedeutung für das ganze Volk sind.

Zur ursprünglichen und nach wie vor wichtigen Pflicht der Landwirtschaft, die Ernährung unserer Mitbürger zu sichern, kommen heute eine Reihe bedeutender Aufgaben. In einer Zeit der Gesunderhaltung und des Umweltschutzes, der allgemeinen Verstädterung wird es eine immer größere Rolle spielen, unserem Volk ausreichende Erholungsgebiete, Naturschutzgebiete et cetera zu sichern. Dies ist aber nur durch großzügige, gezielte und vor allem koordinierte Maßnahmen aller Stellen möglich.

Wir begrüßen es, daß im Rahmen der Regionalplanung Budgetmittel für die Zwecke der eben geschilderten Art zur Verfügung stehen. Leider stellen wir fest, daß auch diese Mittel heuer wieder um einiges, und zwar um 25 Millionen Schilling, gesenkt wurden.

In Salzburg hat man eine Koordinierungsstelle für die Regionalplanung gegründet. Ihr gehören Vertreter der Landesregierung, der Landwirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und des Arbeitsamtes an. Diese Koordinierungsstelle hat sich bestens bewährt.

Die Vorschläge, die diese Koordinierungsstelle gemacht hat, sind in Wien leider nicht so beachtet worden, wie wir uns das gewünscht hätten. Es wurde eine Zahl von Programmen, Regionalprogrammen, entwickelt, womit die wirtschaftliche Lage und die Förderungsnotwendigkeiten entsprechend dargetan wurden.

Leider mußten wir feststellen, daß es auch hier wiederum so war, daß wohl Hoffnungen erweckt wurden: Es haben auch hier Berge gekreißt, und geboren wurde sehr wenig, nämlich ganze 2,4 Millionen Schilling, die uns in Salzburg zugestanden wurden.

Steiner

Der Herr Minister hat sich gegenüber dem Koordinierungsausschuß nicht sehr fein verhalten. Er hat nämlich in der Beantwortung eine Anfrage, die ich gestellt habe, erklärt, daß eine Erfüllung der von der Koordinierungsstelle errechneten Beihilfenerfordernisse aus mehrfachen Gründen, die auch die Antragsteller wissen müßten, unrealistisch sei.

Herr Minister! Ich muß Ihnen wirklich sagen: So darf man mit einem Gremium, das sich echte Mühe gibt, gute Vorschläge nach Wien zu leiten, nicht verfahren! Wir sind echt beleidigt, weil Sie in einer solchen Art und Weise dazu Stellung nahmen.

Ganz kurz möchte ich auch noch die Situation bei den Agrarinvestitionskrediten deshalb anreißen, weil sich ja der Herr Minister selbst im Vorjahr den Landwirten zur Hilfe angeboten hat. Er hat in den Gemeindeämtern öffentliche Anschläge durchführen lassen, wo er die Landwirte dazu eingeladen hat, Kredite zu nehmen. Die Bauern haben in der Hoffnung, ihre Wünsche erfüllt zu bekommen, ihre Kreditwünsche eingeleitet.

Wir haben allerdings feststellen müssen, daß es im heurigen Jahr eine Anzahl von Schwierigkeiten gegeben hat, daß wir allein in Salzburg noch 34 Millionen Schilling unerledigt ausstehen haben; ich meine hier die Kreditsumme, die unerledigt ist. Wir mußten uns, da der Bund — in diesem Fall der Herr Landwirtschaftsminister — säumig war, dazu entschließen, beim Land vorstellig zu werden, um diese Summe mit einem Zinsendienst entsprechend über den Winter zu bringen, weil wir es nicht verantworten konnten, die Bauern hängenzulassen.

Es hat sich also das Land Salzburg mit der Landwirtschaftskammer zusammengetan, und wir werden bis 31. März den Zinsendienst für diese noch ausstehenden Kredite in Wien übernehmen. Das kostet uns zwar mehr als 1 Million Schilling, aber wir glauben, daß es richtig war, in diesem Fall einzuspringen.

Wir bedauern andererseits, daß der Herr Minister die erweckten Hoffnungen nicht realisieren hat können.

Hier erlaube ich mir an den Herrn Minister die Frage, wie er sich im kommenden Jahr das vorstellt: Der Herr Finanzminister hat uns angekündigt: 15 Prozent Bindung bei den Förderungen und 20 Prozent bei den Krediten. Das hieße also, daß die Agrarinvestitionskredite im nächsten Jahr um 20 Prozent gekürzt würden.

Außerdem entnehme ich einer Anfragebeantwortung an den Herrn Abgeordneten Brunner, daß noch ein Kreditrahmen von

312,5 Millionen Schilling im Landwirtschaftsministerium unerledigt liegt.

Darum glaube ich, daß der Herr Minister uns hier wohl Auskunft geben muß, ob im nächsten Jahr überhaupt eine Hoffnung besteht, AI-Kredite in Anspruch zu nehmen, ob wir das unseren Leuten draußen sagen sollen. Aber ich glaube, er sollte es besser selber tun, er sollte ihnen ruhig sagen, daß er das nächste Jahr in größten Schwierigkeiten sein wird. Ich glaube nicht, daß wir von unserer Seite her ihm besonders helfen müßten.

Hier lese ich:

„Prüfen Sie bitte selbst ...“: Zwei Drittel des Regierungsprogramms sind erfüllt.

Ich muß doch sagen, Herr Minister: Dieser Prüfung halten Sie nicht stand, diese Prüfung haben Sie nicht bestanden!

Es heißt hier: „Die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Zimmerausbau im bäuerlichen Fremdenverkehr bietet für die Agrarier zusätzlichen Nebenverdienst.“

Ich muß leider betonen, daß es heuer äußerst kritische Fälle gegeben hat, daß wir Fälle gehabt haben, bei denen man den Eindruck haben mußte, daß es einfach unververtretbar sei. Die Bauern waren es nicht gewohnt, so behandelt zu werden. Wenn sie bei der Landwirtschaftskammer oder bei der Landesregierung ihre Anträge eingereicht hatten, wurden diese in früheren Zeiten auf ihre Richtigkeit überprüft und ob sie auf den Richtlinien basieren. Die Bauern, die einer positiven Erledigung entgegenblicken konnten, haben im Frühjahr zu bauen begonnen, in der sicheren Erwartung, daß dieser AI-Kredit dann kommt. Heuer haben wir Fälle gehabt, daß die Familie im Stall gewohnt hat — in einem Fall weiß ich, daß sie in einer Garage gewohnt hat —, und der AI-Kredit ist einfach nicht eingetroffen, die Zinsstützung wurde nicht genehmigt. Es ist dann auf Grund von Interventionen im Herbst bei der zweiten Tranche, bei den 200 Millionen Schilling, die hier genehmigt wurden, gelungen, diese Extremfälle unterzubringen. Aber ich muß ehrlich sagen, das ist ein Vorgang, der für die Bauern unververtretbar ist.

Nun muß ich abschließend — der Herr Abgeordnete Pfeifer hat bereits davon gesprochen — doch wieder und schon zum zweiten Mal hier im Hohen Hause einen Abänderungsantrag einbringen. Ich betone, daß das nichts mit Lizitation oder ähnlichem zu tun hat, sondern das ist eine echte Notwendigkeit, die wir schon im Vorjahre aufgezeigt haben. Die Wegerhaltung in bäuerlichen Räumen und im

Steiner

ländlichen Raum muß unbedingt auch von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Es geht einfach nicht an, daß man heutzutage den Weg wohl benützt, aber dem guten Bauern die Betreuung des Hofzufahrtsweges und des Güterweges überläßt.

Diesen Antrag möchte ich einbringen und finde mich hier durchaus in guter Gesellschaft, soweit man das als gute Gesellschaft bezeichnen kann. Der Unterschied zwischen Bundesländersozialisten und Sozialisten im Bund ist doch erheblich.

Ich habe vor mir einen Antrag, und die Herren aus Salzburg, der Herr Bürgermeister Wielandner wird das bestätigen: Die SPÖ-Fraktion des Salzburger Landtages hat bereits im Winter des vergangenen Jahres im Salzburger Landtag einen Antrag auf Wegerhaltung eingebracht. Wenn ich Ihnen nun die Begründung hier vorlesen würde — ich tue es aus Zeitgründen nicht —, dann müßte ich sagen: Ich trete dieser Begründung vollauf bei, weil es ungefähr dieselbe Begründung ist, die wir hier in unserem Antrage haben. *(Abg. Dr. T u l l: Das war vor einem Jahr!)*

Man sieht auch hier, daß sich die Sozialisten draußen, die mit den Problemen entsprechend konfrontiert sind, anders zu verhalten vermögen, daß sie sehr wohl wissen, wo es nottut, während hier im Bund das einfach kalt-schnäuzig unter den Tisch gefegt wird und uns draußen die Mittel vorenthalten werden.

Wir machen hier keine Lizitation, sondern wir schlagen diese Notwendigkeit vor.

Ich darf den Abänderungsantrag der Abgeordneten Steiner, Breiteneder, Deutschmann und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1973 (460 und 546 der Beilagen) betreffend zusätzliche Mittel für das Wegenetz im ländlichen Raum einbringen. Die Begründung habe ich schon in meinen Ausführungen gegeben.

A b ä n d e r u n g s a n t r a g

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Ansatz 1/60356 hat nicht „145.000.000“ sondern „255.000.000“ zu lauten.

Die Summe 60356 lautet dementsprechend nicht mehr „279.500.000“ sondern „389.500.000“.

Die zusätzlichen Mittel sind für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete und die Forstaufschließung zu verwenden.

Die Bedeckung der Erhöhung erfolgt durch Einsparungen im gleichen Ausmaß beim Kapitel 59.

Meine Fraktion wird beim Kapitel 59 einen diesbezüglichen Abänderungsantrag einbringen.

Ich möchte die Fraktion der Sozialistischen Partei doch noch einmal ersuchen und ermahnen, es ihren sozialistischen Kollegen in den Ländern draußen gleichzutun und diesen Antrag auch zu unterstützen.

Meine sehr Geschätzten! Bedenken Sie: Sie werden nicht nur an schönen Worten gemessen, an propagandistischem Aufwand, sondern auch Sie werden so wie wir nur an den Taten gemessen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der Abänderungsantrag, den soeben der Herr Abgeordnete Steiner eingebracht hat, ist genügend unterstützt und steht auch in Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Stögner. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Stögner** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei über Agrarprobleme von hier aus spricht, so werden die Vertreter des Bauernbundes und auch die Vertreter der anderen Bünde der ÖVP sichtlich nervös. Vor allem seit dem Wahlerfolg 1970 und 1971 ist das in zunehmendem Maße festzustellen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Diese Nervosität ist auch leicht zu erklären: Die Sozialisten haben nun erstmalig die Möglichkeit, zu beweisen, daß ihr Verhältnis zur Landbevölkerung, ihr Verhältnis zu den Bauern nicht gestört ist oder daß kein Verhältnis zu den Bauern zu finden ist, wie der Abgeordnete Scrinzi gemeint hat, sondern daß die Sozialisten schon immer ein gutes Verständnis zu den Bauern gehabt haben. Es war schon zu allen Zeiten so: Wenn es den Bauern gut gegangen ist, ist es zwangsläufig auch den Arbeitern gut gegangen. Wenn es den Arbeitern schlecht gegangen ist, so ist es auch den Bauern schlecht gegangen. Die Zeit, wo beide gleiches Leid gehabt haben, liegt ja noch nicht sehr weit zurück.

Nun möchte ich, bevor ich mein eigentliches Thema behandle, zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Der Abgeordnete Tschida hat gemeint, das Haus, in dem wir Österreicher alle wohnen, brennt schon lichterloh, und die Österreichische Volkspartei würde alles dazu tun, um diesen Brand wiederum zu löschen.

Ich persönlich habe in dem abgelaufenen Jahr, in dem ich die Ehre hatte, diesem Hohen Haus anzugehören, nur feststellen können, daß immer wieder Versuche gestartet worden

Stögner

sind, das Haus anzuzünden, daß es aber auf Grund der guten Politik der SPÖ-Regierung bisher nicht gebrannt hat. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*) Wir werden dafür sorgen, daß das auch in Zukunft so bleiben wird.

Dem Herrn Abgeordneten Steiner möchte ich sagen, daß wir von allen Pulten aus, von denen wir sprechen, auch immer wieder aufzeigen werden, was an Sozialleistungen von diesem Budget an die Bauern gegeben wird. Es ist selbstverständlich, daß auch den Unselbständigen alle diese Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Feststellung ihres Lebensstandards angerechnet werden. Dasselbe gilt natürlich auch für die selbständig Erwerbstätigen.

Der Herr Abgeordnete Huber hat festgestellt, daß wir im Zusammenhang mit der Wildbach- und Lawinenverbauung vor allem in bezug auf die Vorbeugemaßnahmen nur mit halbem Herzen bei der Sache wären. Ich kann mit Fug und Recht feststellen, daß wir nicht nur mit vollem Herzen dabei sind, sondern auch mit vollen Segeln.

Das Landwirtschaftsministerium arbeitet Gefahrenzonenpläne für ungefähr 1500 Gemeinden aus. Diese Gefahrenzonenpläne sind unbedingt notwendig, um die Flächenwidmungspläne der Gemeinden, die es betrifft, entsprechend gestalten zu können. Daher leistet das Ministerium dafür einen sehr hervorragenden Beitrag, um dann, wenn diese Pläne fertig sind, zielgerecht mit diesen Vorbeugungsmaßnahmen zu beginnen.

Im übrigen darf festgestellt werden, daß für das Jahr 1973 genügend Mittel für die Wildbach- und Lawinenverbauung vorhanden sind, um die dort Arbeitenden weiterhin das ganze Jahr zu beschäftigen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich mich meinem eigentlichen Thema zuwenden, und zwar dem Problem der Bergbauern. Ich muß allerdings feststellen, daß das Bergbauernproblem meiner Überzeugung nach nicht allein von der Bundesregierung gelöst werden kann, sondern daß alle Gebietskörperschaften mitwirken müssen, denn gerade das Bergbauernproblem ist derart vielschichtig, daß das, was im Bergbauernprogramm vorgesehen ist, nur einen Beitrag der Bundesregierung ausmachen kann.

Es ist heute schon einige Male gesagt worden, daß sich die Agrarpolitik der sozialistischen Regierung nicht sehr von der Agrarpolitik der vorhergegangenen ÖVP-Regierungen unterscheidet. Ich muß doch der Ordnung halber feststellen, daß ein Punkt des Regie-

rungsprogramms auf jeden Fall schon verwirklicht ist, und zwar die außertourliche Hilfe für die Bergbauern, für die Ärmsten, die in dieser Berufsgruppe tätig sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn wir diesem Problem überhaupt gerecht werden wollen, so müssen wir als erstes einmal die Besitzstruktur, die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe untersuchen. Wir werden dort zu erstaunlichen Feststellungen kommen.

Wir haben, wie heute schon gesagt worden ist, derzeit ungefähr 368.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die unter 10 Hektar Grundaussatz haben.

Wir haben des weiteren noch rund 72.000 Betriebe, die zwischen 10 und 20 Hektar Grundbesitz haben.

Wenn wir nun darüber hinaus berücksichtigen, daß der größere Teil dieser Kleinst- und Kleinbetriebe im Bergbauerngebiet liegt, wenn wir darüber hinaus noch feststellen, daß zugegebenermaßen gerade in diesen Gebieten die Bonität schlechter ist als im Voralpengebiet oder im flachen Land und daß überdies die Bewirtschaftung dieser Flächen noch wesentlich schwieriger ist, weil es sich meist um Hanglagen handelt, so können wir feststellen, daß das Gros dieser Betriebe heute schon Zu- oder Nebenerwerbsbetriebe sind.

Da beginnt nun das öffentliche Interesse hineinzuspielen. Es ist schon einige Male festgestellt worden, daß die Bergbauern nicht nur — wie soll ich sagen — Bauern sind, sondern daß sie darüber hinaus auch noch — und das gilt für die Zukunft wahrscheinlich noch viel mehr — die Gärtner unserer Gemeinschaft sind.

Das stimmt bis zu einem hohen Grad. Daher müssen diese Bauern entsprechend mehr unterstützt werden, als das bisher der Fall gewesen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn wir die Politik der ÖVP-Regierungen bis 1970 mit der Politik vergleichen, die wir zumindest richtungsweisend bisher haben andeuten können, so stellen wir einen grundlegenden Unterschied fest: Die Österreichische Volkspartei hat in erster Linie die Bauern des Flachlandes und des Hügellandes unterstützt. Alle Subventionszuwendungen und so weiter sind dahin ausgerichtet gewesen. Ich selbst kann das mit Fug und Recht sagen. Ich komme aus einem ausgesprochenen Bergbauerngebiet, bin selbst als Bauernbub aufgewachsen und habe bis 1959 selbst einen Bergbauernbetrieb geführt. Ich kenne also diese Dinge aus eigener Erfahrung genau.

Stögner

Ich habe das nur deswegen festgestellt, um nicht den ungerechtfertigten Vorwurf einheimsen zu müssen, daß ich von diesen Dingen nichts verstehe. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Der Stögner ist kein Schreibtischbauer!)*

Wir sind nun der Meinung, daß die Differenzierungen innerhalb des landwirtschaftlichen Bereiches wesentlich größer sind als in irgendeinem anderen Bereich der österreichischen Wirtschaft. Es muß daher auch innerhalb der Land- und Forstwirtschaft ein Interessenausgleich Platz greifen, wie es in allen anderen Branchen auch der Fall ist. Und dieser Interessenausgleich ist unsere Zielsetzung.

Wir werden daher in Zukunft unsere Politik in landwirtschaftlichen Belangen in erster Linie darauf ausrichten, daß diejenigen Landwirte entsprechend unterstützt werden, die unterstützungsbedürftig sind, und daß vor allen Dingen dieser Bereich entsprechend unterstützt wird, indirekt in Form von Darlehen und Maßnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften und natürlich auch direkt in Form von Schilling-Beträgen.

Darüber hinaus darf ich in diesem Zusammenhang auch noch eines feststellen — weil mein letzter Vorredner gesagt hat, daß die Schweiz in diesem Zusammenhang wesentlich größere Beträge gibt —: Ich kann das jetzt nicht so genau sagen, aber das ist sicher darauf zurückzuführen, daß eine derartige Politik dort schon länger betrieben wird und daß bei uns erst der Anfang gegeben ist. Daher geben wir momentan nicht einmal das in Schillingen, was dort in Schweizer Franken gegeben wird. Aber wir stehen eben an einem Anfang.

Abschließend darf ich feststellen, daß unsere Politik nicht schizophren ist, wie gestern der Herr Abgeordnete Dr. Blenk gemeint hat, sondern daß unsere Politik ganz geradlinig ist. Wir haben mit den Steuergesetzen bewiesen, daß wir differenzieren wollen, daß wir den Schwächeren mehr geben wollen als den Stärkeren. Genau dasselbe werden wir auch in der Agrarpolitik machen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte die Unglaublichkeit der sozialistischen Agrarpolitik vor allem am Beispiel der landwirtschaftlichen Schulgesetze aufzeigen. Aber da jetzt so viele sozialistische Sprecher über die Bergbauernfragen gesprochen haben und ich von Tirol komme, wäre es ganz falsch, wenn man hiezu schweigen würde.

Kollege Pfeifer und jetzt auch Abgeordneter Stögner sagten, daß die Sozialisten die Bergbauernpolitik entdeckt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre äußerst erfreulich, wenn das nicht nur Worte wären, sondern wenn diesen Worten auch Taten folgen würden. Es wäre sehr erfreulich, wenn das wahr wäre; dann würden wir das von hier aus sehr begrüßen.

Kollege Stögner meinte: Wenn es den Bauern gut geht, dann geht es den Arbeitern auch gut, und da es heute den Arbeitern gut geht, geht es also den Bauern auch gut. Da muß ich aber sagen, wenn das Beispiel oder dieses Sprichwort stimmt: Dann muß es den Arbeitern aber schon sehr schlecht gehen, weil es den Bauern nicht gut geht und weil es vor allem den Bergbauern nicht gut geht! *(Zwischenruf: Siehe Betriebsratswahlen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zehn Jahre in diesem Hohen Haus und habe seit zehn Jahren immer die Aufgabe der Landwirtschaft im ländlichen Raum behandelt. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß der Bauer mehr ist als nur Nahrungsmittelproduzent, daß er auch andere Aufgaben hat. Ich freue mich, wenn heute ein sozialistischer Sprecher sagte, daß der Bergbauer vor allem auch Aufgaben als Landschaftsgärtner hat und daß man ihn daher unterstützen müßte. Aber den Begriff „Landschaftsgärtner“ will ich nicht. Er hat sicher die Aufgabe, diese Gebiete zu erhalten. Bis jetzt hat er sie eben kostenlos erhalten. Die Gesellschaft wird diese Leistungen in Zukunft kostenlos nicht mehr bekommen.

Ich kann mich erinnern, daß bei solchen Debatten der Agrarsprecher der Sozialisten — es war der Herr Kollege Winkler, und ich bestätige diesem Mann, daß er viel mehr Herz und Verständnis für die Bauern hatte als die heutigen Sprecher der Sozialisten in den Fragen der Landwirtschaft — einmal den Zwischenruf gemacht hat: Aber ihr habt eine gute Luft im ländlichen Raum! Ich mußte ihm sagen: Die haben wir, aber von der Luft allein kann auch der Bauer nicht leben!

Ein Abgeordneter, der heute in der Regierung sitzt, hat uns einmal ganz scharf kritisiert, daß wir eine falsche Politik machen, weil wir Güterwege bauen. Jetzt wird davon gesprochen, daß man auf diesem Gebiet selbstverständlich mehr tun müsse und daß die Regierung diese Aufgabe entdeckt hat. Das sind Worte. Nach den Budgetzahlen hat sie diese Aufgabe nicht entdeckt, weil wir ja im kommenden Jahr bedeutend weniger Mittel als im heurigen Jahr für den Güterwegebau haben werden. Gar nicht dazu gerechnet noch

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

die Inflation. Das Bauvolumen geht tatsächlich stark zurück: Um 21,5 Millionen Schilling geringer sind die Güterwegebaumittel im kommenden Budget angesetzt.

Dann hat dieser gleiche Abgeordnete betont, daß die Absiedlung im Berggebiet notwendig wäre, weil man hier doch nicht neue Gebiete mit sehr armer Bevölkerung schaffen kann.

Der Herr Kollege Pansi hat im letzten Jahr der OVP-Alleinregierung noch behauptet, daß die Grundzusammenlegung falsch sei, weil dann die Kleinbetriebe ihre zusammengelegten Flächen weiter bewirtschaften könnten. Und heute hört man hier Bekenntnisse zum Nebenwerbsbetrieb.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates. Ich kann Ihnen sagen, daß die Bergbauernpolitik Österreichs in den letzten 20 Jahren vorbildlich war in Europa (*Abg. Ortner: In den letzten 2 Jahren!*) und daß wir unser Licht absolut nicht unter den Scheffel stellen müssen! (*Zustimmung bei der OVP.*)

Wenn der Herr Kollege Stögner sagte, daß 1973 für die Wildbachverbauung so viel Mittel bereitgestellt werden und daß keine Arbeitskräfte entlassen werden müssen, dann muß ich sagen, daß das einfach nicht wahr ist. Aber ich werde mich mit meiner Partei sicher bemühen, auch im Jahre 1973 dafür zu sorgen, daß diese Arbeitskräfte nicht entlassen werden und daß die Verbaumaßnahmen weitergeführt werden; genauso wie wir es heuer getan haben.

Als der Herr Landwirtschaftsminister vom Finanzminister die notwendigen 70 Millionen Schilling nicht bekommen hat, haben wir einen Initiativantrag eingebracht. Und weil man bei der linken Seite des Hauses gewußt hat, daß wir ihn einbringen, hat dann der Herr Abgeordnete Wielandner die Möglichkeit bekommen, ihn mit zu unterzeichnen. Ich möchte das hier feststellen.

Aber der Herr Landwirtschaftsminister allein wäre beim Herrn Finanzminister wahrscheinlich auf der Strecke geblieben, wenn ihm nicht die Abgeordneten des Hohen Hauses geholfen hätten; wir haben mit den 60 Millionen Schilling, die dann letztlich herausgekommen sind, dazu beigetragen, daß diese Arbeitskräfte im Jahre 1972 weiterbeschäftigt werden konnten.

Und heute hier wortreiche Bekenntnisse. — Das ist unglaublich, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn das Landwirtschaftsbudget spricht eine ganz andere Sprache. Ich

habe schon im Ausschuß gesagt, daß der Herr Landwirtschaftsminister als einziger Minister bei den Budgetverhandlungen gegenüber dem Finanzminister Haare gelassen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiteres Kapitel der Unglaublichkeit ist die Schulfrage auf dem landwirtschaftlichen Sektor. An die Bildung und Ausbildung jedes einzelnen Menschen aller Berufs- und Bevölkerungsgruppen und des gesamten Volkes werden im beruflichen und außerberuflichen Bereich erhöhte Anforderungen gestellt. Daher ist heute Bildungs- und Kulturpolitik ein Kernstück jeglicher Politik. Das sollte auch für das landwirtschaftliche Schulwesen, für die Landwirtschaftsschule gelten.

Eine solche Politik sollte durch folgende Grundsätze bestimmt sein: das Prinzip der sozialen und regionalen Chancengleichheit; das Prinzip der Leistungsschule — es wird auch etwas gefordert von jungen Menschen —; das Prinzip des Elternrechtes auf Erziehung und Bildung der Kinder, auf die Mitwirkung dieser Eltern an der Gestaltung der Schule; und das Prinzip der lebenslangen Bildung, das, was man Erwachsenenbildung nennt.

Ich möchte die einzelnen Punkte nicht weiter ausführen, weil auch ich gelobt habe, mich sehr kurz zu halten. Aber im Bereich des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens sind diese vier Forderungen heute weitestgehend erfüllt.

Die Bundesländer haben im Bereich des Fachschulwesens großartige Leistungen erbracht. Die Fachschulen sind heute weit mehr als reine Schulen: Sie sind Bildungseinrichtungen für den bäuerlichen Berufsstand und darüber hinaus Bildungseinrichtungen für den ländlichen Raum, für das Dorf.

Auf der Bundesebene hat das Landwirtschaftsministerium in den vergangenen 20 Jahren das höhere landwirtschaftliche Schulwesen weitgehend ausgebaut und hier großartige Leistungen vollbracht. (*Abg. Ortner und Dr. Tull: 2 Jahre!*) Das forstwirtschaftliche Schulwesen, die Försterschulen wurden in den letzten Jahren zu höheren Schulen umgewandelt. Es würde mich jetzt sehr interessieren, Herr Minister: Wo wird denn diese Schule in Zukunft dann einmal ihren Standort haben? — Das hat man uns bis jetzt noch nicht gesagt.

Das Unterrichtsministerium ist so stolz auf die vier Bundeserziehungsanstalten, die es hat, Anstalten, wo Schule und Internat in einer Einheit beisammen sind. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat elf solche höhere Schulen in Verbindung mit Internat und auch zum großen Teil mit Landwirtschaftsbetrieben geschaffen.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Aber der sozialistische Landwirtschaftsminister ist auf diese Schulen nicht stolz. Nein, er legt keinen besonderen Wert darauf. Er gibt der Zerreißung dieser Schulen als Einheit seine Zustimmung. Wenn man das Ministeriengesetz betrachtet, so darf der Landwirtschaftsminister in Zukunft nur mehr das Geld für die Erhaltung dieser Schulen aufbringen, aber für alles andere wird das Unterrichtsministerium zuständig sein.

Eine solche Fehlleistung der sozialistischen Regierung ist nicht aus sachlichen Gründen erklärbar. Es gibt nämlich keine sachlichen Gründe. Man redet heute ständig in Schlagworten und in Forderungen von einer umfassenden Bildung und Ausbildung, nicht nur im Beruf. Man redet ständig von einem engen Zusammenhang zwischen Schule und Berufsausbildung. Man redet ständig von einer Einheit von Schule und Internat. Und man redet ständig von lebenslanger Bildung und davon, daß man dazu Sttten braucht.

Alle diese Forderungen, Herr Bundesminister, sind im Bereich des mittleren und des höheren landwirtschaftlichen Schulwesens fast ideal verwirklicht. Aber das pat der SPÖ-Regierung nicht. Ich wundere mich, daß der Herr Landwirtschaftsminister dazu willige Handlangerdienste leistet. Ist das auf ein Trauma der SPÖ zurückzuführen? Das landwirtschaftliche Schulwesen ist eine Bastion des Bauernstandes, und dieser Bauernstand ist eben nicht sozialistisch; daher gehören diese Bastionen zerschlagen oder wenigstens geschwächt.

Es ist eine „Meisterleistung“, wenn das höhere Schulwesen heute der Landwirtschaft verloren geht und wenn man dann der Landwirtschaft noch die hohen Kosten vorwerfen kann, die im Budget weiterhin aufscheinen. Dann wird man uns vielleicht auch diese Kosten noch als Subventionen vorrechnen.

Es hat mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Stögner, gesagt: Die Landwirtschaft bekommt ja sonst noch so viel! — Das ist heute schon öfter hier gesagt worden. Ich bin immer dann entschlossen dagegen aufzutreten, wenn ich das von sozialistischer Seite gehört habe.

Ich habe hier die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. Juli. Da rechnet uns der Herr Bundeskanzler vor: „VP-Bauernklage ging ins Leere — Kreisky: Noch nie so viel Geld für die Bauern wie jetzt.“ „Der Grüne Plan — 1 Milliarde Schilling.“

Er hat nicht dazu gesagt, daß man vor den Wahlen 1 Milliarde und 300 Millionen an Bergbauernförderung versprochen hat. Und jetzt sind diese 300 Millionen Schilling in dieser

Milliarde enthalten! Ich wei schon, daß im Jahre 1972 im Berggebiet keine Minderung der Frderungskredite eingetreten ist, weil man durch diese 300 Millionen Schilling den Rückgang auffangen konnte. Für das Jahr 1973, meine sehr geehrten Herren, ist das aber wesentlich anders.

Dann sagte Dr. Kreisky weiter: Die Landwirtschaft erhält aus dem Familienlastenausgleichsfonds 1,5 Milliarden Schilling.

Erhalten nicht die anderen Bevölkerungsgruppen aus dem Familienlastenausgleichsfonds das gleiche für jedes Kind? Und wenn die Landbevölkerung eben mehr Kinder hat, so soll man ihr das nicht vorwerfen. (*Abg. Ortner: Das wirft niemand vor! Wer wirft das vor?*) Das ist nach meiner Meinung ein Vorwurf. (*Abg. Dr. Tull: Das ist eine subjektive Auslegung!*) Dann wirft man der Landwirtschaft vor, daß sie für die Schul- und Heimbeihilfen 42 Millionen Schilling bekommt, für die Schlerfreifahrten 63 Millionen Schilling und für die Schulbücher 95 Millionen Schilling.

Ich möchte schon sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Der Herr Finanzminister hat mir zum gleichen Zeitpunkt erklärt, daß er die Zahlen absolut nicht sagen kann, nämlich wieviel die einzelnen Berufsgruppen für die Schulbücher, für die Schlerfreifahrten et cetera bekommen. Aber der Herr Bundeskanzler wei das auf einmal. Entweder hat mir der eine das nicht gesagt, oder der andere hat sich das aus der Nase gezogen! (*Zustimmung und Rufe bei der OVP: Transparenz!*)

Wenn man dann protestiert, nimmt man diese Proteste lächelnd entgegen und zur Kenntnis, so wie das der Herr Vizekanzler anläßlich der Proteste betreffend die Sozialversicherungseinrichtungen gemacht hat, die morgen von diesem Hohen Hause zerschlagen werden sollen. (*Rufe bei der OVP: Terror! Rubernovelle! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Kraft, zur SP gewendet: Vorsicht! Nicht zu viel reden!*)

Für das höhere und mittlere landwirtschaftliche Schulwesen zeichnet sich ein neuer Akt der sozialistischen Willkrpolitik ab. Hier ist keine Spur von Transparenz, nur Machtpolitik gegen die Bundesländer und gegen die Bauern.

1962 hat man die landwirtschaftlichen Schulgesetze ausgenommen. 1964 und 1965 hat man in einem Koalitionsausschu über diese Gesetze verhandelt. Der Herr Abgeordnete Doktor Oskar Weihs war einer dieser Verhandlungsteilnehmer. Er wei also, daß man sich hier weitgehend geeinigt hatte. Nur als es zum Abschluß kam, hat die sozialistische Seite

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

diese Gesetze blockiert, und zwar wegen des niederösterreichischen Lehrerdiensthoheitsgesetzes. Dann haben die Sprecher der Sozialisten seit 1965 immer wieder erklärt — sehr häufig von dieser Stelle aus —, daß sie überhaupt nichts dagegen haben, daß wir im sachlichen Bereich vollkommen einig sind, daß aber nur wegen des niederösterreichischen Lehrerdiensthoheitsgesetzes eine Beschlußfassung nicht möglich ist; sie müßten es blockieren.

Das haben der Herr Abgeordnete Weihs, der Herr Abgeordnete Pansi, der Herr Abgeordnete Haas und andere gesagt: Keine sachlichen Differenzen, voll mit dem Inhalt einverstanden.

Dann kam die sozialistische Regierung. In der ersten Regierungserklärung heißt es wörtlich, meine Damen und Herren:

„Die landwirtschaftlichen Schulgesetze sind auf der Grundlage der vorliegenden Entwürfe, einschließlich des Verfassungsgesetzes, zu beschließen. Bei der Erlassung des Verfassungsgesetzes ist den Ländern die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung bezüglich des mittleren land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens zu gewährleisten.“

Die bestvorbereitete Regierung, die es je gab, so hat es geheißen, sagt im ersten Satz etwas anderes als im zweiten. Denn die vorliegenden Entwürfe beinhalten die volle Landeskompetenz für das Fachschulwesen. Die Grundsatzgesetzgebung des Bundes wäre also etwas anderes. In den Entwürfen war diese nur für das Berufsschulwesen, und zwar eingeschränkt, vorgesehen.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky sagte den Ländern die volle Erfüllung der Bundesländerforderungen zu. Und in diesen Bundesländerforderungen heißt es in Punkt 10: Das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen hinsichtlich Berufs- und Fachschulen soll Landesache werden. Und: Die Länder erklären sich mit den ausgearbeiteten Entwürfen einverstanden.

Damit ist aber die Odyssee der landwirtschaftlichen Schulgesetze noch lange nicht zu Ende. Im Verfassungsausschuß blockiert die SPÖ weiterhin den Initiativantrag der ÖVP. Er hat den ganz gleichen Wortlaut wie die Gesetzentwürfe, die damals im Parlament eingebracht worden waren. Der Herr Minister Weihs schickte diese Gesetze mit dem ganz genau gleichen Wortlaut als Ministerialentwürfe noch einmal zur Begutachtung aus.

Die Hoffnung des Herrn Ministers Weihs hat sich aber nicht erfüllt. Die Länder blieben bei ihrem Standpunkt in dem Bundesländer-

forderungsprogramm, das einstimmig von allen Landesregierungen beschlossen wurde. Ich frage mich jetzt: Was soll denn das bedeuten? Ist das sozialistische Parteitaktik zur Zerschlagung der Einheit des landwirtschaftlichen Schulwesens, oder ist das die innere Zerrissenheit der Sozialistischen Partei? Hier der Bundesminister und dort der sozialistische Landeshauptmann, oder der Landeshauptmann-Stellvertreter und das sozialistische Regierungsmitglied?

Dann behauptete der Herr Minister in Anfragebeantwortungen, daß im Begutachtungsverfahren wiederholt und eindringlich darauf hingewiesen wurde, daß dem Bund die Möglichkeit der Grundsatzgesetzgebung eingeräumt werden soll. Das sind doch Merkwürdigkeiten zur Verschleierung sozialistischen Machtstrebens. In dieser Antwort wird sogar noch der ehemalige Herr Bundesminister Doktor Schleinzner bemüht.

Eine Aussage: Der Herr Bundesminister Dr. Schleinzner hat sich sehr deutlich im Ministerratsbericht und auch in seinen Aussagen zu diesen Entwürfen, die gemeinsam ausgearbeitet wurden, bekannt. Und jetzt wird er bemüht. Er soll als Kronzeuge dienen, daß auch er die Meinung vertrat, es wäre hier eine Bundeskompetenz notwendig. Das stimmt nicht, Herr Bundesminister! Das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich könnte Ihnen die Sache genau vorlesen. Aber Sie kennen Sie selbst, und ich möchte mich kurz halten.

Das Begutachtungsverfahren ergab entgegen Ihren Behauptungen die Zustimmung zur Regelung, wonach für landwirtschaftliche Fachschulen eine reine Landeskompetenz geschaffen werden soll. Ich habe sie alle hier, Herr Bundesminister. Ich kann sie Ihnen vorlesen, wenn Sie wollen. Die Ämter der Landesregierungen haben keine Bedenken gegen diese Vorlage — gegen den Ministerialentwurf des Herrn Bundesministers Dr. Weihs, bitte —:

Kärnten — volle Zustimmung. — Man be-
ruft sich auf die Beschlußfassung im Bundesländerforderungsprogramm. — Vorarlberg sagt sogar, daß die vorliegenden Entwürfe zu weit gehen; man will also dem Bund nicht einmal für das Berufsschulwesen Kompetenzen einräumen. Niederösterreich — volle Zustimmung zu den Entwürfen. Steiermark — volle Zustimmung. Oberösterreich — volle Zustimmung, keine besonderen Einwendungen. — Es werden kleine Einwendungen gemacht: die Klassenschülerhöchstzahl soll herabgesetzt werden et cetera. — Salzburger Landesregierung — ebenfalls volle Zustimmung. Wien, Amt der Landesregierung — volle Zustimmung. Amt der Burgenländischen Landesregie-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

rung — ebenfalls keine Einwände. Österreichischer Städtebund, Ministerien, so geht es weiter.

Der Herr Minister beruft sich in seiner Stellungnahme oder bei seiner Haltung, in seiner Begründung auf eine Stellungnahme des Arbeiterkammertages. Darin heißt es, daß man in den Bundesländern Oberösterreich und Kärnten Bedenken habe, während die Landarbeiterkammern aller anderen Bundesländer zustimmen.

Herr Minister! Das ist Ihre Begründung dafür, wenn Sie sagen, es haben so viele eine Bundeskompetenz gefordert. Ich habe außer der Arbeiterkammer keine gefunden. Und selbst die Arbeiterkammer fordert nicht die Bundeskompetenz, sie fordert die Übertragung des landwirtschaftlichen Schulwesens in das Unterrichtsministerium.

Umso interessanter sind die Erläuternden Bemerkungen zu Ihrem Verfassungsgesetzesentwurf, welchen nun die Regierung diesem Parlament vorgelegt hat. Herr Minister! So viel marxistische Wortverdrehung habe ich Ihnen ehrlich nicht zugebracht und nicht zugetraut. Das ist doch übelste marxistische Dialektik. (Abg. Dr. Tull: Was heißt das? Konkretisieren Sie!) Ja. Ich werde Ihnen das vorlesen, wenn Sie wollen, Herr Kollege!

Es wird behauptet, daß die Bundesregierung im Jahre 1970 das Forderungsprogramm anerkannt hat und daß dieses Forderungsprogramm auch zur Frage der Neuordnung der Kompetenzverteilung im land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen Stellung nimmt. Es wird eine dem föderalistischen Prinzip Rechnung tragende Regelung gefordert.

Es wird dann gesagt — ebenfalls im Jahre 1970 —, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft diese ehemalige Regierungsvorlage neuerlich zur Begutachtung ausgeschiedet hat. — In Ordnung.

Es wird dann behauptet, daß hiebei eine Vereinheitlichung hinsichtlich bestimmter Grundsätze gefordert wurde. — Das stimmt nicht! Das habe ich Ihnen jetzt eben gesagt.

Dann wird weiter geschrieben: In der Folge wurden mit Vertretern der Länder Verhandlungen über die Neugestaltung der Kompetenzverteilung im land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen geführt, die aber nicht zu einem Einvernehmen führten. Der vorliegende Entwurf entspricht dem Ergebnis des Begutachtungsverfahrens des Jahres 1970. — Das stimmt nicht, weil der Entwurf eine Bundeskompetenz für das Fachschulwesen vorsieht.

Dann heißt es weiter: Womit die Regierungsvorlage auch dem Forderungsprogramm der Bundesländer entspricht.

Was ist jetzt wirklich, meine Herren? Das nennt sich Transparenz der Bundesregierung! (Ruf bei der SPÖ: Wo ist die marxistische Dialektik? — Abg. Dr. Tull: Welches Wort?) Man verdreht hier das Wort dreimal, und es kommt ganz etwas anderes heraus, als behauptet wird. Man weiß natürlich, daß draußen nicht alle Fachleute sind. Sie nehmen dann natürlich zur Kenntnis, daß das ohnedies dem Bundesländerforderungsprogramm entspricht. Herr Bundesminister! Ich möchte sagen: So geht das nicht! (Abg. Dr. Tull: Sie leiden unter Alpträumen!)

Die Österreichische Volkspartei steht zu den Länderforderungen, daß das Fachschulwesen Landessache ist. Weiters erklärt die Österreichische Volkspartei, daß sieben Jahre sozialistische Verschleppung und Blockade der landwirtschaftlichen Schulgesetze genug sind.

Wir haben hier schon einmal erklärt — ich wiederhole es —, daß die ÖVP anderen Schulgesetzen, so zum Beispiel der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle und dem Schulunterrichtsgesetz, soweit sie eine Zweidrittelmehrheit erfordern (Abg. Blecha: Das Schulunterrichtsgesetz nicht! Nehmen Sie das zur Kenntnis!), nur dann zustimmen wird, wenn die landwirtschaftlichen Schulgesetze im Sinne der Bundesländerforderungen beschlossen werden.

Der Verfassungsgesetzesentwurf entspricht dieser Forderung nicht. Nachdem das Ministeriengesetz die Kompetenzen ohnedies dem Herrn Unterrichtsminister überträgt und dieses Gesetz ein einfaches Bundesgesetz ist, möge sich der Herr Bundesminister bemühen — so wie er sich bemüht hat, daß die Vorlagen wenigstens dem Hohen Haus zugeleitet würden und vielleicht doch im Ausschuß in Zukunft verhandelt werden können —, daß diese landwirtschaftlichen Schulgesetze im Sinne der Länderforderungen beschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Acht Jahre Blockade sind genug! Es geht hier um das Prinzip der Gleichstellung der bäuerlichen Jugend im Bereich der Bildung und im Bereich der Ausbildung. Bis jetzt haben Sie das nicht gehalten, obwohl es in der Regierungserklärung versprochen wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kinzl. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Kinzl** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist Kollege Stögner jetzt nicht im Saal. Ich wollte ihm nur auf zwei Fragen Antwort

Kinzl

geben. Er hat nämlich in seinem kurzen Referat behauptet (*Abg. Dr. Tull: Er wird es verschmerzen, Sie nicht zu hören!*) — ich glaube es —, daß seitens der ÖVP-Regierung für die Bergbauern in Österreich nichts getan wurde und daß erst jetzt, weil die SPO ans Ruder gekommen ist, etwas gemacht wird.

Dazu darf ich ihm sagen: Er weiß sehr genau, was in Oberösterreich — gerade in seinem Bundesland, von dem wir beide kommen — auf diesem Sektor getan wird, daß zum Beispiel die Besitzfestigungsaktion nur im Bergbauerngebiet möglich ist und die Flachländer dabei überhaupt nichts bekommen können. Das ist das eine.

Daß in Oberösterreich die Anträge von den Bergbauern auf Darlehen nach wie vor Vorrang haben, müßte er auch wissen. Und er weiß es auch! (*Abg. Dr. Tull: Das ist wieder etwas anderes! Das sind zwei Paar Schuhe! Natürlich ist das ganz etwas anderes!*) Herr Kollege! Sind Sie mir nicht böse, wenn ich sage: Auf diesem Sektor sind Sie wirklich nicht beschlagen. Da ist es besser, wenn Sie nichts sagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Ich war auch im Oberösterreichischen Landtag so wie Sie!*) Im Oberösterreichischen Landtag waren wir lange genug beisammen. Wir kennen uns seit 1955 als Abgeordnete. Mit der Landwirtschaft, Herr Kollege, haben Sie sich aber nie sehr beschäftigt. Das müssen wir auch dazu sagen. Darf ich vielleicht weiter sprechen? (*Abg. Dr. Tull: Sie dürfen!*) Ja bitte.

Ich hatte ursprünglich im Sinn, daß ich mich in erster Linie heute damit eingehend befasse, welche Schwierigkeiten die Zu- und Nebenerwerbsbauern haben, wenn sie um einen Agrarinvestitionskredit für Grundaufstockung, Maschinen und dergleichen mehr ansuchen. Die derzeitigen Richtlinien des Landwirtschaftsministeriums machen es vielen unserer Standesgenossen praktisch unmöglich, in den Genuß eines zinsenverbilligten Darlehens zu kommen.

In den Richtlinien für agrarische Operationen, Grundzusammenlegungen mit den erforderlichen Meliorationen und Wegebauten, Flurbereinigung, Regelung von Dienstbarkeiten und landwirtschaftliches Siedlungswesen heißt es:

„Bei Darlehenswerbern, die auch über ein außerlandwirtschaftliches Einkommen verfügen, ist zur Ermittlung des Gesamteinheitswertes (fiktiver Einheitswert) das außerlandwirtschaftliche Einkommen mit 5 zu vervielfachen und dem land- und forstwirtschaftlichen Einheitswert zuzurechnen.“

Hiebei sind jene Darlehenswerber, bei denen der land- und forstwirtschaftliche Einheitswert 50 Prozent des fiktiven Einheitswertes übersteigt, bevorzugt zu berücksichtigen.“ — So die Richtlinien.

Hiezu möchte ich feststellen, daß diese Richtlinien keineswegs mehr den jetzigen Gegebenheiten entsprechen und der Vervielfacher von 5 auf 2 oder höchstens 3 herabgesetzt werden müßte.

Ein weiterer Nachteil dieser Richtlinien liegt auch darin, daß in den schwierigen Produktionsgebieten, also meist in den Bergbauerngebieten, wo die Hektar-Sätze sehr niedrig sind, oft durch ein geringes zusätzliches außerlandwirtschaftliches Einkommen der land- und forstwirtschaftliche Einheitswert überschritten wird.

Aus diesem Grunde ersuche ich Sie, Herr Landwirtschaftsminister, daß für die Zu- und Nebenerwerbsbauern die so ungünstigen Richtlinien abgeändert werden, weil diese Gruppe, die das in Anspruch nimmt, täglich größer wird.

Herr Minister Weihs, nun zu Ihnen persönlich. Ich habe am 11. Oktober 1972 eine schriftliche Anfrage betreffend die Gewährung von Agrarinvestitionskrediten eingebracht.

Meine erste Frage lautete: „Sind Sie, Herr Bundesminister, bereit, die zum Teil jahrelangen Ansuchen noch im heurigen Jahr zu erledigen?“

Ihre Antwort: „Alle Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen zu Agrarinvestitionskrediten für Baumaßnahmen, die im Rahmen der AIK-Aktion 1972 bewilligt wurden, sind dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft entweder zu Jahresende 1971 oder im Laufe des heurigen Jahres vorgelegt worden. Es ist daher unrichtig, wenn in der Anfrage von ‚zum Teil jahrelangen Ansuchen‘ gesprochen wird.“ (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Dazu möchte ich sagen: Diese Ansuchen stammten teilweise noch vom Dezember 1969, sodaß der Ausdruck meinerseits „zum Teil jahrelangen Ansuchen“ berechtigt war.

Nun meine zweite Frage, die da lautete: „Werden Sie durch Krediterhöhungen dafür sorgen, daß die heuer eingebrachten Ansuchen schnell erledigt werden?“

Ihre Antwort hat gelautet: „Das dem Land Oberösterreich für die AIK-Aktion 1972 in den AIK-Förderungssparten ‚Verbesserung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude‘ und ‚Regionalförderung‘ in Aussicht gestellte Gesamtkreditvolumen von 95,5 Millionen Schilling

Kinzl

wurde durch eine zügige Kreditabwicklung bereits Ende Juli 1972 zur Gänze ausgeschöpft. Durch eine vom Bundesminister für Finanzen bewilligte Kreditaufstockung konnten bis Ende Oktober 1972 Kredite mit einem Gesamterfordernis von 121,8 Millionen Schilling für 790 Darlehenswerber bewilligt werden. In den genannten Förderungssparten waren zu diesem Zeitpunkt daher lediglich Anträge mit einem Gesamtkrediterfordernis von 1,3 Millionen Schilling für Oberösterreich unerledigt."

Jeder Mensch liest aus diesen Sätzen, daß mit Ende Oktober 1972 in Oberösterreich nur Ansuchen um 1,3 Millionen Schilling unerledigt waren.

Sie wissen aber ganz genau, Herr Minister, daß dies keineswegs stimmt. Ich habe sofort bei der Agrarabteilung in Oberösterreich nachgefragt, die mir mitteilte, daß derzeit rund 1500 Ansuchen mit einem Kreditbedarf von 220 Millionen Schilling dort liegen. — Das sind die Tatsachen!

Sie können sich aber auch nicht ausreden, Herr Minister, nichts davon gewußt zu haben, daß in Oberösterreich so viele unerledigte Ansuchen auf AIK liegen.

Im Sommer des heurigen Jahres wurde nämlich in einer SPO-Belangsendung behauptet, daß genügend Geld für Agrarinvestitionskredite zur Verfügung steht, es liege nur an den ÖVP-Agrarreferenten, daß die Erledigung der Kreditanträge so lange braucht. Die Leute wurden dann aufgefordert, sie sollten sich direkt an den Herrn Landwirtschaftsminister wenden, wenn sie nicht rechtzeitig in den Genuß der erbetenen Kredite kommen.

Nach dieser Belangsendung, meine Damen und Herren, hat der oberösterreichische Agrarreferent, Herr Landesrat Diwold, beim Herrn Minister telephonisch angefragt, was er dazu sagt. Der Herr Minister hat ihm geantwortet, daß er für den Inhalt von SPO-Belangsendungen nicht zuständig ist. — Das wird nicht bestritten.

Man kann aber darüber verschiedener Meinung sein, und es zeigt sehr deutlich, wie hoch der Landwirtschaftsminister in seiner eigenen Partei gewertet wird.

Auf die Frage des oberösterreichischen Agrarreferenten, ob er Ihnen den ganzen Stoß von Ansuchen zusenden darf, haben Sie, Herr Minister, geantwortet, daß dies keinen Sinn hätte, weil Sie kein Geld haben.

Man hätte doch erwarten müssen, daß Sie als Landwirtschaftsminister die falschen Behauptungen in der SPO-Belangsendung richtigstellen. Doch nichts geschah.

Jedenfalls ist es jetzt so: Wenn nicht höhere Zuteilungen als bisher nach Oberösterreich kommen, kann für die Jahre 1973 und 1974 die seit Juli des heurigen Jahres verfügte Antragsansuchensperre nicht aufgehoben werden.

Eine sachlichere Beantwortung, unserer Anfragen, Herr Minister, wäre notwendig und würde unsere Zusammenarbeit wesentlich erleichtern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Schmitzer.

Abgeordneter Ing. **Schmitzer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte als Konsumentenvertreter zu agrarischen Fragen heute Stellung nehmen, eine Aufgabe, fast möchte ich sagen, die bis 1970 Ihnen, Herr Minister, als Oppositionsabgeordneter zugekommen ist. Sie haben ja damals im Herbst 1969 bei der Budgetdebatte für das Jahr 1970 sehr klar ausgesprochen und postuliert, daß die Konsumenten in agrarpolitischen Fragen sehr wohl ein Mitspracherecht haben. Ich nehme daher auch heutes dieses Mitspracherecht für mich in Anspruch.

Dieses Mitspracherecht wäre auch nicht wegzudenken, denn im Landwirtschaftsgesetz ist ja ganz klar im § 2 der Zweck festgelegt, und zwar heißt es hier unter anderem, daß es die Aufgabe dieses Gesetzes ist, die Landwirtschaft unter Bedachtnahme auf die Gesamtwirtschaft und die Interessen der Verbraucher zu fördern.

Ich glaube auch und nehme an, daß Sie heute noch dazu stehen, denn sonst würde im Entwurf des Bundesministeriengesetzes über die Aufgaben des Landwirtschaftsministeriums unter anderem nicht folgendes unter G. 3. formuliert sein:

„Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse ...“

Es ist eigentlich schade, daß bei uns die Bezeichnung des Landwirtschaftsministeriums über die Ernährungswirtschaft so wenig aussagt. Sicher ist die Terminologie im deutschen Sprachgebrauch vielleicht anders. Die Bezeichnung „Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forste“ sagt wesentlich mehr über die Aufgabe dieses Ministeriums in Deutschland aus, als das hier bei uns der Fall ist.

Ich möchte auch auf das „Agrarjournal“ zurückkommen, weil ich glaube, daß solche Aussagen nicht gemacht werden sollten.

Ing. Schmitzer

Es heißt hier im „Agrarjournal“ unter dem Kapitel „Fleisch“ folgendermaßen — das, glaube ich, ist zu sehr versimplifizierend, und das sollte man nicht machen —:

Da der Landwirtschaftsminister auch Ernährungsminister für alle Österreicher ist, muß er auch manche — mancher! — konsumentenfreundliche Maßnahmen setzen.

Herr Minister! Ich hoffe, Ihre Schweinemarkt- und Fleischmarktpolitik im vergangenen August war nicht eine dieser „manchen“ Maßnahmen, die Sie konsumentenfreundlich gesetzt haben. Denn heute können wir rückblickend sicher sagen, daß diese Art der Politik für die Konsumenten und für die Bauern ordentlich danebengegangen ist: Den Konsumenten hat es nicht gebracht — überhaupt nichts! —, und den Bauern hat es nur geschadet. Und das, glaube ich, ist nicht der Sinn einer entsprechenden zeitgemäßen Wirtschaftspolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun vielleicht doch einige Gedanken, warum uns Konsumenten immer mehr gerade die Frage der Agrarpolitik interessiert und auch interessieren muß. Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß die Agrarpolitik heute weit mehr als eine Produzentenschutzpolitik ist, daß sie weit über den agrarwirtschaftlichen Bereich hinausgeht, weit in den gesellschaftspolitischen Bereich hineingeht und sehr weit in den siedlungspolitischen und raumordnungspolitischen Bereich hineingeht. Von der Frage der Naturgrundlagen möchte ich gar nicht reden, weil diese Dinge ja heute immer strapaziert werden.

Aber darüber hinaus interessiert uns Konsumenten die Agrarpolitik doch auch noch von anderer Sicht her, und zwar von der Produktion her. Denn wenn wir eine autarke Landwirtschaft mit einer möglichst hohen Selbstversorgung haben, sind auch wir Konsumenten — die Bauernvertreter geben mir sicher recht — in der Lage, auch mitsprechen zu können. Wir können mitsprechen in der Frage der gesetzlichen Gestaltung des Futtermittelsektors, wir können mitreden auf dem Pflanzenschutzsektor.

Es war für mich einmal ein Ereignis, als ich als Lehrer mit einer Schulklasse oben auf der Galerie gesessen bin, sehr bezeichnend — es war vor zwei oder drei Jahren —: Sozialistische Abgeordneten hatten hier am Vormittag verlangt, daß das Pflanzenschutz- und das Futtermittelgesetz verschärft und viel straffer gefaßt werden müßte. Am Nachmittag hat ein anderer sozialistischer Abgeordneter Fleischeinfuhren gerade aus solchen Ländern verlangt, die ein sehr loses oder überhaupt

kein Futtermittelgesetz hatten *(Zustimmung bei der ÖVP)*, wo zum Beispiel die Antibiotikaverfütterung oder die Hormonverfütterung damals noch freigegeben war.

Deswegen glaube ich auch, daß es uns interessieren muß. — Es tut mir jetzt leid, daß die Frau Kollegin Winkler, die ja über diese Dinge gesprochen hat, nicht hier ist. — Hier haben wir Konsumenten die Möglichkeit, mitzubestimmen, daß gute Qualität auch hier in Österreich produziert wird.

Ich möchte aber noch einen Punkt anschneiden. Wenn die Produktion dem Bedarf ange nähert ist, so weiß ich, daß das Schwierigkeiten verursacht. Ich werde dann später einige Beispiele bei der Milchmarktpolitik bringen.

Weiters gibt es noch einen anderen Punkt, der für die Konsumenten überlegenswert ist: Das ist die Frage der Preisgestaltung. In so einem Fall kann man die Preisgestaltung viel besser an die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Konsumenten anpassen als dann, wenn man zu gewissen Zeiten oder überhaupt längerfristig auf Einfuhren, auf Importe angewiesen ist. Denn dann muß man bezahlen, was dort in diesem Land verlangt wird.

Noch ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang zu sehen ist — Herr Kollege Dipl.-Ing. Hanreich hat darüber heute schon gesprochen —, das ist die Frage der Lagerhaltung. Meine Damen und Herren! Für einen neutralen Staat wird die Frage der Lagerhaltung und Vorratsversorgung immer dringlicher werden.

Ein weiterer Aspekt, der sicher auch von uns Konsumenten nicht übersehen werden soll, ist die Frage: Inwieweit ist die Landwirtschaft in unserer Volkswirtschaft Konsument? — Die Landwirtschaft investiert enorme Beträge. Wir können heute nachweisen, daß sie vor allem in den fünfziger Jahren, in der ersten Nachkriegszeit durch die erste Mechanisierungswelle enorm zur Vollbeschäftigung beigetragen hat. Man braucht nur als Beispiel anzuführen: Was hätten die vielen ehemaligen Rüstungsbetriebe gemacht, die auf die Landmaschinenindustrie umgestellt haben? — Ich glaube, das sind Dinge, die man heute, im Zeitalter des Überflusses, auch noch sehen muß.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich mit dem Agrarbudget 1973 beschäftigen. Ich glaube, man muß hier das Budget vergleichend mit drei Hintergründen betrachten:

Zunächst mit dem Gesamtbudget. Das ist meiner Meinung nach heute von den sozialistischen Rednern nicht gemacht worden. Man

Ing. Schmitzer

hat nur immer die Preispolitik, die Preisentwicklung als Kennzeichen zum Vergleich herangezogen, nie aber die Kostenentwicklung, nie den Aufwand.

Dann muß man das Budget mit dem Hintergrund der Inflation vergleichen.

Und drittens muß man das Programm der SPO und die Aussagen sozialistischer Politiker vergleichen: Jetzt haben wir zwei Jahre Landwirtschaftspolitik eines sozialistischen Ministers. Was wurde vor zweieinhalb Jahren gesagt? Man muß das vergleichen mit den Aussagen bestimmter Politiker der SPO, vor allem mit Ihren Aussagen, Herr Landwirtschaftsminister, und natürlich auch mit dem Regierungsprogramm.

Ich möchte aber vorher noch deswegen etwas zitieren, weil ich glaube, daß so etwas auch nicht notwendig wäre, zumal es sehr stark versimplifiziert. Es wurde schon aus der „Neuen Agrarzeitung“ — ich glaube, so heißt sie — zitiert. Es ist aus einem Artikel von einem Herrn, der von älteren Kollegen hier sehr anerkannt ist — der Herr war auch heute vormittag hier —, und zwar ist es der Herr Professor Ernst Winkler. Er schreibt hier in einem Artikel, der meiner Meinung nach eben doch etwas zu seicht ist, ohne eine negative Beurteilung zu machen — daher möchte ich es, um diesen Vorwurf zu begründen, vorlesen —, im Märchenstil folgendes:

„Die reiche mächtige Habsburger Monarchie hatte ein großes Heer und führte einen glänzenden Hofstaat — für die Bauernschaft tat sie so gut wie nichts. Sie sorgte nicht einmal für die Armen, Kranken und Alten! Wie ganz anders ist das in der Republik — und vor allem in einer Republik, die von Sozialisten regiert wird.“

Herr Kollege Blecha! Hören Sie noch ein paar Sätze zu! Das klingt so, als wenn bisher, bis zum Jahr 1970, überhaupt keine Agrarpolitik für die Bauern betrieben worden wäre. — Er schreibt weiter:

„Die Regierung Kreisky sichert der Landwirtschaft für ihre wichtigsten Produkte — Getreide, Milch und Vieh — Preis und Absatz.“

War das vorher nicht gesichert? Das war doch, seit das Landwirtschaftsgesetz und die Marktordnungsgesetze da sind, gesichert, oft gegen den Willen der sozialistischen Fraktion. — Es heißt dann weiter:

„Die Getreidewirtschaft wird deshalb im Budget 1973 mit 350 Millionen Schilling und die Milchwirtschaft mit 1741,5 Millionen Schilling unterstützt und gefördert.“

Meine Damen und Herren! Ganz bewußt sind hier keine Vergleichszahlen drinnen. Warum sind keine Vergleichszahlen drinnen? — Weil dieselben Zahlen im Jahr 1973 im Voranschlag präliminiert sind, weil überhaupt keine Steigerung vorhanden ist! Ich glaube, mit solchen Artikeln macht man nichts Gutes. Wenn ich sehr hart argumentieren würde, würde ich sagen: Das ist Volksverdummung! Anders kann man das nicht bezeichnen.

Nun möchte ich mich aber doch mit diesen drei Punkten auseinandersetzen. (*Zwischenruf des Abg. Blecha.*) Gleich, Herr Kollege Blecha! — Ich möchte das Gesamtbudget mit dem Agrarbudget vergleichen. Nur drei Zahlen zum Vergleich: Das Gesamtbudget steigt um 13,2 Prozent, um etwa eineinhalb Prozent mehr, als das Bruttonationalprodukt auf Grund von Vorausschätzungen im nächsten Jahr steigen wird. Das Agrarbudget, Herr Kollege Blecha, steigt um 0,8 Prozent. — Man darf nämlich beim Agrarbudget nicht einzelne Kapitel herausnehmen, sondern muß die gesamte Summe des Agrarbudgets mit dem Gesamtbudget prozentuell vergleichen. Wenn ich absolute Zahlen herausnehme, so kann ich sehr leicht Täuschungen vornehmen.

Daher können wir behaupten, daß die Landwirtschaft zur Ader gelassen wird. (*Zwischenruf bei der SPO.*) — Ja, ich werde Ihnen dann später wieder, bei einem anderen Kapitel, beweisen, warum das so ist. — Die Landwirtschaft wird echt zur Ader gelassen, und zwar gerade in diesen Bereichen, die vor allem im Hinblick auf die Regionalpolitik sehr notwendig wären.

Nun zum zweiten Hintergrund: zur Inflation. Ich sagte schon, man muß das Agrarbudget mit dem Hintergrund der Inflation sehen. Man kann nicht die Preisentwicklung sehen und die Kostenentwicklung nicht. Das Budget 1973 — so sagte der Finanzminister, in seiner Budgetrede — baut auf einer Preissteigerung von 7½ Prozent auf. Daher kann er es sich gar nicht mehr anders denken, denn unter 7½ Prozent Preissteigerung kann er ja sein Budget nicht exekutieren.

Das Agrarbudget hat eine Steigerung von 0,8 Prozent erfahren. Das heißt, daß hier schon eine Disparität von 6 Prozent vorhanden ist. Und jetzt, Herr Kollege Blecha, hören Sie zu: Warum führe ich dieses Beispiel an? — Weil die Preisausgleiche — das Wort Preisausgleich sagt ja, daß es nicht nur Subventionen für die Landwirtschaft, für die Bauern sind —, leider Gottes, könnte man sagen, ein Teil des Einkommens der Bauern sind.

Ing. Schmitzer

Daher wird das Einkommen durch diese Budgetpolitik echt beschnitten, denn sie haben ja durch gesetzlich festgelegte Preise nicht die Möglichkeit, die gestiegenen Kosten auf die Produkte zu überwälzen. Diese Möglichkeit ist der Landwirtschaft genommen, noch dazu, wo nächstes Jahr wahrscheinlich im Durchschnitt eine Betriebsmittelpreiserhöhung, ein Kostenzuwachs von 7 Prozent vorhanden sein wird oder vielleicht sogar von 10 Prozent. Ich bin tolerant und sage 7 Prozent. Daher können wir behaupten: Die Landwirtschaft gehört echt zu den Verlierern der Inflation, genauso wie die Rentner oder die kleinen Sparer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das kann doch nicht ohne Folge für die Konsumenten sein. Das muß auf lange Sicht gesehen doch auch für die Konsumenten in der Preisbildung Folgen haben. Wir haben Schweden als deutliches Beispiel, daß es hier Folgen gibt.

Zum dritten Punkt: Hier möchte ich den Hintergrund der Versprechungen und Ankündigungen vergleichen. Es sind zwei Punkte aus den Aussagen des Herrn Ministers Doktor Weihs aus den Jahren 1968 und 1969 — den stenographischen Protokollen entnommen — bezüglich der Struktur- und der Preispolitik und vor allem auch der Einkommenspolitik. Dies deswegen — ohne daß wir uns abgesprochen haben —, weil ich auch der Meinung bin — der Herr Präsident Minkowitsch hat es heute auch gesagt, daß es zwar kein Konzept gibt, aber doch ein System der kleinen Schritte —, daß dies nicht das Ziel der Politik, wie man sie heute auf dem agrarischen Sektor macht und verfolgt, sein soll.

Ich möchte Ihnen vorlesen, was Sie, Herr Minister, am 10. Dezember 1968 gesagt haben. Sie sagten damals — ich muß aus dem Zusammenhang zitieren — zur Strukturpolitik, daß man, um diesen Prozeß in geordnete Bahnen zu bringen, vernünftige Agrarkonzepte brauche und die Mittel des Grünen Planes dafür schwerpunktmäßig einsetzen müßte.

Herr Minister! Ich frage: Wo sind diese Konzepte? — Sie haben jetzt zweieinhalb Jahre Zeit gehabt, um diese Konzepte auszuarbeiten! — Wo sind sie? — Ich darf Ihnen ein Beispiel bezüglich des schwerpunktmäßigen Einsatzes dieser Mittel bringen.

Ich war vor einigen Monaten in Türritz in Niederösterreich. Es wurde mir erzählt, daß Bauern, die ursprünglich eine ungünstige Lage hatten, inzwischen aber durch den

Straßenbau oder durch den Fremdenverkehr eine wirtschaftlich gute Situation haben, Mittel aus den Bergbauernsonderprogramm bekommen haben, daß hingegen Bauern, die zehn Punkte im Berghöfekataster mehr hatten, heute wirtschaftlich aber weit schlechter gestellt sind, weil sie nicht das Glück hatten, daß die Straße vor ihrem Hause gemacht wurde. Sie bekommen heute diese 2000 S nicht!

Ich wollte mit diesem Beispiel nur aufzeigen, wie konzeptlos diese 300 Millionen Schilling verteilt werden. *(Abg. Pichler: Wer hat die Punkteanzahl festgesetzt? Ist der Minister für die Punkte verantwortlich?)* Die müßte man ändern, Herr Kollege Pichler! Ich sagte ja: Die müßte man ändern. Sie sind für diesen Zweck einfach nicht geeignet. *(Abg. Robak: Wollen Sie Beispiele, wie ungerecht Ihre Kammern die Subventionen verteilen?)*

Herr Minister! Sie haben auch damals gesagt, daß Investitionen im ländlichen Raum konzeptiv, also auf Grund von Konzepten, die geographisch und klimatisch bedingt sein sollen, eingesetzt werden sollten. — Wir vermissen diese Konzepte bis heute!

Dann noch einen Punkt zur Strukturpolitik — und damit eine Frage an Sie, Herr Bundesminister —: Sie haben sich damals, im Herbst 1968, sehr stark auf den Mansholt-Plan gestützt, und Sie zitierten auch in der Rede — Sie antworteten dem Kollegen Leitner —, daß im Rahmen der Landwirtschaft für das Jahr 1980 die Zahlen, die er als Betriebsgrößen nannte — ich möchte der Kürze wegen jetzt nicht zitieren — schon überholt sind, viel zu klein sind und heute schon 120 Kühe notwendig sind, 500 Schweine und 80 bis 100 Hektar Ackerland, um eine entsprechende Produktionseinheit zu bekommen. *(Bundesminister Dr. Weihs: Sagte Mansholt!)* Aus den Ausführungen Ihrerseits kann ich entnehmen, daß Sie damals auch dieser Meinung gewesen sind.

Hier möchte ich folgendes sagen: Sie kennen sicher ein Gutachten, das über diese Agrargemeinschaften, die schon der Herr Primarius Scrinzi heute angeführt hat, vor allem im deutschen Raum besteht, Gurtner war ja auch dabei. Es beinhaltet, daß man heute ganz klar weiß: In der Rinderproduktion gehen diese Dinge nicht, da die Fremdkosten einfach zu hoch sind, um solche Produktionseinheiten aufziehen zu können.

Man hatte nach meiner Meinung in Frankreich eine ganz andere Siedlungsstruktur — das Wort Siedlungsstruktur ist gar nicht richtig — nach dem Zweiten Weltkrieg; vor

Ing. Schmitzer

allem in den Räumen, wo sehr viel Brachland vorhanden war und wo von Algerien sehr viele Siedler angesiedelt wurden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur folgendes sagen, Herr Minister: Ich hoffe, daß Sie diese Ansicht von Mansholt nicht teilen. Mansholt ging doch von ganz anderen Überlegungen aus. Er wollte den Vollerwerbsbetrieb mit der Folge der Entleerung der ländlichen Räume. Das heißt, es werden vor allem die weniger guten Gebiete, die im Grenzertragsraum liegen, wahrscheinlich entsiedelt, weil dort einfach diese Produktionseinheiten nicht möglich wären.

Wir gehen einen ganz anderen Weg. Wir wollen ja diesen ländlichen Siedlungsraum erhalten. Wir wollen ja, daß sich diese Räume — dadurch, daß wir sie subsidiär unterstützen — selbst erhalten können, damit wir dort nicht öffentliche Mittel verwenden müssen, um zum Beispiel Großaufforstungen durchzuführen.

Denn eines ist ja klar: Die Landwirtschaft könnte diese Großaufforstungen nicht machen. Es kann heute ein Bauer mit 15 oder mit 20 oder mit 25 Hektar finanziell gar nicht alles aufforsten und sagen, er geht in die Arbeit und er möchte diesen Grund und Boden forstwirtschaftlich nutzen. Er muß ja zwei Generationen warten, bis er diese Kosten wieder hereinbringt! Abgesehen davon, daß er dieses Kapital nicht hat, steht er es finanziell überhaupt nicht durch.

Es ist bezeichnend — ich fürchte das, und darum frage ich —, daß eben die Sozialistische Partei sehr stark den Gedanken von Mansholt anhängt, wobei ich nicht sagen möchte, daß alle diese Gedanken schlecht waren; das möchte ich wahrlich nicht sagen.

Aber gerade im Hinblick der Produktionsgrößen liegt eine Gefahr drinnen. Meine Befürchtung ist deswegen so groß, weil wir in Niederösterreich ja den Niederösterreich-Plan der niederösterreichischen SPO haben. Und wenn ich den Niederösterreich-Plan hernehme und die Bänderkonstruktion, die dort zu grundeliegt und die ja zwangsläufig auch zu einer Entsiedlung der anderen Räume führen müßte, vergleiche, müßte ich annehmen, daß hier eine Verbindung ist. Daher meine Frage, ob Sie zu diesen Ausführungen, die Sie damals gemacht haben, noch stehen beziehungsweise ob Sie zu einer echten Strukturpolitik im ländlichen Raum stehen.

Herr Minister! Ich glaube, Sie werden mir recht geben: Strukturpolitik im ländlichen Raum ist nicht nur Strukturpolitik der Agrarwirtschaft, der Landwirtschaft allein, denn zu-

erst muß in der Regionalpolitik meiner Meinung nach dort eine echte Strukturpolitik im gewerblich-industriellen Raum betrieben werden. Die Leute brauchen ja Möglichkeiten, um Arbeitsplätze zu finden, und dann erst werden sie aus der Landwirtschaft wegwandern, dann erst werden sie vereinfachen, Gründe verpachten. Dann erst kann meiner Meinung nach die agrarische Strukturpolitik echt wirksam einsetzen.

Hier hätten wir an Sie auch eine Frage und auch eine Bitte: Werden Sie auf dem Sektor der Raumordnung auch im Sinne des ländlichen Raumes wirksam oder wirksamer! Denn das, was uns der Herr Staatssekretär Veselsky gesagt hat, stimmt ja nicht. Es wurde außer Plaudern doch auf dem Sektor der Raumordnung bisher noch nichts gemacht. (Abg. Blecha: Das ist aber nicht richtig!) — Herr Kollege Blecha, Sie werden uns ja, hoffe ich, einmal beweisen, daß ich nicht recht hatte; wir sind sehr darauf gespannt.

Herr Minister! Sie haben aber auch zur Frage der Erzeugerpreise etwas gesagt, und zwar war das am 10. Dezember 1969. Als ich das las, kam eben meine Befürchtung, daß Sie dem Mansholt sehr stark anhängen. Oder ich müßte annehmen, daß das eben vor der Wahl gesagt wurde. Sie sprachen über die Senkung der Erzeugerpreise und sagten, daß eben die Strukturpolitik sehr rasch durchgeführt werden muß. Dann könnte man — so wurde es gesagt — ab 1972 schon an die Senkung der Erzeugerpreise auch in Österreich denken.

Herr Minister! Ich möchte das abschließen und die Frage noch einmal wiederholen und präzisieren: Wie stehen Sie heute als amtierender Minister zu diesen Fragen der Strukturpolitik und der Preispolitik?

Vielleicht noch ein paar Sätze zur Einkommenspolitik, und zwar aus der Sicht des Konsumenten. Der Herr Kollege Pansi — mir ist das schon einige Male aufgefallen — macht meiner Meinung nach immer einen Fehler — ich möchte ihm gar keinen Vorwurf machen —: Er liest sich den Grünen Bericht nur teilweise durch. — Ich hoffe, der Kollege Pfeifer wird es ihm ausrichten, was ich sage.

Ich würde ihm empfehlen, daß er sich die Seite 67 des Grünen Berichtes für das Jahr 1971 auch durchliest, damit er die Begriffe Reinertrag, landwirtschaftliches Einkommen und Betriebseinkommen nicht immer „durcheinanderhaut“. Er vergleicht immer das Betriebseinkommen mit den Löhnen der Unselbständigen. Im Betriebseinkommen ist aber auch die Verzinsung des eingesetzten

Ing. Schmitzer

Aktivkapitals drinnen. Wenn Pansi sagt, die Arbeitnehmer haben auch kein Aktivkapital, so muß ich entgegnen, daß der Bauer auch sagen könnte: Ich verkaufe meine „Bude“, lege das Geld auf die Sparkasse und lasse es mit 6 Prozent verzinsen; ich muß doch, wenn ich wirtschaftete, neben meinem Lohnanspruch auch ein Einkommen aus der Verzinsung meines Aktivkapitals haben.

Daher kann man diese Dinge einfach nicht so vergleichen. Daher muß einfach das Arbeitseinkommen in der Landwirtschaft etwas höher liegen, auch bei der geringsten Verzinsung von etwa eineinhalb bis zwei Prozent, wie es in der Landwirtschaft der Fall ist, als das Arbeitseinkommen eines Unselbständigen. Ich sage das bewußt: als das Unselbständiger.

Dann macht er meiner Meinung nach auch noch einen Fehler: Er sieht sich vor allem im Anhang die Ertrags-Kostendifferenz nicht an. Denn wenn er die Ertrags-Kostendifferenz auch etwas näher betrachten würde, dann müßte er nämlich draufkommen, daß die Lage der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr schlechter wird. Hier ist das ja prozentuell zum Ausdruck gebracht. Ich möchte darüber auch nicht mehr länger reden, damit ich meine Zeit nicht überschreite.

Aber es wäre sicher empfehlenswert, damit wir eine gemeinsame Sprache reden, sich auch diese Dinge einmal zu Gemüte zu führen, denn sonst redet der eine spanisch und der andere versteht chinesisch.

Herr Minister! Zur Einkommenspolitik vielleicht noch folgendes — um in concreto zu gehen, weil meiner Meinung nach auch hier Meinungsverschiedenheiten da sind —: Welche Möglichkeiten hat die Landwirtschaft heute, Einkommen zu verbessern?

Die erste Möglichkeit ist die, daß die Roherträge pro Produktionseinheit erhöht werden. Das kann ich dadurch, daß ich pro Person mehr Fläche bewirtschaftete, eine höhere Menge pro Ertragseinheit erziele oder einen besseren Preis. Beim Preis ist nichts drinnen; das wissen wir. Bei der Menge ist außer vielleicht in der Milchwirtschaft auch kaum mehr etwas drinnen. Auch auf dem Mastsektor werden wir wahrscheinlich kaum mehr große Ertragssteigerungen zu erwarten haben; das ist genetisch einfach nicht mehr drinnen. Auf dem Getreidesektor geht momentan überhaupt nichts. Daher geht es nur über die Strukturpolitik, also Vergrößerung der Fläche pro Person. Hier ist ja eine ganz schöne Bewegung in den letzten Jahren vor sich gegangen.

Der zweite Punkt, um das Einkommen verbessern zu können, ist die Senkung des Aufwandes. Herr Minister! Da gibt es auch wieder zwei Möglichkeiten:

Durch Vergrößerung der Fläche oder, anders ausgedrückt, durch Verringerung des Arbeitskraftbesatzes pro Betrieb. Weiter herunter, wenn man sich den Grünen Bericht ansieht, wird man in manchen Gebieten einfach nicht mehr können, weil dann die Fläche zu groß ist und eine Person diese Fläche nicht mehr bearbeiten kann. Aber die große Schwierigkeit, warum man das Einkommen durch Senkung des Aufwandes nicht erhöhen kann, liegt in der Inflation, liegt in der Preisbewegung. Das muß man auch ganz offen zur Kenntnis nehmen. Gerade solche Wirtschaftszweige, die einen gesetzlich geregelten Preis haben, können hier gar nichts machen. Auch wenn sie es wissen und wenn sie es wollen, können sie hier nichts machen. Ich brauche nur auf die Düngemittelpreise und nur auf die Maschinenkostenpreise verweisen.

Hier, Herr Minister, hätten Sie vielleicht doch eine Aufgabe, und zwar jetzt im Zusammenhang Gewerbeordnung und Genossenschaftsgesetz, um die Frage des überbetrieblichen Maschineneinsatzes auf steuerrechtlichem und auf gewerberechtlichem Gebiet doch günstig für die Bauern regeln zu helfen, damit hier Kosten eingespart werden können.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Einkommenserhöhung durch den Neben- und Zuerwerb. Herr Minister! Hier brauchen wir eben eine entsprechende Regionalpolitik. Ich habe schon auf den Niederösterreich-Plan verwiesen, der gerade das Gegenteil von dem wollte, was notwendig wäre.

Der vierte Punkt ist die Sozialpolitik. Es wird wahrscheinlich ja auch morgen darüber gesprochen werden, daß in der Sozialpolitik die Möglichkeit besteht, für die Landwirtschaft Einkommen zu schaffen. Hier sträubt sich ja die sozialistische Fraktion, daß die Zuschußrente in eine echte Bauernpension umgewandelt wird.

Ich darf vielleicht noch ganz kurz zu einem Punkt Stellung nehmen, der uns — und der Kollege Tschida hat das heute auch schon angeführt — in der Preispolitik als Konsumenten gefährlich werden kann. Es ist das die Frage Milch und Fleisch. Es wird heute meiner Meinung nach sehr gefährlich immer argumentiert: Wir müssen die Milchproduktion auf den Bedarf des Inlandes abstellen.

Herr Minister! Ich glaube, Sie werden mir recht geben: Wir werden wahrscheinlich in Österreich mit einem Milchüberschuß von

Ing. Schmitzer

etwa 15 bis 20 Prozent leben müssen, wenn wir die Fleischversorgung nicht gefährden wollen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir haben einfach zur Kenntnis zu nehmen, daß wir Milch exportieren müssen.

Ich habe eine ganz kurze Rechnung angestellt. (*Abg. Schrotter: Der Herr Minister hat eine andere These!*) Wenn wir annehmen, daß die Milchlieferteistung pro Kuh etwa auf 3000 Liter ansteigt — da muß sie noch ganz schön ansteigen; wir sind, glaube ich, jetzt bei etwa 2200 oder 2300 (*Bundesminister Dr. Weihs: 3000!*), 3000 haben wir, glaube ich, noch nicht erreicht; nehmen wir aber 3000 an —, würden wir, um unseren Milchbedarf im Inland decken zu können, nur 700.000 Stück Kühe brauchen. Wir haben jetzt etwa 2 Milliarden Tonnen Produktion in Österreich. — Entschuldigung: 2 Millionen! — Ich runde jetzt auf oder ab; etwas ab eigentlich. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Tull: Das ist ein bißchen viel von 1 Million auf 1 Milliarde!*) Das habe ich nicht gemeint, ich habe mich versprochen. Genau sind es, glaube ich, 2,1; nicht gannz 2,1; ich runde auf 2 ab.

Um die Fleischproduktion für das Inland mit etwas Export aufrechtzuerhalten — wir haben jetzt einen Kuhbestand von 1,1 Millionen Stück (*Bundesminister Dr. Weihs: Nicht ganz!*) —, müssen wir diesen Kuhbestand erhalten. Wenn ich noch unterstelle, daß wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren eine bessere Exportmöglichkeit nach Italien bekommen werden — Italien hat einen Pro-Kopf-Fleischverbrauch von etwa 30 Kilogramm; ich habe ausgerechnet, daß davon 60 Prozent Rindfleisch ist —, und wenn ich nur annehme, daß die Italiener einmal den gleichen Fleischverbrauch haben werden wie wir in Österreich — ich weiß, das hängt mit den Einkommensverhältnissen der Arbeitnehmer in Italien zusammen —, so möchte ich behaupten, daß trotzdem dort eine enorme Exportchance für die österreichische Rinderwirtschaft liegt.

Wir sollten auf diesem Gebiet sehr vorsichtig sein, denn auch die österreichischen Konsumenten würden eine falsche Milchpreispolitik durch erhöhte Fleischpreise heute oder morgen zu bezahlen haben (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Kern: So wie jetzt in Schweden!*), abgesehen davon, daß dadurch wahrscheinlich in vielen Gebieten die Landwirtschaft aufhören würde, weil man dort einfach diese großen Produktionseinheiten nicht haben kann und weil einfach — ich habe das jetzt einmal in einer Zeitschrift gelesen und hoffe nicht, daß das einen bewußten Hintergrund hat, daß nämlich die Mutterkuh-

haltung wieder so in den Vordergrund geschoben wird — dieser Betriebs- und Wirtschaftszweig für die Betriebseinheiten und die Betriebsgrößen, die wir haben, meiner Meinung nach nicht möglich ist.

Ich möchte daher abschließend dazu folgendes sagen: Wir müssen der Landwirtschaft die Möglichkeit der Veredelung geben, weil dann die Möglichkeit einer höheren Wertschöpfung besteht und damit natürlich ein höheres Einkommen erzielt wird.

Ich wollte Sie bitten, nicht in der Form zu argumentieren, wie man es jetzt oft hört, daß man sagt: Na ja, die Landwirtschaft hätte ja 160 bis 200 Millionen zum Beispiel auf dem Schweinemarktsektor mehr einnehmen können.

Herr Minister! Sie wissen so gut wie wir, daß die Ursache nicht im Jahre 1972 lag, sondern in der Preispolitik des Jahres 1971. Zahlen mußten es die österreichischen Konsumenten, und die Bauern haben auch nichts davon gehabt.

Ich hätte gerne noch zur Frage der Agrarmarktordnung gesprochen, und zwar aus der Sicht der Konsumenten, weil wir interessiert sind, daß diese Sache durch ein Produzenten- und Konsumentenschutzgesetz geregelt wird. Es wird in der nächsten Zeit wahrscheinlich schon mit den Vorverhandlungen begonnen werden. Aber ich werde mich zu diesem Punkt ein anderes Mal melden; hier ist ja nächstes Jahr noch Zeit.

Ich möchte nur noch eine Sache aufgreifen und eine Frage an Sie, Herr Minister, richten: Das ist die Frage der Landarbeiter. Es wird ja morgen die landwirtschaftliche Sozialversicherung zerschlagen werden. Das ist nicht mehr zu verhindern. Ich habe Sie voriges Jahr im Finanzausschuß gefragt, wie die arbeitsrechtlichen Fragen der Landarbeiter in Zukunft ausschauen werden. Sie haben damals gesagt, daß Sie der Meinung seien, in die Gewerbeordnung wäre ein Passus aufzunehmen, daß zum Beispiel die Lagerhausarbeiter nach wie vor arbeitsrechtlich dem Landarbeiterrecht unterliegen werden.

Herr Minister! Sind Sie dieser Meinung noch heute? — Ich frage deshalb, weil Sie dann einschränkend gesagt haben: Bis zu einer endgültigen Kodifikation des Arbeitsrechtes. Daher will ich Sie fragen: Was soll das heißen? — Soll das heißen: Wenn die Kodifikation des Arbeitsrechtes kommt, werden die landwirtschaftlichen Lagerhausarbeiter aus dem Arbeitsrecht der Landarbeiter herausfallen und dem allgemeinen Arbeitsrecht eingegliedert? Oder stehen Sie nach wie vor

Ing. Schmitzer

dazu, daß die Landarbeiter ihr eigenes Arbeitsrecht behalten beziehungsweise mit dem eigenen Arbeitsrecht natürlich auch die Landarbeiterkammern erhalten bleiben?

Herr Minister! Diese Fragen hätte ich an Sie, und wenn es nicht geht, sie heute mündlich zu beantworten, würde ich bitten, mir die letzte Frage schriftlich zu beantworten.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen — und das meine ich wirklich nicht boshaft —: Die Sozialistische Partei auch bei uns in Österreich hat bisher noch kein Verhältnis zur Landwirtschaft gefunden. Das liegt vielleicht in ihrer Grundhaltung. Aber man hat das Gefühl, daß sie ein gestörtes Verhältnis zur Landwirtschaft hat, daß sie frustriert ist. Uns Lehrer stört das ja vielfach nicht, weil es allgemein üblich ist, daß man den Lehrern gegenüber frustriert ist. Aber ich meine, daß es volkswirtschaftlich gefährlich ist, weil eine verfehlte Agrarpolitik auch die Konsumenten mitzubezahlen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brunner.

Abgeordneter **Brunner** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft ist beim Bundesvoranschlag 1973 zu kurz gekommen. Diese Feststellung ergibt sich aus den Zahlen des Voranschlages.

Der Staat gibt für das Jahr 1973 um 16 Milliarden oder um 13,2 Prozent mehr aus als heuer. Für die Förderung der Landwirtschaft ist allerdings keine Erhöhung vorgesehen, ja im Gegenteil, so wichtige Anliegen wie die Regionalförderung, die Erschließung der Wege im ländlichen Raum, die Elektrifizierung, die Verstärkung der Netze, sind gekürzt worden.

Aber auch den Erfordernissen der Milchwirtschaft wurde nicht ausreichend Rechnung getragen. Wenn im kommenden Jahr um 1,5 Prozent mehr Milch angeliefert wird als heuer, fehlt im Budget ein Betrag von rund 130 Millionen für die staatliche Milchpreisstützung.

Die Landwirtschaft wird in der Öffentlichkeit von dieser Regierung, insbesondere vom Herrn Bundeskanzler persönlich mit Vorliebe als ungeheurer Subventionsempfänger hingestellt. So hat am 27. September dieses Jahres der Herr Bundeskanzler in „Zeit im Bild“ erklärt: Die Landwirtschaft bekommt aus Steuermitteln ungeheure Beträge — ungeheure Beträge —, Milliardenbeträge.

Dazu stelle ich fest: Eine derartige Aussage empfinde ich als eine gewollte Diskriminierung der Landwirtschaft! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die staatliche Milchpreisstützung von 52 Groschen pro Liter Milch ist keine Subvention für die Bauern. Sie dient ebenso dem Konsumenten, dem damit Milch und Molkereiprodukte verbilligt werden.

Für den Qualitätszuschlag von 7 Groschen für einen Liter Milch erster Qualität ist im Budget für 1973 ebenfalls keine Vorsorge getroffen. Im heurigen Jahr haben Sie, Herr Landwirtschaftsminister, etwa 200 Millionen von den 290 Millionen §-9-Mitteln für die staatliche Milchpreisstützung und die Bezahlung des Qualitätszuschlages verwendet. Nach § 9 des Marktordnungsgesetzes sind diese Mittel für absatzfördernde Maßnahmen zu verwenden.

Gerade im kommenden Jahr wird es notwendig sein, absatzfördernde Maßnahmen zu setzen. Der Verlust des englischen Marktes zwingt uns, neue Absatzmöglichkeiten zu finden. Dazu werden wir die §-9-Mittel dringend brauchen. Ich frage Sie, Herr Landwirtschaftsminister: Wer soll diese fehlenden Beträge für die staatliche Milchpreisstützung zahlen? Wovon werden die 7 Groschen für Milch erster Qualität bezahlt? Wie wollen Sie die absatzfördernden Maßnahmen finanzieren? Sollten etwa wieder die Milchproduzenten zur Kasse gebeten werden, indem Sie den Krisengroschen erhöhen oder gewisse Bestimmungen verschärfen? Nein, Herr Minister, so geht das wirklich nicht! Auch die Geduld der Bauern hat Grenzen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir Bauern sind das Opfer der Wirtschafts- und Inflationspolitik dieser Regierung geworden. Bei fast gleichbleibenden Preisen für unsere Produkte sind wir ständig steigenden Preisen für unsere Bedarfsgüter ausgesetzt; etwa am Bausektor, beim Handelsdünger, bei Maschinenkäufen, bei Treib- und Schmierstoffen, um nur einige zu nennen.

Hohes Haus! Qualitätsproduktion war für uns nie ein Schlagwort, weil wir der Überzeugung sind, daß der Konsument einfach ein Recht hat, für sein Geld auch qualitativ hochwertige Produkte zu bekommen. Gerade in der Milchwirtschaft werden ständig mit viel Bauerngeldern in den Molkereien die technischen Einrichtungen auf den modernsten Stand gebracht, um den Konsumenten hochwertige Molkereiprodukte zu liefern. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber auch die Rohmilchgewinnung im Bauernhaus ist nicht dem Zufall überlassen. Mit hart verdientem Agrarschilling wurden teure Kühleinrichtungen geschaffen. Ebenso ist peinliche Reinheit für uns eine Selbstverständlichkeit.

Brunner

Wenn wir nur 5 Prozent dritte Qualität, 20 Prozent zweite Qualität, aber 75 Prozent erste Qualität erreichen, ist dies ein klarer Beweis für unsere Qualitätsbemühungen. Eigentlich müßten Sie, Herr Landwirtschaftsminister, sich über diesen hohen Qualitätsstand freuen, weil Sie ganz genau wissen, daß dies nicht von selbst kommt. Das Menschenmögliche wird getan.

Herr Landwirtschaftsminister! Was wollen Sie mit einer Verschärfung von Bestimmungen wirklich? Sie wollen offensichtlich unter dem Vorwand der Qualitätsverbesserung den Bauern das Milchgeld kürzen. Eine derartige Politik bringt keineswegs den Konsumenten eine noch bessere Qualität, den Milchbauern aber sicher weniger Geld für ihre harte Arbeit. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wer sind denn die Milchbauern in Österreich? Die kleinen und mittleren Betriebe, vorwiegend aber die Bergbauern, wo der karge Boden sich nur als Grünland nutzen läßt. 75 Prozent der angelieferten Milch kommt aus Betrieben bis zu zehn Kühen. Von den 200.000 Milchbauern in Österreich besitzen nur etwa 13.000 mehr als zehn Kühe.

Es ist eine Tatsache, daß überall dort, wo der Boden eine andere Nutzung zuläßt, eine Bewegung „Weg von der Kuh“ eingesetzt hat, die zu berechtigter Sorge Anlaß gibt. Von Jahr zu Jahr sinkt der Milchkuhbestand in Österreich. Die Ursache liegt im Arbeits- und Kostenaufwand für die Milchviehhaltung.

Nur ein Erzeugermilchpreis, der den ständig steigenden Gestehungskosten gerecht wird, der die Melkarbeit auch an Sonn- und Feiertagen bezahlt macht, wird ein weiteres folgeschweres Absinken des Milchkuhbestandes verhindern. Milchkuhhaltung und Melkarbeit ist qualifizierte Facharbeit. Der Stundenlohn hierfür liegt aber beweisbar weit unter dem eines Hilfsarbeiters. Die getroffene Erzeugermilchpreisregelung ist unbefriedigend, weil sie auch nicht annähernd den Kaufkraftschwund des Agrarschillings ausgleicht. Von einer Einkommensverbesserung kann keine Rede sein.

Herr Abgeordneter Pfeifer! Sie haben hier heute festgestellt, die ÖVP-Regierung hätte für die Milchbauern nichts getan, die Konsumenten aber geschöpft. *(Abg. Dr. Fleischmann: Ganz genau!)*

Dazu will ich Ihnen sagen: Die ÖVP-Regierung hat durch ihre Wirtschaftspolitik auch den Agrarschilling stabil gehalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die SPÖ-Regierung hat durch ihre Inflationspolitik die Bauern geschöpft und die Konsumenten! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen die Entwertung des Agrarschillings an Hand von nur zwei Beispielen beweisen: Im Jahre 1969 kostete ein Maurer bei einem Achtstundentag 152 Liter Milch. 1972, nach Ihrer Milchpreiserhöhung, kostet dieser Maurer bei dem gleichen Achtstundentag 200 Liter Milch. Ein weiteres Beispiel: 1969 brauchte man für einen Traktor, 34 PS, 35.100 Liter Milch. Heute aber, Herr Abgeordneter Pfeifer, brauchen wir dafür bereits 37.500 Liter Milch. Also um 2400 Liter Milch mehr! Ich überlasse es Ihnen und dem Volk von Österreich, zu beurteilen, wer wen schröpft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Präsidentenkonferenz hat eine sachlich fundierte Kalkulation vorgelegt, die eine Erzeugermilchpreiserhöhung um 38 Groschen rechtfertigt. Sie haben den Milchbauern nur 15 Groschen für erste Qualität, 10 Groschen für zweite Qualität und 3 Groschen für dritte Qualität zugestanden. *(Abg. Dr. Fleischmann: Sie haben ihnen doch gar nichts gegeben!)*

Wenn Sie aber nun die Absicht haben, diese bescheidene Erzeugermilchpreiserhöhung mit überhöhten Entlastungssätzen zu korrigieren, und den Bauern wieder 3 Groschen wegnehmen wollen, dann haben Sie doch auch den Mut und sagen Sie es den Bauern in aller Offenheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Agrarwissenschaftliche Institut und die Präsidentenkonferenz haben einen Entlastungssatz von 10 Groschen pro Liter Milch errechnet. Sie aber verlangen einen Entlastungssatz von 13,2 Groschen. Das bedeutet, daß Sie den Milchbauern, verschleiert allerdings, 70 Millionen wieder wegnehmen wollen.

Ich appelliere an die amtliche Preiskommision, wenn sie morgen zusammentritt, um den Entlastungssatz bei Milch festzusetzen, von einer derartigen, die Milchbauern um 70 Millionen schädigenden Entscheidung Abstand zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir brauchen eben die Milch und damit die Kuh als Voraussetzung für die Versorgung unserer Bevölkerung mit Rindfleisch. Eine Kuh bringt uns im Jahr nur höchstens einmal ein Kalb, und ohne Kuh gibt es daher kein Rindfleisch.

Neben einer ausreichenden Versorgung der heimischen Bevölkerung sehe ich aber auch die Möglichkeit des Exportes in den Gemeinsamen Markt. Heute fehlt bereits im EWG-Raum 1 Million Tonnen Rindfleisch. Diese Marktchance zu erkennen und sie zu nützen wäre Aufgabe einer verantwortungsbewußten Agrarpolitik.

Brunner

Die Milch- und Fleischproduktion ist nicht voneinander zu trennen. Eine Einschränkung der Milcherzeugung bedeutet weniger Rindfleisch. Österreichische Milch- und Molkereiprodukte brauchen einen Vergleich mit ausländischen Produkten nicht zu scheuen.

Herr Landwirtschaftsminister! Es liegt an Ihnen, alles zu tun, um errungene Markt- und Absatzpositionen zu halten und neue zu finden. Wir werden Ihnen dabei gerne helfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erlaube mir daher, einen Entschließungsantrag einzubringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Brunner, Helga Wieser und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1973 (460 und 546 der Beilagen) betreffend die widmungsgemäße Verwendung der Absatzförderungsmittel in der Milchwirtschaft.

Laut § 9 des Marktordnungsgesetzes sind je Liter Milch, Schlagobers, Kaffeeobers und Sauerrahm sowie für jedes Kilo Butter gewisse Beträge an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abzuführen. „Diese Geldmittel sind für absatzfördernde Maßnahmen in der Milchwirtschaft zu verwenden. Soweit sie für diesen Zweck nicht in Anspruch genommen werden, können sie zur Aufbesserung des Erzeugerpreises für Milch verwendet werden.“ [§ 9 (4) MOG].

Die auf diese Art zur Verfügung stehenden Mittel (zirka 290 Millionen Schilling pro Jahr) wären in den letzten Jahren nicht ausreichend gewesen, um die Absatzförderung zu finanzieren. Ihre Verwendung für andere Zwecke wäre deshalb gar nicht in Betracht zu ziehen gewesen.

Trotzdem wurden beispielsweise im Jahre 1972 rund 200 Millionen von den 290 Millionen entgegen dem Gesetzeswortlaut („sind für absatzfördernde Maßnahmen zu verwenden“) für die staatliche Milchpreisstützung beziehungsweise die Verbesserung des Erzeugerpreises (Qualitätsprämie von 7 Groschen für Milch I. Qualität) verwendet worden. Dieser Betrag fehlt dementsprechend bei der Absatzförderung. Deshalb müssen völlig ungerechtfertigt die Milchproduzenten über den „Krisengroschen“ für den Fehlbetrag aufkommen. Faktisch bedeutet dies, daß sich die Milchproduzenten 1972 einen Teil der staatlichen Milchpreisstützung und den Qualitätszuschlag von 7 Groschen für Milch I. Qualität selbst bezahlen.

Da durch den Ausschluß der landwirtschaftlichen Produkte aus dem EWG-Globalabkommen mit weiteren Exporterschweren-

sen zu rechnen ist, wurde in dem Parteienübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ zum EWG-Vertrag ausdrücklich festgehalten, daß die §-9-MOG-Mittel auch tatsächlich für die Absatzförderung zu verwenden sind.

Im Sinne dieser Vereinbarung stellen die unterfertigten Abgeordneten den

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, die im Marktordnungsgesetz für die Absatzförderung vorgesehenen Mittel (§ 9 MOG) auch tatsächlich für diesen Zweck einzusetzen und nicht für die staatliche Milchpreisstützung und die Qualitätsprämie von 7 Groschen je Liter Milch I. Qualität zu verwenden.

Ich bitte Sie, diesen Entschließungsantrag mit in Verhandlung zu ziehen, und ersuche Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der von den Abgeordneten Brunner, Helga Wieser und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Redner der beiden Oppositionsparteien haben sich redlich bemüht, nicht nur das Agrarbudget, sondern auch die Agrarpolitik einer harten, aber, verzeihen Sie mir den Ausdruck, nicht immer den Tatsachen entsprechenden Kritik zu unterziehen. Sicherlich ist dies ein Recht der Opposition, das ich ihr selbstverständlich jederzeit gerne zubillige, besonders dann, wenn diese Kritik mit vernünftigen Vorschlägen verbunden ist, die heute allerdings auch nicht dargeboten wurden.

Die Redner der Opposition haben so ziemlich alle negative Momente mehr oder minder temperamentvoll hier vorgebracht. Auch das ist ihr gutes Recht. Dabei haben sie allerdings bedauerlicherweise auf eines vergessen, nämlich auch positive Aspekte anzuführen, die man auch zur Sprache hätte bringen können. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)* Warten Sie nur, Herr Abgeordneter Kern!

Im Sinne einer sehr vernünftigen Arbeitsteilung zwischen Regierung und Opposition darf ich nun eine Reihe von positiven Aspekten anführen, damit sich auch die österreichi-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

sche Bevölkerung ein richtiges Bild über die Lage der Landwirtschaft machen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Die Lage der österreichischen Landwirtschaft und die Einkommensentwicklung im Jahre 1972 dürfte, soweit sich das bisher quantifizieren läßt, wieder eine ansteigende Tendenz haben, wie das auch im vergangenen Jahr der Fall war. Vergleicht man — ich bitte Sie nun sehr genau acht zu geben — die Entwicklung des Index der Preise, die der Landwirt für seine Produkte erhält, mit jenem der Preise, die er für Dienstleistungen, Betriebsmittel und Investitionsgüter zu zahlen hat, dann zeigt sich gegenüber dem Vorjahr eine günstige Entwicklung.

Der Preisindex für land- und forstwirtschaftliche Produkte ist nach vorläufigen Ermittlungen und nach angestellten Schätzungen gegenüber 1971 um ungefähr 8,6 Prozent — das kann noch um ein Zehntel höher oder niedriger liegen — relativ stärker gestiegen als jene für die Gesamtausgaben im Rahmen von ungefähr 7,6 mit plus oder minus 0,1 nach oben oder unten.

Nach diesem Index hat sich also die Preisschere wieder etwas geschlossen, Herr Abgeordneter Schmitzer, und die anderen sagen nicht das Gegenteil.

Gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren, daß ich Ihnen die steigende Einkommenstendenz an Hand einiger Beispiele darstelle. Erstens: Die Roheinnahmen aus der Milchproduktion haben sich im Jahre 1972 gegenüber dem vergangenen Jahr um über 550 Millionen Schilling erhöht, was nicht allein auf eine erhöhte Anlieferung, sondern auch auf eine bessere Preisregelung zurückzuführen ist. Das sind letztlich nicht mehr und nicht weniger als 11 Prozent.

Die Roheinnahmen aus der Schlachtrinderproduktion — ich glaube, der Abgeordnete Tschida hat gemeint, daß das mein Paradebeispiel werden würde, ich habe aber noch einige andere Beispiele zur Hand — haben sich im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 755 Millionen Schilling erhöht, das sind schlicht und einfach 17 Prozent Mehreinnahmen gegenüber 1971. Der Gesamterlös hierfür betrug 5,16 Milliarden Schilling.

Vielleicht noch ein sehr interessantes Beispiel: Die Roheinnahmen bei Schlachtkälbern haben erstmals die Ein-Milliarden-Schilling-Grenze erreicht, das sind Mehreinnahmen von 238 Millionen Schilling, obwohl das Lebendgewicht gegenüber dem Jahre 1971 um

2300 Tonnen abgenommen hat. Das heißt, hier ist eine Steigerung der Einnahmen von 24 Prozent eingetreten.

Wenn ich nun die Erlöse und Mehreinnahmen bei Zuchtrindern ab Versteigerung betrachte — die Preise pro Stück sind um 2600 S im österreichischen Durchschnitt und im Durchschnitt sämtlicher Rassen gestiegen —, macht das in Summe ebenfalls rund 45 Millionen Mehreinnahmen aus, bei rund 17.000 Stück Rindern.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es Ihnen vielleicht nicht ganz sympathisch ist, wenn ich jetzt ein etwas anderes Beispiel bringe, das keine Roheinnahmensteigerung, sondern einen Rohertragsverlust darstellt, die inländische Schweineproduktion. Hätte sie nämlich heuer den inländischen Bedarf gedeckt, so wäre es nicht notwendig gewesen, bis Jahresende 451.000 Stück Schweine lebend oder in Schweinehälften einzuführen. Diese Importe — jetzt rechne ich bescheiden mit 100 kg und einem Preis von 16 S — haben der Landwirtschaft einen Rohertragsverlust von 721 Millionen Schilling eingebracht.

Meine Damen und Herren! Sie könnten jetzt einwenden: Wenn ich die Importzahlen einfach nach dem Bedarf ausrichte, dann ist das ohne weiteres über das Jahr zu verteilen. Ich bin mir dessen sehr bewußt, daß wir in der Landwirtschaft immer zwei Eckpfeiler haben; eine Produktionsspitze und eine Konsumspitze. Es ist überwiegend der Fall, daß beide Spitzen nie zusammenfallen. Wir haben es bisher so gehandhabt, daß wir durch eine flexible Ein- und Auslagerungsaktion immer wieder versuchten, die Produktionsspitzen auf die Konsumspitzen umzulegen. Auch in diesem Falle wäre es ohne weiteres leicht möglich gewesen, einen Produktionsstoß, wie wir das ja in den vergangenen Jahren auch gemacht haben, abzufangen, einzulagern und zum gegebenen Zeitpunkt dem Konsum zuzuführen. Wäre dieser Rohertragsverlust nicht eingetreten, wäre das Einkommen 1972 noch wesentlich höher gewesen.

Wenn ich nun zum Brotgetreide in Summe übergehe und nicht auf die einzelnen Arten, so ist auch hier eine Verbesserung der Roherträge eingetreten. Noch nicht den Kopf beuteln, Herr Abgeordneter Minkowitsch! (*Abg. Minkowitsch: Wollen Sie einen Propheten spielen?*) Das brauche ich nicht, das kann man genau festlegen.

Obwohl eine um 11,5 Prozent geringere Marktleistung eingetreten ist, haben die Einnahmen nur um 8,6 Prozent abgenommen, ein Zeichen dafür, daß sich auch hier auf diesem

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Sektor einiges getan hat. Allerdings, die Schuld der geringen Marktleistung dürfen Sie mir nicht in die Schuhe schieben (*Abg. Hieltl: Aber auch nicht den Bauern!*), nein, sondern dem Wettergott. Da, glaube ich, sind wir einig.

Als letztes Beispiel der Verbesserung der Roheinnahmen, damit wir uns ja nicht irren, darf ich die Einnahmen aus der Zuckerrüben-ernte anführen, die heuer um mehr als 330 Millionen Schilling gestiegen sind, zurückzuführen auf eine höhere Digestion, eine größere Ernte, aber auch auf einen besseren Preis. Herr Abgeordneter Zittmayr, Sie haben vielleicht die erste Bemerkung überhört, daß die Einnahmen um 8,6 Prozent und die Gesamtausgaben nur um 7,6 Prozent gestiegen sind. Ich darf das noch einmal hier deponieren.

Meine Damen und Herren! Wenn ich am Rande noch die Steigerung der Roheinnahmen bei Wein zum Beispiel im Jahre 1972 gegenüber dem Vorjahr erwähnen darf: Es werden heuer um rund 600 Millionen Schilling mehr eingenommen werden, aber nicht nur deshalb, weil die Ernte gegenüber dem Vorjahr wesentlich höher ist, sondern auch deshalb, weil die Preise fast um ein Drittel höher liegen als im vergangenen Jahr.

Wenn ich daher nach diesen wenigen Beispielen — ich könnte sie noch ziemlich lange fortsetzen — von Obst, Gemüse und ähnlichen Produkten eine Globalrechnung anstelle, so betrugen die Mehreinnahmen aus diesen von mir hier eben angeführten Produkten gegenüber dem Vorjahr rund 2,7 Milliarden Schilling.

Ich glaube, daß das keine schlechte Bilanz für die Tätigkeit des Ressorts und der Bundesregierung ist. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich meine, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf gehabt, zu erfahren, wie es tatsächlich und in Wirklichkeit um die österreichische Landwirtschaft steht. Ich meine, daß damit allein schon der Beweis erbracht ist, daß die Agrarpolitik der Bundesregierung sehr wohl die Interessen der Landwirtschaft im Auge hat und sich sehr für die Erhaltung einer leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft eingesetzt hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Bundesregierung war in ihrer bisherigen Agrarpolitik — wie ich glaube — stets bemüht, der Preispolitik in der Land- und Forstwirtschaft in einer Weise Rechnung zu tragen, welche volks- und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprach. Dabei sind wir von der Überlegung ausgegangen, daß die Preispolitik als alleiniges Element der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik nur in

begrenzter Weise in Frage kommt, wie der Herr Abgeordnete Schmitzer sicherlich richtig hier vor kurzer Zeit gesagt hat, weil sie weitgehend statische Produktionsverhältnisse, begrenzte Wachstumsraten und einen geringeren Selbstversorgungsgrad erfordern würde.

Und darin liegt vielleicht der Vorteil der Schweiz, meine Damen und Herren! Denn die sich rasch ändernde Nachfrage einerseits, die geringe Elastizität der Nachfrage nach agrarischen Produkten andererseits sowie die geringe Mobilität der landwirtschaftlichen Produktion werden auch in Zukunft große Marktungleichgewichte bei Produkten, deren Verbrauch keine Zunahme mehr erwarten läßt, verursachen.

Ich verstehe daher unter aktiver Preispolitik und aktiver Marktpolitik ein Maßnahmenpaket, welches unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungstendenzen versucht, das zersplitterte Angebot tausender bäuerlicher Betriebe zu koordinieren, die Qualität der Erzeugnisse ständig zu verbessern und durch eine maßvolle Export- und Importpolitik dafür zu sorgen, daß die Produzenten vertretbare Erzeuger- und die Konsumenten zumutbare Verbraucherpreise erhalten.

Genau das ist das Ziel unserer Politik, wie Sie, Herr Abgeordneter Schmitzer, es bei Ihren vier Punkten eigentlich verlangt haben.

Meine Damen und Herren! Das von mir in sehr großen Zügen aufgezeigte Bild der Landwirtschaft zeigt Ihnen doch deutlich, daß man mit dem — verzeihen Sie mir den Ausdruck, den ich jetzt verwende — Fetischismus, an Budgetzahlen zu hängen, eigentlich aufhören sollte, sondern daß für eine vernünftige Politik eine Summe von Maßnahmen erforderlich ist; es ist egal, ob Sie das jetzt als struktur-, markt-, preis-, sozial-, familienpolitische Maßnahmen oder ähnlich bezeichnen wollen, wobei erst durch das Zusammenwirken aller dieser Maßnahmen ein vernünftiges Einkommen der Landwirtschaft gesichert wird.

Ich darf nun zu den einzelnen Fragen kurz Stellung nehmen.

Herr Abgeordneter Minkowitsch! Sie sprachen von den 5 Millionen Schilling. Sie sind im 2. Budgetüberschreitungs-gesetz vom Hohen Hause beschlossen worden. Sämtlichen Abgeordneten war damit bekannt, daß dieser Betrag zur Verfügung steht. In den Erläuternden Bemerkungen ist zu sehen, welchem Zwecke sie dienen. Es haben sich bisher drei Institutionen, der Arbeitsbauernbund, der Allgemeine Bauernverband und die Freiheitliche Bauernschaft, an mein Ressort um einen solchen Betrag beziehungsweise um einen Teil

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

davon gewendet. Allerdings habe ich von Ihnen noch nichts bekommen. Die erwähnten Stellen haben das auch ohne Aufforderung, eben nur auf Grund des Gesetzes, gemacht, ohne daß sie von mir ein Schreiben bekommen haben, sich dafür zu interessieren. (Abg. *Minkowitsch*: *Erst nachdem das Gesetz beschlossen war, Herr Minister, oder vorher?*) Ich kann Ihnen genau sagen: Entsprechend dieser Zweckbestimmung wurden meinem Ressort Ansuchen vorgelegt. (Abg. *Minkowitsch*: *Wann?*) Das kann ich auswendig nicht sagen. (Abg. *Minkowitsch*: *Ich bitte um eine schriftliche Auskunft!*) Aber Sie können das auf jeden Fall sehr genau von mir erfahren. (Abg. *Minkowitsch*: *Danke!*)

Unter dem Motto „Audiatur et altera pars!“ möchte ich meinen, daß auch Sie sich auf Grund dieses Gesetzes mit einem Ansuchen an mein Ressort wenden können, um den entsprechenden Betrag zu erhalten.

Herr Abgeordneter Meißl und auch Herr Präsident Minkowitsch haben sich wegen der Bundesprüfungskommission mit einigen Fragen an mich gewandt. Im besonderen hat der Herr Abgeordneter Minkowitsch gemeint, daß die Tätigkeit auswärts — ich glaube, so drückte er sich aus — doch nicht etwas an der Tagesordnung Liegendes sei.

Ich glaube, es steht jedermann frei, jemanden einzuladen, ihn zu besuchen. In den von Ihnen genannten Fällen wurde die Kommission zum Besuch eingeladen. Dieser Einladung sind dann die betreffenden Kommissionsmitglieder nachgekommen. Es ist also nicht jemandem etwas aufoktroziert worden, sondern es war eine rein freiwillige Angelegenheit.

Zur Treibstoffangelegenheit, Herr Abgeordneter Meißl, kann ich nur sagen: Ich habe mich bemüht, die Mittel zu erhalten, die notwendig sind, den Punktwert von 105 S auch im Jahre 1973 zur Verfügung zu stellen.

Sie und auch Herr Abgeordneter Schmitzer waren der Meinung, daß die „katastrophalen Schweinepreise“ im Sommer den Bauern sehr geschadet hätten, den Konsumenten aber nichts gebracht haben. Dazu kurz einige Zahlen, meine Herren: In St. Marx in Wien betrug in diesem Zeitraum — nehmen wir den Zeitraum Juli bis September — der Preis im Jahre 1971 16,23 S. Im Jahre 1972 waren es 17,86 S. Das heißt, er lag um 1,63 S höher! Ich muß annehmen, daß dieser hohe Preis natürlicherweise auch den Produzenten zugute kam und daß die Produzenten einen entsprechenden Preis bekommen haben.

Es stimmt allerdings nicht, wie Sie, Herr Abgeordneter Schmitzer, behauptet haben, daß der Konsument nichts hatte. Ich darf Ihnen empfehlen: Schauen Sie sich die amtlichen Nachrichten an, die da herausgegeben werden, dann stellen Sie fest, daß die Preise in diesem Zeitraum um 2 bis 5 S — ich bin Briefträger oder Leser, wenn Sie wollen — gesenkt wurden.

Herr Abgeordneter Meißl hat sich — und zum Schluß tat dies auch Herr Abgeordneter Brunner — wegen der Frage des Exportes von Vollmilchpulver nach England besorgt gezeigt.

Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß wir in Absprache — da ich ja da nicht federführend sein kann — mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie die österreichische Mission in Brüssel bereits am 7. 12. angewiesen haben, bei der EG-Kommission auf Grund des Artikels 15 des Globalabkommens zu intervenieren, damit der per 1. Feber 1973 in Aussicht genommene Abschöpfungsbetrag nicht auf österreichisches Vollmilchpulver beziehungsweise auf die Exporte dieses Pulvers angewendet werde.

In gleicher Weise haben wir zum selben Zeitpunkt auch in London interveniert, Großbritannien möge sich gerade auf diesem Sektor für die österreichischen Interessen einsetzen, und gleichzeitig einen Termin für bilaterale Gespräche zwischen Österreich und Großbritannien vorgeschlagen, damit man hier eine gemeinsame Linie für die österreichischen Wünsche in Brüssel finden kann.

Herr Abgeordneter Meißl! Nun ein Wort zum Weinskandal. Ich glaube, daß die in den Zeitungen gestandenen Anschuldigungen gegen einige meiner Beamten bereits restlos geklärt worden sind, restlos in nichts zerfallen sind. Die Finanzprokuratur veranlaßte, daß die Zeitung, zwar nicht auf einmal, sondern in drei Raten immer wieder Richtigstellungen vornehmen mußte, weil eben die Anschuldigungen völlig haltlos gewesen sind.

Ich habe Ihnen bereits auch in der parlamentarischen Antwort erklärt, daß ein Großteil der Fälle, die in der Zeitung standen, bereits vor Jahren erledigt worden ist, daß nun ein Fall von der Wirtschaftspolizei derzeit sehr eingehend untersucht wird.

Ich glaube, daß wir durch die Regelung mit der EWG jetzt durch Fallenlassen des Anhangs nun doch einen ziemlich großen Riegel vorgeschoben haben, daß man „österreichischen Wein“ vielleicht mit „Wein aus Österreich“ verwechseln könnte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Der österreichische Wein muß in Zukunft mit dem weißen Ursprungszeugnis versehen werden, nachdem der Anhang 2 gefallen ist, und es wurden die Zolldienststellen der EWG angewiesen, österreichischen Wein als solchen nur dann hereinzulassen, wenn das weiße Ursprungszeugnis dabei ist.

Im übrigen stehen wir seit Jahren in Verhandlungen wegen der Herkunftsbezeichnung, dies gerade mit der Bundesrepublik. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen auch irgendwann einmal zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Herr Abgeordneter Tschida! Zur Mehrwertsteuer darf ich sagen: Sie haben gemeint, es wurden die Bauern nicht entsprechend informiert. Ich meine: Das ist eigentlich Aufgabe der Landwirtschaftskammer gewesen beziehungsweise hätte es sein sollen, nachdem alle übrigen Sparten für ihre eigenen Kreise die Einschulung hinsichtlich der Mehrwertsteuer durchführten beziehungsweise Vorschläge über die Mehrwertsteuer gemacht haben. Das stimmt schon, denn in einigen landwirtschaftlichen Zeitungen las ich selbst einige diesbezügliche Aufklärungen, aber vielleicht waren sie halt nicht so, daß jedermann sie verstehen konnte. Dann wäre es doch auch gerade an dieser Institution gelegen, mit einfachen Beispielen das zu erläutern. *(Abg. Kinzl: Das kann man nicht machen, bevor die Unterlagen da sind!)* Verzeihen Sie, die Unterlagen haben Sie ja eigentlich schon seit dem Mehrwertsteuergesetz zur Hand gehabt. *(Abg. Kinzl: Keine genauen!)* Sie hätten sie nur verwenden müssen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ich habe ja was anderes gefragt!)* Wie ich mich dazu stelle? *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Zu den 6 Prozent!)* Verzeihen Sie, das habe ich vergessen, Herr Abgeordneter Tschida.

Wenn Sie den ersten Entwurf der Mehrwertsteuer gesehen haben oder hätten und jetzt den Entwurf, der ins Parlament kam, dann hätten Sie wahrscheinlich eine Summe von Änderungen feststellen können, die doch, glaube ich, auf die Tätigkeit meines Ressorts zurückzuführen sind, vor allem weil wir fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum ermäßigten Steuersatz in der Mehrwertsteuer untergebracht haben, die beim ersten Entwurf mit verschiedenen anderen Sätzen vorgesehen waren.

Wenn aber ein pauschalierter Landwirt der Meinung ist, daß er durch die Mehrwertsteuer vielleicht Schaden erleiden würde, steht es ihm jederzeit frei, sich der Regelbesteuerung zu unterwerfen oder zu unterziehen — nicht unterwerfen, das wäre ein falscher Aus-

druck —: zu unterziehen. Dann kann er, meine Herren, mit einem ganz einfachen Ein- und Ausgabenbuch sehr leicht und sehr bald wahrscheinlich feststellen, ob das besser ist oder nicht. *(Abg. Meißl: Da muß er fünf Jahre bleiben, Herr Minister!)* Er hat aber drei Jahre Zeit, sich das zu überlegen, Herr Abgeordneter Meißl. Er kann zwei Jahre parallel zum Beispiel, entweder pauschaliert und nebenbei für sich Buchführung machen. Das kann er, kein Mensch kann ihm das verbieten. Dann kann er feststellen, ob er mit der einen oder mit der anderen Methode besser fährt, und dann wird er sich entscheiden, auch für fünf Jahre, für das eine oder für das andere. Das ist die Unternehmerentscheidung jedes einzelnen Landwirtes. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Huber! Sie sagten, Sie werden sich einer sehr sachlichen Begründung unterziehen. Ich darf Sie auf eine kleine Differenz aufmerksam machen, die nicht ganz den Tatsachen entspricht. Sie haben nämlich beim Vergleich des Budgets 1972 die Zahlen am Ende des Jahres genommen und bei dem Jahre 1973 die Zahlen, wie sie derzeit im Budget eingesetzt sind. Wir haben ja, wenn Sie nämlich beide Jahre angleichen, eine 15prozentige Bindung gehabt; dann hätten Sie ein anderes Ergebnis erzielt, als Sie hier vorgebracht haben.

Eines dürfen Sie nicht vergessen, und da wären Sie nämlich zum echten Ergebnis gekommen, daß tatsächlich 1973 die 45 Millionen Schilling mehr darin sind als im Jahre 1972. Sie können nicht den Betrag von 60 Millionen Schilling, der im Rahmen des 2. Budgetüberschreitungsgesetzes zur Beseitigung von Hochwasserkatastrophen zum Beispiel in der Steiermark und in Tirol zur Verfügung gestellt wurde, zum Budgetansatz des Jahres 1972 dazunehmen und sagen, um diese 60 Millionen Schilling haben wir im Jahr 1972 mehr gehabt, und im Jahr 1973 haben wir um diesen Betrag weniger. Das ist falsch und entspricht auch nicht den Tatsachen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Die Ziffern muß man dann nur richtig verwenden, Herr Abgeordneter. Dann kommen Sie nämlich genau zu dem gleichen Ergebnis, wie ich Ihnen das bereits gesagt habe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Leitner, zum landwirtschaftlichen Schulpaket: Ich muß hier auch einiges von dem korrigieren, was Sie gesagt haben und was nicht den Tatsachen entsprach. Denn die Bundeskompetenz für Fachschulen, Herr Abgeordneter Leitner, hat auch die Landwirtschaftskammer für Kärnten verlangt, und das haben Sie hier nicht gesagt.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Ich glaube, daß Sie genau das, was die Landwirtschaftskammer für Kärnten gesagt hat, in den Erläuternden Bemerkungen des Entwurfes lesen können. Sie haben allerdings auch nur einen Teil der Erläuternden Bemerkungen vorgelesen. Denn hätten Sie weitergelesen, Herr Abgeordneter Leitner, so wären Sie zur Passage gekommen, wo die nicht völlige Übereinstimmung mit dem Forderungsprogramm der Bundesländer ausdrücklich von mir festgestellt worden ist.

Wenn man, meine Damen und Herren, hier sagt: Ich spreche sachlich!, dann muß man es auch tun und darf nicht den Ressortchef angreifen, wenn man die wichtigsten Passagen, nämlich die, die man angreifen möchte, außer acht läßt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Nun zur Grundsatzkompetenz noch eine Bemerkung. Es war nämlich auch die einstimmige Meinung des Schulausschusses der Präsidentenkonferenz, daß die Fachschulen in die Grundsatzkompetenz kommen sollen. Da, muß ich sagen, Herr Abgeordneter Leitner, müßten Sie doch eigentlich erst innerhalb Ihrer eigenen Reihen eine Abklärung vornehmen, ob das richtig ist, was Sie sagen, oder ob es der Wille der Interessenvertretung ist, mit der ich ständig zu tun habe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. *(Abg. Dr. Leitner: Da werden wir noch weiterreden, Herr Minister, bei der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern!)*

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Linie, die der Herr Minister Weihs in der bescheidenen Replik gewählt hat, war durch drei Richtungen gekennzeichnet:

erstens, daß er auf kritische Punkte nicht eingegangen ist,

zweitens, daß er krampfhaft, wie jemand, der ins Wasser geworfen wird und nicht schwimmen kann, versucht hat zu begründen, wie günstig sich das Einkommen entwickle, und

drittens, daß er die gute Absicht hätte, sich zu bessern. *(Abg. Kern: Das ist positiv!)*

Was den ersten Punkt anlangt, möchte ich Ihnen ein Lob zollen; er hat sich wenigstens zu Wort gemeldet, im Gegensatz zu seinem Ministerkollegen Fröhbauer.

Was den zweiten Punkt betrifft, die günstige Einkommensentwicklung, so ist es immer am besten — ich will das Wort „Gegner“ jetzt nicht verwenden —, den politischen Partner mit den eigenen Waffen zu schlagen.

Ich zitiere die Publikation des Landwirtschaftsministeriums vom Jahre 1972 auf Seite 89. *(Bundesminister Dr. Weihs: 1971!)* Nein: Wien, 1972, Herr Minister. Hören Sie, und Sie werden sehen, wie schwierig es ist, dann einen Zwischenruf zu machen. Von sozialistischer Seite versucht man heute den ganzen Tag, die Dinge rosig in den Raum zu stellen. Ich bringe daher ein konkretes Zitat, dann schließen wir dieses leidige Kapitel ab. Das wäre mein Vorschlag.

Ich zitiere jetzt: „Eine Deckung der Produktionskosten durch den Rohertrag war 1971 nur in den 50 bis 100 Hektar großen Ackerwirtschaften des nordöstlichen Flach- und Hügellandes knapp gegeben.“

Es geht weiter: „Einer Kostendeckung nahe kamen überdies die 20 bis 50 Hektar großen Ackerwirtschaften dieser Lage sowie die des südöstlichen Flach- und Hügellandes und die 50 bis 100 Hektar großen Ackerwirtschaften des Alpenvorlandes.“

Und jetzt der letzte Satz: „In sämtlichen anderen Betriebsgruppen mußten fühlbar negative Ertragskostendifferenzen in Kauf genommen werden.“ *(Abg. Kern: Das sagt der Herr Minister!)*

Nun könnte man sagen: Das ist ja nur ein kleiner Teil.

Damit sehen Sie, daß es besser ist, wenn Sie die Diskussion darüber abschließen, wenn Sie nicht mehr zu sagen haben, als Sie vorhin gesagt haben. Dieser „kleine Teil“ sind 80 Prozent der österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, konkret 295.000 Betriebe! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Nun der dritte Punkt, für den ich Ihnen eine Anerkennung zollte: die gute Absicht, Ihr Bestes zu tun.

Politik ist hart. Das habe auch ich als junger Abgeordneter bereits erlebt. In der Politik entscheidet aber nicht die gute Absicht, sondern der Erfolg, und nur davon haben die Bauern etwas! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben nichts davon, wenn Sie uns erklären, Sie hätten die gute Absicht, beim Treibstoffpreis möglichst viel zu tun; letztlich sind Sie dabei durchgefallen.

Ich werde Ihnen die Zahlen liefern, weil heute von sozialistischer Seite Fakten verlangt wurden. Sie bekommen von mir jetzt eine Kette von Fakten.

Erinnern Sie sich, Herr Minister, noch an unseren kleinen Pressekrieg im Jänner 1972? Sie waren auf der Grünen Woche in Berlin und haben dann in der „Arbeiter-Zeitung“ — es war die „Arbeiter-Zeitung“ vom

Dr. Lanner

30. Jänner 1972 — verlauten lassen, Sie hätten bereits Zusagen — Sie sagten „Zusagen“ — für einen begünstigten Absatz österreichischer Milchprodukte in England.

Was sehen wir heute und was hören wir heute? — Heute hören wir von Ihnen wieder ein Absichtsbekenntnis. Ich werde mich schon einsetzen, heißt es, wir haben interveniert. Im Dezember, knapp vor Torschluß, hat man interveniert! Ich würde das als unverantwortlich betrachten.

Sie haben Ihre Ausführungen mit einem Appell zur Lauterkeit begonnen, Sie haben damit begonnen, daß Sie gesagt haben, die österreichische Bevölkerung soll sich ein objektives Bild von der Agrarpolitik machen können.

Ich möchte diesen Appell unterstreichen, nur möchte ich versuchen, mich mehr daran zu halten, als Sie es meiner Ansicht nach getan haben, denn was wir heute hören, meine Damen und Herren, ist eine Politik der Halbwahrheiten, wofür ich die Fakten liefere! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zunächst scheint es mir aber notwendig, eine Bemerkung zu machen, die an das Referat von Präsident Minkowitsch von heute vormittag anschließt, weil es sich um ein grundsätzliches Anliegen der Demokratie handelt.

Präsident Minkowitsch hat gesagt, er vertrete die Ansicht, daß nur befugte Organe Betriebe besuchen und kontrollieren können, und Sie haben diese Meinung bestätigt und hinzugefügt, daß der Besuch jener Betriebe, die von Mitgliedern der Bundesprüfungskommission besucht wurden, auf Einladung dieser Betriebe geschah.

Nach meiner Information aus der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer — ich nenne jetzt konkret die Betriebe — ist das nicht der Fall. Es steht also offensichtlich Behauptung gegen Behauptung. Es handelt sich aber um ein grundsätzliches Anliegen, und ich ersuche Sie, daß Sie diese Frage klären und auch den Mut haben, das Ergebnis dem Hohen Haus zur Kenntnis zu bringen.

Es geht um den Betrieb Dallinger in der Gemeinde Kuffarn und um den Betrieb Bauer in der Gemeinde Litzendorf. Ich nenne deshalb bewußt die Betriebe, damit wir uns nicht in Allgemeinheiten ergehen müssen. *(Abg. Kern: Die sind ohne Einladung hingekommen, Herr Minister!)*

Wir warten jetzt auf eine Aufklärung in dieser Frage, die dringend erforderlich ist. Das ist keine agrarpolitische Frage, das ist eine Frage der Demokratie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Nun zu den Kollegen Ihrer Fraktion, insbesondere zum Abgeordneten Pfeifer, aber auch zum Abgeordneten Pansi.

Heute vormittag gab es eine stehende Formel, nämlich: Wie haben sich die Preise entwickelt? Ich glaube, zunächst müssen wir, wenn wir das tun wollen, was Sie verlangt haben, nämlich objektiv informieren, eine volkswirtschaftliche Feststellung treffen: Die Preise sind das eine, die Kosten das andere. Wir leben von dem, was unter dem Strich bleibt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Pfeifer, Sie wollten Fakten, Sie werden sie bekommen.

Vom April 1970 bis zum Jahre 1972 ist der Dieseltreibstoff für die österreichischen Bauern um rund 30 Prozent gestiegen. Die nächste Erhöhung ist für 1. Juni 1973 bei gleichem Punktwert vorgesehen, wie uns der Herr Minister heute bedauerlicherweise angekündigt hat. Wir haben hier den Europarekord. Wir haben kein Interesse, ihn zu halten! Setzen Sie sich endlich dafür ein.

Zu weiteren Fakten: Die Handelsdüngerepreise sind für Superphosphat, Thomasmehl und Kali bisher zwischen 20 und 30 Prozent gestiegen. Die nächste Erhöhung ist für 1. Jänner 1973 im Zuge der Mehrwertsteuer fixiert, mit einer weiteren Erhöhungsrate zwischen 12 und 14 Prozent.

Auf die Frage der Baukosten- und der Maschinenkostensteigerungen wurde bereits eingegangen.

Ich fasse zusammen: Die Preise sind das eine, die Kosten das andere. Entscheidend ist, was bleibt! Aber ich gehe auch gern auf die Preise ein.

Ich gehe gern auf die Preise ein, weil Sie, wie ich sagte — und das ist ein harter Vorwurf, und ich wiederhole ihn —, heute eine Politik der Halbwahrheiten vertreten haben, weil Sie nämlich versuchen, uns und der Öffentlichkeit weiszumachen, es liege Ihnen daran, eine möglichst günstige Agrarpreisentwicklung zu erreichen.

Ich darf Ihnen Fakten liefern. Nachdem es gelungen war, in Brüssel in jahrelangen Verhandlungen eine Sonderregelung für den Schlachtviehexport zu erreichen — sowieso das einzig Positive für die Landwirtschaft daran —, haben Sie zwei Tage vorher die Exportsperre verfügt, weil im Ausland die Preise höher waren, wesentlich höher als in Österreich.

Mir sollen Sie nicht weismachen, daß das eine positive, aktive, bereitwillige Agrarpolitik ist!

Dr. Lanner

Ein weiteres. Der Milchpreis ist gestiegen. Das möchte ich nicht bestreiten. Man soll Fakten und Wahrheiten anerkennen.

Darf ich Sie aber erinnern: Wie war das bei der Milchpreiserhöhung? Wie war das mit dem Bundeskanzler? Momentan ist er zwar in der Versenkung verschwunden, oder es steht ihm nicht dafür, daß er sich hier als gewählter Volksvertreter auch noch aufhält. Dafür gibt er Interviews und ähnliches. (*Ruf bei der SPÖ: So argumentieren Sie!*) Ist es unbillig, daß man verlangt, daß sich ein gewählter Volksvertreter in diesem Hause aufhält? Das möchte ich fragen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kern: Er ist „im Spital“! — Zwischenrufe.*)

Dieser Bundeskanzler hat im März 1971 gesagt: Keinen Groschen für die Bauern!

Und dann sind wir — ich sage das so, wie ich es meine — auf die Straße getrieben worden. Wir wollten nicht. Ich gebe gerne zu: Ich bin ein Bremser, wenn es darum geht, die Straße zu benutzen! Ich bekenne mich dazu. Aber wir hatten keine Wahl, weil Sie sich im Ton und in den Handlungen entscheidend vergriffen haben!

Dann erst war es möglich, einen Schritt zu setzen. Ich frage Sie aber als jüngerer Mensch: Wie geht es denn weiter? — Hier haben Sie sich sehr elegant herumgeturnt. Wie geht es weiter im Jahre 1973 mit dem Milchpreis, wenn Sie eine derart „freundliche Politik“ betreiben wollen, wie Sie uns das weiszumachen versuchten?

Unzureichende Vorsorge im Budget. Hieb- und stichfest zu beweisen. Sie brauchen nur nachzulesen. Drohung einer kalten Preissenkung über die Qualitätsregelung. Ich sage bloß „Drohung“. Unsicherheit über die künftige Entwicklung des englischen Absatzmarktes. Denn: Verlieren wir diesen Markt, dann frage ich: Woher kommen die Mittel, wer zahlt die Zeche?

Dabei gaben Sie — das sage ich noch einmal — vor einem Jahr großzügige Interviews, Hoffnungsinterviews, Einsatzinterviews. Das Ergebnis läßt leider auf sich warten. Sagen Sie mir nun nicht: Ja bei dieser EWG, das ist so ein monolithischer Block, da kann man keine Sonderregelung erreichen. Ich darf Sie daran erinnern, daß Neuseeland durch konsequente Verhandlungen, aber nicht vom Grünen Tisch in Wien, sondern in Brüssel — es war der zuständige Handelsminister und auch der Landwirtschaftsminister — sehr wohl eine befriedigende Regelung auf dem englischen Markt erreichen konnte.

Das dritte — weil Sie von den Preisen sprachen —: Ich darf Sie nur, und ein Kollege wird später darauf im Detail eingehen, an das Schweinepreisdesaster im letzten Sommer mit Einkommensverlusten für die Bauern erinnern. Ich habe mit vielen zum Beispiel aus dem Burgenland gesprochen. Es handelte sich um Beträge zwischen 10.000, 20.000 und 30.000 S. Es gab keine Verbilligung für die Konsumenten. Ich frage Sie: Ist das eine vernünftige Preispolitik? — Das scheint mir nicht so zu sein.

Das vierte: Ihre Fraktionskollegen — der Kollege Pfeifer, der Abgeordnete Pansi und andere — erklären uns immer wieder: Ja beim Getreide — das war ja doch dieser Schleizer, der euch Bauern alles weggenommen hat; dieser Schleizer hat den Weizenpreis gesenkt!

Ich sage, Herr Minister: Jawohl, das stimmt, ich stehe dazu. — Aber jetzt beginnt die Halbwahrheit. Dann machen Sie nämlich einen Punkt. Jetzt müssen Sie einmal den Mut haben, weiterzureden.

Schleizer hat den Weizenpreis um 7 Groschen pro Kilogramm gesenkt. Aber nie sagen Sie, daß er den Gerstenpreis um 15 Groschen erhöht hat, den Maispreis um 4 Groschen und den Roggenpreis um 5 Groschen. Dadurch wurde eine Umlenkung vom Brotgetreide auf Futtergetreide erreicht, damit wurde der Marktspielraum in Österreich für die Bauern vergrößert und damit wurde letztlich die Grundlage geschaffen für eine aktive Preispolitik. Das zu verschweigen, nenne ich Halbwahrheiten! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Pfeifer! Wenn Sie zitieren, wie Sie sagten, aus einer agrarfreundlichen Zeitschrift, die Ihnen nicht nahesteht, dann haben Sie den Mut, alles zu zitieren. Dann haben Sie auch den Mut zu sagen, daß hier in diesem Agrarpreisspiegel steht, daß die Gerstenpreise von 1970/71 auf 1971/72 erheblich gefallen sind, und bedienen Sie sich nicht einfach einer Halbwahrheit.

Der letzte Punkt Ihrer scheinbar so großen Agrarfreundlichkeit, Ihr Stabilitätsvorschlag. Ich sage: Vorschlag. Der Stabilitätsvorschlag hatte, was die Landwirtschaft betrifft, drei Schwerpunkte: Ausfuhr zu, Einfuhr auf, Preise niedrig. Das war Ihr Konzept. Ich warne Sie, Herr Minister! Ich warne Sie vor einer Schwedenpolitik — und davon kann sich jeder überzeugen —, die letztlich dazu führt, daß die Produzenten und die Konsumenten die Zeche zahlen. Soweit zur Replik auf Ihre Äußerungen, weil ich glaube, daß man dieses Doppelspiel einmal ganz deutlich aufzeigen

Dr. Lanner

mußte, und zwar, wie Sie es verlangt haben — und ich bin dieser Aufforderung gerne nachgekommen —, mit Fakten.

Was wir vermissen, Herr Minister, ist Offenheit in dieser Diskussion. Was wir vermissen, ist eine zielstrebige Politik, die in die Zukunft weist. Sie haben verlangt und Sie haben angeregt, man sollte doch Vorschläge machen. Ich darf sie machen. Ich darf Ihnen Vorschläge machen, was wir vermissen und was wir für ein zukunftsweisendes Konzept unter anderem für entscheidend und notwendig halten.

Wir vermissen eine gezielte Handelspolitik. Wenn Sie so weiterfahren wie bisher mit dieser Verunsicherungspolitik, daß der Bauer nie weiß, ob er sein Stück Vieh morgen noch exportieren können wird oder nicht, was wird dann die Folge sein? — Logischerweise wird die Folge sein, daß er sagt: Hände weg von dieser Produktion. Und was das heißt, können wir gerade jetzt sehen. Rund um uns Maul- und Klauenseuche. Hätten wir keine ausreichende Produktion im Inland, würden Sie sehr bald sehen, was das wert ist.

Oder erinnern Sie sich an den letzten Sommer, als die gesamte Innenpolitik gespannt auf das Schiff mit der Fleischladung wartete, das ewig nicht kam. Scheinbar war alles andere nebensächlich: Das Fleischschiff muß kommen, sonst bricht Österreich zusammen! — Betreiben Sie eine vernünftige Handelspolitik — Ansätze habe ich im ersten Teil meiner Rede geliefert —, dann werden Sie sehen, daß wir diesbezüglich, Produzenten wie Konsumenten, keine Sorge haben werden.

Wir vermissen eine vernünftige Vorratspolitik, die in einem Land wie der Schweiz längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, und zwar aus mehreren Gründen, nicht zuletzt auch aus Gründen der wirtschaftlichen Landesverteidigung, aber auch aus Gründen des Produktions- und Nachfrageausgleichs.

Erzählen Sie mir nun nicht, daß das immer etwas kosten muß. Ich würde sagen: Es könnte sogar — es könnte! — auch etwas bringen. Wir haben ein sehr plastisches Beispiel vor uns: Wir müssen jetzt Weizen nach Österreich importieren. Wir müssen im kommenden Jahr weiter Weizen nach Österreich einführen. Dieser Weizen wird im kommenden Jahr auf dem Weltmarkt teurer sein als in Österreich. Die Folge: Man muß wahrscheinlich mit Staatsmitteln vom Weltmarkt herunterstützen.

Was ist die Begründung? — Mißernten in Rußland, Großeinkäufe der Russen in Kanada und in Amerika, ein rascher Preisanstieg, wie er in dieser Form — das gebe ich gerne zu —

nicht vorauszusehen war. Hätten wir eine vernünftige Vorratslagerhaltung und würden wir nicht schon dann, wenn wir etwa bei Weizen ein bißchen zu viel haben, sofort sagen: Hier muß ein Färbstoff dazu, das geben wir den Rindern oder den Schweinen oder wem immer!, dann könnten wir auch hier eine vernünftigere und sinnvollere Politik betreiben.

Wir vermissen drittens, Herr Minister, eine gezielte Politik zur Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit. Wir alle wissen, daß wir in Österreich — und nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa — Mittel- bis Kleinbetriebe haben. Das ist die eine Seite. Und wir alle wissen, daß die Technik immer schneller größere Maschinen entwickelt, die sich rascher überholen und die immer teurer werden.

Ein Weg wäre, daß man solche Maschinen, solche Produktionsmittel auf freiwilliger Basis gemeinsam einsetzt. Wir vermissen eine gezielte Politik in dieser Richtung. Sie verharren regungslos, Sie unternehmen nichts!

Hier hinein spielt auch die Frage von Urlaub und Freizeit. Worte, die im Bereich der Landwirtschaft zumindest in der Zukunft nicht mehr Fremdworte sein sollten und sein dürften, denn wenn wir Dorfhelferinnen und Betriebs-helfer in ausreichender Zahl hätten, so könnte man auch hier Erleichterungen schaffen.

Wir vermissen viertens, Herr Minister, eine gezielte Regionalpolitik. Ich möchte Sie bitten: Geben Sie sich nicht der Illusion hin — es wäre ein bedauerlicher Trugschluß! —, daß ein Zuschuß von 5,47 S pro Tag und Familie für die 17.000 der insgesamt 142.000 bergbäuerliche Betriebe in Österreich ein Ersatz für eine gezielte Regionalpolitik ist! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Pfeifer meinte heute: In der ganzen Welt lobe man Ihre vorausschauende Bergbauernpolitik. Ich habe dazwischengerufen, er solle etwas zitieren, das werde ihm schwerfallen und werde ihm nicht gelingen.

Ich aber darf etwas zitieren, was meine Behauptung untermauert, nämlich etwas aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ — die Seriosität dieser Zeitung werden Sie, so nehme ich an, nicht anzweifeln — vom Dienstag dieser Woche. Ich zitiere:

„Von der Einführung von Ausgleichszahlungen darf nicht erwartet werden, daß dadurch alle Probleme der Landschaftspflege und der Berglandwirtschaft gelöst werden. Für die Erhaltung der Berglandwirtschaft bedarf es in erster Linie“ — horchen Sie gut zu: in

Dr. Lanner

erster Linie! — „noch vermehrter Anstrengungen auf dem Gebiet der Grundlagenverbesserung ...“ — Wegbauten et cetera —, „wobei diese Maßnahmen im Berggebiet auf die regionalen Entwicklungskonzepte abzustimmen sind.“

Diese Grundlagen fehlen! Hier lassen Sie sich entscheidende Versäumnisse zuschulden kommen, Sie unternehmen nichts. (*Abg. Ing. Hobl: Seit 20 Jahren!*) Sie unternehmen viel zu wenig auf dem Gebiete der Verbesserung der Infrastruktur. Herr Abgeordneter Hobl! Es ist geradezu hanebüchen, was Sie hier agrarpolitisch und — ich würde sagen — gesamtpolitisch machen. Nicht nur, daß Sie die Mittel für den Wegebau nicht erhöhen und dagegen stimmen (*Abg. Ing. Hobl: Sie hätten Landwirtschaftsminister werden sollen!*), Sie kürzen diese Mittel im heurigen Budget.

Hier muß man sich fragen: Welche Konzeption ist die Basis für diese Form der Agrarpolitik? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Unternehmen Sie gerade bei der Verbesserung der Infrastruktur mehr, wenn Sie mit Ihrer Politik auch nur annähernd zeitgemäß werden wollen.

Haben Sie den Mut, wenn die Opposition etwas vorschlägt, dazu zu stehen, wenn es gut ist. Verteufeln Sie uns, wenn es schlecht ist. Das gehört so, denn es ist im Interesse der Sache.

Haben Sie doch den Mut, etwa unseren Antrag auf Errichtung von Telephonanschlußgemeinschaften, der bereits im Parlament liegt, zu unterstützen. Haben Sie doch den Mut, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, weil er im Prinzip eine gute Idee ist, um schneller und billiger zu einem Telephonanschluß zu kommen. Das sollte nur ein Beispiel zur Untermauerung sein.

Herr Minister! Wir vermissen eine gezielte Politik für den ländlichen Raum, eine gezielte Politik auch für die Grenzlandregionen.

Immer, wenn sich hier in diesem Hause Minister Staribacher zu Wort meldet, komme ich in den Saal, denn ich weiß schon, was in seiner Wortmeldung vorkommt. Eine stehende Floskel kommt immer wieder. Er sagt — ob es zur Tagesordnung paßt oder nicht, ist sekundär; er kommt immer wieder darauf zu sprechen, auch gestern war es so —: Und Ihnen, Lanner, möchte ich etwas sagen: Die Idee vom ländlichen Raum stammt nicht von Ihnen, die haben wir schon längst vorher im sozialistischen Sozialprogramm erwähnt.

Ich glaube, einmal soll man darauf eingehen. Es ist nur eine kleine Häkelei — wenn Sie so wollen —, aber einmal müßte man

es klarstellen. Ich bitte, diese Botschaft, wie ich die Dinge sehe, dem Minister Staribacher zu übermitteln, nachdem er zu dieser Frage dreimal gesprochen hat.

Ich würde sagen: Erstens: Die Worte „ländlich“ und „Raum“ sind nicht geschützt. Wir denken auch an keinen Markenschutz. Sie stehen im Duden. Wir laden gerne jeden ein, der hier mittun möchte, mitzumachen.

Das zweite ist das Konzept. Sehen Sie, da haben wir Sie verloren! Beim Konzept haben wir Sie verloren. Wir haben das Konzept veröffentlicht. Sie kennen dieses Zeichen: Es ist ein Zeichen der Zukunft. Wenn Sie einmal mehr Zeit haben, schauen Sie sich dieses Buch näher an.

Aber Worte und Konzept allein sind für den Menschen, um den es geht, nicht ausreichend. Die dritte und entscheidende Stufe ist ja das Handeln. Auf dieser Stufe befinden wir uns.

Hier laden wir Sie ein: Scheren Sie wieder ein in unseren Kurs! Haben Sie den Mut, mit uns zu gehen, haben Sie den Mut, bei Wegeverbesserungen und -erhaltungen, die allen Bevölkerungsteilen, nicht nur den Bauern, zugute kommen, mitzumachen. Haben Sie den Mut, uns zu unterstützen, wenn wir eine gute Idee haben. Haben Sie den Mut, uns beim Telephonantrag und ähnlichem mehr zu unterstützen.

Ich darf zusammenfassen: Herr Minister! Sie haben Ihre Rede mit einem Appell zur Offenheit eingeleitet. Sie wissen — ich gebe es auch gerne zu —, daß ich ein harter Redner bin, aber ich bemühe mich immer — ich bemühe mich! — nach bestem Wissen und Gewissen, sachlich zu sein.

Ich glaube, es würde Ihnen und Ihrer Fraktion gut stehen, wenn Sie ebenso versuchen würden, diesen Kurs der Offenheit zu wählen, denn ich glaube immer noch, daß zur Offenheit Mut gehört.

Ein zweites möchte ich Ihnen sagen: Haben Sie den Mut auch zu neuen Wegen. Die Zeit bleibt doch nicht stehen. Es scheint aber so, als ob Sie mit Ihrer Agrarpolitik stehenbleiben würden. Gehen Sie mit der Zeit — auch, wenn Sie wollen, in des Wortes doppelter Bedeutung.

Und schließlich haben Sie den Mut, ein gutes Konzept zu unterstützen, auch wenn es einmal von der Opposition kommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weih**s: Herr Präsident! Hohes Haus! Vorerst darf ich feststellen, daß sich der Herr Abgeordnete Lanner einige Male geirrt hat. Das, was er hier zitiert hat, war der Lagebericht des Jahres 1971, und das, wovon ich gesprochen habe, war die Entwicklung und die Lage der Landwirtschaft im Jahre 1972. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nachdem er, während ich sprach, sehr intensiv mit dem Herrn Präsidenten Minkowitsch geplaudert hat — was ihm natürlich zusteht —, dürfte er auch überhört haben, als ich sagte, daß der Index der Einnahmen in etwa 8,6 Prozent für das Jahr 1972 sein wird, Herr Abgeordneter Lanner, und der für den gesamten Betriebsaufwand 7,6 Prozent für das Jahr 1972, damit wir uns richtig verstehen!

Wenn Sie hier angezogen haben, daß ich angeblich mit Halbwahrheiten aufgewartet habe — jetzt gibt er schon wieder nicht acht, dann gibt es wieder ein Mißverständnis, dann müssen wir noch einmal darüber reden *(Ruf bei der ÖVP: 1 Prozent!)*; 1 Prozent ist besser; es ist genau das, was der Herr Abgeordnete Lanner gesagt hat, nämlich unter der Gürtellinie, das ist weniger als null und darunter —, darf ich doch feststellen, daß ich Ihnen dezidiert genaue Zahlen genannt habe, die Sie vielleicht auch überhört haben, aber die ich jederzeit bereit bin, Ihnen neuerlich zu sagen, sollte es der Fall sein.

Sie haben weiterhin gesagt: Erst durch die Absenkung des Weizenpreises und geringe Erhöhung der Futtergetreidepreise war es möglich, eine Umlenkung auf Futtergetreide zu machen.

Ich darf Ihnen vielleicht in Erinnerung rufen, Herr Abgeordneter Lanner, daß wir Gerste und Mais neuerlich um 10 Groschen, Hafer um 15 Groschen erhöht haben, allerdings aber auch den Weizenpreis erhöht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gehört ebenfalls zu den Halbwahrheiten, wenn man behauptet, daß die Weizenimporte im nächsten Jahr teurer sind, obwohl man heute noch nicht weiß, welcher Preis einmal dafür zu zahlen sein wird.

Wenn Sie nämlich die Weizenbörse verfolgen würden, würden Sie feststellen, daß die Russen bereits ihre Einkäufe scheinbar abgeschlossen haben, keine mehr getätigt werden, und es ist damit zu rechnen, daß es vielleicht sogar ein Absinken der Preise geben wird.

Nur daß wir jetzt zu den Importpreisen dazuzahlen, das könnte ich Ihnen jederzeit widerlegen. — Nein, das hat ein Abgeordneter

vorher gesagt, nicht der Abgeordnete Lanner. Er hat vom nächsten Jahr gesprochen, aber da scheint er auch nicht ganz richtig zu liegen.

Herr Abgeordneter Lanner! Wenn Sie meinen, daß die 2000 S kein Ersatz für eine gezielte Regionalpolitik sind, darf ich doch auf eines ganz kurz eingehen. Es ist uns überlassen worden, ein Bergbauernsonderprogramm zu erstellen. Es sind in den vergangenen Jahren leider auch keine Regionalkonzepte — wie Sie sich auszudrücken beliebten — dagewesen. Als Tiroler Abgeordneter müßten Sie wissen, daß jetzt durch unsere Tätigkeit einige Regionalkonzepte vorgelegt werden beziehungsweise schon vorgelegt wurden.

Ich muß mich fragen, warum man all das, was Sie jetzt verlangt haben, nicht schon vor Jahren gemacht hat, denn dann hätte ich einen Sockel gehabt, auf dem ich hätte weiterbauen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zweite Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Lanner.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Minister! Ich hätte mir eigentlich gewünscht, daß Sie zu den zwei konkreten von mir aufgezeigten Fällen, wo Landwirte ohne Genehmigung kontrolliert wurden, eine mutige Äußerung abgeben. *(Abg. K i n z l: Sie werden genauso wenig eine Antwort bekommen, wie ich eine bekommen habe!)*

Sie meinten, ich hätte eine Halbwahrheit, was meine Zitierung anlangt, berichtet. Das muß ich klarstellen. Ich habe ausdrücklich gesagt: Ich zitiere aus Ihrem Bericht, „Wien 1972“. — Bitte hier zu lesen. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weih s: Hier oben, habe ich gesagt, steht Lage der Landwirtschaft 1972!)* Herr Minister! Es ist aber kein Grund zur Korrektur vorhanden *(Bundesminister Dipl.-Ing. Doktor Weih s: O ja!)*, denn oben steht nicht „Wien 1972“. Das habe ich Ihnen auch gesagt. Das können Sie jederzeit überprüfen. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Alle von mir vorgetragenen Fakten aus diesem Bericht sind hieb- und stichfest und richtig zitiert. Der Bericht selbst ist in Ihrem Hause entstanden.

Das dritte haben Sie im Zuge der Wortmeldung selbst berichtet: Nicht ich habe gesagt, daß wir derzeit schon Weizenimporte auf das österreichische Niveau herunterstützen müssen. Aber ich glaube, es hieße Ihre Person, solange Sie kein Prophet sind, überfordern, wenn Sie bereits heute dezidierte Äußerungen prophetischer Art für das kommende Jahr abgeben würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Anton Schlager. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Anton Schlager (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich gewundert, daß heute die Sozialisten einige Male sehr applaudiert haben, als die Frage der Bergbauern hier vom Kollegen Stögner und vom Kollegen Pansi angezogen wurde. Ich habe mich gewundert, daß Sie hier auch die 300 Millionen Schilling mit Applaus bedacht haben.

Ich habe mich deshalb gewundert, weil vor einigen Jahren der Kollege Pansi beim Kapitel Landwirtschaft dem Bauernbund folgenden Vorwurf gemacht hat: Ihr seid doch zu feige, ihr Bauernbündler, um den Bergbauern die Wahrheit zu sagen; sagt ihnen doch, daß sie keine Daseinsberechtigung haben; sagt ihnen doch, daß sie die Arbeitsplätze der Fremdarbeiter einnehmen müßten!

Das war die Argumentation des Kollegen Pansi vor drei Jahren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und damals, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, haben Sie dem Kollegen Pansi Applaus gespendet. Sie sind also sehr wandelbar in Ihrem Applaus.

Nun zu den 300 Millionen Schilling für die Bergbauern. Wissen Sie, wie mir das vorkommt? — Zuerst hat man die Bauern abkassiert mit Dieselpreis, Maschinenpreis, Baukostenerhöhung, Kunstdüngerpreiserhöhung, hat ihnen Millionen Schilling, Milliarden Schilling weggenommen, und dann hat man einen Teil davon den Bauern zurückgezahlt. Das ist so ähnlich, als würde ich zu dir, Kollege Weisz, gehen, würde dir die Brieftasche herausnehmen, würde einen Tausender aus dieser Brieftasche ziehen, würde dir dann 100 S zurückgeben, und dann ein „Danke schön!“ erwarten! — So hat man mit den Bergbauern in dieser Frage gehandelt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben gemeint, daß die österreichischen Bauern im heurigen Jahr auf rund 700 Millionen Schilling Rohrertrag verzichtet haben, weil sie um rund 450.000 Schweine zu wenig auf den Markt gebracht haben. Herr Bundesminister! Die Bauern leben nicht vom Rohrertrag. Die Bauern leben von dem, was ihnen vom Einkommen bleibt. Und ich weiß nicht, ob das nun unbedingt ein höheres Einkommen gebracht hätte. Ich weiß allerdings eines: Sie haben als sozialistische Fraktion jahrelang die Meinung vertreten, daß die österreichischen Bauern nur

rund 70 bis 80 Prozent des österreichischen Bedarfes produzieren sollten. Das war die langjährige Meinung der sozialistischen Fraktion.

Ich meine anders. Ich glaube, daß es gut wäre, wenn wir auf dem Schweinesektor zwischen 95 und 97 Prozent produzieren würden, weil hier dann die Möglichkeit für Sie, Herr Minister, und für den Viehverkehrsfonds bestünde, durch Abschöpfungen beziehungsweise durch Interventionskäufe und Einfuhren den Preis zu regeln, und zwar derart, daß man einerseits den Bauern gerechte kostendeckende Preise zubilligt und auf der anderen Seite die Konsumenten vor überhöhten Preisen schützt.

Aber, Herr Bundesminister, ich glaube kaum, daß man dieses Problem mit einer vollständigen Liberalisierung der Einfuhren lösen kann. Soviel ich weiß, hat die Bundesregierung für ihr Stabilitätsprogramm die vollständige Liberalisierung der Schweineimporte verlangt. Gott sei Dank konnte das verhindert werden. Ich glaube, es wäre ja auch ungerecht. Ich höre allerdings, daß im Dezember und Jänner rund 50.000 Schweine eingeführt werden sollen, und ich frage mich: Sollen diese Einfuhren preisdrückend wirken? Das wäre nicht in Ordnung, und zwar deshalb nicht in Ordnung, weil Sie, Herr Bundesminister, ganz genau wissen, daß die Preise für Eiweißfuttermittel innerhalb eines Jahres um 50 bis 140 Prozent gestiegen sind: Sojaschrot von 3,50 S auf 5 S, Fischmehl von 5 S auf 12 S. Ich gebe für diese Inflation nicht der Bundesregierung die Schuld; das wäre zu billig. Aber man kann doch auch den Bauern für diese Kostensteigerung nicht verantwortlich machen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Auf Grund dieser höheren Eiweißfuttermittelpreise hat sich das Fertigfutter um rund 1 S pro Kilogramm verteuert. Wenn wir überlegen, daß wir für die Produktion eines Kilogramms Fleisch drei Kilogramm Futter benötigen, dann haben sich innerhalb eines Jahres die Kosten für die Produktion eines Kilogramms Fleisch um rund 3 S erhöht.

Und nun, Herr Bundesminister, möchte ich fragen: Wie war denn das damals mit der vollständigen Liberalisierung der Schweineimporte im August dieses Jahres? Präsident Benya hat sich ja auch damit in der Öffentlichkeit stark gemacht, indem er gedroht hat: Wenn Sie, Herr Bundesminister, wenn der Viehverkehrsfonds die liberalisierte Einfuhr von Schweinen nicht bewilligen, sind die Marktordnungsgesetze in Frage gestellt!

Obwohl damals die Marktordnungsgesetze bereits mit der Regierung im Zusammenhang mit dem Preistreibergesetz und mit dem

Anton Schlager

Preisbestimmungsgesetz abgesprochen waren, hat sich hier der Herr Gewerkschaftsbundpräsident einer solchen Argumentation bedient. Wir stellen die Frage: Mit wem muß man eigentlich verhandeln — mit der Regierung oder mit dem Präsidenten Benya? Wenn bereits von der Regierung Zusagen gegeben werden, dann, meine ich, kann Präsident Benya nicht mit der Nichtverlängerung der Marktordnungsgesetze drohen.

Herr Bundesminister! Ich glaube, das war — der Herr Präsident Benya ist ja nicht anwesend — unanständig vom Herrn Präsidenten Benya. Es ist nicht üblich, daß der Präsident des Hauses hier im Haus kritisiert wird. Herr Präsident Benya muß sich das allerdings gefallen lassen, weil er sich ja in eine Frage eingemengt hat, von der er, wie ich glaube, persönlich allerdings nicht allzu viel versteht. Durch diese vollständige Liberalisierung, so scheint es mir, haben die Bauern rund 100 Millionen Schilling Einkommensverlust erlitten. (*Abg. Meißl: Wie ist denn der Beschluß zustande gekommen?*) Die Bauern sind in ihrem Einkommen geschmälert, sind um ihren Lohn geprellt worden. Ich glaube, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert ist. So gesehen ist auch unsere Arbeit den Lohn wert, den wir über den Preis bekommen müssen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Meißl: Wie kam der Beschluß zustande?*) Auf Druck des Gewerkschaftspräsidenten ist dieser Beschluß zustande gekommen.

Nun die moralische Frage: Die Schweine haben im Juli und August dieses Jahres ab Hof rund 18 S pro Kilogramm gekostet. 18 S sind im Vergleich zu der Zeit vor 20 Jahren eine Preissteigerung um 4 S. Im August 1952 haben die Scheine ab Hof 14 S gekostet. Herr Bundesminister! Das ist eine Preissteigerung in einem Zeitraum von 20 Jahren um 28 bis 30 Prozent! Hier frage ich mich wirklich: Mit welchem moralischen Recht hat hier der Gewerkschaftspräsident interveniert? Alle anderen Berufsgruppen haben in diesem Zeitraum Preissteigerung und Lohnerhöhungen von 500 bis 1000 Prozent für sich in Anspruch genommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich bin selbstverständlich dafür, daß eingeführt wird, wenn der österreichische Bauer zu wenig auf den Markt bringt. Ich meine, man muß das so regeln, daß der Markt nicht in Unordnung kommt. Wir Bauern selbst sind an einem zu hohen Schweinepreis auch nicht interessiert — ich sage das ganz offen —, weil wir wissen, daß ein zu hoher Schweinepreis die Produktion fördert, und auf einmal ist dann wieder so viel

auf dem Markt, daß der Schweineberg wieder da ist und wir wieder mit unseren Preisen ins Gefälle kommen.

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie bitten: Nehmen Sie in Zukunft mehr als bisher in den Fragen des Marktes auch auf die bäuerlichen Belange Rücksicht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang noch eine Frage. Ich weiß, daß Sie dafür nicht zuständig sind, sondern daß eigentlich die Frau Minister Leodolter für die Fragen der Maul- und Klauenseuche zuständig ist. (*Abg. Kinzl: Die tut ja nichts!*) Ich hoffe aber doch, daß Sie als Landwirtschaftsminister in dieser Frage wenigstens mit der Frau Minister sprechen. Wie werden sich auf Grund der Maul- und Klauenseuche die Einfuhren regeln lassen? Was wird zum Schutz der heimischen Landwirtschaft im Hinblick auf die Maul- und Klauenseuche getan?

Dann noch eines, Herr Bundesminister: Ich glaube gerade im Hinblick auf die drohende Seuche darauf aufmerksam machen zu müssen, daß es unbedingt notwendig ist, ein neues Tierseuchengesetz in das Haus zu bringen. Auch hier will ich Sie bitten, mit der Frau Minister Leodolter in dieser Frage zu reden. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Trotz sicherlich gewünschter Straffung der Debatte möchte ich doch mit drei Fragen kurz auf ein Kapitel zu sprechen kommen, das heute in der ganzen Agrardebatte nach meiner Meinung noch nicht erörtert wurde. Ich habe einige Fragen im Zusammenhang mit unserer österreichischen Forstwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftsabläufe in der heutigen modernen Zeit werden sicherlich in erster Linie vom Markt bestimmt, nach dem sich auch die Produktion auszurichten hat. Daher sind auch für den Urproduktionszweig unserer Forstwirtschaft die Marktpartner und deren Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung.

Als weitgehend geschlossen ausgerichteter großer Marktpartner steht unserer österreichischen Forstwirtschaft die österreichische Papierindustrie gegenüber. Ich glaube, daß auch die Strukturanalyse der österreichischen Papierindustrie sowie zahlreiche Äußerungen führender Wirtschaftspolitiker und Papierindustrieller darauf hinweisen, daß dieser Wirtschaftszweig zweifellos mit großen Sor-

Dkfm. Gorton

gen zu kämpfen hat. Ich möchte dazu sagen, daß leider Gottes auch das Ergebnis der Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Bildung der Freihandelszone mit dieser Gemeinschaft gerade für die Papierindustrie zusätzliche Probleme gebracht hat.

Die österreichische Forstwirtschaft ist und wird mit weitreichenden Auswirkungen dieser schwierigen Situation in der Papierindustrie konfrontiert werden, da nicht nur allfällige Schließungen einzelner Fabriken, sondern auch sonstige wirtschaftliche Schwierigkeiten zwangsläufig sehr weitreichende nachteilige Auswirkungen auf die Holzproduktion haben.

Die österreichische Papierindustrie verfügt derzeit nach ihrer eigenen Aussage über einen Lagervorrat für mehr als sieben Monate. Dieser Vorrat an Rohholz muß sicherlich als überhöht bezeichnet werden, zumal die Papierindustrie selbst vor Jahren einen Abbau der Lagervorräte auf zwei bis drei Monatsvorräte als wirtschaftliches Ziel bezeichnet hat, um damit die Belastungen auch auf dem Finanzierungssektor verringern zu können. Anscheinend steht die gegenwärtig hohe Lagerhaltung mit der Umstellung auf die Mehrwertsteuer im Zusammenhang. Es muß damit gerechnet werden, daß diese Lagervorräte im kommenden Jahr abgebaut werden. Das bedeutet aber, daß etwa ein Viertel des normalen Schleifholzanfalles aus dem österreichischen Wald im Inland nicht vermarktet werden könnte.

Der Herr Bundesminister ist leider im Augenblick wieder nicht hier, aber die Frau Minister Dr. Firnberg wird so freundlich sein, ihm das auszurichten. Ich möchte die Frage an ihn richten, wieweit er im Hinblick darauf, daß der größte österreichische Schleifholzproduzent, nämlich unsere Österreichischen Bundesforste, zweifellos mit marktregulierend wirken könnte, Möglichkeiten sieht, seitens der Bundesforste auf der Produktionsseite durch eine marktkonforme Erzeugungspolitik eine gewisse Marktentlastung herbeizuführen, sodaß sich der Minderbedarf, der zweifellos im nächsten halben bis dreiviertel Jahr auf Grund des Abbaues der Lagervorräte entstehen kann, nicht durch einen allzu argen Marktdruck und damit auch Preisderoutierung für die vielen kleineren und kleinsten Schleifholz erzeugenden Betriebe nachteilig auswirkt. Das wäre meine erste Frage, die ich im Zusammenhang mit den Problemen der Forstwirtschaft an den Herrn Bundesminister richten möchte.

Im Zuge der Maßnahmen, welche die Bundesregierung zur Unterstützung der Papierindustrie in Aussicht nimmt, ist auch an

eine Zinsverbilligung für Investitionen gedacht. Mit diesen Investitionen sollen insbesondere auch jene Anlagen errichtet werden, welche der Wasserverschmutzung entgegenwirken; sie werden damit als Maßnahmen des Umweltschutzes angesehen werden können.

Unsere Forstwirtschaft verursacht ja keinerlei Umweltverschmutzung. Sie ist im Gegenteil ein umwelterhaltender Faktor und trägt außerordentlich viel dazu bei, daß die Bevölkerung überhaupt noch eine gesunde Umwelt und Erholung in der Natur haben kann. Gerade die Inanspruchnahme der Landschaft für Erholungszwecke und die sicherlich vertretbare und gemeinsam gewünschte Öffnung des Waldes schaffen aber in vielen Fällen für die Forstwirtschaft Erschwernisse, zweifellos zusätzliche Kosten und auch nicht unbedeutende Ertragsausfälle.

Der Erholungsverkehr im Wald wirkt sich also für den Forstbetrieb genauso gewinnmindernd aus wie beispielsweise die Durchführung von umweltschützenden Investitionen in der Industrie. Ich möchte hier keineswegs sagen, daß die Forstwirtschaft sozusagen von vornherein eine Prämie für ihre Umwelterhaltung zugestanden bekommen soll, aber man soll doch hinsichtlich der gewünschten Funktionen der Forstwirtschaft, die sich dann letzten Endes in einer Ertragsminderung widerspiegeln, auch eine gewisse Kosten- und Risikenvergütung ins Auge fassen. In einem Nachbarland, in Bayern, sind in dieser Hinsicht schon gewisse Wege beschritten worden.

Ich möchte hier gerade hinsichtlich des größten Risikos, das mit einer weiteren Öffnung der Wälder verbunden ist, der Waldbrandgefahren, die Anfrage stellen, ob sich die Bundesregierung aus diesen Überlegungen heraus nicht doch entschließen könnte, für eine Refundierung der Kosten von Waldbrandversicherungen entsprechend einzutreten. In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt eine solche Refundierung bereits, zum Teil auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften; in Bayern, das ich schon erwähnt habe, dadurch, daß der Staat den gesamten Privatwald zu drei Viertel seines Wertes aus öffentlichen Mitteln versichert. Ich glaube, daß das im Zusammenhang mit den Ertragsminderungen der Forstwirtschaft, die durch ihre öffentlichen Aufgaben immer mehr in den Vordergrund rückt, zweifellos eine gerechtfertigte Maßnahme darstellt. Das wäre also die zweite Frage, die ich an den Herrn Bundesminister im Zusammenhang mit den Problemen der Forstwirtschaft richten möchte.

Dkfm. Gorton

Zum Abschluß darf ich bemerken, daß dem Vortrag des Leiters unserer forstlichen Sektion im Bundesministerium, den er an der Hochschule für Bodenkultur gehalten hat, zu entnehmen war, daß sich aus dem Begutachtungsverfahren für das neue Forstgesetz auch eine Reihe von Änderungsüberlegungen zu den Personalbestimmungen ergeben hätten. Es war und ist mir nicht bekannt, was hier im konkreten gemeint war und welche Konsequenzen bei der Erstellung der Regierungsvorlage aus diesem Begutachtungsverfahren gezogen werden sollen.

Der zur Begutachtung versandte Entwurf hält sich im Abschnitt Personalbestimmungen an das gegenwärtig geltende Recht, das erst im vergangenen Jahr durch eine Novelle zum Forstrechts-Bereinigungsgesetz entstanden ist.

Es ist dem Herrn Bundesminister erinnerlich, daß dieses Gesetz zwar mit Mehrheit hier beschlossen worden ist, daß aber in den vorausgegangenen Gesprächen auch die sozialistische Fraktion die Zustimmung zum Gesetz in Aussicht gestellt hat und daß diese Zustimmung damals — wie uns nachträglich ausdrücklich versichert wurde — nur durch ein Versehen deswegen nicht zustande kam, weil der damals amtierende Nationalratspräsident die Abstimmung der Gesetze in einer nicht vorgesehenen Reihenfolge vorgenommen hat.

Ich möchte dazu noch erhardtend sagen, daß es nicht nur hier im Haus über die Novelle, die am 14. Juli 1971 beschlossen wurde, weitgehende Einigkeit gab, sondern daß auch ein Übereinkommen zwischen den Sozialpartnern auf den im Gesetzestext festgelegten Bestimmungen aufgebaut werden konnte.

Ich möchte zum Schluß die Frage an den Herrn Bundesminister stellen, ob er bei der Erstellung der Regierungsvorlage für das neue Forstgesetz die übereinstimmende Auffassung der Sozialpartner in diesen Fragen, die unserer Auffassung nach auch heute noch unverändert Gültigkeit hat, berücksichtigen und dementsprechend auch den Begutachtungsentwurf in diesen Punkten unverändert belassen wird. Ich glaube, das kann sich die österreichische Forstwirtschaft mit Recht erwarten. *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Frodl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Frodl** (OVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich melde mich beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft aus dem Grund zu Wort, weil dort auch der Flußbau und die Katastrophen behandelt werden und weil es ja bekannt ist,

daß es gerade im abgelaufenen Jahr sehr viele Katastrophen gab, das heißt, daß speziell die Steiermark ein sehr katastrophenreiches Jahr hatte.

Im Bundesvoranschlag — das ist heute hier schon vom Kollegen Huber aufgezeigt worden — scheinen im Jahre 1973 648 Millionen Schilling auf. Das ist wohl ein Zuwachs gegenüber dem Jahr 1972 von 45 Millionen Schilling, wie der Herr Minister sagte. Es muß aber hier festgestellt werden, daß der ordentliche Voranschlag eigentlich nur sehr wenig dazu getan hat, denn es scheinen dort nur 207 Millionen Schilling auf. Von den 207 Millionen Schilling sind wieder für Personal- und Sachaufwand 43 Millionen Schilling abzuziehen. So bleiben eigentlich nur 164 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt für dieses Kapitel. Im Jahre 1969 — das möchte ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen — waren es noch 311 Millionen Schilling. Man kann daher sehen, daß da nicht eine Zunahme, sondern eine sehr radikale Abnahme dieser ordentlichen Mittel gegeben ist.

Wir wissen ganz genau, daß das Gros dieser Mittel, auf 648 Millionen Schilling aufgewertet, aus dem Katastrophenfonds stammt. Es muß hier vermerkt werden, daß letzthin der Katastrophenfonds nicht gegründet wurde, um Flußregulierungen durchzuführen, sondern in erster Linie, um Katastrophen abzuhalten, und auch weiterhin, um Liquidierungen von Schäden durchführen zu können.

Mich stört es ganz besonders, daß bei den Vergütungen von Ernteschäden nur 30 Prozent der tatsächlichen Schäden liquidiert werden. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist reichlich wenig! Ich möchte daher ganz klar zum Ausdruck bringen, daß bei der Beschlußfassung dieses Gesetzes alle Redner gesagt haben, man solle Mittel aus diesem Katastrophenfonds für Vergütungen nehmen. Speziell wir in der Steiermark haben heuer durch dieses Wenig — 30 Prozent ist sehr wenig! — in der Landwirtschaft sehr, sehr großen Schaden erlitten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen ganz genau, daß in der Steiermark die Katastrophen ganz besonders groß waren. Der Kollege Schrotter hat schon im April aufgezeigt, daß in der Obersteiermark große Schäden waren, daß in der Weststeiermark — im Kainach-, im Sulm- und im Laßnitztal — schwere Schäden und Überflutungen waren, daß in den Monaten Juni und Juli schon wieder Katastrophen im Kainach-Gebiet und im Passailerkessel waren und daß in der Untersteiermark Überflutungen stattgefunden haben: Sulm, Laßnitz, Saggau, Gamlitzbach.

Frodl

Ich möchte hier aber ganz besonders aufzeigen, daß die Stadt Radkersburg von der Mur sehr schwer mit Hochwasser überschwemmt war; die Stadt war einige Male bis zu einem Meter hoch überflutet. Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen dort war. Jedenfalls können Sie mir glauben: Die Leute dort waren in aller-, allergrößter Bedrängnis, und alle haben großen wirtschaftlichen Schaden erlitten.

Es muß hier mit Genugtuung festgestellt werden, daß das Land mit seiner Landesbaudirektion und mit den Bezirksbauleitungen Sofortmaßnahmen ergriffen hat. Das war natürlich nur möglich, weil die Steiermark sofort Mittel freigegeben hat. Es muß aber auch um der Gerechtigkeit willen gesagt werden, daß der Bund das Seinige dazu getan hat.

Die nun seit April laufenden Regulierungsmaßnahmen bei uns in der Steiermark werden zügig weitergeführt, aber es fehlt leider wieder an Mitteln. Die Flußbauverwaltung in der Steiermark hat im Jahre 1972 ungefähr 132 Millionen Schilling verbauen können. Der Betrag ist zu niedrig, wenn man bedenkt, wie viele Flüsse es in der Steiermark gibt und wie viele reguliert werden müssen. Daher müssen weitere Baumaßnahmen dringend durchgeführt werden.

Es muß hier aber zum Ausdruck gebracht werden, daß sich bei den Katastrophen in der Steiermark auch die Beamten der Flußbauabteilung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft besonders eingesetzt haben. Für diesen Einsatz möchte ich im Namen der Steiermark den Herren den allerherzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Jahre 1973 müssen natürlich die Ausbauten und die Regulierungen zügig weitergeführt werden, denn sonst wäre das, was im heurigen Jahr gebaut wurde, umsonst gewesen. Letzten Endes, glaube ich, haben die Katastrophen gezeigt, wie notwendig diese Maßnahmen sind.

Wir fordern letztlich nicht, daß alle Flüsse in der Steiermark ausgebaut werden. Wir wissen ganz genau, daß man bei verschiedenen Flüssen Ausuferungen oder Überflutungen hinnehmen kann, weil dort weder Menschenleben noch wertvolle Grundstücke in Gefahr sind. Es muß aber doch aufgezeigt werden, daß wir viele Schutzgebiete haben, wo Regulierungen ganz besonders und ernst durchgeführt werden müssen. Und um das durchführen zu können, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß eben vom Bund im kommenden Jahr mehr geleistet werden.

Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß die Steiermark in ihr Budget um 20 Prozent mehr hineingenommen hat, und ich glaube, daß letzten Endes der Bund diesem Beispiel wohl folgen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Minister stammt ja aus der Steiermark. Er hat sicher die vielen Katastrophen und Schäden in der Steiermark gesehen. Die ganze Bevölkerung in diesem Gebiet ist doch praktisch den ganzen Sommer sehr geschädigt worden, ganz besonders aber die Bauern.

Es ist notwendig, Abhilfe zu schaffen. Wenn man sieht, daß die ganze Ernte weg ist, daß der Hausrat beschädigt ist und daß Stallungen unter Wasser stehen, muß man wohl wirklich einsehen, daß letzten Endes mehr getan werden muß, damit die Leute dort weiter wirtschaften und bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei einem Budgetrahmen von 139 Milliarden Schilling wäre zu erwarten, daß für den Flußbau in Zukunft mehr und nicht weniger getan wird. Wir müssen leider feststellen, daß an ordentlichen Mitteln nicht mehr, sondern weniger drinnen sind. Im Voranschlag 1973 habe ich ganz klar herausgelesen, daß für die Kainach-Regulierung nur 5 Millionen Schilling drinnen sind; im Jahr 1972 waren es 11 Millionen Schilling. Für die Mur-Regulierung in Radkersburg ist ein Betrag von 5 Millionen Schilling enthalten. Das, sehr geehrter Herr Minister, ist meines Erachtens zu wenig!

Zu dem Bericht betreffend das Kapitel Land- und Forstwirtschaft — welches von den Oppositionsparteien abgelehnt wird —, in welchem so viel geschrieben wurde, daß für die Landwirtschaft so viele Verbesserungen enthalten sind und durchgeführt wurden, muß ich leider sagen, daß dies nicht der Fall ist.

Wir stellen fest, daß im Berichtsjahr wieder 30.000 Menschen die Landwirtschaft verlassen haben. Früher waren es immer 20.000. Ich glaube, diese 30.000 Menschen sprechen eine deutlichere Sprache. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat es bei seiner Fragenbeantwortung verstanden, ein sehr schönes Bild zu malen, und hat einige Male erklärt: Auf diesem Produktionssektor Mehreinnahmen von 70 Millionen, hier wiederum Mehreinnahmen von Millionen und hier wiederum Mehreinnahmen von Millionen. Er

Deutschmann

hat aber wohlweislich in diesem Zusammenhang auch sehr leise betont, das verstehe sich selbstverständlich nur in bezug auf den Rohertrag.

Herr Bundesminister! Wenn Sie sich noch zurückerinnern an die letzte Budgetdebatte: Damals gab es zwischen uns beiden einen Dialog, als ich erklärt habe, daß der Rohertrag letzten Endes nicht das ist, von dem die Bauernschaft lebt. Ich möchte nicht noch einmal, ein zweitesmal in diesem Zusammenhang Wesentliches dazu sagen.

Es ist aber auch etwas sehr Interessantes heute bei der Debatte zum Kapitel Landwirtschaft aufgezeigt worden, was ich wirklich bedaure. Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat in seinen Einleitungsworten, an die Opposition gewendet, erklärt: Sie werden sicher viele Probleme aufreißen und werden unsachlich sein.

Herr Abgeordneter Pfeifer! Ich glaube, daß Sie sich nicht anmaßen sollten, uns so etwas in die Schuhe zu schieben. Ich möchte auch darauf hinweisen: Ich habe mich sehr ausgiebig auf diese heutige Debatte vorbereitet. Dazu gehört auch, daß man Protokolle aus anderen Budgetberatungen liest.

Ich muß offen sagen, Herr Kollege Pfeifer: Ich habe Komplexe, das aufzuzeigen, was Sie in der Zeit, in der wir Regierungspartei waren, hier von diesem Rednerpult aus gesprochen haben. Sie haben auch heute erklärt: Die Bauernbündler haben vom Sparappell der Regierung sicher nichts gehört; sie tun so, als ob sie das nichts angehe, und sie lizitieren weiter!

Herr Kollege Pfeifer! Ich möchte auch nur mit einem Satz daran erinnern: Bei den Budgetberatungen im Jahre 1966 für 1967 hat Ihre Fraktion an einem Tag zum Budget Anträge für 3,7 Milliarden Schilling eingebracht. Heute machen Sie uns den Vorwurf, meine sehr Geehrten, wenn berechnete Forderungen — das ist nur ein Antrag: Erhaltung des ländlichen Wegenetzes — zu Ihrem Budget eingebracht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich nehme an, daß sich sogar der Herr Minister gewundert hat, daß ein, wie er es selbst erklärt hat, praktizierender Bauer die Probleme der Landwirtschaft und der Bauernschaft so abwertet.

Einige Male wurde heute in der Debatte die Frage der Abwanderung hier von diesem Pult aus diskutiert. Es haben einige Abgeordnete der Regierungspartei gemeint: Schauen Sie, das ist doch eine Selbstverständlichkeit; und die 30.100 und etliche haben ja nur gewar-

tet, um die Pension zu bekommen. Deshalb ist diesmal ein so großer Abgang aus der Landwirtschaft.

Meine sehr Geehrten! Der Kollege Pfeifer hat ja selbst erklärt: Im Jahr 1951 waren es noch 1,079.000, die in der Landwirtschaft erwerbstätig waren. Im Jahre 1970 waren es nur mehr 580.000. Prognosen — von Experten errechnet — sagen, daß in den nächsten zehn Jahren, das heißt bis zum Jahre 1980, nur mehr 400.000 Personen in der Land- und Forstwirtschaft tätig sein werden.

Dazu müssen wir auch noch in diesem Zusammenhang feststellen, daß zwischen 70 und 80 Prozent der Österreicher in den Städten leben werden.

Herr Bundesminister! Ich möchte in diesem Zusammenhang doch darauf hinweisen, daß wir über diese Situation nicht so einfach hinweggehen können. Es drängen sich in diesem Zusammenhang Fragen auf, die, wie ich glaube, Anliegen aller Österreicher sind: die Entsiedlung des ländlichen Raumes, eine Arbeitsüberlastung der Verbliebenen in der Land- und Forstwirtschaft. Wie es mit dem Gesundheitszustand der in der Landwirtschaft Tätigen aussieht, darauf möchte ich nicht eingehen, weil ja dazu bei einem anderen Kapitel sicherlich noch gesprochen wird.

Es gibt Engpässe in der Veredlungswirtschaft. Ich habe mich wirklich sehr gewundert, daß der Herr Vizekanzler Häuser — ich glaube, vor zwei Tagen — in einem Zwischenruf erklärt hat: Was wollen Sie? Das Kalbfleisch kostet jetzt schon so enorm viel, daß es kaum erschwinglich ist!

Ich freue mich wirklich, Herr Bundesminister, daß Sie erklärt haben, daß nicht die Bauernschaft schuld ist an verschiedenen Minderungen in der Produktion, und daß Sie gesagt haben, daß die Witterungsverhältnisse sehr maßgebend seien.

Ich habe hier in diesem Hause schon einiges erlebt. Der jetzige Landeshauptmann-Stellvertreter Czettel hat mir hier einmal in einer Rede geantwortet: Ich dürft halt nur so viel erzeugen, was ihr im Inland unterbringen könnt! — Der derzeitige Handelsminister Staribacher hat damals bei der gleichen Debatte erklärt: Sie haben ja mit Absicht die Produktion gedrosselt, damit Sie einen besseren Preis bekommen!

Ich glaube, daraus können wir schon entnehmen, daß Sie die Zusammenhänge in der Agrarwirtschaft noch immer nicht erkennen; noch immer nicht, meine sehr Geehrten!

5200

Nationalrat XIII. GP — 56. Sitzung — 14. Dezember 1972

Deutschmann

Neben der Ernährung, die wir in der Landwirtschaft sicherzustellen haben — es haben heute einige meiner Vorredner schon darauf hingewiesen —, hat die Landwirtschaft auch für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft zu sorgen. Man spricht sehr viel darüber, man will aber nicht zur Kenntnis nehmen, daß bei diesem Auftrag die Landwirtschaft, die Bauernschaft auch unterstützt werden soll.

Man hat in Deutschland schon den Versuch unternommen, die Landschaftspflege ohne Bauern durchzuführen. Hier haben wir festgestellt — und deutsche Zeitungen schreiben selbst darüber —, daß dies gar nicht möglich ist und daß man in Schweden heute schon so weit ist, daß man mit Plakaten um Menschen wirbt, die wiederum die Landschaftsarbeit aufnehmen, damit auch die Landschaftspflege und die Produktion in weiterer Folge gesichert bleiben.

Meine sehr Geehrten! Ich nehme an, daß Sie sich sicher auch mit diesem Problem beschäftigen; aber heute bei dieser Agrardebatte haben Sie das Gegenteil aufgezeigt und haben gemeint, der Landwirtschaft gehe es so gut, daß man ihr überhaupt nichts mehr zu bieten brauche.

Ich muß hier wirklich auch noch zur Einkommenssituation etwas sagen. Der Herr Abgeordnete Pansi — ich habe mich sehr gewundert, daß gerade er sich im Zusammenhang mit dem Einkommen in eine Situation verstiegen hat, die kaum noch aufrechterhalten werden kann — hat erklärt, das Einkommen in der Landwirtschaft sei ja gar nicht so schlecht, wenn man überlegt, daß neben dem Bauer die Bäuerin in 80 Prozent der Fälle in der Landwirtschaft mitarbeitet, und wenn man diese beiden Einkommen zusammenlegt, dann ist dieses Einkommen nicht kleiner als das eines Industriearbeiters.

Ich habe gehofft, Herr Landwirtschaftsminister, daß Sie Ihrem Fraktionskollegen sagen, daß das doch ein Unsinn ist. Man kann doch nicht das Einkommen von zwei Personen zusammenlegen und das dem Einkommen einer anderen Person gegenüberstellen.

Ich werde Ihnen auch sagen, wie das Einkommen in der Landwirtschaft aussieht. Das durchschnittliche Einkommen je Arbeitskraft pro Monat im Jahre 1961 betrug in der Industrie 2680 S, in der Landwirtschaft 1710 S; es war also in der Landwirtschaft ein Minus von 970 S festzustellen. Es wurde heute erklärt, daß sich die Disparität zugunsten der Landwirtschaft wieder verengt und daß man der Meinung ist, daß alles den besten Weg geht.

Im Jahre 1971, Herr Landwirtschaftsminister, betrug das Einkommen je Arbeitskraft in der Industrie 6130 S und das Einkommen in der Landwirtschaft 4440 S. Sicher bedeutet das eine Steigerung, aber das Minus ist von 970 S auf 1680 S gestiegen. Das, meine sehr Geehrten, sind die Fakten, wie die Einkommenssituation bei uns in Österreich in der Landwirtschaft aussieht.

Ich wundere mich, daß man allgemein versucht, die Meinung zu verbreiten, der Landwirtschaft gehe es besser, die Einkommenssituation habe sich gerade in der Zeit der SPO-Regierung wesentlich verbessert. Meine sehr Geehrten! Sie versuchen das heute wieder in die Öffentlichkeit zu tragen! Wenn wir uns zurückerinnern, so hat doch Bundeskanzler Kreisky auf seinen Wahlreisen erklärt: Die Bauern haben es am schwersten; man muß den Bauern helfen, damit sie das gleiche Einkommen wie alle anderen Berufsstände bekommen.

Doch ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen: Es war wiederum, wie so oft, nur ein Versprechen; vom Halten, meine sehr Geehrten, merkt man und hört man nichts.

Ich muß, Herr Landwirtschaftsminister, offen aussprechen: Wir haben von Ihnen als Sachkenner doch erwartet, daß Sie sich beim Budget 1973 besser durchsetzen werden können. Das ist Ihnen leider nicht gelungen. Wir bedauern es, daß wir in diesem Budget 1973 eine echte Diskriminierung der Landwirtschaft sehen. Ich möchte Ihnen gar nicht die Schuld zuschieben, wirklich nicht, denn ich weiß, daß in der Politik verschiedene Momente eine Rolle spielen.

Aber etwas, Herr Landwirtschaftsminister, hätte ich doch von Ihnen erwartet: daß Sie wenigstens einmal in der Öffentlichkeit erklärt hätten, daß Sie mit diesem Budget 1973 nicht zufrieden sind. Aber was tun Sie? Sie erklärten heute, man solle eigentlich nicht soviel vom Budget reden, man solle eher versuchen, Konzepte zu bauen, die dann letzten Endes die Einkommenssituation der Landwirtschaft verbessern. Das ist wiederum ein Ablenken, Herr Landwirtschaftsminister, mit dem wir uns nicht zufriedengeben können.

Abschließend möchte ich noch auf folgendes verweisen: Sie haben auch in der Anfragebeantwortung betreffs der 5 Propaganda-Millionen erklärt: Sie kennen das Gesetz, und Sie hätten auch mit dem Ansuchen kommen können. Sie haben nicht gesagt, es wäre für den Bauernbund etwas abgefallen, aber so unerschwellig konnte man das hören.

Herr Bundesminister! Bei dieser angespannten Budgetsituation und bei dieser Unterdotierung einzelner Posten glaube ich, daß es gar

Deutschmann

nicht zielführend ist, daß man für Propaganda Millionen ausgibt. Es wurde heute die eine Propagandafibel schon aufgezeigt, die sehr viele Halbwahrheiten, ich möchte sogar sagen, Unwahrheiten beinhaltet — eine solche Propaganda schadet Ihnen wie auch Ihrer Regierung, Herr Bundesminister. Die Bauernschaft wird es nie verstehen, daß man 5 Millionen Schilling für die Propaganda ausgibt, dann aber nicht in der Lage und nicht bereit ist, für die ländliche Wegerschließung und speziell für die Bergbauern diese 5 Millionen Schilling im Ansatz unterzubringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Robak. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Robak** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer heute die Reden der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei gehört hat, der mußte das Gefühl haben, daß diese Reden zum Kapitel Landwirtschaft nichts anderes waren als ein Jammern und Raunzen, wie schlecht es in Österreich den Bauern geht und wie bauernfeindlich die sozialistische Regierung ist.

Ich habe mir einige Male gedacht: Das war ein Chorgesang der Bauernvertreter nach den Noten der Landwirtschaftskammer. Ich hatte aber auch das Gefühl, daß die Zuhörer der beiden anderen Bünde der Österreichischen Volkspartei von diesem Gesang nicht sehr begeistert waren.

Es war aber auch ein Weinen nach der herrlichen Zeit, meine Damen und Herren, als die Bürokraten und die ÖVP-Funktionäre der Landwirtschaftskammern großzügig Steuergelder an brave ÖVP-Männer verteilen konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei davon gesprochen haben, daß die Landwirtschaft in diesem Budget zu kurz gekommen ist, oder wenn die anderen davon gesprochen haben, daß dieses Budget eine Diskriminierung der Landwirtschaft bedeutet, und ein anderer, daß die Bauern das Opfer der Inflationspolitik der Regierung geworden sind, und wieder andere den Milchpreis kritisiert haben, so müssen wir doch diese Dinge etwas ernster nehmen.

Einer der Abgeordneten hat davon gesprochen, daß wir Sozialisten den Mut haben müßten, den Bauern die Wahrheit zu sagen. Ja, meine Damen und Herren, ich habe schon vor vielen Jahren vor diesem Hohen Hause davon gesprochen, daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, den Bauern die Wahrheit sagen sollten.

Der Abgeordnete Tschida hat zu mir folgendes gesagt: Ich weiß, Herr Abgeordneter Robak, daß auch Sie der Meinung sind, die Bauern sollen sich schnell eine andere Arbeit finden. Ja, vor vielen Jahren habe ich schon darauf hingewiesen, daß Sie als die Bauernvertreter den Bauern die Wahrheit sagen sollen, nämlich daß sie sich, bevor sie alt werden, rasch eine bessere Arbeitsstelle suchen sollen.

Der Herr Abgeordnete Lanner verlangte zum Beispiel mehr Telefonanschlüsse, mehr Güterwege.

Ein anderer sprach davon: Nicht die Preise sind wichtig, sondern die Einnahmen, und entscheidend ist — meinte der Herr Abgeordnete Lanner —, was den Bauern bleibt. Auch ich bin dieser Meinung, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß nicht nur unsere Zeitungen, sondern auch Ihre Zeitungen in den letzten Monaten bei jeder Gelegenheit geschrieben haben, daß die Spareinlagen in den Raiffeisenkassen, in den Sparkassen und anderen Geldinstituten einen Rekord erreicht haben. Wir wissen, daß auch die kleinen Bauern draußen in den Dörfern noch nie soviel Geld in die Raiffeisenkassen tragen konnten, wie sie das jetzt tun können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Lesen Sie die Zeitungen auch der Handelskammer. Sie schreiben, daß die Weihnachtsumsätze heuer alle Rekorde geschlagen haben. Wer waren diese Leute, diese Tausende und Zehntausende, die in Wien und in allen österreichischen Städten die großen Pakete kaufen konnten? Diese Schicht ist weit größer, als sie früher einmal war, als Sie hier in Österreich regiert haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sicher, meine Damen und Herren, sind die Lebensbedingungen der Bauern nicht nur bei uns, sondern auch in den übrigen Industrieländern schlechter als die der Beschäftigten in der Industrie, im Gewerbe und in der Fremdenverkehrswirtschaft. Aber mit Reden, meine Damen und Herren, wie sie heute und in der Vergangenheit von der ÖVP hier gehalten wurden, kann man die Probleme der Landwirtschaft nicht lösen.

Ich frage Sie: Warum haben Sie nicht in den vergangenen 25 Jahren, aber besonders in den Jahren 1966 bis 1970, als Sie nicht nur eine ÖVP-Alleinregierung stellten, sondern auch hier im Hohen Hause über eine Mehrheit verfügten, die Probleme der Landwirtschaft und unserer Bauern besser gelöst? Warum haben Sie nicht all das verwirklicht, was Sie heute und was Sie, seit Sozialisten regieren, immer wieder verlangen? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Robak

Meine Damen und Herren! Es ist sicher von dieser Stelle aus oft darauf hingewiesen worden, daß die Landwirtschaft der freien Welt sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Es ist auch darauf hingewiesen worden, wieviel Bauern jährlich aus der Landwirtschaft flüchten. Wir wissen, daß der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten noch weiter sinken wird, weil auch in den übrigen Industrieländern der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wesentlich niedriger ist. Zum Beispiel in Deutschland sind es nur mehr rund fünf Prozent, in den Niederlanden etwas über sieben Prozent, in Belgien über fünf Prozent, in der Schweiz etwa acht Prozent und so weiter.

Hier möchte ich noch auf etwas hinweisen: Es wird weniger Bauern geben, aber sie werden mehr produzieren. Nicht wir sagen es, sondern auch so angesehene Zeitungen wie die „Zürcher Zeitung“ — ich sage ausdrücklich: „so angesehene“, weil auch ein anderer Herr von Ihrer Seite dasselbe Wort gebraucht hat. Ich lese vor: „Für den Fall, daß sich der Verringerung der Zahl der von der Landwirtschaft abhängigen Personen Hindernisse entgegenstellen sollten, ist eine Verschlechterung der Einkommenslage in der Landwirtschaft zu befürchten.“

Was heißt das? Nur dann, wenn es jährlich weniger Landwirte gibt, wird es möglich sein, das Einkommen der Landwirte zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Wer das nicht sehen will, wird von der Entwicklung überrollt. Ich möchte Sie daher, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ersuchen, nicht jeden, der auf diese Tatsache hinweist, zum Bauernfeind zu stempeln, so wie das immer wieder getan wird.

Ich habe hier nur eine Notiz, ganz kurz. Überschrift „Regierung bauernfeindlich“. „In Wien trat am Freitag unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Maurer das Präsidium des niederösterreichischen Bauernbundes zusammen. Dabei wurden Maßnahmen beraten, wie man der ‚bauernfeindlichen Agrarpolitik der SPO-Alleinregierung‘ wirkungsvoll entgegen treten könnte.“

Meine Damen und Herren! Ich muß Sie daran erinnern: In Wirklichkeit sind im Budget 1973 wieder mehr Mittel für die Landwirtschaft bereitgestellt als im Vorjahr. Das, obwohl es von Jahr zu Jahr — wie schon erwähnt — immer weniger Bauern gibt, was aus allen Berichten über die Lage der österreichischen Landwirtschaft schon seit vielen Jahren eindeutig hervorgeht.

Schwierigkeit macht nur die Entscheidung, wie hoch die Unterstützung sein soll und welcher Anteil des gesamten Nationaleinkommens und des Budgets der Landwirtschaft bereitgestellt werden kann. Man kann die Landwirtschaft nur im Rahmen der Gesamtwirtschaft betrachten. Das gilt auch für das Budget und die zu verteilenden finanziellen Mittel. Ich glaube, daß dies auch Sie berücksichtigen und zur Kenntnis nehmen müssen.

Ich möchte weiters sagen: Wenn der Bauer unter den veränderten Umweltbedingungen erfolgreich wirtschaften und bestehen will, muß er sich den Gegebenheiten der Zeit anpassen. Sicher gibt es für die Strukturkrise der Landwirtschaft keine Patentlösung; das haben auch wir niemals behauptet.

Aber eines steht fest: Die Tatsache, daß von Jahr zu Jahr trotz der hohen Subventionsbeiträge des Bundes, der Länder und der Gemeinden noch immer eine so große Zahl von Menschen aus der Landwirtschaft freiwillig abwandert, zeigt, daß das Problem der Landwirtschaft mit den bisherigen Maßnahmen nicht gelöst werden kann, obwohl, meine Damen und Herren, die ÖVP 25 Jahre lang den Landwirtschaftsminister und den Finanzminister gestellt hat.

Von dieser Stelle aus ist in den vergangenen Jahren das Problem der Landwirtschaft schon von vielen, vielen Seiten beleuchtet worden. Daß die Meinungen auseinandergehen, wie dieses Übel aus der Welt geschafft werden soll, das hat sich auch heute wieder gezeigt. Eine für die Gesamtwirtschaft annähernd befriedigende Lösung ist aber nur möglich, wenn man verschiedene Unzulänglichkeiten in unserer Landwirtschaft beseitigt.

Wenn ich von Unzulänglichkeiten unserer Landwirtschaft, die von allen erkannt werden, gesprochen habe, meine ich das Problem der landwirtschaftlichen Zwergbetriebe.

Über die Besitzstruktur unserer Landwirtschaft ist schon oft und viel gesprochen worden. Wir sind alle überzeugt, daß eine zu große Zahl der österreichischen Bauernhöfe in die Kategorie der Kleinstbetriebe fällt und daher unrentabel ist. Um bestehen zu können, muß die Landwirtschaft ihre Betriebe entweder flächenmäßig vergrößern und mechanisieren oder aber gewisse Spezialbetriebe, Spezialkulturen pflegen.

Hier ist die Kommassierung ohne Zweifel ein Mittel, um Abhilfe zu schaffen. Auf diesem Gebiete wurde in der Vergangenheit viel Positives geleistet. Vom Jahr 1961 bis 1971 wurden zum Beispiel 258.000 Hektar, und im Jahr 1971 wurde eine Fläche von 27.600 Hektar der

Robak

Zusammenlegung und der Flurbereinigung unterzogen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Bravo!*)

Ich möchte das Hohe Haus nicht aufhalten, aber doch in diesem Zusammenhang auf ein Problem eingehen, nämlich auf den Weinbau, weil ich weiß, daß der Herr Abgeordnete Hietl wahrscheinlich über den Weinbau sprechen wird, und möchte Sie daran erinnern (*Abg. Hietl: Ich muß Sie enttäuschen! Ich wollte einmal nicht darüber reden!*), daß besonders im Weinbau die Flurzersplitterung groß ist und daß der Kleinbesitz im Weinbau vorherrscht.

Diese Flurzersplitterung des Kleinbesitzes hemmt auch im Weinbau die notwendige Rationalisierung und die notwendige Mechanisierung. Ich denke nicht nur an die Bewirtschaftung der Weingärten, sondern auch an die Kellerwirtschaft, und nicht zuletzt sind es die Investitionen, aber auch die Überproduktion und der Absatz.

Meine Damen und Herren! Es wäre sehr interessant, auf vieles einzugehen, was uns von seiten der Österreichischen Volkspartei immer wieder vorgehalten wird: daß die Sozialisten Feinde der Weinbauern sind, daß die Sozialisten zu wenig für die Weinbauern tun, und vieles andere. Es wird auch immer wieder davon gesprochen, daß die Besteuerung des Weines schuld daran ist, daß die Weinbauern so schlecht leben. Aber davon möchte ich nicht sprechen.

Wenn heute von einem Redner der Österreichischen Volkspartei darauf hingewiesen worden ist, daß von seiten des Herrn Ministers zuwenig auf gesetzgeberischem Gebiet getan worden ist, bin ich nicht ganz dieser Meinung, sondern ich möchte nur auf ein Problem hinweisen: auf die Novellierung des Weingesetzes. Ich bin überzeugt, daß das novellierte Weingesetz nicht nur von den Weinbautreibenden begrüßt worden ist, sondern auch von den Konsumenten.

Hier wurde von uns dem Parlament ein Gesetz zur Beschlußfassung vorgelegt, das beiden Gruppen, den Produzenten und den Konsumenten, irgendwie entgegengekommen ist; einer Gruppe leider nicht: den Großweinhändlern. (*Abg. Hietl: Da bin ich aber wirklich neugierig, Kollege Robak!*)

Hier möchte ich der Österreichischen Volkspartei sagen, daß bei uns auf dem Gebiet der Winzergenossenschaften noch sehr viel geleistet werden muß, denn der Marktanteil beträgt nur rund 20 Prozent. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das stimmt nicht mehr!*) Bitte, sind es 22 Prozent. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida:*

Es sind mehr: 27 Prozent!) Aber streiten wir nicht um Prozente, ich möchte nur auf das Wesentliche hinweisen.

Meine Damen und Herren! Hier könnten Sie als die sogenannten Vertreter der Bauern viel helfen, indem Sie die Bauern beraten, daß sie sich erstens zu Genossenschaften zusammenschließen sollen und zweitens, daß sie der Genossenschaft nicht nur die schlechteren Sorten liefern sollen, wenn sie ihren Wein nicht anbringen, sondern daß sie auch zu einer Zeit, wenn die Genossenschaften den Wein brauchen, vor allem jene Sorten, die die Genossenschaften brauchen, liefern. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Die Steinbrunner!*) Herr Abgeordneter! Beleidigen Sie die Steinbrunner Weinbauern nicht. Unser Wein wird sehr gut verkauft und auch sehr teuer. Das kommt, weil der Bürgermeister ... (*Heiterkeit und Beifall.* — *Abg. Hietl: Der Kollege Kriz wird Sie aufklären!* — *Abg. Peter: Also, Hietl, nimm dir ein Beispiel!*)

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich Ihnen kurz einige Sätze aus einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vorlese. Hier heißt es: Badischer Wein: vom Erfolg verwöhnt. Und weiter:

In der Tat hat sich der Erfolg nicht von selbst eingestellt. Am Anfang stand erstens der Zusammenschluß der dörflichen Winzergenossenschaften in der Zentralkellerei der badischen Winzergenossenschaften. Diese größte Kellerei Europas hat mit ihrer Lagerkapazität für einen Ausgleich des Weinangebots und eine kontinuierliche, geplante Absatzpolitik gesorgt. Vor allem aber sind auf diese Weise rund 22.000 Winzer mit 80 Prozent der badischen Rebfläche unter einen Hut gebracht worden.

Hier wird dann weiter gesagt, wie man es machen soll, wie man sich gegen die Großhändler der Weinwirtschaft zusammenschließen soll.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier kurz etwas über die Besteuerung des Weines sagen. Es wird nicht nur die Alkoholsondersteuer (*Abg. Hietl: ... abgeschafft?*) kritisiert, sondern es wird auch die Getränkesteuer (*Abg. Hietl: ... auch abgeschafft?*) kritisiert. Die Getränkesteuer, aber auch die Alkoholsondersteuer sind nicht von den Sozialisten eingeführt worden; es hat noch keinen sozialistischen Finanzminister gegeben, und da hat es schon beide Steuern gegeben.

Fragen Sie den Österreichischen Gemeindebund, fragen Sie die drei ÖVP-Präsidenten des Gemeindebundes, ob sie der Meinung sind, daß diese Steuern abgeschafft werden sollen.

Robak

Die Abschaffung dieser Steuern bedeutet, daß 30 Prozent von zirka 1 Milliarde, also 300 Millionen Schilling, die für die Gemeinden und die Länder bestimmt sind, den Gemeinden nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

Die Abschaffung der Getränkesteuer bedeutet einen Steuerentfall von rund einer Milliarde für unsere Gemeinden. Sie wollen, daß Güterwege, daß Feldwege gebaut werden. Sie wollen, daß viele Einrichtungen für die Bauern geschaffen werden. Aber Sie sagen nicht, woher die Länder und Gemeinden die Gelder nehmen sollen, damit man auch diese Projekte realisieren kann.

Ich möchte Ihnen zurufen: Wir, die Gemeinden, und nicht nur die sozialistischen, sondern auch die ÖVP-Gemeinden sind der Meinung, daß diese Steuer nur dann abgeschafft werden kann, wenn uns, den Gemeinden, eine gleich hohe und entwicklungsfähige Steuereinnahme zur Verfügung gestellt wird.

Wenn Sie immer gegen die Getränkesteuer wettern: Ich habe erst vor kurzem im Hohen Haus nachgewiesen, daß es gar nicht stimmt, daß die Getränkesteuer eine große Belastung für den Weinbauern ist, erstens, weil die Getränkesteuer nicht von den Produzenten, sondern von den Konsumenten bezahlt wird, und zweitens, weil die Getränkesteuer nicht in dem Ausmaße abgeliefert wird, wie es behauptet wird. Entweder wird sie eingehoben und nicht abgeliefert oder wird sie nicht eingehoben. Aber in beiden Fällen darf man sich nicht beschweren, daß es eine Belastung bedeutet, wenn diese Steuer irgendwie eingehoben wird.

Ich habe davon gesprochen, daß ich nachgewiesen habe, daß diese Steuer nicht in dem Ausmaß abgeführt wird, wie behauptet wird. Diese Tatsache bestätigt, daß auf dem Gebiete der Getränkeabgabe den Gemeinden ziemlich hohe Steuerbeträge vorenthalten werden. Schuld daran sind nicht allein diejenigen, die die Steuern vorenthalten, sondern vor allem die Funktionäre der gewerblichen Wirtschaft, die Funktionäre der Bauernkammer, die immer wieder gegen diese Steuer wettern.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ich bin überzeugt, daß es für die Weinbauern besser wäre, wenn die von mir genannten Stellen, aber auch Sie, meine Damen und Herren, die Vertreter der Landwirtschaft in diesem Hohen Hause auf der Seite der ÖVP, weniger über die steuerliche Belastung des Weines reden und sich auf die Anprangerung der Schädlinge innerhalb des Weingroßhandels konzentrieren möchten. Der beste Wein und die beste Weinwerbung von allen Stellen

nützen uns nichts, wenn in der in- und ausländischen Presse Gelegenheit gegeben wird, auf grobe Mißstände hinzuweisen, die schwer widerlegt werden können.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier viele Unterlagen, aber ich werde mich damit nicht beschäftigen, sondern ich bin der Meinung, es wird im Laufe des nächsten Jahres genug Zeit sein, auf einige dieser Dinge hinzuweisen.

Ich habe zum Beispiel hier eine Zeitung, die Wirtschaftszeitung von Düsseldorf. Wenn ich daraus vorlesen würde, glaube ich, würden viele von Ihnen nachdenken und fragen: Ob auf diesem Gebiete nicht doch etwas getan werden muß?

Ich möchte damit schließen, meine Damen und Herren: Reden Sie nicht immer von Bauernfeindlichkeit unserer Regierung! Reden Sie nicht immer davon, daß wir an all dem schuld sind, was in den letzten 25 Jahren nicht geschehen ist, sondern legen Sie Ihre Hand aufs Herz und fragen Sie, ob nicht Sie die Hauptschuldigen sind, daß es heute den Bauern schlechter geht als den Menschen in jedem anderen Berufsstand.

Ich kann sagen, daß ich als Sozialist diesem Budget mit ruhigem Gewissen meine Zustimmung geben kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hietl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hietl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaftsdebatte des heutigen Tages, die sich zweifellos schon einige Stunden hinzieht, hätte fast ein Ende genommen *(Heiterkeit)* — warum lachen Sie? *(Abg. Peter: Weil sie sich wirklich hinzieht!)* —, weil meine Kollegen, die aus den verschiedensten Berufszweigen der Landwirtschaft kommen, dieses Budget echt so aufzeigten, wie es eben aussieht. Kollege Robak erklärte, er werde diesem Budget selbstverständlich seine Zustimmung geben. Aber da frage ich: Na net! Als Sozialist wird er es nicht ablehnen! Das ist mir vollkommen bewußt.

Herr Abgeordneter Robak, nur ganz kurz zu einigen Feststellungen: Wenn Sie hier erklärt haben, die ÖVP-Bürokraten verteilten großzügig Geld an die ÖVP-Leute, dann darf ich antworten: Nicht die ÖVP-Bürokraten, sondern die zuständigen Gremien haben die Mittel, die ihnen seitens des Ministeriums, aus dem Budget zur Verfügung gestellt wurden, eben den Richtlinien gemäß verteilt. Sie geben damit zu: es war mehr, und die Bedingungen waren günstiger als heute. Das sagen Sie aber Ihrer Bundesregierung, bitte.

Hietl

Wer bekommt die Gelder beziehungsweise die Zuwendungen der Arbeiterkammer?, müßte ich die Gegenfrage stellen. Aber die Beantwortung überlasse ich Ihnen selber, denn Sie werden das sicherlich besser wissen.

Wenn Sie behaupten, die SPO sage den Bauern die Wahrheit, dann muß ich Ihnen entgegenhalten: Sagen Sie diese Wahrheit nicht in großen Propagandaschriften, die Sie hinausgeben, sondern sagen Sie diese Wahrheit, in echten Zahlen ausgedrückt, im Budget, wo Sie die Möglichkeit hätten, der Landwirtschaft das zur Verfügung zu stellen, was notwendig ist. Denn Sie werden nicht bestreiten können, daß das Budget für 1973 für die Landwirtschaft schlechter aussieht als die Budgets der vergangenen Jahre.

Noch eine Feststellung: Sie behaupten, noch nie hätten die kleinen Bauern so viel Geld in die Raiffeisenkasse getragen wie gerade im abgelaufenen Jahr. Herr Abgeordneter Robak! Sehen Sie die Tatsache nüchtern. Erstens darf ich feststellen, daß die Raiffeisenkassen weit darüber hinaus sind, eine Bank zu sein, die nur für die Bauern da ist. Alle, die draußen beheimatet sind, egal welchen Berufsstandes, sind heute bereits beteiligt. Wenn am Weltspartag eine etwas größere Summe eingelegt wurde, dann lege ich Ihnen nahe, jetzt, sechs Wochen später, zu den gleichen Banken zu gehen und zu fragen, wieviel davon noch drinnen ist.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang selbst sagen: Eine Kaufwut wie noch nie!, da muß ich Ihnen entgegenhalten: Der Österreicher hat scheinbar sehr wenig Vertrauen zu dem Schilling, den Sie so groß preisen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun einige wenige Zitate hier wiedergeben. Ich habe mir erlaubt, da ich vor 1970, zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, diesem Hohen Haus noch nicht angehörte, die Protokolle aus dieser Zeit zu studieren. Ich darf nur einige ganz wenige Fragen, die jene Sprecher, die heute so große Lobeslieder singen, damals, zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, von sich gegeben haben, in Erinnerung rufen.

Der Herr Abgeordnete Pansi vertrat 1966 die Theorie des Großbetriebes nach Mansholt, Betriebe sollten 20 ha, in Zukunft sogar 100 ha groß sein. Ich darf feststellen, Herr Abgeordneter Pansi: Ich bin der Ansicht, daß der Mensch und nicht die Fläche im Mittelpunkt steht. Als Bauer darf ich Ihnen sagen, daß es in erster Linie von der Tüchtigkeit des Betriebsführers und seiner Familie abhängt. Ich kann Ihnen genug Beispiele aufzählen, wie

tüchtige Betriebsführer aus kleinen Betrieben lebensfähige Betriebe gemacht haben, und es war zweifellos bei größeren Betrieben oft das Gegenteil der Fall. Das liegt eben einmal in der Mentalität und der Fähigkeit des einzelnen Menschen. Die Berufsvertretung hat natürlich die Verpflichtung, auch diese Menschen zu unterstützen. Nach dem derzeitigen Budget sieht es nicht so aus, als ob man unbedingt diesen Leuten eine solche Unterstützung geben möchte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Pfeifer am 12. 12. 1967: Mehr Mittel für bäuerliche Ausnehmer. — Was ist nun, Herr Abgeordneter Pfeifer, mit der Angleichung der Zuschußrente an die Bauernpension? Sie hätten jetzt die Möglichkeit, mehr Mittel für unsere Zuschußrentner zu geben. Unseren Mahnungen, unsere Worte werden hier nicht gehört. Ach, wie rasch ändert man doch seine Meinung, weil man von der Opposition in die Regierung wandelt! Sie haben all die Worte, Herr Kollege Pfeifer, vergessen.

Was ist mit dem Hilflöszuschuß für die Bäuerin? Ich glaube, daß ihr Anliegen, wenn man nur etwas menschlich denken will, doch von Ihnen verstanden und erfüllt werden müßte. *(Zwischenrufe.)* Sie haben es gefordert! Sie haben jetzt die Möglichkeit, es zu verwirklichen. Doch davon wollen Sie heute nichts mehr wissen.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer am 10. Dezember 1969: Es ist ein hoher Vorrat an Altwein, er wirkt drückend auf die Faßweinpreise. Entsprechende Maßnahmen sollen eine erträglichere Situation schaffen.

Damit darf ich schon ganz kurz dazu kommen — nachdem der Herr Abgeordnete Robak mich herausgefordert hat —, einige Worte zum Weinbau zu sagen. Ich darf Ihnen versichern, ich hatte heute wirklich nicht die Absicht, darüber lange zu sprechen, denn letzten Endes habe ich noch vor, einige Fragen an den Herrn Verkehrsminister zu richten, da er heute unter uns ist und uns nicht die Möglichkeit ließ, einige Anliegen des ländlichen Raumes bei Behandlung seines Ressorts hier vorzutragen. Wenn wir heute eine Situation im Weinbau vorfinden, die unserer Bevölkerung die Möglichkeit ... *(Abg. Dr. Tull: Er kann Ihnen jetzt gar nicht antworten!)* Es wird schon kommen, nur Geduld, Herr Abgeordneter Dr. Tull!

Da die Weinbauführung bereits 1965 die Situation erkannt und durch eine Anbauregelung dafür gesorgt hat, daß eine Überentwicklung des Weinbaues und dadurch ein Überangebot vermieden wird — ein Überange-

Hietl

bot wirkt sich auch auf die Preissituation entsprechend aus —, kommen jetzt schön langsam die Früchte zum Tragen.

Es ist nur interessant, daß Sie jetzt kommen und behaupten, wenn wir zur gegebenen Zeit eine verhältnismäßige günstige Preissituation haben, dann sei das ein Verdienst dieser Bundesregierung. Meine Damen und Herren! So einfach kann man es sich nicht machen! Hier muß man die Lage so beurteilen, wie sie wirklich ist.

Wenn Sie schon dazu etwas tun wollen, gebe ich Ihnen dazu Gelegenheit. Ich glaube, folgendes schon oft genug erwähnt zu haben: Der Weinbauer ist heute auch Kulturträger und Kulturerhalter unseres Landschaftsbildes. Daß sich dies letzten Endes auf den Fremdenverkehr auswirkt und dadurch der Staat wesentliche Einnahmen bekommt, ist Ihnen genauso wie mir klar.

Ich darf Ihnen daher in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag vorlegen, und ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hietl, Helga Wieser und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1973 betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft.

Die Erhaltung der Kulturlandschaft wird wegen ihrer Bedeutung für die gesamte Bevölkerung und für den Fremdenverkehr zu einem allgemeinen Anliegen.

Die Erhaltung der Kulturlandschaft verlangt in der Regel, daß die Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen aufrechterhalten wird. Die weitere Bewirtschaftung erscheint jedoch dort gefährdet, wo die landwirtschaftliche Einkommensentwicklung unzureichend ist und dadurch eine Abwanderung befürchtet werden muß.

Die Erhaltung der Kulturlandschaft ist deshalb auf die Dauer nur dadurch zu gewährleisten, daß den Bewirtschaftern land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen durch Maßnahmen der Agrarpolitik, der regionalen Wirtschaftspolitik und der Infrastrukturpolitik die Teilnahme am allgemein steigenden Lebensstandard ermöglicht wird. Soweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, wäre die Erhaltung der Kulturlandschaft durch Bewirtschaftungsprämien sicherzustellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Erhaltung eines bestimmten Landschaftsbildes durch Bewirtschaftungsprämien sicherzustellen, wenn dies vom Standpunkt der erholungssuchenden Bevölkerung und der Fremdenverkehrswirtschaft erforderlich ist und wenn die weitere Bewirtschaftung und damit die Erhaltung der Kulturlandschaft wegen des unzureichenden Ertrages aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung gefährdet erscheint.

Die Finanzierung der Bewirtschaftungsprämien darf nicht aus den ohnedies viel zu knappen Mitteln für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft vorgenommen werden.

Hier, meine Damen und Herren, haben Sie Gelegenheit, jene Gebiete echt zu unterstützen, die zweifellos nicht nur auf direktem, sondern auch auf indirektem Wege viel für die Landschaft tun.

Den Herrn Bundesminister möchte ich gerne folgendes fragen:

Seit 10. Mai 1972 liegt ein Initiativantrag zur Abänderung des Bundesgesetzes vom 9. 7. 1969, Weinwirtschaftsgesetz, vor. Ich bitte, diesen doch endlich zur Behandlung zu bringen. Es geht dabei um nichts anderes als um eine Sicherstellung des finanziellen Aufwandes. Es ist ja bekannt, daß seit der Aussetzung der Weinsteuer diese Mittel für den Weinwirtschaftsfonds nirgends geregelt erscheinen.

Ich möchte Sie bitten, Herr Bundesminister, dafür Vorsorge zu treffen, daß auch hier für die Zukunft Fixierungen vorgesehen sind, damit wir nicht jährlich sozusagen bitten müssen. Es soll nicht nach dem Rezept zugehen: Seid ihr brav, kriegt ihr viel; haltet ihr euch nicht an unsere Weisungen, dann kriegt ihr wenig! Wir wollen hier Klarheit haben und glauben, daß dies notwendig ist.

Im Zusammenhang mit der Weingesetznovelle, Herr Abgeordneter Robak, darf ich nur auf folgendes hinweisen: Ich glaube, daß alle jene, die im betreffenden Ausschuß und vor allem im Unterausschuß dabei waren — ich bin überzeugt davon, daß auch der Herr Minister sehr genau darüber Bescheid weiß —, größtes Interesse an dieser Angelegenheit hatten. Letzten Endes ist von den niederösterreichischen ÖVP-Landtagsabgeordneten die Initiative dafür ausgegangen, daß dieses Weingesetz novelliert wird. Wir alle sind froh darüber, daß ein wesentlicher Teil dieses Gesetzes nun in Kraft ist, mit Ausnahme eines einzigen Paragraphen, auf den ich noch kurz zu sprechen kommen werde.

Hietl

Der Weinskandal wurde hier wiederum angezogen. Herr Abgeordneter Robak! Sie haben bei der Antwort des Herrn Ministers nicht genau zugehört. Er hat ja eindeutig erklärt: bis auf einen einzigen Fall ist alles geregelt. Ich nehme an, daß Ihr Herr Minister all das sicherlich besser weiß als Sie. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch feststellen, so wie ich es auch bei meiner parlamentarischen Anfrage bereits getan habe: Ich freue mich darüber, daß hier vom Herrn Bundesminister festgestellt wurde, daß einwandfrei und klar nachgewiesen ist, daß die Beamtenschaft korrekt gehandelt hat. Ich danke der Beamtenschaft des Ministeriums dafür. Ich hatte da auch nie eine andere Meinung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur einige wenige Zahlen: 1971 exportierten wir 103.000 Hektoliter, wovon allein 84 Prozent nach Westdeutschland gingen; der Rest ging in die Schweiz und in die USA.

Ich darf aber auch feststellen, daß im gleichen Zeitraum 255.000 Hektoliter, das sind um 12 Prozent mehr als im vergangenen Jahr, importiert wurden, wovon 53 Prozent aus Spanien, 29 Prozent aus Italien und der Rest aus anderen Ländern gekommen sind.

Nur ganz kurz zum zitierten § 33, Aufzeichnungspflicht: Herr Bundesminister! Ich kann mich daran erinnern, Sie haben mir bei Behandlung des Weingesetzes damals in Ihrer Antwort erklärt, Sie werden darauf Bedacht nehmen, die Aufzeichnungspflicht für die Produzenten in möglichst einfacher Form zu machen. Der zur Begutachtung ausgesandte Entwurf sieht allerdings etwas anders aus.

Ich möchte im Namen der Weinproduktion darum bitten, uns Gelegenheit zu geben, daß wir uns darüber noch einmal in aller Form und Sachlichkeit aussprechen, um hier eine Lösung zu finden, die für alle Teile die Möglichkeit bietet, auch den gegebenen Vorschriften Rechnung zu tragen.

Ich glaube nicht, daß wir bei der derzeitigen Form auf einen Nenner kommen, denn das wäre eine Bürokratie, die wir uns doch um Gottes willen alle mitsammen — die Produzenten, die das durchzuführen haben, und die Kontrollorgane — nicht wünschen.

Ich glaube feststellen zu dürfen — das ging auch aus Ihrer Antwort hervor —, daß wir in Österreich doch mit Recht sagen dürfen, daß sich die Weinproduzenten in erster Linie Mühe geben, dem österreichischen Konsumenten ein ehrliches Glas Wein auf den Tisch zu stellen.

Herr Abgeordneter Robak hat erklärt, wir wettern besonders stark gegen die steuerliche Belastung und vor allem gegen die Getränke-

steuer. Herr Abgeordneter Robak! Hier dürfte eine Verwechslung vorliegen. Sie werden von mir in diesem Hause noch niemals ein Wort über die Getränkesteuer gehört haben, denn so viel weiß ich schon, daß klar ist — ich bin zwar weder Bürgermeister noch Vizebürgermeister —, daß die Getränkesteuer letzten Endes eine Gemeindesteuer ist und daher in den Gemeinden beschlossen wird, also nicht in diesem Raum zur Debatte steht.

Aber ich darf feststellen: Die Alkoholsonderabgabe wurde befristet eingeführt. 1971 hätten Sie Gelegenheit gehabt, all das, was Sie 1968 dazu gesagt haben, echt in die Wirklichkeit umzusetzen und sie auslaufen zu lassen. Sie haben sie sozusagen nicht nur wieder eingeführt, sondern jetzt auf Grund der Mehrwertsteuer weiterbelassen.

Das Interessante daran war, daß der einzige Weinbautreibende unter Ihnen — das sage ich, soweit ich die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion kenne —, der Herr Abgeordnete Pfeifer, dazu als Berichterstatter und damit als Antragsteller hier oben saß.

Ich frage mich nun: Wem kann man diese Belastung zuschieben? Der ÖVP oder Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie wenig Verständnis haben Sie bewiesen! — Immer wieder das Lächeln des Herrn Finanzministers: Ihn, der die Steuern einnimmt, kann ich ja irgendwie verstehen. Er zeigt aber wenig Verständnis für jene, die das bezahlen müssen. Ich wollte hiemit nur auf die große steuerliche Belastung hinweisen.

Ich habe schon einige Male festgestellt, daß Sie auch mit der Einführung der Mehrwertsteuer eine stärkere Belastung der Produzentenschaft herbeigeführt haben. Sie haben uns nun in drei Sätzen — 6, 8 und 16 — als kleinere und größere Betriebe hier behandelt. Wir wollen nichts anderes als eine Gleichheit, einen gleichen Satz von 8 Prozent für alle Weinbautreibenden und auch für den Buschenschank, der letzten Endes dabei zum Handkuß kommt.

Nun zu den bereits angekündigten wenigen Fragen an den Herrn Bundesminister für Verkehr im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum.

Herr Bundesminister! Erst heute früh wurde mir vom Bezirk Gföhl die Mitteilung überbracht, daß auch dort draußen die Aufstellung der Briefkästen erfolgt und daß diese Leute echt besorgt sind. Sie haben mich gebeten, an Sie die Frage zu richten, ob Sie doch nicht daran denken wollen, die Aufstellung dieser

Hietl

Briefkästen wieder zurückzuziehen und jenen Leuten, die bisher täglich ihre Post zugestellt bekommen haben, dies auch in Zukunft zu gewährleisten. Bescheinigte Post muß ohnedies zugestellt werden, und so wird es nach meiner Ansicht auf die andere nicht ankommen.

Ich glaube, hier könnte man für den ländlichen Raum wirklich etwas tun. Wenn Chancengleichheit für alle, dann auch für den ländlichen Raum!

Ich glaube, das ist ein Anliegen, das von allen verstanden werden kann, denn letzten Endes trifft eine solche Maßnahme schließlich alle, egal, welcher politischen Ansicht sie sind. Ich möchte Sie bitten, in dieser Hinsicht in diesem Hause etwas zu tun.

Abschließend noch einige wenige Sätze zu einem Problem, meine Damen und Herren, das insbesondere meine Freunde in der Wachau betrifft. Gestatten Sie mir einige Sätze zur Frage des Donauausbaues als Schifffahrtsstraße im Hinblick auf die von uns eingegangene Verpflichtung gegenüber dem Rhein-Main-Donau-Kanal beziehungsweise der eventuell damit verbundenen Kraftwerksstaustufe Rosatz.

Wie sicherlich allgemein bekannt ist, ist dieses Problem gegenwärtig Gegenstand intensiver Verhandlungen seitens der Wachauer Bevölkerung, die natürlich mit Recht um die Erhaltung ihrer schönen Landschaft bangt.

Zahlreiche in- und ausländische Pressestimmen beschäftigen sich damit und sehen besorgt dieser Lösung entgegen.

Als zuständiger Abgeordneter würde es mich vorerst einmal interessieren, wie eigentlich die Bundesregierung dazu steht. Der Herr Bundeskanzler hat entgegen seinen früheren Äußerungen scheinbar unter dem Druck der Öffentlichkeit ...

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Abgeordneter! Das gehört ja nicht zu dem jetzt behandelten Kapitel!

Abgeordneter **Hietl** (*fortsetzend*): Ich wollte das beim Kapitel Verkehr sagen. Es wurde mir damals dazu die Möglichkeit nicht gegeben. Ich bitte, mit wenigen Sätzen auf diese Probleme aufmerksam machen zu dürfen. Herr Bundesminister! Bedauerlicherweise waren es gerade Sie, der meinen Kollegen, die Fragen an Sie gestellt haben, keine Antwort gegeben hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Lassen Sie sich jetzt diese Gelegenheit nicht entgehen, hier diese Scharte auszubessern. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, daß ich nur mit einigen kurzen Sätzen ...

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Abgeordneter! Der betreffende Minister kann ja bei diesem Kapitel nicht darauf antworten.

Abgeordneter **Hietl** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß es nicht möglich ist, hier bei diesem Kapitel Näheres über diese Probleme zu sagen.

Ich möchte Sie aber dennoch bitten: Nehmen Sie Bedacht auf die Landschaft der Wachau, nehmen Sie Bedacht auf den dortigen Weinbau, der zweifellos erhaltungswürdig ist und der bei allen Eingriffen in diese Landschaft zu Schaden kommen würde.

Ich möchte Sie bitten, diesem Wunsch der Wachauer Bevölkerung zu entsprechen und dafür Sorge zu tragen, daß nicht nur aus politischer Überlegung Interviews gegeben werden. Ich bitte, auch dafür Sorge zu tragen, daß diese schöne Landschaft, einer der schönsten Teile Österreichs, in der gegenwärtigen Form erhalten bleibt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Hietl, Helga Wieser und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen somit zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1973).

Ich bitte jene Damen und Herren, die den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **Angenommen.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Steiner und Genossen zum finanzgesetzlichen Ansatz 1/60356 vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Ansatz abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem Ansatz 1/60356 in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Steiner und Genossen samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Ansatz 1/60356 in der Fassung der Regierungsvorlage mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturaus-

Präsident Dr. Maleta

gleich-Voranschlages abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Kapitel 60 mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages — mit Ausnahme des finanzgesetzlichen Ansatzes, über den bereits abgestimmt wurde — sowie über Kapitel 77, ebenfalls mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages, und über Kapitel 62 in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen

zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsanträge wird nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Donnerstag, den 14. Dezember 1972, um 18.40 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973, Spezialdebatte über die Beratungsgruppen VI und XIV.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 35 Minuten